

#prison-info

Das Magazin zum Straf- und Massnahmenvollzug 1/2022



Bildung

4 – 30

Perspektiven- und
Rückkehrberatung

44

Neue
Modellversuche

50



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Justiz BJ



Folco Galli,
Redaktor #prison-info

Schon 1989 hat der **Europarat** empfohlen, dass alle Gefangenen Zugang zu einem möglichst breiten Bildungsangebot haben sollten. 2006 hat er in den **Europäischen Strafvollzugsgrundsätzen** seine Empfehlung erneuert und namentlich ausgeführt, dass «Gefangene mit Defiziten im Bereich Lesen, Schreiben und Rechnen sowie Gefangene mit unzureichender Grund- oder Berufsausbildung vorrangig zu berücksichtigen» seien. 2007 ist im **Schweizerischen Strafgesetzbuch** das Recht auf Bildung verankert worden: «Dem Gefangenen ist bei Eignung nach Möglichkeit Gelegenheit zu einer seinen Fähigkeiten entsprechenden Aus- und Weiterbildung zu geben».

Mit gutem Grund wird der Bildung im Justizvollzug eine hohe Bedeutung beigemessen. Was sie zu bewirken vermag, ist am vierten Forum Justizvollzug anhand von Erfahrungen der Praxis und von Forschungsergebnissen breit dargelegt worden. Die Bildung trägt einerseits zu einem **entspannteren Vollzugsalltag** bei, denn insbesondere der Sprachunterricht erleichtert wesentlich die Kommunikation zwischen den Insassen und dem Vollzugspersonal. Das Wissen und die Fähigkeiten, die vermittelt werden, sowie das dadurch gestärkte Selbstvertrauen sind andererseits die Grundlage für eine erfolgreiche **berufliche und soziale Wiedereingliederung in die Gesellschaft**. Indem die Bildung die Wiedereingliederung fördert, trägt sie auch wesentlich zur **Verringerung der Rückfälligkeit** bei. Die Forschung hat nachgewiesen, dass zusätzliche Investitionen in die Bildung zu einem Rückgang der durch die Kriminalität verursachten Kosten führen und Leid vermeiden helfen könnten.

Die Veränderung der Population der Inhaftierten, das verstärkte Sicherheitsdenken, die zunehmende Individualisierung der Anforderungen und Angebote, die Digitalisierung und weitere Faktoren haben den Justizvollzug in den letzten Jahren tiefgreifend verändert. Entscheidend ist deshalb auch die kontinuierliche **Aus- und Weiterbildung des Vollzugspersonals**, damit es seinen komplexeren und vielseitigeren Aufgaben gerecht werden kann. Dazu gehört auch das Ausschöpfen des Potenzials für das digitale Lernen. Das Personal muss seine digitalen Kompetenzen entwickeln, um die inhaftierten Personen bei der «digitalen Alphabetisierung» zu unterstützen und selber mit den technischen Veränderungen Schritt halten zu können.

Bildung sei **kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit**, hat Staatsrätin Béatrice Métraux in ihrem Schlussvotum am Forum Justizvollzug betont und deshalb gefordert: «Die verändernde Kraft der Bildung muss im Zentrum der Bemühungen um die Wiedereingliederung der inhaftierten Personen stehen, und zwar vom Zeitpunkt der Verhaftung an».

Online-Version:



Fokus: Bildung

Das vierte Forum Justizvollzug war dem Thema «Bildung verändert» gewidmet. Die Aus- und Weiterbildung ist zentral für den Weg der verurteilten Personen zu einem straffreien Leben in Freiheit. Und sie stellt sicher, dass das Vollzugspersonal seine anspruchsvollen Aufgaben erfüllen kann.

- 4 Der Justizvollzug tut gut daran, auf Bildung zu setzen
- 9 Das Potenzial für das digitale Lernen ausschöpfen
- 12 Bildung – Voraussetzung für eine nachhaltige Wiedereingliederung
- 16 Positive Beziehungen aufbauen und gestalten
- 19 Einer der wenigen Orte, wo man frei wählen kann, was man will
- 23 Die Lebensgeschichte erzählen als Mittel zur Veränderung
- 27 Erziehungseinrichtungen: Röstigraben im Bereich der Ausbildung
- 31 Fünf Fragen an Sylvie Bula
- 32 Gefängnis Zürich West in Betrieb genommen
- 34 «Justizvollzug nach Mass» auf dem Thorberg
- 35 CPT sieht Optimierungsbedarf
- 36 Grosser Bedarf an adäquater psychiatrischer Versorgung
- 38 Tragfähige soziale Beziehungen sind entscheidend

Anschluss an die digitale Welt

Die in den Justizvollzugsanstalten Realta und Cazis Tigneز gewählte Multimedia-Lösung ermöglicht den Insassen den Anschluss an die digitale Welt, um sie bestmöglich auf ihr Leben nach der Entlassung vorzubereiten. Auf diese Lösung setzt nun auch das Bundesland Berlin.

- 40 Multimedia-Lösung: eine lohnende Investition in die Resozialisierung
- 42 Erhebung zum Freiheitsentzug: Wandel und Stabilität
- 44 Die Perspektiven- und Rückkehrberatung ist zunehmend gefragt
- 47 Eine Statistik über ausserfamiliär untergebrachte Kinder schaffen
- 48 Stationäre Jugendhilfe aus der Perspektive von jungen Menschen
- 50 Haftschäden reduzieren und die Wiedereingliederung fördern
- 52 Das soziale Klima messen und weiter fördern
- 53 Kinder und Jugendliche in ihrem sozialen Umfeld unterstützen
- 54 Der Sicherheitsreflex überträgt sich auf das Jugendstrafrecht
- 57 Kurzinformationen
- 62 Veranstaltungen
- 63 Neuerscheinungen
- 64 Carte blanche: Psychotherapie und Seelsorge im Strafvollzug



Foto: Peter Schulthess



Foto: Peter Schulthess

Der Justizvollzug tut gut daran, auf Bildung zu setzen

Erkenntnisse der Forschung

Bildung steht in einem vielfältigen Sinn- und Funktionszusammenhang mit dem Justizvollzug. Gerade aus der Perspektive der Gefangenen ergeben sich Fragen zum Zusammenhang von Bildung und Straffälligkeit, also zum Weg in den Justizvollzug, und jenem von Bildung und Rehabilitation, also zum Weg aus dem Vollzug und der Verhinderung der Rückkehr. Darüber hinaus ist Bildung ein Grundrecht, selbst wenn sie ausschliesslich dem Selbstzweck der Erbauung während der Zeit in der Haft dient.

Ueli Hostettler



Ueli Hostettler ist Leiter der Prison Research Group und Lehrbeauftragter am Institut für Strafrecht und Kriminologie der Universität Bern.

In der deutschen Sprache wird meist Bildung und Erziehung unterschieden. In der französischen und englischen Sprache bedeutet «education» beides. Auch in der einschlägigen Literatur ist der Begriff nicht eindeutig gefasst. Dennoch lassen sich Merkmale erkennen:

- Bildung ist ein sozialer Prozess, bei dem eine Verbindung von einem lehrenden Subjekt, einem Inhalt oder Gegenstand und einem lernenden Subjekt hergestellt wird.
- Zu ihrem Gegenstand gehören Erfahrungen, Praktiken, Wissen, die sich in der Vergangenheit bewährt haben und von denen angenommen wird, dass sie die Bewältigung der Gegenwart und der Zukunft unterstützen können.
- In der Regel besteht ein Machtgefälle zwischen dem lehrenden und dem lernenden Subjekt, und der Gegenstand umfasst auch geltende gesellschaftliche Normen.
- Deshalb hat Bildung sowohl befähigende als auch disziplinierende Qualitäten: Sie befähigt das lernende Subjekt zur individuellen Entfaltung und Entwicklung und sie zwingt das lernende Subjekt, sich an geltende gesellschaftliche Normen anzupassen.

Eine zentrale Errungenschaft

Als zentrales Merkmal von Kultur handelt Bildung also immer von Individualisierung und von Sozialisierung. Die Fähigkeit der Reflexion und der Kommunikation ermöglicht Menschen, Wissen über Generationen hinweg zu erhalten, zu teilen und zu entwickeln. Als Institution – z. B. als öffentliche Schule – erbringt Bildung ein öffentliches Gut, das grossen Einfluss auf die Lebenschancen der Mit-

glieder der Gesellschaft hat. Das Bildungswesen ist eine zentrale Errungenschaft in der Geschichte der Menschheit. Im Prozess der Sozialisation regelt es das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Individuum und fördert gleichzeitig dessen individuelles Potenzial. So ist Bildung Prozess und Resultat zugleich, wobei das Lehren auf die Vermittlung von Erfahrung, Wissen und Werten und das Lernen auf die Aneignung der Welt, die persönliche Entwicklung und Emanzipation verweisen. Diese Prozesse zielen auf die Befähigung zum Leben, auf politische und gesellschaftliche Mündigkeit und auf ökonomische Selbständigkeit ab.

Entwicklungen im Justizvollzug

Der Schweizer Justizvollzug hat sich in den letzten Jahren tiefgreifend verändert und entwickelt. So hat sich etwa die Population der Inhaftierten bezüglich der Herkunft, des Alters, der körperlichen und psychischen Verfassung verändert und hat auch zahlenmässig zugenommen. Weiter hat sich im Justizvollzug ein alles durchdringendes Sicherheits- und Risikodenken etabliert, und in vielen Bereichen des Vollzugsalltags setzt sich eine zunehmende Individualisierung der Anforderungen, Angebote und Leistungen durch. Befeuert wird dieser Prozess auch durch den tiefgreifenden Prozess der Digitalisierung, die für den Justizvollzug auf allen Ebenen – Betrieb, Sicherheit, interdisziplinäre Vollzugspraxis, Normalisierungsgebot, Übergangsmanagement – eine grosse Herausforderung ist.

Dem Individualisierungsdruck begegnen die Anstalten mit Bemühungen der Spezialisierung, und es ist eine Differenzierung der im Justizvollzug eingebunden Berufe und Professionen zu beobach-

ten. Zudem sind die Sensibilität und Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, der Medien und der Politik für den Justizvollzug gewachsen. Generell ist der Justizvollzug in jeglicher Hinsicht in den letzten 30 Jahren komplizierter geworden. Das Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Resozialisierung hat sich verstärkt, und die Anforderungen an die interdisziplinäre Zusammenarbeit, die interkantonale und nationale Koordination und den Informationsfluss sind gestiegen und fordern das System, sich weiterzuentwickeln. Für alle Akteure im Gesamtverbund nehmen die Ansprüche an ihre Qualifizierung zu und erfordern klare Bemühungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung.

Geringeres Risiko, straffällig zu werden

Dass Bildung eine kriminalpräventive Wirkung hat, ist unbestritten. Wie genau dies geschieht und wie sich das beziffern liesse, ist methodisch herausfordernd. Während für die Schweiz solche Studien fehlen, wurden für andere Länder kausale Zusammenhänge zwischen Bildung und Straffälligkeit nachgewiesen. Eine sehr robuste Studie wurde von den Ökonomen Lance Lochner und Enrico Moretti für die USA vorgelegt. Sie haben aufgrund umfassender Bevölkerungs- und Kriminalitätsdaten berechnet, dass die Anhebung des durchschnittlichen Schulbesuchs um ein Jahr die Inhaftierungsrate bei weissen Amerikanern um 0,1 Prozentpunkte von 0,8% auf 0,7% und bei Afroamerikanern um 0,37 Prozentpunkte von 3,6% auf 3,23% senken würde.

Das bedeutet, dass die Verhaftungsrate um fast 13% für erstere und um 10% für letztere abnähme. Allein der Anstieg der High-School-Absolventenquoten von männlichen Jugendlichen um 1 Prozent brächte der Gesellschaft eine jährliche Ersparnis von 1,4 Milliarden Dollar. Ähnlich robuste Befunde liegen in Studien für Grossbritannien, Holland, Schweden, Italien und Deutschland vor.

Einsparung von 590 Millionen Franken

Wenn wir auch für die Schweiz annehmen, dass ähnliche Investitionen in die Bildung zu dem in der amerikanischen Studie nachgewiesenen 10-prozentigen Rückgang der durch Kriminalität verursachten Kosten führen würde, ergäbe sich etwa folgendes Bild, das sich anhand bestehender Zahlen zu den Delikten, den Fallkosten für Polizei und Justiz, dem Sachschaden, den Gesundheitskosten und dem Verlust an Arbeitszeit der Opfer bezeichnen lässt: Das Schweizer Wirtschaftsforschungsinstitut BAK Economics hat für die Jahre 2014-2016 ausgerechnet, dass die etwa 34 000 Gewalt- und 360 000 Eigentumsdelikte pro Jahr in der Schweiz Kosten im Umfang von 5,9 Milliarden Franken verursachen. Eine Einsparung im Umfang von 10 Prozent entspräche 590 Millionen Franken pro Jahr. Laut Bundesamt für Justiz (BJ) kostete alleine der Strafvollzug im gleichen Zeitraum jährlich ca. 1 Milliarde Franken.

In der einschlägigen Literatur sind substanzielle Effekte der Bildung auf die Verminderung der Kri-

«Dass Bildung eine kriminalpräventive Wirkung hat, ist unbestritten. Wie genau dies geschieht und wie sich das beziffern liesse, ist methodisch herausfordernd»

Die Investition in Bildung während des Aufenthalts in der Anstalt (Bild: Schulzimmer in der Strafanstalt Saxerriet) trägt zum Gelingen der Rückkehr in die Gesellschaft bei.
Foto: Peter Schulthess, 2019



«Erst mit der Gleichsetzung von Arbeit und Bildung im Strafgesetzbuch von 2007 ist in der Schweiz die Basisbildung in den Fokus gerückt»

«Die anfänglich geäusserten Vorbehalte ... konnten entkräftet oder ausgeräumt werden. BiSt wurde (und wird auch heute) als Organisation und als Bildungsangebot vor Ort akzeptiert und geschätzt»

minalität nachgewiesen. Durch zusätzliche Investitionen in die Bildung liessen sich effektiv Kosten, die durch Straffälligkeit verursacht werden, einsparen. Diese Einsparung ist auch über den monetären Aspekt hinaus wichtig, weil damit auch glücklichere Formen der Lebensbewältigung und weniger Leid verbunden wären.

Bildung im Strafvollzug (BiSt)

Diese Erkenntnisse haben ab 2007 in der Schweiz zum Aufbau von Bildung im Strafvollzug (BiSt) geführt. Die Basisbildung richtet sich an Inhaftierte, die generell oft schulische Defizite und fehlende berufliche Qualifikation aufweisen sowie eine Suchtproblematik und dissoziales Verhalten und entsprechende Persönlichkeitsmerkmale zeigen. Während Therapien als Vollzugsinstrumente seit einiger Zeit erfolgreich angewendet werden, um die Suchtproblematik und auch Dissozialität zu bearbeiten, haben die schulische Bildung sowie die für die Schweiz so wichtige berufliche Bildung im Justizvollzug aus unterschiedlichen Gründen zunächst eine eher periphere Rolle gespielt. Erst mit der Gleichsetzung von Arbeit und Bildung im Strafgesetzbuch von 2007 ist in der Schweiz die Basisbildung in den Fokus gerückt. Im Rahmen von BiSt entstand auf nationaler Ebene ein einheitliches professionelles Bildungsangebot für Inhaftierte, das sich an den Standards von «draussen» orientiert, durch einen einheitlichen Lehrplan reguliert ist und von einem professionellen Kollegium vermittelt wird.

Evaluation dokumentiert die Wirkungen

Mitglieder der Prison Research Group haben die Pilotphase von BiSt vier Jahre als externe Evaluatoren begleitet. Diese Evaluation konnte keine Aussagen zur Wirkung des Bildungsprogramms auf die Rückfälligkeit machen, dokumentierte aber Wirkungen auf den Vollzugsalltag und die Lernenden.

Das Angebot von BiSt war an allen acht Projektstandorten eine klare qualitative Weiterentwicklung verglichen mit den vorher bestehenden Angeboten, die meist im Freizeitbereich angesiedelt waren. An allen Standorten realisierten die Lehrpersonen einen qualitativ guten Unterricht und beteiligten sich aktiv an der individuellen Vollzugsplanung und wurden damit in die in den Anstalten geleistete Vollzugsarbeit integriert. Die Fachstelle BiSt sorgte für die Koordination und inhaltliche Kohärenz der Basisbildung und engagierte sich in der Qualitätssicherung sowie in der fachlichen Betreuung und Weiterbildung der Lehrpersonen. Die anfänglich geäusserten Vorbehalte wie sicherheitstechnische Probleme oder eine erwartete geringe Motivation und Ausdauer der Lernenden konnten entkräftet oder ausgeräumt werden. BiSt wurde (und wird

auch heute) als Organisation und als Bildungsangebot vor Ort akzeptiert und geschätzt.

Motivierte Lernende

Die Evaluation der schulischen Aspekte zeigte, dass die Lernenden gefordert wurden, Fortschritte zu machen, und allgemein sehr motiviert waren. Sie erkannten den Nutzen der Basisbildung für ihre Zukunft, insbesondere für die berufliche Integration, aber auch bereits für die Zeit im Vollzug (namentlich dank der verbesserten Sprachkompetenzen). Eine Mehrheit wünschte sich eine Verdoppelung der Unterrichtszeit. Die Mitarbeitenden der Anstalten beobachteten bei den Lernenden Fortschritte in ihrem Verhalten im Anstaltsalltag, vor allem eine verbesserte mündliche und schriftliche Kommunikation.

Gute Rahmenbedingungen geschaffen

Die Beobachtung und Bewertung des Unterrichts zeigten, dass der Umgang der Lernenden respektvoll war und der Unterricht in einem lernfördernden Klima erfolgte. Die Lehrpersonen hatten sich gut in den Anstalten integriert, realisierten einen angepassten, gut rhythmisierten und inhaltlich attraktiven Unterricht, den sie gemeinsam auch kontinuierlich weiterentwickelt haben. Die Direktionen und Bildungsverantwortlichen der Anstalten erkannten in BiSt eine gute Gesamtlösung für die Umsetzung des gesetzlichen Bildungsauftrags und trugen selber aktiv dazu bei, dafür gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Sie erkannten einen institutionellen Nutzen und nahmen auch eine positive Wirkung bei den Lernenden wahr. Seither ist das Angebot auf aktuell 38 Anstalten ausgedehnt worden.

Wegweisende Studie in den USA

In der Schweiz fehlen Daten zur Wirkung der Bildung im Vollzug auf die Rückfälligkeit. Eine solche Untersuchung sollte unbedingt zukünftig noch geleistet werden, da mindestens für die ersten Jahre von BiSt Daten gesammelt wurden, die mit dem nötigen zeitlichen Abstand nun eine methodisch gut kontrollierbare Auskunft zu längerfristigen Wirkungen erlauben würden. Solche Zusammenhänge wurden in den USA untersucht, um methodisch gut gesicherte Antworten auf die Frage zu geben: Was kann Bildung zur Langzeitwirkung des Strafvollzugs beitragen? Stephen J. Steurer, Linda Smith und Alice Tracy haben im Auftrag der staatlichen Bildungsbehörde untersucht, ob Bildungsprogramme im Vollzug unabhängig von anderen Programmen einen signifikanten Einfluss auf das Verhalten der Teilnehmenden nach ihrer Entlassung haben.

In ihrer Längsschnittstudie mit Entlassungskohorten von insgesamt 3200 Insassen, die 1997 und



Die Bildung erweitert die Instrumente und Ressourcen, die dem Justizvollzug für die Erfüllung des gesellschaftlichen Auftrags zur Verfügung stehen, und beeinflusst den Vollzugsalltag in positiver Weise. Foto: Schulzimmer in der Strafanstalt Gmünd AR (Peter Schulthess, 2016)

1998 aus Gefängnissen der Bundesstaaten Maryland, Minnesota und Ohio entlassen wurden, sind durch die Befragung der Inhaftierten sowie aus Quellen der einweisenden Behörden, der Gefängnisse, der Bewährungshilfe und der Arbeitsämter Daten zu über 500 Variablen erhoben worden. Dabei wurden die Insassen vor ihrer Entlassung zu sozioökonomischen Faktoren, Delinquenz und Delikt, Familienhintergrund, Bildungs- und Arbeitsbiografie direkt befragt. Weiter wurden die Gefängnisdossiers mit Information zu Delinquenz und Delikt, Verhalten im Vollzug und der Bildungsgeschichte im Vollzug ausgewertet. Zusätzliche Information zur Delinquenz nach der Entlassung, der Wiedereingliederung in die Erwerbsarbeit und weitere Aus- oder Weiterbildung stammten aus den Dossiers der Bewährungshilfe und aus den Strafregistern. Informationen zur Art der Arbeit und Entlohnung steuerten die Arbeitsämter bei.

Reduktion der Rückfälligkeit

Dies ist die erste Studie, bei der Daten in diesem Umfang direkt bei Insassen erhoben und so genaue Daten zur Erwerbsarbeit und Entlohnung ausgewertet werden konnten. Deshalb erfüllt die Studie hohe methodische Ansprüche und die Resultate haben einen hohen Aussagewert. In jedem Bundesstaat sind bei Personen, die an Bildungsprogrammen während des Strafvollzugs teilgenommen haben, die drei Indikatoren «Wiederverhaftung», «Wiederverurteilung» und «Rückkehr in den Strafvollzug» nach drei Jahren signifikant tiefer als beim Rest der gleichzeitig entlassenen Personen, die nicht an Bildungsprogrammen teilgenommen haben (siehe Tabelle zur Reduktion der Rückfallraten). Zudem sind

nach drei Jahren die Löhne der Bildungsteilnehmer signifikant höher.

Reduktion der Rückfallraten in Prozent

	Wiederverhaftung	Wiederverurteilung	Rückkehr in den Strafvollzug	Durchschnitt
Maryland	-5	-14	-16	-12
Minnesota	-22	-29	-33	-28
Ohio	-14	-21	-23	-19

Das «Normalste» der Welt

Diese Beispiele zeigen, dass Bildung in einem vielfältigen Sinn- und Funktionszusammenhang mit dem Justizvollzug steht. Sie hat präventive Wirkung auf die Straffälligkeit und damit auf den Weg in den Justizvollzug. Sie erweitert die Instrumente und Ressourcen, die dem Vollzug für die Erfüllung des gesellschaftlichen Auftrags zur Verfügung stehen, und beeinflusst den Vollzugsalltag ganz direkt und entscheidend in positiver Weise. Schliesslich zeigt die Investition in Bildung während des Aufenthalts in der Anstalt auch langfristig eine erwünschte Wirkung, indem sie den Weg aus dem Justizvollzug beeinflusst und zum Gelingen der Rückkehr in die Gesellschaft beiträgt. Sie fördert insbesondere die Integration in den Arbeitsmarkt und leistet damit einen entscheidenden Beitrag zur Reduktion von Rückfälligkeit. Zudem ist das Recht auf Bildung – und sei es ausschliesslich zur eigenen Erbauung – ein Grundrecht jedes Menschen und damit das «Normalste» der Welt. Ein Justizvollzug, der sich dem Prinzip der Normalisierung verpflichtet und sich stetig weiterentwickeln will, tut gut daran, auf Bildung zu setzen.

«Das Recht auf Bildung ist ein Grundrecht jedes Menschen und damit das «Normalste» der Welt»

Links

- Lance Lochner & Enrico Moretti (2004): The Effect of Education on Crime: Evidence from Prison Inmates, Arrests, and Self-Reports. The American Economic Review, 94, 155-190 (<https://www.jstor.org/stable/3592774>).
- Horst Endorf & Philip Sieger (2010): Unzureichende Bildung. Folgekosten durch Kriminalität. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh (https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Unzureichende_Bildung.pdf).
- BAK Economics AG (2020): Volkswirtschaftliches Gesamtmodell für die Analyse zur «Politik der frühen Kindheit». Bericht im Auftrag der Jacobs Foundation, Mai 2020, Basel (https://www.bak-economics.com/fileadmin/user_upload/BAK_Politik_Fruehe_Kindheit_Mai_2020.pdf).
- Ueli Hostettler, Roger Kirchhofer, Marina Richter & Christ Young (2010): Bildung im Strafvollzug BiSt. Pilotprojekt, 1. Mai 2007 – 30. Juni 2010. Drosos-Stiftung / SAH Zentralschweiz. Externe Evaluation. Schlussbericht. Universität Freiburg (Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit), Freiburg (<https://dx.doi.org/10.7892/boris.70840>).
- Stephen J. Steurer, Linda Smith, Alice Tracy (2001). OCE/CEA Three State Recidivism Study. Correctional Education Association. Office of Vocational and Adult Education (ED). Washington, DC: Office of Correctional Education (<https://www.govinfo.gov/content/pkg/ERIC-ED465886/pdf/ERIC-ED465886.pdf>).
- Audrey Bazos & Jessica Hausman (2004). Correctional Education as a Crime Control Program. Los Angeles: UCLA School of Public Policy and Social Research (<https://www.dropbox.com/s/nvya4pyz18mz4ws/CorrEdVsMorePrisons.pdf>).

Das Potenzial für das digitale Lernen ausschöpfen

Innovative Perspektiven für die Bildung im Justizvollzug

Mit dem Projekt NewLearning will das SKJV in enger Zusammenarbeit mit Vertretern der Praxis das Potenzial für das digitale Lernen im Justizvollzug identifizieren und ausschöpfen. Florus Mulder, Leiter der Bildungsbereiche des SKJV, gibt einen Einblick in den raschen und tiefgreifenden Wandel der Bildungslandschaft.

#prison-info: Die Pandemie hat auch in der Bildung zu einem Digitalisierungsschub geführt. Wie wurde im Bereich des Justizvollzugs vor der Pandemie unterrichtet?

Florus Mulder: Vor der Pandemie wurde in der Grund- und Führungsausbildung am Schweizerischen Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV) in Freiburg sowie in den über 50 Weiterbildungskursen an verschiedenen Orten in der Schweiz das Wissen hauptsächlich im Präsenzunterricht vermittelt. Allerdings hatten wir bereits vor der Pandemie bei der Erarbeitung des Handbuchs «Dynamische Sicherheit» angedacht, das Handbuch mit einem E-Learning-Programm – einem sogenannten «Web Based Training» (WBT) – zu ergänzen. Unser Ziel bestand nicht nur darin, ein orts- und zeitunabhängiges Lernen zu ermöglichen, sondern auch dieses Konzept rasch einem breiteren Publikum zur Verfügung stellen zu können.

Wie hat sich die Pandemie auf die Form des Unterrichts ausgewirkt?

Die Pandemie und der zeitweilige Lockdown haben die Akzeptanz des WBT stark erhöht und die digitale Transformation enorm beschleunigt, da wir gezwungen waren, viele Lerneinheiten online anzubieten. Wir haben Jahre übersprungen! Ohne die Pandemie wäre ein solch rasanter Übergang vom traditionellen Unterricht zu einer kombinierten Lernform gar nicht möglich gewesen. Heute sind wir daran, das «Blended-Learning» umzusetzen – ein Konzept, das Präsenz- und Fernunterricht sowie digitale Lernformate miteinander kombiniert.

Welche weiteren E-Learning-Programme bietet das SKJV mittlerweile an?

In diesem Jahr haben wir zwei neue E-Learning-Programme auf unserer Website – und somit für

alle zugänglich – aufgeschaltet: «Suizidprävention» will das Vollzugspersonal befähigen, die Risikofaktoren für Suizid zu erkennen und die entsprechenden Präventionsmassnahmen zu ergreifen. «Schutz vor Infektionskrankheiten» vermittelt das Grundwissen über Tuberkulose, HIV, Hepatitis A, B und C sowie über das Coronavirus und zeigt anhand von Praxisbeispielen auf, wie man sich im Berufsalltag vor einer Ansteckung schützen kann. Die E-Learning-Programme sind bei den Mitarbeitenden gut angekommen. Zurzeit erarbeiten wir zwei weitere Programme über die Grundlagen des Justizvollzugs sowie über das Konfliktmanagement.

Ist auch Virtual Reality ein Thema?

Virtual Reality verwandelt theoretisches Lernen in praktisches Lernen in einer sehr realitätsnahen Umgebung. Durch das Aufsetzen einer Brille tauchen die Lernenden mitten in eine simulierte Realität ein, in der sie Handlungen ausführen und auch gefährliche Situationen trainieren können. Das SKJV will auch dieses Potenzial nutzen und hat bereits ein Programm zum Thema Zellendurchsuchung geschaffen. Es ermöglicht den Lernenden, eine virtuelle Zelle zu durchsuchen und sich dabei auch mit dem virtuellen Zelleninsassen, einem sogenannten Avatar, auseinanderzusetzen. Sie können sich auf diese Weise die entsprechenden Kompetenzen aneignen oder weiterentwickeln sowie ihre Gesprächsführung überprüfen.

Wie wird der Unterricht der Zukunft aussehen?

Wir können davon ausgehen, dass der Präsenzunterricht noch systematischer durch digitale Medien und Methoden unterstützt werden wird. Das Selbstlernen wird weiter an Bedeutung gewinnen. Dementsprechend wird die Rolle der Lehrpersonen vermehrt mit Coaching-Elementen erweitert werden,



Florus Mulder ist der Leiter der Bildungsbereiche des SKJV.

«Die Pandemie und der zeitweilige Lockdown haben die digitale Transformation enorm beschleunigt»

«Der Präsenzunterricht wird durch digitale Selbstlernmodule ergänzt, die ein flexibles Lernen in einem individuellen Tempo zur Vor- und Nachbereitung der Lerninhalte ermöglichen. Er hat aber keineswegs ausgedient»

das heisst, sie werden die Lernenden noch stärker begleiten und beraten.

Der Präsenzunterricht hat also nicht ausgedient?

Der Präsenzunterricht wird durch digitale Selbstlernmodule ergänzt, die ein flexibles Lernen in einem individuellen Tempo zur Vor- und Nachbereitung der Lerninhalte ermöglichen. Er hat aber keineswegs ausgedient. In der Aus- und Weiterbildung sind gerade die Interaktionen zwischen den Lehrpersonen und den Teilnehmenden vor Ort ebenso wie das Netzwerken sehr wichtig und ein unersetzbarer Teil der Bildungslehrgänge im SKJV. Nur in den Kursen am SKJV treffen sich Teilnehmende aus der ganzen Schweiz. Dieser Austausch fördert das Überprüfen der eigenen Praxis und das gemeinsame Finden von bewährten Praktiken. Die vermehrte Ausrichtung auf die Praxis, die das Gelernte erlebbar macht, ist so oder so nur sehr beschränkt auf virtuellem Weg möglich.

Wie bedeutsam die Ausrichtung auf die Praxis ist, unterstreicht namentlich der Einsatz der Praxiscoaches, die im Rahmen der Grundausbildung die angehenden Fachfrauen und Fachmänner Justizvollzug begleiten. Welche Rolle spielen sie genau?

Der Transfer von Kompetenzen ist eine gemeinsame Aufgabe des SKJV, der Einrichtungen des Freiheitsentzugs und der Kantone. In diesem Rahmen begleiten die fast 200 Praxis-Coaches, die in den Einrichtungen arbeiten, die Lernenden vor Ort, stellen sicher, dass sie Handlungskompetenzen erwerben, und bewerten die Lernfortschritte. Die Praxiscoaches sind von zentraler Bedeutung für die Grundausbildung: Sie festigen als Bindeglied

das Zusammenspiel zwischen dem SKJV und den Institutionen. Sie pflegen zudem regelmässige Kontakte mit den Verantwortlichen der Lehrgänge und sind überdies dank einer jährlich vom SKJV durchgeführten Tagung auch untereinander vernetzt. Kurzum, wir haben sehr gute Erfahrungen mit den Praxiscoaches gemacht, alle Parteien profitieren von diesem lehrreichen Austausch.

Welche gesellschaftlichen Entwicklungen sind für die Bildung im Justizvollzug besonders relevant?

Besonders relevant ist die digitale Transformation der Gesellschaft. Vieles, was wir bis noch vor kurzem analog gemacht haben, wird nach und nach über verschiedene elektronische Geräte gesteuert und abgewickelt. Sprechende Beispiele sind die Stellensuche, das E-Banking sowie die elektronischen Dienstleistungen der Post oder Bahn, die stets weiterentwickelt werden. Diese Entwicklungen machen vor den Gefängnismauern nicht Halt. Aus diesem Grund hat der Vorstand der KKJPD die KKLJV zusammen mit dem SKJV beauftragt, die digitalen Entwicklungen im Schweizer Justizvollzug zu erheben, den Handlungsbedarf aufzuzeigen und eine «Digitalstrategie Justizvollzug 2030» zu entwerfen. Eine weitere relevante Entwicklung ist die Individualisierung der Gesellschaft: Der Justizvollzug muss deshalb immer mehr den individuellen Bedürfnissen der inhaftierten Personen gerecht werden.

Welches sind die Konsequenzen für das Vollzugspersonal?

Das Vollzugspersonal muss seine digitalen Kompetenzen entwickeln, um die inhaftierten Personen bestmöglich im Umgang mit digitalen Instrumen-



Virtual Reality hält Einzug im Unterricht: Ein neues Lernprogramm des SKJV ermöglicht es den Lernenden, eine virtuelle Zelle zu durchsuchen und dabei die erforderlichen Kompetenzen zu trainieren.

Foto: Screenshot

ten unterstützen und gleichzeitig mit den technischen Veränderungen – zum Beispiel mit der Haftraumtechnik – Schritt halten zu können. Teilweise werden dafür auch neue, digitalisierte Lernformen eingesetzt werden, die eine gewisse Selbstlernkompetenz voraussetzen. Ich gehe ferner davon aus, dass künftig die digitalen Kompetenzen bereits bei der Rekrutierung von neuem Vollzugspersonal an Stellenwert gewinnen werden.

Demnach ist auch im Justizvollzug der Wandel das einzig Beständige?

Der Wandel und die stetige Veränderung gehören immer mehr zu unserem Alltag. Wir müssen deshalb auch im Justizvollzug das Change Management verstärken und in der Bildung sowie in den Institutionen die Kompetenz, mit dem Wandel umzugehen, vermehrt fördern. Dabei kommt vor allem den Führungskräften eine tragende Rolle zu, weil es ihnen obliegt, die Mitarbeitenden auf diesen Weg mitzunehmen.

Und welches sind die Konsequenzen für die inhaftierten Personen?

Die «digitale Alphabetisierung» ist eine neue, zusätzliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Wiedereingliederung der inhaftierten Personen in die Gesellschaft. Wir müssen bei der Bildung im Strafvollzug den Hebel ansetzen und vermehrt die digitale Transformation berücksichtigen. Wir müssen die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen und die Begleitung der inhaftierten Personen gewährleisten, damit sie die notwendigen digitalen Kompetenzen erwerben und nutzen können. Zudem könnten wir durch ein erweitertes digitales Bildungsangebot mehr orts- und zeitunabhängige Bildung ermöglichen, was ebenfalls die Wiedereingliederung unterstützt. Das Potenzial scheint jedenfalls gross zu sein: Zu den bereits bestehenden digitalen Lernformen kommen fortlaufend neue hinzu.

Wie sieht die Roadmap des SKJV für die Entwicklung der Bildung aus?

Mit dem Projekt NewLearning verfolgen wir das Ziel, das Potenzial digitaler Lernformen für unsere Bildungsleistungen zu evaluieren und die neuen Bildungsleistungen an die Bedürfnisse des Justizvollzugs anzupassen. Zudem wollen wir die Konsequenzen für die Institutionen und das Personal identifizieren und gestützt darauf, Massnahmen für die Einführung von neuen Lehrmitteln sowie für den damit verbundenen Umgang für alle Mitarbeitenden vorschlagen und in Zusammenarbeit mit den Kantonen umsetzen. Als erstes haben wir im vergangenen Jahr zusammen mit einer breit zusammengesetzten Begleitgruppe mit Vertre-

ten und Vertretern des Justizvollzugs auf allen Hierarchiestufen und aus allen Sprachregionen das Zielbild NewLearning erarbeitet. Dieses Zielbild beschreibt, wo sich die Bildung im Justizvollzug im Jahr 2024 befinden soll.

Was kann man sich konkret unter dem Zielbild vorstellen?

Das Zielbild umfasst acht Elemente beziehungsweise beantwortet acht Fragen: Welche Haltung zum Lernen streben wir an? Welche Kompetenzen sind nötig und sollen entwickelt werden? Welche Leistungen sollen im Justizvollzug angeboten werden (Leistungsportfolio)? Welche Instrumente sind für die Implementierung und welche Lerninfrastruktur ist für die Umsetzung erforderlich? Schliesslich beantwortet das Leitbild auch Fragen zur Informatikstruktur (IT-Governance) sowie zu den erforderlichen Leistungsprozessen und Ressourcen. Die Haltung oder mentale Einstellung zu den neuen Lernformen ist das zentrale Element. Sie bedeutet insbesondere, für die digitale Transformation und allgemein für Veränderungen offen zu sein, sich durch Innovation weiterzuentwickeln, an flexiblen Lernformen, Lernzeiten und Lernorten interessiert zu sein sowie Verantwortung für das eigene Handeln in Bezug zur Personalentwicklung zu übernehmen.

Bis wann soll die Roadmap umgesetzt werden?

Nach der Erarbeitung des Zielbildes haben wir zusammen mit der Begleitgruppe im Rahmen einer Implementierungsstrategie eine Reihe von Massnahmen vorgeschlagen und in die Vernehmlassung geschickt. Die Feedbacks aus dem Vollzugsalltag, die wir von den Begleitgruppenmitgliedern sowie direkt aus den Kantonen erhielten, waren von zentraler Bedeutung. Wir werden daher auch in der Phase der Implementierung eine enge Zusammenarbeit mit Vertretern der Praxis suchen, denn nur zusammen werden wir besser!

Die Innovation und Vermittlung der Bildung ist eine Verbundsaufgabe. Welche weiteren Akteure beteiligen sich an dieser Zusammenarbeit?

Das verfügbare Fachwissen muss gebündelt und optimal genutzt werden. Deshalb arbeitet das SKJV auch mit verschiedenen Hochschulen und Universitäten zusammen, namentlich mit der Universität Bern, der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) und mit der Haute école de travail social et de la santé (HETSL) in Lausanne. Zudem streben wir vermehrt Partnerschaften mit vergleichbaren Institutionen an, wie etwa mit dem Schweizerischen Polizei-Institut (SPI) oder der Ecole nationale d'administration pénitentiaire (ENAP) in Frankreich. (gal)

«Die «digitale Alphabetisierung» ist eine neue, zusätzliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Wiedereingliederung der inhaftierten Personen in die Gesellschaft»

Voraussetzung für eine nachhaltige Wiedereingliederung

Bildung im Strafvollzug erfreut sich grosser Beliebtheit

Was 2007 als Pilotversuch begonnen hat, ist längst zur festen Einrichtung geworden und wird in immer mehr Anstalten in der Deutsch- und Westschweiz angeboten: Bildung im Strafvollzug. Damit sollen die Wiedereingliederung der Inhaftierten gefördert sowie der Vollzugsalltag verbessert werden. Der Kanton Tessin hat für Inhaftierte bereits 2005 die Scuola InOltre geschaffen.



Daniel Engel: «Bildung im Strafvollzug ist eine Erfolgsgeschichte»

Das 2007 vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk (SAH) Zentralschweiz entwickelte Projekt Bildung im Strafvollzug (BiSt) wurde in der Pilotphase von der Drosos-Stiftung und ab 2010 von der KKJPD finanziert und wird seit 2020 vom Schweizerischen Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV) weitergeführt. Das Angebot an Basisbildung verfolgt ein doppeltes Ziel: In der Anstalt trägt es dazu bei, «die Bewältigung des Vollzugsalltags zu verbessern, die Tages- und Wochenstruktur zu optimieren, die Arbeitsqualität zu steigern, das Verhalten zu ändern und vor allem bei älteren Inhaftierten die geistige Gesundheit zu erhalten», erklärt Daniel Engel, der Leiter der Fachstelle BiSt im SKJV. Im Hinblick auf die Entlassung will der BiSt-Unterricht «die Chancen für die Wiedereingliederung in die Arbeitswelt und die Gesellschaft erhöhen und damit die Rückfallquote vermindern».

Die Inhaftierten nehmen einen halben Tag pro Woche am Unterricht teil. «Das ist nicht viel, aber extrem wichtig», betont Daniel Engel. Unterrichtet werden Deutsch bzw. Französisch, Mathematik, Allgemeinbildung sowie Informations- und Kommunikationstechnik (IKT). Dank dem zentralen BiSt-Server können die Inhaftierten mit Office-Programmen einfache Dokumente erstellen und Grundkenntnisse im Umgang mit dem Internet erlangen. Der beschränkte Zugang zu ausgewählten Websites verhindert unkontrollierte Aussenkontakte und garantiert so den erforderlichen Sicherheitsstandard. Das Angebot basiert auf einem schweizweit harmonisierten Lehrplan, der bei einer Versetzung in eine andere Anstalt problemlos die Fortsetzung der Basisbildung ermöglicht. Jährlich nehmen rund 1800 Inhaftierte aus 80 Ländern am BiSt-Unterricht teil; davon sind rund 92 % Männer und 8 % Frauen.

Eine Erfolgsgeschichte

«Bildung im Strafvollzug ist eine Erfolgsgeschichte», stellt Daniel Engel mit Genugtuung fest: «Wir haben im Jahr 2007 mit 29 Lerngruppen angefangen und konnten deren Anzahl dank der guten Zusammenarbeit mit den Vollzugseinrichtungen kontinuierlich auf 157 erhöhen». Heute unterrichten rund 50 Lehrpersonen 157 Lerngruppen von je 4 bis 6 Inhaftierten in 38 Vollzugseinrichtungen in der Deutsch- und Westschweiz. Dazu zählt auch das Gefängnis Pfäffikon, das letztes Jahr als erstes Untersuchungsgefängnis die Bildung im Strafvollzug eingeführt hat – ein Beispiel, das Schule machen könnte. Denn damit können die Inhaftierten bereits die Zeit während der Untersuchungshaft sinnvoll nutzen, um Bildungslücken zu schliessen und die Allgemeinbildung zu erweitern.

Der Erfolg der Bildung im Strafvollzug lässt sich auch an der hohen Zufriedenheit der Lernenden ablesen. In einer im Herbst 2021 durchgeführten Umfrage äusserten 92 % der Befragten den Wunsch, mehr als einmal pro Woche in den Unterricht gehen zu können. 78 % der Befragten gaben zudem an, sehr gerne in den Unterricht zu gehen, weitere 19 % eher gerne. Die Befragten konnten sich ferner zu einer Reihe von Aussagen äussern. Am meisten Zustimmung erhielt die Aussage «Ich lerne im BiSt-Unterricht wichtige Dinge, die ich nach meinem Gefängnisaufenthalt im Leben gebrauchen kann». Grosse Zustimmung fand auch die Aussage «Nach dem BiSt-Unterricht fühle ich mich gut».

Die Lehrpersonen integrieren

Lehrpersonen sind je nach Anstalt voll in den Vollzugsalltag integriert oder spielen eher eine Aussen-seiterrolle. Ines E. Follador-Breitenmoser, die im Jahr



2012 schon bald nach Antritt ihrer Stelle als Direktorin den BiSt-Unterricht in der JVA Sennhof einführte, vertritt einen dezidierten Standpunkt: «Für die Etablierung von BiSt als festen Bestandteil der Anstalt war es für mich zentral, dass die Lehrerin zum Team der Mitarbeitenden gehört». Sie konnte an allen internen Weiterbildungen und Workshops teilnehmen und sich frei in der Anstalt bewegen, hatte Zugriff auf alle Akten und war an alle Social Events eingeladen. Auf diese Weise wurde BiSt von allen Mitarbeitenden als Teil des Resozialisierungsauftrags anerkannt.

Nach dem Umzug aus der engen Anstalt in der Churer Altstadt in die moderne JVA Cazis Tigne wurde der BiSt-Unterricht ausgebaut. Mittlerweile unterrichten zwei Lehrerinnen sechs Lerngruppen. «Auch in der grossen Anstalt haben sie Bewegungsfreiheit, sprechen sich mit der Wohngruppe, der Sozialarbeiterin, den Werkmeistern und Werkmeisterinnen ab und engagieren sich im Bereich Freizeitgestaltung der Insassen», sagt Ines Follador. Und sie stellt fest, dass vom Bildungsangebot alle Beteiligten profitieren: «Der Insasse lernt beispielsweise Deutsch und kann den Me-

nüplan selbst lesen, er kann selber einen Antrag schreiben, er versteht Nachrichtensendungen, er entdeckt womöglich Ressourcen, die in ihm schlummern, er versteht die Handlungsanweisungen der Werkmeisterin und ein Lob des Wohngruppenmitarbeiters. Dies alles trägt zu einem entspannteren Vollzugsalltag bei.»

Die Beziehung ist entscheidend

Die Lehrerinnen in der JVA Cazis Tigne unterrichten in Schulzimmern, die mit dem neusten Equipment ausgestattet sind. «Doch Bildung und damit Unterricht hängen nicht von einer adäquat ausgestatteten räumlichen Umgebung ab», betont Ines E. Follador-Breitenmoser. Auch in der JVA Sennhof, «in der es keinen Platz für ein Schulzimmer gab», konnte der Bildungsauftrag gemäss Art. 82 StGB umgesetzt werden – allerdings nur dank des grossen Engagements der BiSt-Lehrerin, die den Pausenraum der Inhaftierten nach der Vormittagspause komplett als Schulzimmer (mitsamt Computer) einrichten und vor der Nachmittagspause alles wieder versorgen musste. Für die Anstaltsdirektorin ist klar: «Nach wie vor sind die Beziehung zum Menschen

Die meisten Lernenden möchten laut einer Umfrage mehr als einmal pro Woche in den BiSt-Unterricht gehen. Foto: Dieser Inhaftierte stellt seine Teilnahmebestätigungen für den BiSt-Unterricht und für Freizeitaktivitäten (die in dieser Form nur in der Strafanstalt Lenzburg ausgestellt werden) auf einen Ehrenplatz in seiner Zelle auf. (Peter Schulthess, 2019)



Ines E. Follador-Breitenmoser:
«Vom Bildungsangebot profitieren alle Beteiligten»



Auch in modern eingerichteten Schulzimmern wie in der JVA Cazis Tignez bleiben «die Beziehung zum Menschen und das Sich-Einlassen auf das Gegenüber unabdingbare Voraussetzungen für einen gelingenden Unterricht».

Foto: JVA Cazis

und das Sich-Einlassen auf das Gegenüber unabdingbare Voraussetzungen für einen gelingenden Unterricht, der die Entwicklung des Einzelnen ermöglicht und dadurch zur Förderung der Lebensqualität beiträgt.»

Grundlage eines gelingenden Lebens

Das Ziel der Aus- und Weiterbildung im Strafvollzug ist es, Fähigkeiten für eine Erwerbstätigkeit nach der Entlassung zu vermitteln, zu erhalten oder zu fördern. Doch Bildung ist laut Ines Follador noch viel mehr. «Bildung ist eine Grundlage eines gelingenden Lebens. Sie ist die Voraussetzung für eine nachhaltige Wiedereingliederung der inhaftierten Personen in die Gesellschaft. Es gilt auch, das Rückfallrisiko durch den Abbau von Defiziten in der Sozialisation zu vermindern.» Die Bildungsarbeit müsse Kompetenzen stärken, Versäumnisse nachholen und Erreichbares anstreben. Ein wichtiges Lernziel sei der Erwerb von Schlüsselqualifikationen. Mit der Stärkung der Selbst-, der Sozial-, der Fach- und der Methodenkompetenz könne ein persönlicher Veränderungsprozess in Gang gesetzt werden.

Im Unterricht sammeln die Inhaftierten auch soziale Erfahrungen. «Sie lernen in einem 'geschützten' Rahmen mit Misserfolgen umzugehen, Krisen durchzustehen, Ängste zu überwinden, eine Situation auszuhalten, Hindernisse zu überwinden, sich in Geduld zu üben. Und ganz wichtig», unterstreicht Ines Follador, «da und dort kleinere und grössere Erfolgserlebnisse zu haben». Dies führe zu einer stärkeren Persönlichkeit und damit zu einem gesunden Selbstbewusstsein, das eine kritische bzw. realistische Einschätzung der eigenen Fähigkeiten und Stärken ermögliche. Diese Fähigkeiten seien sowohl für das Berufsleben als auch für ein gelingendes Leben ausserhalb der Mauern des Gefängnisses zentral.

Die Lebensqualität fördern

Die Förderung der Lebensqualität im Justizvollzug leitet sich laut Ines Follador aus der Achtung der Menschenwürde ab. Werde der inhaftierten Person eine positive Lebensgestaltung ermöglicht, gelinge es ihr nach der Entlassung einfacher, sich (wieder) in die Gesellschaft zu integrieren und ihre Rechte

und Pflichten wahrzunehmen. «Bildung eröffnet die Möglichkeit, persönliche Interessen und Bedürfnisse zu erkennen, zu formulieren und sich an der Entwicklung und Gestaltung der Gesellschaft aktiv zu beteiligen.» Gelingt es dem Justizvollzug, dass sich eine inhaftierte Person auf diesen Prozess einlässt, fördere er ihr soziales Verhalten und ermögliche damit ein straffreies Leben.

Scuola InOltre: das Tessiner Modell

Der Kanton Tessin hat bereits im Jahr 2005 eine Schule für Inhaftierte mit dem programmatischen Namen Scuola InOltre geschaffen. «Der Unterricht findet in der Strafanstalt (In) statt, ist aber auf das Leben jenseits der Gitter (Oltre) ausgerichtet, das die Inhaftierten nach Verbüßung ihrer Strafe wartet», erläutert Frida Andreotti, die Leiterin der kantonalen Justizabteilung. Und das Symbol der Schule, ein reifer Löwenzahn, steht für ihr Ziel, «dass Bildung an alle verteilt werden soll». Das Bildungsangebot der von der gewerblich-industriellen Berufsschule Centro Professionale Tecnico von Lugano-Trevano betriebenen Scuola InOltre unterscheidet sich bezüglich Schulkalender und Inhalt kaum von jenem der Berufsschulen. «Die Herausforderung besteht angesichts der heterogenen Gefängnispopulation darin», so Frida Andreotti, «allen nützliche Kurse und Module anbieten zu können».

Breites Bildungsangebot

Der Schulbesuch wechselt sich mit der Arbeit in den Werkstätten ab. Daher können die Inhaftierten an höchstens drei Kursen oder Modulen teilnehmen. Die Schule bietet Kurse in Allgemeinbildung, Italienisch, Englisch, Französisch, Deutsch, Kunstvermittlung, Sport und Informatik an. Auf Ersuchen können sich die Inhaftierten auch auf den Erwerb von international anerkannten Sprach- und Informa-



tikzertifikaten vorbereiten. Zum breiten Bildungsangebot gehören zudem thematische Module (z. B. über die Grundlagen der Ernährung oder über das Konditor- und Friseurhandwerk) sowie verschiedene Anlässe wie Vorträge, Konzerte und Schauspiele. Weiter besteht die Möglichkeit, Lehren in der Küche, Druckerei, Buchbinderei oder Schreinerei zu absolvieren. Schliesslich können Inhaftierte neu auch an dem von der Universität der italienischsprachigen Schweiz angebotenen Modul über bewusste Kommunikation teilnehmen.

Wirkungsvolle Partnerschaft

Die Zahl der Teilnehmenden ist seit Jahren mehr oder weniger konstant: Im Schuljahr 2020/21 haben insgesamt 141 Männer und 32 Frauen an insgesamt 4127 Unterrichtsstunden teilgenommen. Am Ende ihrer von der Erziehungsdirektion anerkannten und zertifizierten Ausbildung erhalten die Inhaftierten eine Bescheinigung über den Schulbesuch, die laut Frida Andreotti «im Hinblick auf ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft einen offensichtlichen Mehrwert darstellt». Ebenso bedeutsam sei, dass die Schule den Inhaftierten helfe, ihr Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen aufzubauen und zu stärken. «Die Partnerschaft zwischen Strafanstalt und Schule im Kanton Tessin ist wirkungsvoll, denn sie anerkennt und stützt sich auf die Rollen, das Wissen und die Eigenarten des Strafvollzugs und der Bildung», bilanziert Frida Andreotti. (gal)

An der Scuola InOltre spielen auch die kreativen und kulturellen Tätigkeiten eine bedeutende Rolle.
Foto: Scuola InOltre

Umfassende Bildung für alle

Bildung trägt dazu bei, «den Strafvollzug menschlicher zu gestalten und die Haftbedingungen zu verbessern». Sie ist zudem ein wichtiges Mittel, um die Wiedereingliederung der Gefangenen in die Gesellschaft zu erleichtern, hält der Europarat in seiner 1989 verabschiedeten Empfehlung über die Bildung im Strafvollzug fest. Alle Gefangenen sollen Zugang zur Bildung haben. Da die Bildung die «Weiterentwicklung des gesamten Menschen» zum Ziel hat, soll das Angebot laut Europarat so breit wie möglich sein und neben der schulischen und beruflichen Bildung auch kreative und kulturelle Aktivitäten, Sport, Sozialerziehung sowie die Nutzung einer Bibliothek umfassen.



Frida Andreotti: «Die Bescheinigung über den Schulbesuch stellt im Hinblick auf die Wiedereingliederung einen Mehrwert dar»

Positive Beziehungen aufbauen und gestalten

Eine Schlüsselkompetenz, die zum Rüstzeug aller Fachpersonen gehören sollte

Im Mittelpunkt des Justizvollzugs steht der Mensch. Für eine erfolgreiche Begleitung und nachhaltige Wiedereingliederung von straffällig gewordenen Personen braucht es deshalb Kompetenzen im Aufbau und in der Gestaltung von positiven Arbeitsbeziehungen. Hierbei handelt es sich nicht um eine Aufgabe für Spezialisten, sondern um eine Schlüsselkompetenz, die zum Rüstzeug von allen im Justizvollzug tätigen Fachpersonen gehören sollte.

Christoph Urwyler



Christoph Urwyler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter Fachwissen & Analyse im Schweizerischen Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV).

Im Gefängnis gibt es keinen Schlüssel, der alle Türen öffnet. Aus Sicherheitsgründen braucht es verschiedene Schlüssel, verteilt auf mehrere Personen und Orte, damit Personal und Inhaftierte sich in der Anstalt fortbewegen oder nach draussen gelangen können. Diese technische Vorkehrung steht als Sinnbild für einen Justizvollzug, der auf hochgradiger Arbeitsteilung, Differenzierung und fachlicher Spezialisierung beruht. Diese Prinzipien werden heute durch «durchgehende Vollzugsprozesse», «integrative Zusammenarbeit» und «Interdisziplinarität» ergänzt und erweitert. Moderne Konzeptionen basieren auf der Einsicht, dass alle am Vollzug beteiligten Behörden, Einrichtungen und Fachpersonen letztlich die gleiche Zielsetzung haben und deshalb über institutionelle und fachliche Grenzen hinweg ihre Kräfte vereinen sollten. Über dieser kollektiven Fallführungs-, Prozess- und Schnittstellen-Arbeit geht allerdings leicht vergessen, was für einen gut funktionierenden Justizvollzug ebenfalls einen wichtigen Schlüssel zum Erfolg darstellt: Die Arbeitsbeziehung zu den verurteilten Menschen.

Ein Passepartout für viele Türen

Im vorliegenden Beitrag wird dafür plädiert, dass es sich bei der Beziehungsgestaltung um einen Passepartout handelt, mit dem sich im Berufsalltag viele Türen öffnen lassen – nicht nur innerhalb, sondern auch ausserhalb der Anstaltsmauern – und den deshalb alle Aufsichts-, Betreuungs- und Fachpersonen bei sich tragen sollten. Um zu begründen, weshalb eine derartige Kompetenz unabhängig von Ort und Situation hilfreich und für alle Berufsgruppen von Nutzen sein kann, wird als erstes auf die Aufgaben des Vollzugssystems eingegangen. Danach werden die Einzelheiten dieser Schlüsselkompetenz erläutert

und schliesslich das Potential für Ausbildung und Praxis im Justizvollzug betrachtet.

Eine soziale Aufgabe

Im Mittelpunkt des Justizvollzugs steht der Mensch. Diese Auffassung widerspiegelt sich in allen Dimensionen des gesetzlichen Leistungsauftrags: Damit die vom Gericht angeordnete Sanktion tatsächlich vollzogen werden kann, braucht es gemäss Lehrbuch über den Straf- und Massnahmenvollzug an Erwachsenen in der Schweiz eine «Vollzugsorganisation, welche in der Lage ist, den Vollzug von Freiheitsstrafen in quantitativer und qualitativer Hinsicht sicherzustellen». Für alle Verurteilten ist deshalb «ungeachtet ihrer persönlichen Merkmale, Eigenschaften und Umstände» ein geeignetes Vollzugsangebot bereitzustellen. Rücksicht auf die Individualität ist auch bei der Erfüllung des Sicherheitsauftrags angezeigt: Um adäquate Massnahmen zur Verhütung von Straftaten während der Dauer des Sanktionenvollzugs treffen zu können, ist in jedem Einzelfall neu das Gewalt- und Fluchtrisiko sorgfältig abzuwägen.

Als Grundprinzip ist auch eine «Normalisierung» des Vollzugsalltags anzustreben, die den schädlichen Folgen des Freiheitsentzugs entgegenwirkt. Hierfür sind Vorkehrungen zu treffen, damit die Verurteilten möglichst viel Autonomie bewahren können, z. B. der Verzicht auf eine lückenlose Regelung des Tagesablaufes oder ein vielfältiges Arbeits- und Freizeitangebot. Dass der Justizvollzug eine soziale und menschliche Aufgabe darstellt, kommt nicht zuletzt im Grundauftrag zum Ausdruck, dem nicht nur «Beziehungsspezialisten» wie z. B. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, sondern alle Aufsichts- und Betreuungspersonen verpflichtet sind:

«Bei der Beziehungsgestaltung handelt es sich um einen Passepartout, mit dem sich im Berufsalltag viele Türen öffnen lassen»



Der Förderung des sozialen Verhaltens der Straffälligen, insbesondere der Vermittlung von Fähigkeiten, nicht nur während, sondern auch nach dem Vollzug straffrei zu leben (Art. 75 Abs. 1 StGB). Dabei sind auch die Straffälligen verpflichtet, die vorgesehenen Unterstützungs- und Behandlungsangebote wahrzunehmen und an den Sozialisierungsbemühungen aktiv mitzuwirken (Art. 75 Abs. 4).

Positive Beziehungen wirken sich stark aus

«Das Personal des Justizvollzugs hat im Vollzugsalltag zweifellos eine Schlüsselrolle inne», hält das Handbuch Dynamische Sicherheit im Freiheitsentzug fest. «Für eine inhaftierte Person sind die Mitarbeitenden die ersten Ansprechpersonen. Die Motivation, Einstellung und Gesinnung der Mitarbeitenden bestimmen in grossem Masse, wie die inhaftierte Person die Haft und die Strafe wahrnimmt und erlebt.» Daher ist nicht erstaunlich, dass die Beziehungsgestaltung als bedeutendster und empirisch am besten bestätigter

Wirkfaktor für eine erfolgreiche Rückfallprävention und Wiedereingliederung anerkannt ist. Alle anderen Faktoren wie etwa die Erwartungen der verurteilten Person sowie die Verfahren und Techniken, die im Rahmen der strafrechtlichen Intervention verwendet werden, kommen hierbei erst an zweiter Stelle. Neuere Forschungserkenntnissen zufolge begünstigen gute Beziehungen zwischen Vollzugspersonal und inhaftierten Personen nicht nur Behandlungserfolge, sondern ebenso ein positives soziales Anstaltsklima, das sich seinerseits förderlich auf die Arbeitszufriedenheit, die Gesundheit und die Gewaltprävention auswirken kann.

Ob ein «Schlüssel» zu einem Gefangenen gefunden wird, hängt einmal von der professionellen Grundhaltung ab, die nicht einfach gegeben ist, sondern erlernt werden muss: Gemäss dem Beziehungspsychologen Carl Rogers braucht es dazu Authentizität (Übereinstimmung von innerer Überzeugung und äusserem Verhalten), Akzeptanz

Gute Beziehungen zwischen Vollzugspersonal und inhaftierten Personen begünstigen nicht nur Behandlungserfolge, sondern ebenso ein positives soziales Anstaltsklima, das sich seinerseits förderlich auf die Arbeitszufriedenheit, die Gesundheit und die Gewaltprävention auswirken kann. Foto: Küchenchef mit seinen Gehilfen in der Strafanstalt La Promenade in La Chaux-de-Fonds (Peter Schulthess, 2018)

«Die Beziehungsgestaltung sollte als Schlüsselkompetenz aller im Justizvollzug tätigen Fachpersonen erkannt und gefördert werden»

«Die Gestaltung von positiven Beziehungen impliziert eine Nähe zu den Gefangenen und steht deshalb in einem Spannungsverhältnis zur Sicherheit, die ihrerseits Distanz zu den Gefangenen erfordert»

(Verständnis der Person, aber nicht Einverständnis mit ihrem Handeln) und Empathie (einfühlerisches Verstehen und Einlassen auf das Gegenüber). Hinzu kommen grundlegende Strategien und Techniken wie z. B. ein personen- und themenzentrierter Gesprächsstil, wodurch das Gegenüber davon überzeugt werden kann, sich mit seinen Einstellungen und seinem Verhalten auseinanderzusetzen und Veränderungen zu initiieren.

Ob das Vollzugspersonal diese Haltungen und Kompetenzen erwerben und ausbilden kann, hängt auch von den betrieblichen Rahmenbedingungen ab: Dazu gehören ein Leitbild, das prosoziale Werte und Haltungen festschreibt, Rekrutierungs- und Qualifikationsmassnahmen, welche die Sozialkompetenzen von Mitarbeitenden unterstützen, sowie Führungskräfte, die positive Beziehungen vorleben. Überdies muss ein Informationsfluss sicherstellen, dass Veränderungen des Wohlbefindens oder des Verhaltens der inhaftierten Personen, die vom Vollzugspersonal an der Front bemerkt werden, an die mitzuständigen Stellen gelangen. Schliesslich muss die Betriebskultur den kollegialen Umgang, den interdisziplinären Austausch sowie das innovative Lernen fördern.

Keine einfache Aufgabe

Die Ausbildung und Umsetzung dieser grundlegenden Sozialkompetenzen ist im Kontext des Justizvollzugs nicht selbstverständlich. Dies liegt einmal am Vollzugauftrag selbst, der gemäss Lehrbuch «kein kohärentes, integral umsetzbares» Ganzes bildet, sondern eine spannungsvolle Aufgabenstellung zwischen Aufsicht und Betreuung, Sicherheit und Resozialisierung, sowie Vertrauen und Kontrolle umfasst, die sich «nicht ohne Einschränkungen gleichzeitig und vollständig umsetzen...» und «vom zwingend zu beachtenden Rechtmässigkeitsgrundsatz abgesehen», auch «nicht ... nach ihrer Priorität gliedern lassen». Der Aufbau und die Gestaltung von positiven Beziehungen impliziert insbesondere eine Nähe zu den Gefangenen und steht deshalb in einem Spannungsverhältnis zur technischen und prozeduralen Sicherheit, die ihrerseits Distanz zu den Gefangenen erfordert.

Den Aufbau einer individuellen Beziehung erschweren zudem häufig Sprachbarrieren sowie psychische oder physische Beeinträchtigungen der verurteilten Personen. Gerade in geschlossenen Vollzugsanstalten erfordern Gewalttätigkeit oder Fluchtgefahr äusserst restriktive Sicherheitsbedingungen, welche die Chancen für eine positive Beziehungsgestaltung einschränken.

Gute Ansätze

In der Praxis gibt es gute Ansätze, die aufzeigen, wie die Beziehungskompetenz im Justizvollzug

sich trotz Zwangskontext und Sicherheitsanforderungen entwickeln kann: Innerhalb der Anstaltsmauern liefert das Arbeitsmodell der «Dynamischen Sicherheit» eine umfassende Grundlage, um mittels Aufmerksamkeit und Kenntnis der inhaftierten Person, reflektierter Autorität und kooperativer Haltung sowie eines respektvollen und empathischen Umgangs einen Schlüssel zu den Gefangenen zu finden.

Auch bei den Vollzugs- und Bewährungsdiensten ist das Interesse an Ansätzen zur Beziehungsgestaltung gross. So wurde am Forum Justizvollzug 2021 unter dem Motto «Bildung verändert» intensiv über das Rüstzeug diskutiert, das jede Fachperson für die Begleitung von strafrechtlich verurteilten Personen zur Hand haben sollte. Insbesondere die Bewährungshilfe verfügt über ein reichhaltiges Fach- und Interventionswissen, um ihre Klientel zu positiven Veränderungen zu motivieren. Gestützt auf neue Publikationen (z. B. «Core Correctional Skills» von Ioan Durnescu) sollten Themen wie Arbeitsbündnis, motivierende Gesprächsführung und Problemlösungs-Verfahren bei der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden priorisiert werden.

Prosoziale Veränderungen ermöglichen

Die Beziehungsgestaltung sollte angesichts ihrer Bedeutung für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben im Freiheitsentzug und als Grundlage für eine nachhaltige Rückfallprävention nicht den Spezialistinnen und Spezialisten mit Ausbildung in Psychologie oder Sozialarbeit überlassen werden. Sie sollte vielmehr als Schlüsselkompetenz aller im Justizvollzug tätigen Fachpersonen, die regelmässig Umgang mit Straffälligen haben, erkannt und gefördert werden. Wenn es eine Kompetenz gibt, mit der sich alle Fachpersonen identifizieren, könnte dies auch helfen, das arbeitsteilige, durch divergierende Aufgaben- und Rollenverständnisse geprägte System noch besser zu integrieren. Somit trüge die Beziehungsgestaltung auch auf diese Weise zu einem gut funktionierenden Justizvollzug bei.

Literatur

- Andrea Baechtold, Jonas Weber & Ueli Hostettler: Strafvollzug, Straf- und Massnahmenvollzug an Erwachsenen in der Schweiz, Stämpfli Verlag, Bern, 2016.
- Ioan Durnescu: Core Correctional Skills. The Training Kit, Ars Docendi, Bucharest, 2020.
- Das Handbuch Dynamische Sicherheit im Freiheitsentzug ist auf der Website des Schweizerischen Kompetenzzentrums für den Justizvollzug (www.skjv.ch) abrufbar.

Einer der wenigen Orte, wo man frei wählen kann, was man will

Gefängnisbibliotheken sind Zentren der Bildung, Information und Erholung

Bücher eröffnen Lesenden neue Welten und Zugang zur Bildung. Das gilt insbesondere, wenn die Lesenden von der Aussenwelt ausgeschlossen sind. Darum müssen Strafvollzugsanstalten nach den internationalen Mindestgrundsätzen ihren Gefangenen eine Bibliothek anbieten.

Christine Brand

Es war ein kalter Septemberabend, als ich in besonderer Mission in Lenzburg aus dem Zug stieg. Ohne zu übertreiben kann ich behaupten, dass ich mich auf dem Weg zu meiner wohl speziellsten Lesung befand, die ich je gehalten habe. Hierzu muss ich kurz erklären: Ich schreibe nicht nur regelmässig Texte für dieses Magazin, sondern ich verdiene mir mein Leben mit dem Schreiben von Kriminalromanen. An jenem Septemberabend also war ich eingeladen, mein neuestes Buch in einer Bibliothek zu präsentieren. Dabei handelte es sich aber nicht um eine Bibliothek wie jede andere: Sie befand sich in der Justizvollzugsanstalt Lenzburg.

Eine Bibliothek hinter Gittern?, wunderte ich mich, als mich Direktor Marcel Ruf angefragt hatte, meinen Roman vor der anstaltseigenen Lesegruppe vorzustellen. Er versicherte mir, dass alle Mitglieder der Lesegruppe mein Buch im Vorfeld gelesen haben und mit vielen Fragen auf mich warten würden. Die angekündigten Fragen machten mich ein bisschen nervös – handelte es sich dieses Mal bei meinen Zuhörern doch um die wahren Experten ihres Fachs: Um Leser, die teils wegen eben jener Delikte in der Justizvollzugsanstalt einsassen, um die sich mein Krimi drehte.

Für mich war die Lesung zwar ausserordentlich – Bibliotheken in Gefängnissen aber sind nichts Aussergewöhnliches und auch nichts Neues. Bereits seit 1955 gehört das Angebot von Büchern zu den Mindestgrundsätzen der Vereinten Nationen für die Behandlung von Gefangenen. Heute lautet Regel Nummer 64 der 2015 verabschiedeten sogenannten Nelson-Mandela-Regeln der UNO: «Jede Vollzugsanstalt hat eine Bibliothek einzurichten, die allen Kategorien von Gefangenen zur Verfüg-

ung steht und über eine genügende Auswahl an Unterhaltungsliteratur und Sachbüchern verfügt; die Gefangenen sind zu ermutigen, davon ausgiebig Gebrauch zu machen.» Hinter dem Grundsatz steht nicht zuletzt das Menschenrecht auf Bildung.

Eine lange Tradition

Tatsächlich haben Bibliotheken oder zumindest Bücher in Gefängnissen eine lange Tradition. Eine «Bücherversorgung» in einem Gefängnis wurde erstmals 1790 in den USA systematisch organisiert. Dort beschaffte die «Philadelphia Prison Society» den Insassen des «Walnut Street Jail» Lesestoff – allerdings handelte es sich dabei ausschliesslich um Lektüre «zur Besserung und Erziehung». In der Schweiz datiert der erste in einer Hausordnung dokumentierte Bibliotheksnachweis im Strafvollzug aus dem Jahr 1841, und zwar im Kanton St. Gallen. «Damals standen in Gefängnissen aber einzig religiöse Bücher und belehrende Texte zur Verfügung», erzählt Thomas Sutter. Der stellvertretende Leiter des Gefängnisses Zürich West hat seine Dissertation «Lesen und Gefangen-Sein» über Gefängnisbibliotheken verfasst. «Erst Mitte des 19. Jahrhunderts gab es eine zunehmende Öffnung hin zu Bildungstexten und Unterhaltungsliteratur.»

Wie in einer normalen Dorfbibliothek

Wer heute die Bibliothek in der Justizvollzugsanstalt Lenzburg betritt, wähnt sich im ersten Moment in einer ganz normalen Dorfbibliothek: Grosse, helle Räume, reihenweise Bücher, Hörbücher, DVDs und Blue-Rays in weissen Regalen. Hinter dem Bibliothekar in seiner buntgestalteten Rezeption sind fliegende Bücher an die Wand gemalt, aus einem

«Bereits seit 1955 gehört das Angebot von Büchern zu den Mindestgrundsätzen der Vereinten Nationen für die Behandlung von Gefangenen»

schwimmt ein dreimastiges Segelschiff heraus, das Abenteuer verspricht. Erst auf den zweiten Blick fallen einem die Gitterstäbe hinter den hohen Fenstern auf. Dass sich die Bibliothek klar von den anderen Räumen in der Anstalt unterscheidet, ist Teil des Konzeptes. «Eine Gefängnisbibliothek soll den Gefangenen eine andere Umgebung bieten», sagt Thomas Sutter. «Es ist der einzige Ort im Gefängnis ausserhalb des Zwangskomplexes, einer der wenigen Orte, wo man frei wählen kann, was man will.»

Ablenkung und Diskussionsstoff

Branko (Name geändert), ein regelmässiger Kunde der Gefängnisbibliothek, weiss ganz genau, was er lesen will – und was nicht: «Bloss nicht diese Bestseller, Krimis, Thriller oder Liebesromane», sagt er. «Ich lese nur das, was mich interessiert.» Zuoberst auf seiner Interessensliste steht alles, was sich um Geschichte dreht, auch klassische historische Romane. Manchmal liest er fünf bis sechs Stunden am Tag. Tolstois Anna Karenina hat er bereits sechs Mal gelesen. Branko sagt, er sei sehr froh, dass es die Gefängnisbibliothek gebe. «Wenn ich viel lese, denke ich nicht an meine Situation hier im Gefängnis.» Nicht nur während er liest, findet er Ablenkung, sondern auch danach, während der Arbeit, wenn er über die Geschichten nachdenkt. «Ich kann viel lernen aus den historischen Romanen, ich finde darin Antworten auf viele Fragen – all das lenkt mich ab von der Welt, in der ich hier lebe.»

Bücher lassen die Leserinnen und Leser Teil von Geschichten werden und entführen sie in andere Welten – umso mehr, wenn die Leser von der Aussenwelt ausgeschlossen sind. Sie ermöglichen ihnen eine Flucht aus dem Alltag und vielleicht sogar eine Flucht aus dem Gefängnis, wenn auch bloss in Gedanken. Im Fall von Branko bieten die Bücher nicht nur Ablenkung, sie liefern auch Diskussionsstoff an einem Ort, der nicht viel Gesprächsthemen bietet. «Ich habe zwei, drei Kollegen, die ebenfalls Bücher lesen», erzählt er. «Ein Kollege interessiert sich für Psychologie, wir erzählen uns jeweils gegenseitig, was wir gelesen haben und diskutieren, was wir darüber denken.»

Branko liest die Bücher auf Serbisch. Damit dies möglich ist, hat die Bibliothek in Lenzburg ein Abonnement mit dem Dienst Bibliomedia abgeschlossen; dort können Bücher in zwölf Sprachen bezogen und alle sechs bis zwölf Monate ausgetauscht werden. Trotzdem sind Bücher in den Sprachen der Insassen oft Mangelware. Thomas Sutter hat in seiner Studie über Gefängnisbibliotheken erhoben, dass im Schnitt rund 27 Prozent der angebotenen Bücher fremdsprachig sind – bei einem Ausländeranteil unter den Gefangenen von rund 75 Prozent. Auch

Bücher in exotischen Sprachen sind rar und kaum zu beschaffen. «Der Mangel an fremdsprachigen Büchern ist ein Punkt, bei dem generell Verbesserungspotenzial herrscht», sagt Thomas Sutter.

Grosse Spannweite

Trotzdem: Sutter kommt aufgrund seiner 2015 durchgeführten Studie zum Schluss, dass die Situation in Schweizer Gefängnissen, was den Zugang zu Büchern betrifft, grösstenteils zufriedenstellend ist. «In irgendeiner Form ist die Abgabe von Büchern meist verankert», erzählt er. Doch die Spannweite sei gross. «Wie der Bücherverleih organisiert ist, gestaltet sich von Anstalt zu Anstalt sehr unterschiedlich und hängt stark von der Grösse der Institution ab.» Es gebe kleinere Anstalten, in denen einzig ein Schrank oder ein Rollwagen mit einer Handvoll Büchern stünden. «In der Schweiz ist es nicht so sehr die Frage, ob das Angebot besteht – sondern wie es um die Qualität des Angebots steht.» Und die Qualität, so Sutter, hänge stark von der Wertschätzung der Anstaltsleitung ab.

Von einer umgenutzten Zelle ...

Bis 2016 gab es auch in der Justizvollzugsanstalt Lenzburg nur eine umgenutzte Gefängniszelle mit Büchern drin. Ein Insasse kümmerte sich um den Verleih, hatte aber keine Übersicht über den Bestand und wer gerade was am Lesen war. «Als wir die Gefängnisbibliothek 2016 neu einrichteten, habe ich die Bibliothek in meinem Dorf aufgesucht und mir angeschaut, wie die Verleihung dort funktioniert», erzählt Andreas Ramseier, Leiter Bildung und Freizeit in der Justizvollzugsanstalt Lenzburg. «Ich ging mit meinen Ideen zu unserem Informatiker und wir schauten, wie wir eine Datenbank aufbauen konnten, die ohne Internetzugang funktioniert.»

... zu einer professionellen Bibliothek

Heute ist die Ausleihe professionell organisiert: Der Insasse, der den Job des Bibliothekars übernommen hat, stattet jedes Buch mit einem Barcode aus und ordnet es gleichzeitig dem jeweiligen Genre zu. Jeder Gefangene, der in die Bibliothek kommt, verfügt über einen Bibliotheksausweis, der ebenfalls mit einem Barcode versehen ist. Der Gefangene erhält auch Zugriff auf die Datenbank, kann darin nach Büchern suchen oder sich auf die Warteliste setzen lassen, falls das gewünschte Buch gerade ausgeliehen ist. Das Angebot umfasst zwischen 7000 und 8000 Bücher, 400 Hörbücher und bis zu gegen 3000 DVDs und Blue-Rays – sowie vier elektronische Schachspiele. Etliche Bücher werden der Anstalt geschenkt. Aber auch Neuanschaffungen werden getätigt und von einer Stiftung finanziert; diese bestellt Direktor Marcel Ruf jeweils selbst.

«Wenn ich viel lese, denke ich nicht an meine Situation hier im Gefängnis»

«Der Mangel an fremdsprachigen Büchern ist ein Punkt, bei dem generell Verbesserungspotenzial herrscht»



Wer heute die Bibliothek in der Justizvollzugsanstalt Lenzburg betritt, wähnt sich im ersten Moment in einer ganz normalen Dorfbibliothek: Grosse, helle Räume, reihenweise Bücher, Hörbücher, DVDs und Blue-Rays in weissen Regalen.

Foto: Peter Schulthess, 2019



«Die Gefängnisbibliotheken bieten eine sinnvolle Freizeitgestaltung und unterstützen die Resozialisierung»

«Einschränkungen gibt es keine», sagt Ramseier. «Auch keine Zensur.»

Andreas Ramseier schätzt, dass etwa 80 Prozent der 185 Gefangenen das Angebot der Bibliothek nutzen, rund 20 bis 30 Prozent leihen sich Bücher aus, 50 bis 70 Prozent kommen wegen der Filme. Jene im Normalvollzug haben während ihrer Kiosk-Stunde oder während der Wäschezeit freien Zugang zur Bibliothek. Einzig die Gefangenen des Sicherheitstrakts 1 können die Bibliothek nicht aufsuchen – ihnen steht ein Schrank mit Büchern zur Verfügung. «Es ist nicht so, dass in unserer Bibliothek jede Woche 200 Bücher über den Tisch gehen», erzählt Andreas Ramseier. «Die Filme hingegen laufen sehr gut.» Während der Fernseher zur Standarteinrichtung einer Zelle gehört, müssen sich die Gefangenen das Abspielgerät für DVDs oder Blue-Rays selbst kaufen – dennoch sind die Filme so begehrt, dass die Bibliothek den Verleih limitieren muss; nur drei bis fünf Stück dürfen aufs Mal ausgeliehen werden.

Den Anschluss nicht verlieren

Bei den Büchern sind laut Ramseier vor allem Bildbände mit Landschafts- und Naturbildern gefragt,

Die Bibliothek ist einer der wenigen Orte im Gefängnis, wo man frei wählen kann, was man will.
Foto: Peter Schulthess, 2019

Wanderbücher, Reisedokumentationen oder auch Zeitschriften wie das Geo-Magazin. Wer hinter Gittern ist, kann sich so die Bilder zurückholen, die ihm während seiner Haft verwehrt sind. «Auch Wörterbücher sind sehr gefragt, da haben wir zu wenige.» Wenn jemand explizite Wünsche hat, um sich zum Beispiel im Bereich der Technik oder der Architektur weiterzubilden oder um sich – was ebenfalls begehrt ist – über Wohnmobile zu informieren, kann er sich bei Andreas Ramseier melden, der die gewünschten Bücher für die Gefangenen bestellt. «Es geht darum, dass die Gefangenen die Möglichkeit haben, sich auch mit Büchern weiterzubilden. Und dass sie in diesem Freiheitsraubenden Rahmen den Anschluss an die Aussenwelt nicht ganz verlieren.»

Auch Thomas Sutter sieht die Gefängnisbibliothek als Bildungs-, Informations-, aber ebenso als Erholungszentrum. «Die Bildungschancen werden durch den Zugang zu Informationen erhöht und die Bibliotheken leisten einen Beitrag zur Entwicklung von Lese- und Schreibkompetenzen», erklärt er. «Sie bieten eine sinnvolle Freizeitgestaltung und unterstützen die Resozialisierung.» Der Bedeutung von Gefängnisbibliotheken ist auch die Unesco in ihrer Broschüre «Bücher hinter Gittern» von Lisa Krolak nachgegangen. Der freie Zugang zu Büchern sei für die persönliche Entwicklung, das Wohlbefinden und letztendlich die Resozialisierung der Gefangenen von entscheidender Bedeutung, schreibt Lisa Krolak. Das Lesen von Büchern ermögliche den Gefangenen, «über ihr Leben nachzudenken, Angstzustände, Stress und Depressionen zu lindern, Engagement und Selbstverantwortung zu stärken, Empathie, Kommunikationsfähigkeit und Selbstwertgefühl zu steigern und ihre Perspektiven zu erweitern.»

Als ich an jenem Abend in der Gefängnisbibliothek der Justizvollzugsanstalt Lenzburg sass und mit den fünf Mitgliedern der Lesegruppe über meinen Kriminalroman diskutierte, zeigte sich schnell, dass meine Nervosität völlig überflüssig gewesen war. Gemeinsam tauchten wir ab in die Welt der Romanfiguren, in ihre Geschichten, wir redeten über ihre Charaktereigenschaften, über ihre Abenteuer und darüber, was in den nächsten Büchern noch alles auf sie zukommen könnte. Das Gespräch war anregend, die Kritik konstruktiv. Während der Diskussion vergass ich komplett, wo ich mich befand – und ich denke und hoffe, dass dies auch den Gefangenen für einen Moment lang gelang.

Die Lebensgeschichte erzählen als Mittel zur Veränderung

Dem Erlebten einen Sinn geben

Das Erzählen der Lebensgeschichte ist eine Interventionsmethode, die auf den Ausstieg aus der Kriminalität abzielt. Sie verlangt vom Straftäter, seine Vergangenheit zu identifizieren, um sie zu verstehen. Sobald er sich von den Ketten der Vergangenheit befreit hat, kann er die Zügel seiner Zukunft in die Hand nehmen, erklärt der Forscher und Praktiker Baptiste Brodard.

Patricia Meylan

«Man kann die Vergangenheit nicht ändern. Sie zu visualisieren, ist eine reine Gedächtnisübung. Auf die Zukunft hingegen kann man Einfluss nehmen. Sich dies vorzunehmen, ist eine konstruktive Übung. Das Erzählen der Lebensgeschichte dient als Bindeglied zwischen diesen beiden Übungen. Es fordert von der Person, sich ihren vergangenen Handlungen zuzuwenden, damit sie ihre zukünftigen Handlungen selbst in die Hand nehmen kann. Das Erzählen der Lebensgeschichte ermöglicht es», so Baptiste Brodard, «dem persönlichen Lebensweg einen Sinn zu verleihen.»

Zwischen Gefängnissen und Bibliotheken

Nur sein Name verrät seine Freiburger Herkunft, abgesehen davon passt Baptiste Brodard in alle Gesellschaften, besonders, wenn sie marginalisiert sind. Er hält sich vorzugsweise in benachteiligten Stadtvierteln, Wohnsiedlungen und Gefängnissen auf. Als er am Ende seiner Jugend das Greizerland verliess, zog er in die Pariser Vorstädte. Seit seiner Rückkehr in die Schweiz arbeitet er in Einrichtungen des Freiheitsentzugs. Wenn er Europa verlässt, dann um mit Gefangenen in Algerien, Kolumbien, Mexiko, im Libanon oder in den USA zu sprechen.

Baptiste Brodard, Forscher in Sozialwissenschaften und Doktor der Religionswissenschaften an der Universität Freiburg, absolviert derzeit einen Postdoc in Mexiko (Universidad Veracruzana). Dieser akademischen Karriere gingen praktische Erfahrungen als Sozialarbeiter in Gefängnissen (in der Schweiz), als Projektbeauftragter für das Entwicklungsprogramm der Vereinten

Nationen (in Algerien) oder als Gefängnisbesucher (vor allem in Grossbritannien und Kolumbien) voraus.

Interviews mit Inhaftierten

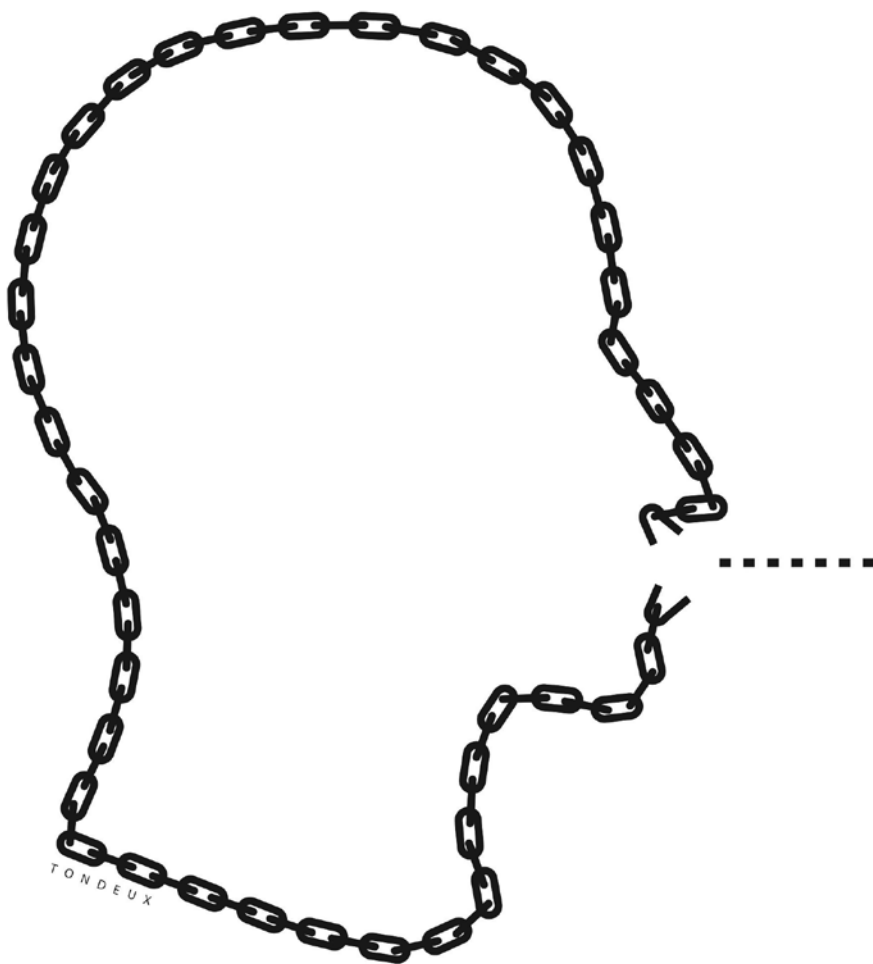
Offensichtlich verfolgt ihn das Thema des Freiheitsentzugs. Da ist zum einen das Gefängnis im engen Sinne, in dem er unzählige Interviews geführt hat. Da ist aber auch das Gefängnis als Lebensumfeld: «Ich habe in verschiedenen Milieus gelebt oder mich dort aufgehalten, in denen die Inhaftierung allgegenwärtig ist, wie in bestimmten Vierteln der Pariser Vorstädte, in Brooklyn in New York oder in den «Ghettos» von Philadelphia. An diesen Orten trifft man oft Familien, in denen ein Mitglied vom Gefängnis betroffen ist; entweder, weil es inhaftiert ist, weil es aus der Haft entlassen wurde oder weil es darum kämpft, nicht oder nicht wieder inhaftiert zu werden. Das Schicksal dieses Mitglieds prägt die ganze Familie.»

Diese Erfahrungen mit dem Gefängnismilieu haben Baptiste Brodard zum Nachdenken angeregt. Er versuchte und versucht, die Ursachen für die Häufigkeit von Straftaten in bestimmten Milieus sowie die Bedingungen für eine Rückkehr in die Gesellschaft zu ermitteln. «Und manchmal», sagt er, «geht es nicht einmal mehr um Wiedereingliederung, sondern nur noch ums Überleben. Es kommt vor, dass der Häftling oder Ex-Häftling derart verzweifelt ist, dass Wege gefunden werden müssen, damit er nicht noch tiefer sinkt oder gar Selbstmord begeht.»

Sowohl das Rückfallrisiko als auch das durch die Vergangenheit im Gefängnis bedingte Gefühl der



Baptiste Brodard ist Experte der Interventionsmethode, die durch das Erzählen der Lebensgeschichte auf den Ausstieg aus der Kriminalität abzielt.



«Das ultimative Ziel ist, dass sich die Person in ihrem Leben wohl fühlt»

Ausweglosigkeit erfordern neue Wege der Intervention. Baptiste Brodard ist der Ansicht, dass das Erzählen der Lebensgeschichte ein grosses Potenzial besitzt, die inhaftierten sowie die entlassenen Personen beim Ausstieg aus der Kriminalität und der Wiedereingliederung zu unterstützen. «Bei dieser Art der Intervention besteht das minimale Ziel darin, es der Person zu ermöglichen, das Erreichte zu bewahren, und das allgemeine Ziel, ihr die Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu ermöglichen. Aber das ultimative Ziel ist, dass sie sich in ihrem Leben wohl fühlt.»

Lebensweg

Das Erzählen der Lebensgeschichte ist ein Instrument aus der klinischen Soziologie und fällt nicht in den Bereich der psychoanalytischen Analyse. Der Ansatz besteht darin, dass eine Person ihren gesamten Lebensweg zurückverfolgt, um ihre vergangenen Handlungen zu verstehen, mit dem Ziel, ihre zukünftigen Handlungen zu beherrschen. Wenn die betreffende Person straffällig geworden ist, geht es zunächst darum, ihr zu ermög-

Sobald sich der Straftäter von den Ketten der Vergangenheit befreit hat, kann er die Zügel seiner Zukunft in die Hand nehmen.

Zeichnungen: Patrick Tondeux

lichen, die Handlungen zu identifizieren, die sie dazu gebracht haben, eine kriminelle Laufbahn einzuschlagen. Baptiste Brodard erläutert: «Das Schreiten zur Tat lässt sich zum Teil durch Lebenserfahrungen erklären. Aber diese Feststellung ist nicht selbstverständlich. Denn jeder Mensch vergisst viele Stationen seines Lebensweges.» Er fährt fort: «Ausserdem ist es nicht ungewöhnlich, dass eine Person ihre Handlungen nicht in Worte fassen kann. Wenn sie gefragt wird, warum sie ein bestimmtes Verhalten an den Tag gelegt hat, weiss sie es oft nicht – weil sie sich dessen zum Zeitpunkt der Tat nicht bewusst war oder weil sie es vergessen hat. Aber mehrere Jahrzehnte Lebenserfahrung bedeuten entsprechend viele Entscheidungen und Wahlmöglichkeiten, mit denen sich Handlungen, insbesondere kriminelle Handlungen, erklären lassen.»

Verstehen, um einzugreifen

Der Ansatz besteht also in erster Linie darin, vergangene Verhaltensweisen zu identifizieren. Anschliessend geht es darum, etwas daraus zu machen. «Um ihre anhaltende Straffälligkeit, ihr Unwohlsein und ihren emotionalen Zustand zu verstehen, muss eine Person feststellen, wie sie an den Punkt gelangt ist, an dem sie sich befindet. Oftmals weiss sie das nicht. Es ist jedoch unerlässlich, einen Blick auf ihre eigene Lebensgeschichte zu werfen, denn man kann nicht eingreifen, wenn man nicht versteht», führt Baptiste Brodard aus. Das Ziel besteht in der Folge darin, der Person zu helfen, ihr Leben nicht mehr zu erleiden, sondern es im Gegenteil zu meistern. «Wenn eine Person ihr Leben selbst in der Hand hat, so Baptiste Brodard, wird sie dafür verantwortlich und kann die richtigen Entscheidungen treffen».

Der Prozess der Identifizierung der Schlüsselereignisse wird durch einen «therapeutischen» Ansatz ergänzt. Der bedeutet zunächst, dass die Begleiterin oder der Begleiter der inhaftierten oder entlassenen Person etwa folgende Fragen stellt: Wenn Sie etwas in Ihrem Leben ändern könnten, was würden Sie ändern? Welchen Tag in Ihrem Leben würden Sie gerne ändern? Warum würden Sie gerade diesen Tag ändern? Was würden Sie anders machen? Die Fragen und Antworten sollen der betroffenen Person vor Augen führen, dass jede erlebte Situation auf unterschiedliche Weise hätte

erlebt werden können, dass sie unterschiedliche Entscheide hätte treffen können. So lernt die betroffene Person, Handlungsoptionen zu erkennen und sich nicht mehr für strafbare Handlungen zu entscheiden.

Fatalistische Reflexe stoppen

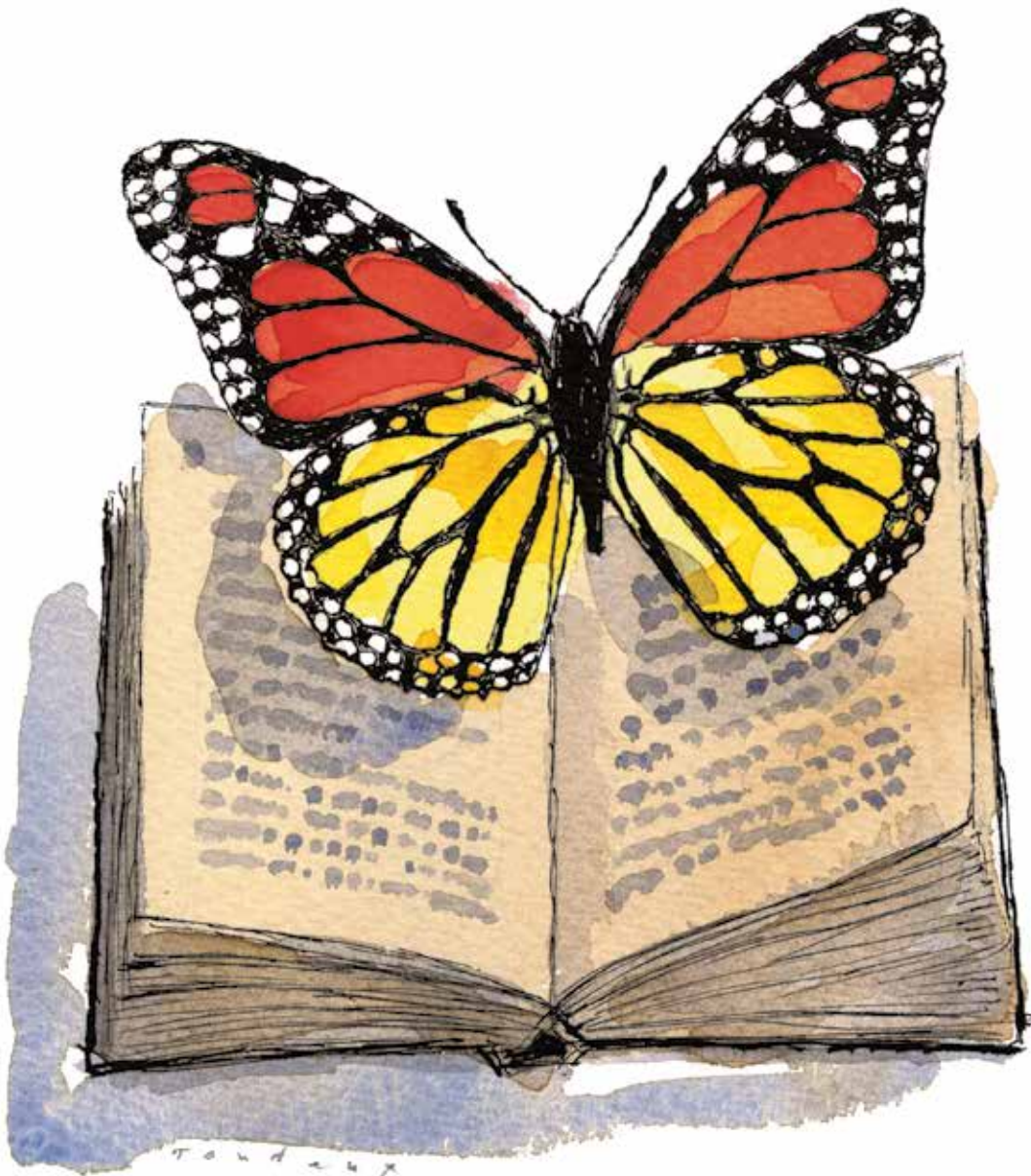
Baptiste Brodard ergänzt: «Es kommt häufig vor, dass eine verurteilte Person ihre Straffälligkeit fatalistisch erklärt. Sie wird sagen: «Ich bin gewalttätig, weil ich so geboren wurde.» «Ich bin ein Straftäter wegen meiner Vergangenheit.» «Ich werde mich sowieso nie ändern, weil ich so bin.» Das Erzählen der Lebensgeschichte ist ein Mittel zur Veränderung, das den Fatalismus überwinden hilft. Es hilft, das Räderwerk zu stoppen. Es

hilft einer Person nicht, die Vergangenheit neu zu gestalten, aber es hilft ihr, ihre Zukunft selbst zu bestimmen.»

Zwei Ansätze

Das Erzählen der Lebensgeschichte erfolgt hauptsächlich in zwei Formen: in Form einer Begleitung bei der Selbstreflexion, bei der die Interaktionen zwischen der betreuten und der betreuenden Person vertraulich bleiben, sowie in Form eines Ansatzes, der die «Produkte» dieser Selbstreflexion einem breiteren Publikum mitteilen, sie sozusagen restituieren will. Die Intervention kann an den Kontext der Haft, der Bewährungshilfe oder einer sozialen Betreuung ausserhalb der Gefängnismauern angepasst werden.

«Das Erzählen der Lebensgeschichte ist ein Mittel zur Veränderung, das den Fatalismus überwinden hilft»



Die Lebensgeschichte einer Person kann als Buch veröffentlicht werden.

«Wir müssen nach den Risikofaktoren und der Bedeutung ungelöster Traumata beim Schritt in die Kriminalität fragen»

«Einen Menschen zu ändern, ist eine Art, die Welt zu ändern»

Begleitung bei der Selbstreflexion

Die Projekte der Selbstreflexion verfolgen einen Ansatz, wonach die betreuenden Personen die betreuten Personen begleiten, ohne dass daraus ein «Produkt» im Rahmen eines Zeugnisses über diesen engen Kreis hinaus resultieren soll. Die Selbstreflexion erfolgt in der Regel in Einzel- oder Gruppengesprächen. In Einzelgesprächen begleitet die Betreuerin oder der Betreuer die betroffene Person bei der Reflexion und Bewusstwerdung. Die Reflexion bleibt rein persönlich, sie wird nicht mit Dritten geteilt, ausser mit den anderen Gruppenmitgliedern. Das *Erzählen der Lebensgeschichte* in einer Gruppe kann in Form einer Gesprächsgruppe oder einer Schreibwerkstatt erfolgen. Die Begleitperson fordert die Teilnehmer auf, sich zu einem Thema zu äussern. Die Interventionen in der Gruppe bieten namentlich die Gelegenheit, gemeinsame Probleme und Traumata zu erkennen. Dieses gegenseitige Erkennen ermöglicht es dem Einzelnen, sich aus seiner Isolation zu befreien und – oft starke – Bindungen zu anderen aufzubauen.

Das Compassion Prison Project in den USA ist ein Beispiel für das Erzählen der Lebensgeschichte in einer Gruppe. Unter dem Titel «Step Inside the Circle» funktioniert diese Art der Intervention folgendermassen: Die Inhaftierten bilden auf dem Hof ihrer Anstalt einen Kreis; die Betreuerin oder der Betreuer stellt Fragen; jede inhaftierte Person macht einen Schritt nach vorn, wenn ihre Antwort ja ist. Die Fragen, die den Inhaftierten gestellt werden, beziehen sich auf Traumata, die sie in den ersten Jahren ihres Lebens erlebt haben. Fragen wie «Wurden Sie in den ersten 18 Jahren Ihres Lebens von mindestens einem Erwachsenen häufig erniedrigt? Hatten Sie Spuren von körperlicher Gewalt? Hatten Sie das Gefühl, nicht geliebt zu werden?» Bei jedem «Ja» machen die Inhaftierten – manchmal sind es mehrere Dutzend – einen Schritt nach vorn. Am Ende der Übung befinden sich fast immer alle in der Mitte des Kreises! «Wenn eine Person in ihrer Kindheit traumatisiert wurde und straffällig wird, kann dies belanglos erscheinen. Wenn jedoch zahlreiche Opfer zu Kriminellen werden, ist das kein Zufall mehr. Wir müssen nach den Risikofaktoren und der Bedeutung ungelöster Traumata beim Schritt in die Kriminalität fragen», stellt Baptiste Brodard fest.

Restitutionsprojekte

Restitutionsprojekte werden auf einem Medium gespeichert. Die Lebensgeschichte einer Person kann als Buch veröffentlicht, als Podcast herausgegeben oder als Theaterstück aufgeführt werden. Die betroffene Person will von Beginn weg ihre

Erfahrungen teilen. Zunächst wird sie sich ihrer Fehlentwicklungen bewusst, dann überwindet sie sie, schliesslich legt sie z. B. in einem Buch Zeugnis davon ab. Ihre Lebenserfahrung wird so zu einem Lehrstück. So kann ein ehemaliger Straftäter seinerseits Inhaftierte zum Ausstieg aus der Kriminalität bewegen.

Qualitäten und Grenzen

Das Erzählen der Lebensgeschichte ist Teil eines Entwicklungsprozesses und nicht Teil einer Risiko- beurteilung. Die Intervention kann nur mit der Zustimmung und der vollen Beteiligung der inhaftierten oder auf Bewährung entlassenen Person funktionieren. Sie muss den Prozess mittragen, motiviert sein, partizipieren und freiwillig mitmachen. «In Gefängnissen herrschen jedoch eher Schweigen und Misstrauen. Der Ansatz des Erzählens der Lebensgeschichte kann daher nicht für jeden geeignet sein», hält Baptiste Brodard fest. Von der Begleitperson wird erwartet, dass sie die andere Person respektiert und eher begleitet als leitet; dass sie Empathie zeigt und nicht urteilt; dass sie ständig und dauerhaft ein Klima des Vertrauens aufrechterhält.

Ausstieg aus der Kriminalität

Das 2019 von der Bewährungskommission der lateinischen Schweiz lancierte Pilotprojekt «Objectif désistance» (siehe #prison-info 1/2019) sieht ein gemeinsames Modell für Interventionen vor, um kriminelle Laufbahnen zu stoppen. Das Erzählen der Lebensgeschichte fügt sich in dieses Projekt ein. Baptiste Brodard wird als externer Experte fallweise beigezogen, um Workshops oder Vorträge über diesen Ansatz zu halten.

Abkehr von der quantitativen Logik

Da das Erzählen der Lebensgeschichte auf Freiwilligkeit beruht, ist diese Intervention nicht für alle Straftäter geeignet. Da sie seltene Fähigkeiten erfordert, ist sie auch nicht für alle Begleitpersonen geeignet. Da sie durch eine Verlegung oder die Entlassung aus dem Gefängnis unterbrochen werden kann, kann sie auch nicht in allen Fällen eingesetzt werden. Bei dieser neuen Intervention ist deshalb eine Abkehr von der quantitativen Logik erforderlich. Sie kann nur einer begrenzten Anzahl von Straftätern zugutekommen. Daher stellt sich die Frage, ob es sich lohnt, das Erzählen der Lebensgeschichte in ein Konzept zu fassen, um es als Mittel zum Ausstieg aus der Kriminalität für den Strafvollzug und die Bewährungshilfe verfügbar zu machen. Baptiste Brodard bejaht dies ohne zu zögern, denn «einen Menschen zu ändern, ist eine Art, die Welt zu ändern».

Röstigraben im Bereich der Ausbildung

Casadata: Erziehungseinrichtungen unter der Lupe

Die Plattform Casadata gibt einen Überblick über das Angebot in den Erziehungseinrichtungen und über die Situation der ausserfamiliär untergebrachten Kinder in der Schweiz. Beim genaueren Hinschauen fallen in den Sprachregionen Unterschiede im Bereich der Ausbildung auf: In der Deutschschweiz findet man innerhalb der Einrichtungen fast doppelt so viele Plätze in den Bereichen Beschäftigung und Ausbildung als in der lateinischen Schweiz.

Giorgia Pancaldi

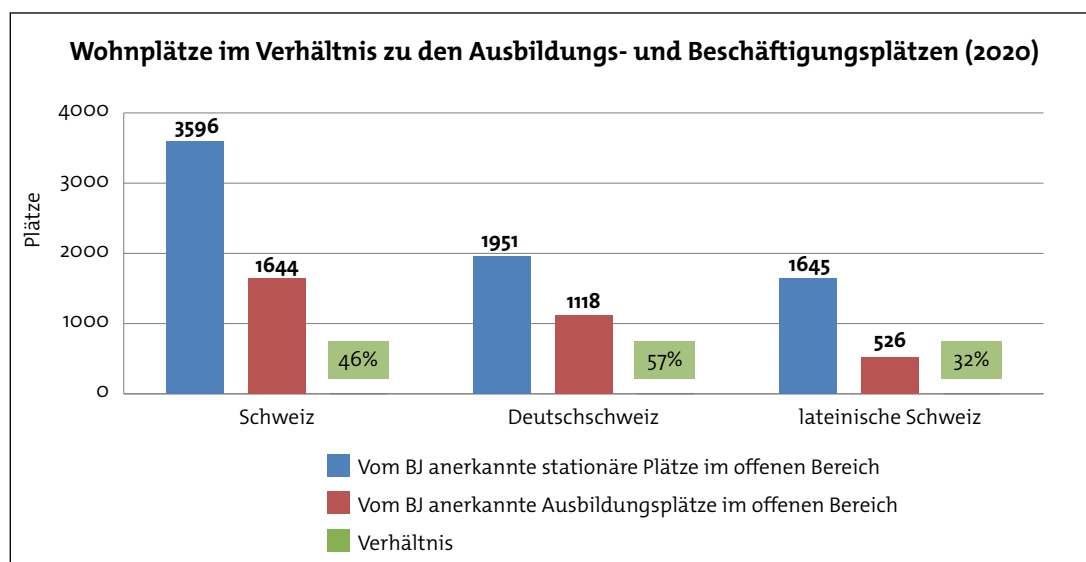
Jedes Kind und jeder Jugendliche hat das Recht auf eine Schul- und Berufsausbildung, die seinen Fähigkeiten und Neigungen entspricht. Dies gilt auch im Falle einer ausserfamiliären Unterbringung. Schule, Ausbildung und Eingliederung in die Berufswelt sind entscheidende Elemente im Lebenslauf junger Menschen und sind daher auch ein wichtiger Faktor bei der Förderplanung in einer Einrichtung. Welche Arten von konkreten Bildungsangeboten bieten die Erziehungseinrichtungen an? Besuchen die platzierten Jugendlichen die öffentlichen Schulen? Nutzen sie die verschiedenen externen Ausbildungsmöglichkeiten in der Region oder belegen sie die internen Beschäftigungs- und Ausbildungsangebote, welche die Einrichtung selber anbietet? Gibt es in den verschiedenen Regionen der Schweiz Unterschiede in Bezug auf die internen Bildungsangebote?

Die Online-Plattform Casadata, die seit 2017 Daten über das Angebot und die Nutzung der vom Bundesamt für Justiz (BJ) anerkannten Einrichtungen sammelt, ermöglicht die Beantwortung dieser Fragen. Der Bund gewährt jährlich Betriebsbeiträge in Höhe von fast 79 Millionen Franken an rund 190 Erziehungseinrichtungen für Minderjährige in der Schweiz. Im Laufe der Zeit hat sich Casadata zu einem wichtigen Instrument für die Bedarfsanalyse und die Erstellung einer kantonalen und regionalen Planung entwickelt. Diese Aufgabe war in der Zeit vor Casadata nur schwer zu bewältigen – obwohl das Vorliegen einer Planung schon lange eine Voraussetzung für die Anerkennung und Subventionierung von Einrichtungen durch den Bund ist.

Die Daten aus Casadata zeigen, dass im Jahr 2020 insgesamt 5127 Kinder und Jugendliche in den vom



Giorgia Pancaldi ist Mitarbeiterin im Fachbereich Straf- und Massnahmenvollzug des Bundesamtes für Justiz und zuständig für Jugendfragen.



«Während in den vergangenen Jahrzehnten fast alle Kinder in Schulheimen innerhalb des Heims unterrichtet wurden, wird heute zunehmend ein individualisierter Ansatz bevorzugt»

BJ anerkannten Einrichtungen platziert wurden. Diese Einrichtungen verfügen insgesamt über 3554 stationäre Wohnplätze im offenen Bereich sowie über 1644 Ausbildungs- und Beschäftigungsplätze. Im gleichen Jahr konnten 2088 Jugendliche in ihrer Einrichtung eine Schule besuchen oder einen Ausbildungs- oder Beschäftigungsplatz belegen. (Infolge von Ein- und Austritten im laufenden Jahr werden die verfügbaren Plätze teilweise mehrfach nacheinander genutzt.) Die Zahlen zeigen, dass jedes dritte Kind, das in einer vom BJ anerkannten Einrichtung im offenen Bereich platziert ist, eine Ausbildung oder ein Beschäftigungsprogramm innerhalb der Einrichtung absolviert. Ist dieser Durchschnitt repräsentativ für alle Regionen der Schweiz? Haben die platzierten Kinder je nach Region, in der sie platziert sind, die gleichen Möglichkeiten?

Die folgende Grafik zeigt die Anzahl der Ausbildungs- und Beschäftigungsplätze für das Jahr 2020, die in den vom BJ anerkannten Einrichtungen im offenen Bereich nach Region angeboten werden, sowie das Verhältnis zur Gesamtzahl der vom BJ anerkannten stationären Wohnplätze in der gleichen Region. Die Daten zeigen, dass im Verhältnis zur Anzahl der vom BJ anerkannten stationären Plätze in der Deutschschweiz fast doppelt so viele Ausbildungs- oder Beschäftigungsplätze innerhalb der Einrichtungen zur Verfügung stehen als in der lateinischen Schweiz.

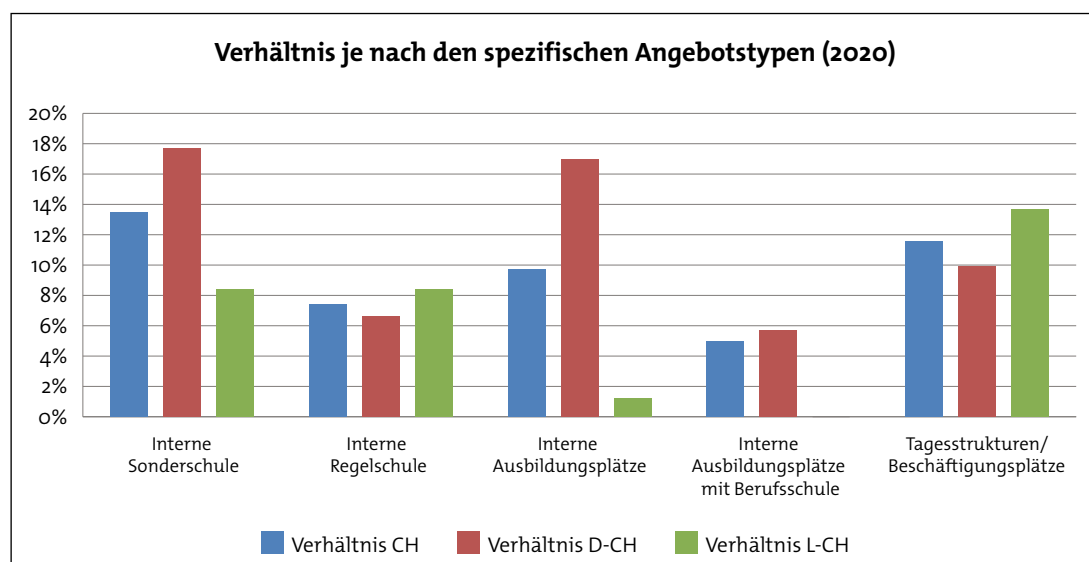
Dank Casadata, welche die Daten für jeden Angebotstyp erhebt, ist es möglich, die spezifischen Beschäftigungs- und Ausbildungsangebote im offenen Bereich detailliert zu analysieren (siehe Grafik unten).

Interne Schulen: politische und kulturelle Unterschiede

Im Verhältnis zur Anzahl der vom BJ anerkannten stationären Plätze verfügt die Deutschschweiz über mehr Plätze für die heiminterne Sonderschule als die lateinische Schweiz. Eine genauere Betrachtung der Daten zeigt, dass in der Deutschschweiz mehrere deutschsprachige Kantone (AG, BE, LU, OW, SH und ZH) über diese Art von Angebot verfügen, in der lateinischen Schweiz dies jedoch nur ein Kanton (VD) anbietet. Heiminterne Regelschulen sind hingegen in beiden Regionen vertreten (lateinische Schweiz: GE, NE und VS; Deutschschweiz: BL, BS, GR).

Angesichts dieser Unterschiede ist es wichtig, die Bedeutung der kantonalen Politik in Bezug auf die schulische Integration und Inklusion zu beleuchten, die kantonalen Unterschiede der Antworten auf die heterogenen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zu analysieren sowie einen Blick auf die unterschiedlichen sonderpädagogischen Ansätze zu werfen. Diese politischen und kulturellen Eigenheiten können tatsächlich zu Unterschieden zwischen den Regionen, aber auch zwischen den Kantonen innerhalb einer Sprachregion führen. So zeigen z. B. die Daten aus Casadata, dass einige deutschsprachige Kantone Sonderschulen in Heimen bevorzugen, während andere deutschsprachige Kantone Schulen mit Regelunterricht fördern.

Darüber hinaus verfolgen selbst Einrichtungen mit interner Schule sehr unterschiedliche sozialpädagogische Ansätze, die zudem einem steten Wandel unterworfen sind. Während in den vergangenen Jahrzehnten fast alle Kinder in Schulheimen innerhalb des Heims unterrichtet wurden, wird





Das Kind hat die Möglichkeit, je nach seinen Ressourcen und spezifischen Bedürfnissen, die Schule innerhalb (Bild: Schulzimmer in der Fondation Borel in Dombresson NE) oder ausserhalb der Einrichtung zu besuchen.
Foto: Peter Schulthess, 2017

heute zunehmend ein individualisierter Ansatz bevorzugt. Das Kind hat also die Möglichkeit, je nach seinen Ressourcen und spezifischen Bedürfnissen die Schule innerhalb oder auch ausserhalb der Einrichtung zu besuchen.

Legen wir die Casadata-Statistiken für einen Moment auf die Seite und werfen wir einen Blick auf die Institutionen, die interne Schulen anbieten. Interessanterweise blicken die meisten dieser Einrichtungen auf eine sehr lange Geschichte zurück. Das Schulheim Elgg AG wurde beispielsweise im Jahr 1863 gegründet, das Schulheim Röserental BL und Le Châtelard VD im Jahr 1884 und das Schulheim Effingen AG im Jahr 1867. Man kann demnach die Hypothese aufstellen, dass nicht nur die aktuelle Schulpolitik die regionalen Unterschiede in Bezug

auf die internen Schulen erklärt, sondern auch die Existenz historischer Einrichtungen, die von etablierten Stiftungen unterstützt werden und bis heute im Bereich der Kinder- und Jugendfürsorge tätig sind.

Interne Ausbildungsplätze: fast ausschliesslich in der Deutschschweiz

Einige Erziehungseinrichtungen bieten eine interne Berufsbildung (Lehre) nach dem klassischen dualen System an, das sowohl aus einem praktischen als auch aus einem theoretischen Teil (Berufsschule) besteht. Die Berufsschule kann entweder innerhalb der Einrichtung oder an einer externen, öffentlichen Berufsschule absolviert werden. Häufig handelt es sich hierbei um Einrichtungen, die seit mehreren Jahrzehnten oder sogar Jahrhunderten bestehen und

«Der grosse Unterschied zwischen der Deutschschweiz und der lateinischen Schweiz im Bereich der Ausbildung wirft wichtige Fragen auf, die untersucht und vertieft werden sollten»

sich durch ihr grosses Engagement in der Berufsintegration von Jugendlichen auszeichnen. Hierzu gehört zum Beispiel das Landheim Brüttisellen ZH, das es seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gibt, den Neuhof in Birr AG seit 1914, Albisbrunn ZH seit 1924, das Zentrum Erlenhof BL seit 1929 und das Gfellergut ZH seit 1957.

Die angebotenen Lehren unterscheiden sich von Institution zu Institution. In vielen Fällen handelt es sich um Lehren in der Metallverarbeitung, im Gartenbau, in der Holzverarbeitung, in der Malerei, in Küche/Gastgewerbe oder im Hausdienst. Die internen Betriebe stellen regelrechte Kleinunternehmen dar, die verschiedene Produkte auf dem Markt anbieten. Ausbildungen in diesem Rahmen ermöglichen es den Jugendlichen, sich in die Berufswelt einzugliedern und gleichzeitig von einem geschützten Umfeld und einer individuellen sozialpädagogischen Betreuung zu profitieren. Wie aus der zweiten Grafik hervorgeht, ist diese Art von interner Berufsbildung fast ausschliesslich in der Deutschschweiz anzutreffen.

Die interne Tagesstruktur als Antwort auf spezifische Bedürfnisse

Die Anzahl der verfügbaren Plätze für die Tagesstruktur im offenen Bereich – wie z. B. Beschäftigungsprogramme, Nachholen von Schulabschlüssen oder das Absolvieren von Praktika – ist in beiden Sprachregionen vergleichbar gross (immer in Bezug

auf die Anzahl der stationären Plätze). Der letzte Auswertungsbericht von Casadata stellt eine Zunahme der Anzahl dieser Plätze fest, was den Beobachtungen vor Ort entspricht: Immer mehr Einrichtungen versuchen, intern Antworten auf die spezifischen Bedürfnisse von Jugendlichen zu finden, die die öffentliche Schule oder eine Ausbildung abgebrochen haben und neue Motivation finden müssen.

Offene Fragen im Bereich der Bildung

Dieser kurze Überblick gestützt auf den Daten aus Casadata zeigt einen bedeutenden Unterschied zwischen der Deutschschweiz und der lateinischen Schweiz im Bereich der Ausbildung in den vom BJ subventionierten Einrichtungen auf. Diese Feststellung wirft neue Fragen auf: Werden die Jugendlichen durch interne Schulen oder Ausbildungsplätze besser auf die Reintegration vorbereitet oder führt dies dazu, dass sie isoliert in einer geschützten «Blase» betreut werden, was die weitere Integration in den Arbeitsmarkt erschwert? Wirken sich die Art und Vielfalt der in der Schweiz verfügbaren stationären Angebote auf die erfolgreiche Integration der jungen Menschen in die Arbeitswelt und demnach auf ihre Entwicklung zur Selbstständigkeit aus? Haben Jugendliche, die in der lateinischen Schweiz oder in der Deutschschweiz platziert werden, die gleichen Chancen auf eine erfolgreiche stationäre Betreuung? Dies sind einige der noch offenen Fragen, denen sich die Forschung hoffentlich bald zuwenden wird.



Interne Ausbildungen (Bild: Schreinerei im Massnahmenzentrum Arxhof BL) ermöglichen es den Jugendlichen, sich in die Berufswelt einzugliedern und gleichzeitig von einem geschützten Umfeld und einer individuellen sozialpädagogischen Betreuung zu profitieren.

Foto: Peter Schulthess, 2015

Fünf Fragen an Sylvie Bula

«Ich denke, dass die interkantonale Zusammenarbeit, insbesondere zwischen der lateinischen Schweiz und der Deutschschweiz, noch verstärkt werden muss.»

Nachdem Sylvie Bula einen ersten Teil ihrer beruflichen Laufbahn in grossen Beratungsunternehmen absolviert hatte, leitete sie von 2011 bis 2022 das Amt für Justizvollzug (Service pénitentiaire, SPEN) des Kantons Waadt. Parallel dazu war sie sehr aktiv in der Konferenz der Kantonalen Leitenden Justizvollzug, deren Vorsitz sie zwischen Juli 2017 und März 2022 innehatte. Am 1. Juli 2022 übernahm sie das Amt der Kommandantin der Kantonspolizei Waadt.



#prison-info: Welche Hauptgründe haben Sie dazu bewogen, vom Strafvollzug zur Polizei zu wechseln? Sehen Sie eine Kontinuität in diesen beiden Aktivitäten?

Sylvie Bula: Ich war immer der Ansicht, dass berufliche Mobilität im Sinne der Weiterentwicklung und der gesunden Selbstreflexion gefördert werden sollte. Der Strafvollzugsbereich ist spannend und ich hätte noch jahrelang Projekte in diesem Bereich entwickeln können. Die Übernahme des Kommandos der Kantonspolizei Waadt war jedoch eine echte Chance und ich freue mich darauf, diese Institution, die in den letzten zehn Jahren ein Partner war, näher kennen zu lernen. In meiner neuen Funktion wird es mir ein Anliegen sein, diese Zusammenarbeit fortzusetzen und weiterhin dazu beizutragen, dass die Herausforderungen und Besonderheiten des Strafvollzugs anerkannt werden.

In den zehn Jahren, in denen Sie für den SPEN tätig waren, haben Sie zahlreiche Reformen durchgeführt. Welche erscheinen Ihnen am wichtigsten oder liegen Ihnen am meisten am Herzen?

In zehn Jahren haben wir manchmal komplizierte Zeiten durchlebt, die von mehreren Ereignissen durchsetzt waren, aber wir haben auch viele Ziele erreicht. Ich bin stolz auf die Arbeit, die ich mit meinen Teams geleistet habe, insbesondere die Ausarbeitung einer Strafvollzugspolitik, deren Fokus vor dem Hintergrund der chronischen Überbelegung der Gefängnisse auf einer Strategie

zur Entwicklung der Infrastruktur lag, sowie die Entwicklung von Leistungen im Bereich der Resozialisierung. Am meisten am Herzen liegen mir jedoch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aus denen dieser Dienst besteht. Der SPEN kann seine Aufgabe nur erfüllen, wenn er über genügend gut ausgebildete Mitarbeitende verfügt. Ich habe mich dafür eingesetzt, diese Aspekte weiterzuentwickeln, und ich wünsche mir, dass mein Nachfolger diesen Weg weiterverfolgen kann.

Wie würden Sie Ihren Führungsstil charakterisieren, der es Ihnen ermöglicht hat, Ihren Dienst mit der Unterstützung Ihrer Führungskräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzuentwickeln?

Ich hatte das Glück, ein sehr kompetentes Team zusammenstellen zu können, mit dem wir den SPEN gemeinsam entwickeln konnten. Ich habe dem Austausch und der Kommunikation immer viel Raum gegeben, insbesondere mit den Personalvertreterinnen und -vertretern. Ich habe versucht, so nah wie möglich am Geschehen zu bleiben, um die Probleme verstehen und sogar voraussehen zu können, indem ich bei den zahlreichen Treffen, die ich mit allen Funktionen innerhalb des SPEN durchführen konnte, immer für den Austausch zur Verfügung stand. Schliesslich habe ich versucht, im Alltag so zu handeln, dass ich die Werte des SPEN und alle Menschen, die ihn bilden oder sich dort aufhalten, respektiere.

In den letzten Jahren haben Sie sich auch auf interkantonaler Ebene stark engagiert, insbesondere seit 2017 als Präsidentin der Konferenz der Kantonalen Leitenden Justizvollzug. Was haben Sie daraus gelernt?

Die Zusammenarbeit mit den Vertreterinnen und Vertretern aller Kantone hat mir sehr viel Freude bereitet. Es gibt gute Ideen und Praktiken, die es unabhängig von der Grösse oder den organisatorischen Eigenheiten der Kantone wert sind, geteilt zu werden. Ich denke, dass die interkantonale Zusammenarbeit, insbesondere zwischen der lateinischen Schweiz und der Deutschschweiz, noch verstärkt werden muss. Es ist schwierig, Mittel zu erhalten. Die Entwicklung geht über Partnerschaften und das Teilen von Ideen und Ressourcen.

Der Justizvollzug, namentlich das Gefängnissystem, befindet sich in ständigem Wandel. Welche grossen Herausforderungen und wichtigen Innovationen sind Ihrer Meinung nach in den nächsten Jahren zu erwarten?

Das Gefängnissystem muss sich an den Wandel der Gesellschaft anpassen, damit die Betreuung die Wiedereingliederung nach der Entlassung tatsächlich erleichtert. Dies wirft grosse Fragen auf, insbesondere in Bezug auf die Digitalisierung innerhalb der Strafvollzugsanstalten. Auch die Weiterentwicklung der Betreuung und die Anpassung an bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie alternde Menschen und Menschen mit psychischen Störungen, bleiben eine Herausforderung.

Gefängnis Zürich West in Betrieb genommen

Der Testbetrieb mit Freiwilligen lieferte wichtige Erkenntnisse

Nach einem erfolgreichen Testbetrieb mit 170 Freiwilligen hat die Abteilung Vorläufige Festnahme des neuen Gefängnisses Zürich West (GZW) am 4. April 2022 ihren Betrieb aufgenommen. In einem zweiten Schritt wird die Abteilung Untersuchungshaft in Betrieb genommen.

Neue Wege ist Justizvollzug und Wiedereingliederung (JuWe) gegangen, um den Betrieb des GZW zu testen. Während vier Tagen

haben sich Ende März rund 170 Freiwillige zur Verfügung gestellt, um zusammen mit 90 Mitarbeitenden die komplexen Abläufe der vorläufigen Festnahme vor der definitiven Inbetriebnahme der Abteilung mit 124 Plätzen zu überprüfen. «Der Testbetrieb eines Gefängnisses ist in dieser Art und Grösse bisher einmalig in der Schweiz», hielt JuWe in einer Medienmitteilung fest. Er habe gezeigt, welche Abläufe bereits gut funktionieren und welche Prozesse noch angepasst werden müssen.

Doppelzelle im Gefängnis Zürich West.
Foto: Till Forrer



Auch Regierungspräsidentin Jacqueline Fehr liess sich während des Testbetriebs eine Nacht lang einsperren: «Ich war beeindruckt von der Professionalität, mit der die Mitarbeitenden den Testbetrieb durchgeführt haben», wird sie in der Medienmitteilung zitiert. «Ich gratuliere und danke den Mitarbeitenden und ebenso der Leitung des neuen Gefängnisses für die sorgfältige Vorbereitung des Testbetriebs wie auch der gesamten GZW-Inbetriebnahme.» Da sich unter den Freiwilligen auch zahlreiche Medienschaffende befanden, vermittelte der Testbetrieb zudem der Öffentlichkeit einen Einblick in den Betrieb eines Gefängnisses und in die Aufgaben des Personals.

«Ein echtes Kunststück»

Zufrieden äussert sich JuWe auf Anfrage über die bisherigen Erfahrungen beim Betrieb des GZW und nennt als Beispiel die Betriebsdisposition. Dieses Team betreibt die Sicherheitszentrale, überwacht alle Personenbewegungen und führt sämtliche Ein- und Austritte von festgenommenen Personen durch. Letzteres beinhaltet einen administrativen Teil sowie den physischen Eintritt mit der Körper- und Effektenkontrolle. «Es kam bereits mehrmals vor, dass das Team Betriebsdisposition innerhalb von 3 bis 5 Stunden zwischen 30 und 40 Eintritte durchführen musste und im gleichen Zeitraum überdies etliche Entlassungen anstanden. Das alles ohne Fehler zu bewerkstelligen, ist ein echtes Kunststück.»

Hoher Frauenanteil ...

Das GZW ist ein Teil des Polizei- und Justizentrums auf dem Areal des ehemaligen Güterbahnhofs in Zürich und umfasst insgesamt 241 Plätze für Personen, die vorläufig festgenommen werden oder für die Untersuchungshaft angeordnet wird. Das neue Gefängnis wird schlussendlich über 140 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen, wovon 100 hauptsächlich mit Aufsichts- und Betreuungsaufgaben betraut sind. Etwa 40% des Aufsichts- und Betreuungsteams sind Frauen. Dies wertet JuWe als besonderen Erfolg, da immer noch deutlich mehr Männer als Frauen im Justizvollzug arbeiten.

... und vielseitige Betreuung

Noch sind laut JuWe nicht alle offenen Stellen besetzt worden. Neben dem Betreuungs- und Aufsichtspersonal sind auch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Seelsorge-



rinnen und Seelsorger im GZW tätig. Zudem ist geplant, dass Lehrpersonen der Fachstelle Bildung im Strafvollzug (BiSt) Basisbildung anbieten werden. Der Gesundheitsdienst ist an allen Tagen 24 Stunden besetzt und bietet vier Plätze für inhaftierte Personen an, die intensiver betreut werden müssen. Das Aufgabengebiet lässt sich mit jenem eines kleinen Ärztecenters vergleichen. Künftig können zum Beispiel Röntgenaufnahmen angefertigt oder kleinere Behandlungen durchgeführt werden, für die inhaftierte Personen bisher das Gefängnis unter Bewachung verlassen mussten.

Herausfordernde Ressourcenplanung

In einem zweiten Schritt wird die Abteilung Untersuchungshaft in Betrieb genommen. «Für das Gefängnis Zürich West gibt es keine Blaupause, auf die wir uns hätten stützen können», umschreibt JuWe die herausfordernde Ressourcenplanung. Zwar seien die Belegungszahlen der anderen Untersuchungsgefängnisse und die Anzahl Eintritte in das ehemalige Polizeigefängnis bekannt. Doch wie die ersten Wochen deutlich zeigten, bildeten diese Zahlen nur einen Bruchteil dessen ab, was für eine Ressourcenplanung notwendig sei. «Es fehlten belastbare

Der Frauenanteil am Aufsichts- und Betreuungspersonal im GZW ist mit 40 Prozent aussergewöhnlich hoch.
Foto: Keystone SDA

Zahlen bezüglich des Arbeitsaufwandes, der vor allem mit den unzähligen und zu keinem Zeitpunkt planbaren Verschiebungen von inhaftierten Personen in einem 24/7 Betrieb einhergeht.» Diese gelte es zu identifizieren und daraus eine möglichst gute Ressourcenplanung abzuleiten. (gal)

Zwei Abteilungen für zwei Haftarten

Das Personal des GZW betreut Personen direkt nach ihrer Verhaftung durch die Polizei. Während der vorläufigen Festnahme (auch Polizeihaft genannt) treffen die Strafverfolgungsbehörden innert 48 Stunden die notwendigen Abklärungen, um den Tatverdacht und die weiteren Haftgründe zu erhärten oder zu entkräften. Bestehen die Haftgründe nicht oder nicht mehr, wird die vorläufig festgenommene Person freigelassen. Andernfalls erfolgt ein Antrag auf Anordnung von Untersuchungshaft an das Zwangsmassnahmengericht, das innert 48 Stunden darüber zu befinden hat.

«Justizvollzug nach Mass» auf dem Thorberg

Gezielt auf die individuellen Ressourcen der Gefangenen einwirken

Nach einer zweijährigen Erarbeitungsphase sind am 1. Mai 2022 in der Justizvollzugsanstalt Thorberg die Einrichtungen und Abläufe für den «Justizvollzug nach Mass» eingeführt worden. Bis im Herbst wird die Nachfolge von Direktor Hans-Rudolf Schwarz sichergestellt.

Vor zweieinhalb Jahren hat Hans-Rudolf Schwarz die Direktion in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Thorberg übernommen und nach eingehender Analyse sein Konzept für einen «Justizvollzug nach Mass» vorgelegt. «Mit der Neuausrichtung soll gezielt auf die individuellen Ressourcen der Gefangenen eingewirkt werden, um bestmögliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wiedereingliederung zu schaffen», heisst es in der Medienmitteilung der Sicherheitsdirektion des Kantons Bern.

Inzwischen konnten dafür erforderliche Voraussetzungen wie ein Assessment-Center für die Neueintretenden, arbeitsagogisch betreute Arbeitsplätze, breitere Interventions- und Freizeitangebote oder ein Raum zur sportlichen Betätigung geschaffen werden.

Zugleich wurde in der JVA Thorberg eine Leitungsstruktur geschaffen, welche die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen am Vollzug beteiligten Fachpersonen stärker verzahnt und standardisiert.

Für die Weiterentwicklung der JVA sind weitere Anpassungen geplant, unter anderem die Schaffung neuer Arbeitsateliers mit der Möglichkeit, Berufslehren zu absolvieren, ein Besuchszentrum mit einem Familienzimmer sowie zweckmässige Büro- und Verpflegungsräumlichkeiten für die Mitarbeitenden.

Höhere Selbstständigkeit

Auch bei den Abläufen zur Begleitung und Betreuung der eingewiesenen Personen gibt es eine Vielzahl von Neuerungen, die auf eine höhere Selbstständigkeit der Gefangenen abzielen. Sie durchlaufen massgeschneiderte Interventionsprogramme und werden anhand von Förderzielen beurteilt. Über den neu geschaffenen Gefangenenrat können sie sich aktiv einbringen, Bedürfnisse anmelden und Verbesserungen im Anstaltsbetrieb vorschlagen. Die Neuerungen stellen eine Herausforderung sowohl für die Mitarbeitenden

als auch für die Gefangenen dar. Beim Personal wird deshalb auch gezielt in Weiterbildungsmassnahmen investiert.

Beruhigt und neu ausgerichtet

Mit der Einführung und der anvisierten Konsolidierung des neuen Betriebs ist für den Thorberg-Direktor laut Medienmitteilung auch der Zeitpunkt gekommen, die Übergabe an einen Nachfolger respektive eine Nachfolgerin bis im Herbst dieses Jahres sicherzustellen. Hans-Rudolf Schwarz hatte die Aufgabe im Herbst 2019 übernommen, damals zuerst zusätzlich noch als Direktor der JVA Witzwil, und sich über das ordentliche Pensionsalter hinaus zur Verfügung gestellt, den Thorberg neu zu positionieren. Er habe dank seiner langjährigen Expertise im Justizvollzug die JVA Thorberg beruhigen und neu ausrichten können, würdigt Sicherheitsdirektor Philippe Müller seine Verdienste.

Sicherheit bleibt prioritär

Die JVA Thorberg ist innerhalb des elf Kantone umfassenden Strafvollzugskonkordats der Nordwest- und Innerschweiz zuständig für den geschlossenen Vollzug von über 170 eingewiesenen Männern. Daraus ergibt sich eine hohe Spezialisierung auf die Sicherheit, da bei den Gefangenen von einer Fluchtgefahr und bei einem Teil von ihnen von einer Rückfallgefahr für schwerwiegende Delikte ausgegangen werden muss. Auch mit der Neuausrichtung wird der Fokus auf die Gewährleistung der Sicherheit beibehalten. So wird etwa beim Screening im Assessment Center standardisiert auch eine Einschätzung der Fluchtgefahr oder der Gefahr von Übergriffen auf Personal oder Mitgefangene vorgenommen. (Red.)



Die Neuausrichtung der JVA Thorberg soll bestmögliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wiedereingliederung der Gefangenen schaffen.
Foto: Peter Schulthess, 2017

CPT sieht Optimierungsbedarf

Einige Empfehlungen sind bereits umgesetzt oder in Angriff genommen worden

Die überwiegende Mehrheit der Personen, die sich in der Schweiz im Freiheitsentzug befinden, wird korrekt behandelt. Dies hält der Europäische Anti-Folter-Ausschuss (CPT) in einem Bericht vom Oktober 2021 fest. Allerdings sieht der Ausschuss in verschiedenen Bereichen Optimierungsbedarf. Einige seiner Empfehlungen wurden in der Zwischenzeit bereits umgesetzt oder in Angriff genommen, wie aus der Stellungnahme des Bundesrats vom 18. Mai 2022 hervorgeht.

Eine Delegation des CPT besuchte vom 22. März bis am 1. April 2021 verschiedene Einrichtungen des Freiheitsentzugs in der Schweiz. Sie inspizierte namentlich das Gefängnis Champ-Dollon und die geschlossene Anstalt Curabilis in Genf, verschiedene Einrichtungen der Kantonspolizei Genf, das Gefängnis Bois-Mermet in Lausanne, die Klinik für forensische Psychiatrie in Königsfelden AG, die Justizvollzugsanstalten Solothurn und Thorberg BE sowie das Massnahmenzentrum Uitikon ZH. Sie unterhielt sich mit Personen, denen aus strafrechtlichen, strafprozessrechtlichen sowie zivil- und verwaltungsrechtlichen Gründen die Freiheit entzogen ist. Ein besonderes Augenmerk richtete die Delegation auf die Behandlung von Personen, die sich in Polizeigewahrsam befinden oder in Haftanstalten inhaftiert sind, auf Personen mit psychischen Störungen und auf Personen, die sich in ausländerrechtlicher Administrativhaft befinden.

Überbelegungen nach wie vor ein Problem

Gemäss dem Bericht des CPT vom Oktober 2021 wird die überwiegende Mehrheit der Menschen, die sich in der Schweiz in Polizeigewahrsam oder in einer Einrichtung des Freiheitsentzugs befinden, korrekt behandelt. In den Kantonen Genf und Zürich hat der Ausschuss allerdings vereinzelt Hinweise auf übermässige Gewaltanwendung bei Festnahmen erhalten. Er kritisiert in einigen Fällen auch die Abgabe von Medikamenten durch nicht-medizinisches Personal. Zudem



Gemäss Bericht des CPT sind die Überbelegungen in gewissen Westschweizer Anstalten (Bild: Zelle im Gefängnis von Champ-Dollon) nach wie vor ein Problem. Foto: Peter Schulthess, 2019

hält der Bericht fest, dass die Überbelegungen in gewissen Westschweizer Anstalten nach wie vor ein Problem sind.

Keine Toleranz bei Misshandlungen

Der Bundesrat nimmt die Kritik des Europäischen Anti-Folter-Ausschusses zur Kenntnis und anerkennt, dass im Bereich der Polizeiarbeit Optimierungsbedarf besteht. In seiner Stellungnahme, die er gemeinsam mit den betroffenen kantonalen Behörden verfasst hat, weist er namentlich darauf hin, dass der Prävention von Polizeigewalt bereits bei der Rekrutierung und Ausbildung des Personals vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt wird. Auch bei Weiterbildungen wird dem Thema Polizeigewalt und Verhältnismässigkeit grosse Beachtung geschenkt. Die Schweizer Polizeikräfte tolerieren keinerlei Misshandlungen durch ihre Mitarbeitenden. Diesbezügliche Hinweise werden verfolgt, aufgearbeitet und gegebenenfalls

der Staatsanwaltschaft zur unabhängigen Untersuchung weitergeleitet.

In der Stellungnahme legt der Bundesrat weiter dar, welche Massnahmen vorgesehen sind, um die Empfehlungen des CPT umzusetzen. Gewisse Massnahmen wurden bereits ergriffen oder befinden sich in der Umsetzung. In Bezug auf die Verabreichung von Medikamenten in der Haft wurden beispielsweise Standards erarbeitet und für das Monitoring der Kapazitäten im Justizvollzug eine detailliertere statistische Datenbank geschaffen. (Red.)

Link

Der Bericht des CPT und die Stellungnahme des Bundesrates sind auf der Website des Bundesamtes für Justiz (www.bj.admin.ch) abrufbar.

Grosser Bedarf an adäquater psychiatrischer Versorgung

Bericht der NKVF über die Gesundheitsversorgung im Freiheitsentzug

In den Einrichtungen des Freiheitsentzugs besteht nach Einschätzung der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) ein grosser Bedarf an adäquater psychiatrischer Versorgung. Sowohl der Zugang zu psychiatrischer Versorgung als auch die psychotherapeutische Krisenintervention müssten ausgebaut werden.

Der am 17. Februar 2022 veröffentlichte Bericht zur Gesundheitsversorgung im Freiheitsentzug (2019-2021) baut auf den Erkenntnissen des ersten Gesamtberichtes (2018-2019) auf und fokussiert auf die psychiatrische Grundversorgung, die geschlechtsspezifische Gesundheitsversorgung sowie auf die Umsetzung der epidemienrechtlichen Vorgaben. Aus ihrer Sicht der NKVF ist die Gesundheitsversorgung im Freiheitsentzug grundsätzlich gewährleistet. Als positiv bewertet sie die Bemühungen der Einrichtungen, die Gesundheitsversorgung für die inhaftierten Personen stetig zu verbessern. Handlungsbedarf sieht die NKVF bei der psychiatrischen Grundversorgung, bei der geschlechtsspezifischen Gesundheitsversorgung insbesondere in kleinen und gemischten Einrichtungen sowie bei der Umsetzung der epidemienrechtlichen Vorgaben.

Vermehrt psychische Krankheitsbilder

Inhaftierte Personen weisen häufig und im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung vermehrt psychische Krankheitsbilder auf. Es besteht somit laut NKVF ein grosser Bedarf an adäquater psychiatrischer Versorgung, insbesondere an Gesprächs- und Therapiemöglichkeiten. Der Zugang zu psychiatrischer Versorgung müsse zudem regelmässig, zeitnah und niederschwellig erfolgen. Nach Einschätzung der NKVF genügt die bestehende psychiatrische Grundversorgung diesen Anforderungen nur teilweise. Sowohl der Zugang zu psychiatrischer

Versorgung als auch die psychotherapeutische Krisenintervention müssten ausgebaut werden.

Verbesserungspotenzial bei den Frauen

Die gynäkologische Versorgung von inhaftierten Frauen ist grundsätzlich gewährleistet. Nach Ansicht der NKVF besteht Verbesserungspotenzial bei der Abklärung des Gesundheitszustandes der Frauen bei ihrem Eintritt in die Einrichtung. Diese müsse insbesondere bei längeren Gefängnisaufenthalten systematisch erfolgen. Die NKVF bemängelt ausserdem die kaum vorhandene geschlechtsspezifische psychiatrische Versorgung.

Weiter sieht die NKVF Handlungsbedarf bei der Inhaftierung von Frauen in kleineren Einrichtungen des Freiheitsentzuges,

in denen sowohl Frauen als auch Männer untergebracht sind. Wegen der geschlechtergetrennten Unterbringung sind Frauen teilweise für längere Zeit isoliert und haben auch weniger Beschäftigungsmöglichkeiten. Die NKVF empfiehlt deshalb, Frauen in geeigneten Einrichtungen unterzubringen bzw. Alternativen zur Haft zu prüfen.

Da die epidemienrechtlichen Vorgaben weiterhin unterschiedlich umgesetzt werden, regt die Kommission ferner eine schweizweite Harmonisierung der Umsetzung dieser Vorgaben an. (Red.)

Der Gesamtbericht Gesundheitsversorgung im Freiheitsentzug (2019–2021) ist auf der Website der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (www.nkvf.admin.ch) abrufbar.

Handbuch des SKJV zur psychiatrischen Grundversorgung

Das Schweizerische Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV) hat in enger Zusammenarbeit mit Fachleuten aus der Praxis das Handbuch Psychiatrische Versorgung im Freiheitsentzug erarbeitet. Das Handbuch will den Institutionen des Freiheitsentzugs Handlungssicherheit vermitteln im Umgang mit inhaftierten Personen, die an einer psychischen Störung leiden oder gefährdet sind, im Freiheitsentzug psychisch zu erkranken. Zudem berücksichtigt es die wiederholte Kritik des Europäischen Ausschusses zur Verhütung von Folter (CPT) an der psychiatrischen Versorgung inhaftierter Personen.

Die psychiatrische Versorgung stellt die Institutionen des Freiheitsentzugs aufgrund der Vielseitigkeit der Problematik und der meist knapp bemessenen Personalressourcen oft vor grosse Herausforderungen. Der Justizvollzug muss aufgrund seiner Fürsorgepflicht

einer Suizidgefahr rechtzeitig begegnen und Präventionsmassnahmen für die Erhaltung der psychischen Gesundheit treffen. Das Handbuch liefert Empfehlungen und Erläuterungen zur Organisation der psychiatrischen Versorgung, zu den Grundsätzen der ambulanten und stationären psychiatrischen Versorgung, zur Prävention, zu Eintritt, Aufenthalt und Austritt sowie zu besonderen Personengruppen (Suchtmittelabhängige, Jugendliche und Frauen). Die Hinweise zur praktischen Umsetzung der Empfehlungen lassen Raum für auf die lokalen Verhältnisse zugeschnittenen Lösungen. Darüber hinaus will das Handbuch einen Anstoss geben, die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Justiz und psychiatrischer Versorgung zu verbessern.

Das Handbuch Psychiatrische Versorgung im Freiheitsentzug ist auf der Website des SKJV (www.skjv.ch) abrufbar.



In den Einrichtungen des Freiheitsentzugs besteht laut NKVF ein grosser Bedarf an adäquater psychiatrischer Versorgung, insbesondere an Gesprächs- und Therapiemöglichkeiten.
Foto: Kunsttherapie in der JVA Solothurn

(Peter Schulthess, 2019)

Tragfähige soziale Beziehungen sind entscheidend

Forschungsprojekt über die Reintegration ehemaliger Strafgefangener

Die Verläufe der Reintegration von strafrechtlich verurteilten Menschen sind vielschichtige und sich gegenseitig beeinflussende Prozesse, in denen soziale Beziehungen eine tragende Rolle spielen. Als bedeutsam erweisen sich laut einer neunjährigen Längsschnittuntersuchung der Universität Zürich die Kontinuität und die Verlässlichkeit der Beziehungen sowie die wechselseitige Bereitschaft, sich auf solche Beziehungen einzulassen.

Im Rahmen des vom Schweizerischen Nationalfonds unterstützten Forschungsprojekts «Wege aus der Straffälligkeit – Reintegration ehemaliger Strafgefangener» der Universität Zürich sind zwischen 2013 und 2022 in fünf Erhebungswellen Interviews mit strafrechtlich verurteilten Männern geführt worden. In der Untersuchung sind drei wesentlich Faktoren identifiziert worden, welche die Reintegration in die Gesellschaft nachhaltig beeinflussen können, schreibt Projektmitarbeiter Jakob Humm in einem Artikel in der «Neuen Zeitschrift für Kriminologie und Kriminalpolitik» (1/2022): die Integration in den Arbeitsmarkt, der Umgang mit Belastungen sowie der Aufbau und die Pflege von sozialen Beziehungen.

Sehr viele Befragte sind bestrebt, einer regelmässigen Arbeit respektive Beschäftigung nachzugehen. Für die meisten spielt zudem die Weiterentwicklung im Beruf eine wichtige Rolle, wie aus den Interviews weiter hervorgeht. Als Motivation für die Einbindung in den Arbeitsmarkt erweisen sich die Hoffnung auf finanzielle Autonomie sowie der Wunsch, sich dank einer geregelten Arbeit der gesellschaftlichen Normalität anzunähern. Als Belastung sind in den Interviews oft die körperliche und psychische Gesundheit erwähnt worden. Viele Befragten kämpften auch Jahre nach der Entlassung immer noch mit den Folgen eines jahrelan-

gen Substanzenmissbrauchs respektive litten unter Vorhaltungen und Zurückweisungen wegen ihrer deliktbelasteten Vergangenheit. Eine weitere bedeutsame Belastung sind Schulden und deren teilweise schwerwiegenden Folgen wie Lohnpfändung oder Insolvenzerklärung.

Beziehungen im Fokus

Im Fokus des Artikels von Jakob Humm stehen die Wirkungen sozialer Beziehungen, deren Bedeutung in der Forschung über den Ausstieg aus der Kriminalität (Desistance) unbestritten ist. So fördern namentlich das Eingehen von Ehen/Partnerschaften oder die soziale Einbindung am Arbeitsplatz die Reintegration in die Gesellschaft. Daneben ist auch die professionelle Unterstützung – insbesondere beim Übergang von der Institution in die Freiheit – wichtig. Diese Erkenntnisse wurden durch die Untersuchung bestätigt. Laut Jakob Humm kann zusammenfassend festgehalten werden, dass für viele Befragten «soziale Beziehungen sowohl im privaten wie auch im professionellen Bereich eine hohe Bedeutung haben». Unmittelbar nach der Entlassung sind für viele Befragte die Eltern als «pragmatische und emotionale Stützen» bedeutsam. Deren Bedeutung schwächt sich im Verlauf der Zeit ab und wird zunehmend durch Partnerschaften kompensiert.

Professionelle Helferinnen und Helfer scheinen für viele Befragte ebenfalls eine langandauernde hohe Bedeutung zu haben. «Dies könnte auch im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten der ehemaligen Straftäter stehen», so Jakob Humm, «im privaten Umfeld nebst der Familie neue Freundschaften zu etablieren respektive eine Partnerschaft eingehen zu können». Im Rahmen der Untersuchung wurde aber auch festgestellt, dass eine institutionelle Begleitung respektive Nachbetreuung teil-

weise als Kontrolle und Gängelung wahrgenommen werden kann.

Perspektive eines Betroffenen

Welche Bedeutung die Betroffenen den sozialen Beziehungen zuschreiben, zeigt Jakob Humm ausführlich anhand eines Einzelfalls auf. Noah wurde wegen verschiedener Delikte zu einer Massnahme für junge Erwachsene verurteilt und absolvierte in der Institution eine Schreinerlehre. Er gehört zur Gruppe der Befragten, die in der Lage waren, professionelle Unterstützung weitgehend anzunehmen und sich dem Vollzugssystem anzupassen. Gleichzeitig konnte er während des Vollzugs soziale Kontakte ausserhalb der Institution pflegen. Sein Ausstieg aus der Kriminalität ist darauf zurückzuführen, dass er nach der Entlassung auf ein tragfähiges soziales Beziehungsnetz bauen konnte und dank seiner beruflichen Ausbildung den Anschluss an den Arbeitsmarkt fand. Zudem war er fähig, in einer Krisensituation dank Unterstützung seiner Lebenspartnerin proaktiv professionelle Hilfe anzunehmen und einen Weg aus der Verschuldung zu finden.

Konkret und zukunftsorientiert

Die Einzelfalldarstellung verdeutlicht, «dass professionelle Hilfe vor allem dann auf eine unmittelbar hohe Akzeptanz stösst, wenn konkrete, zukunftsorientierte Unterstützungen respektive Lösungswege angeboten werden können», betont Jakob Humm. Die berufliche Ausbildung eröffnete Noah die Möglichkeit, sich auf dem Arbeitsmarkt zu etablieren und eine gewisse finanzielle Autonomie zu erreichen. Die Schuldenberatung konnte konkret mithelfen, die Überschuldung zielstrebig abzubauen. Die Wirkungen dieser Hilfestellungen waren für Noah evident, lohnend und erreichbar. Weniger einsichtig waren für ihn dagegen pädagogische und/oder therapeutische Interventionen. Sie schienen



ihm nur wenig sinnstiftend und weitgehend unnötig zu sein. Dies könnte damit im Zusammenhang stehen, «dass pädagogische und therapeutische Massnahmen eher korrigierenden Charakter haben, möglicherweise retrospektiv orientiert sind und dadurch auch schmerzhaft Aspekte für die Klienten haben können».

Einsicht und Bereitschaft

Eine Kooperation mit professionellen Helferinnen und Helfern kann ferner nur dann gelingen, wenn der Klient zur Einsicht gelangt, dass Handlungsbedarf besteht, und er bereit ist, sich auf ein hierarchisch strukturiertes und sozialpädagogisch geprägtes Umfeld einzulassen. Noah gelangen diese Schritte unter anderem auch deshalb, weil er tragfähige soziale Beziehungen ausserhalb der Institution hatte und während der Massnahme eine be-

ruflische Ausbildung absolvieren konnte. Dieses Zusammenspiel könnte dazu beigetragen haben, dass die Übergangsphase bei Noah grösstenteils problemlos verlief: Er hatte nach der Entlassung eine Anstellung, verfügte über ein Zuhause und überwand nach eigenen Aussagen seine Delinquenz. Zudem scheint Noah in der Lage zu sein, seine biografischen Brüche zu akzeptieren und gegebenenfalls auch gegen aussen zu kommunizieren.

Späte Wertschätzung und Wirkung

Auffallend in den Erzählungen von Noah ist seine Gewichtung der Authentizität: Er nimmt an, dass nur Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, die selbst auf eine brüchige Biografie zurückschauen, sich in Menschen mit ähnlichen Lebensverläufen hineinversetzen und eine tragfähige Vertrauensbasis schaffen können. «Die Wertschätzung

Eine berufliche Ausbildung im Vollzug (Bild: Schreinerei im Massnahmenzentrum Uitikon) eröffnet die Möglichkeit, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren und finanziell autonom zu werden. Foto: Peter Schulthess, 2018

pädagogisch-therapeutischer Interventionen erfolgt in vielen Fällen unseres Samples erst mit einem zeitlichen Abstand», hält Jakob Humm fest. In der Institution schätzte Noah die Fachkräfte eher zurückhaltend ein. Die Wirkungen der erlernten Strategie und die Bereitschaft, professionelle Hilfe anzunehmen, kamen erst später zum Tragen. Insbesondere während der Überschuldung wurde deutlich, dass sowohl professionelle sowie private soziale Beziehungen erheblich dazu beitrugen, dass Noah seine Scham überwinden konnte und den ersten Schritt zur Lösung des Problems machen konnte. (gal)

Eine lohnende Investition in die Resozialisierung

Bündner Multimedia-Lösung macht im Bundesland Berlin Schule

Die in den beiden Bündner Justizvollzugsanstalten Realta und Cazis Tigneز gewählte Multimedia-Lösung ermöglicht den Insassen den Anschluss an die digitale Welt, um sie bestmöglich auf ihr Leben nach der Entlassung vorzubereiten. Diese Investition in eine wirksame Resozialisierung zahlt sich aus und macht im Bundesland Berlin Schule.

Kurt Leuenberger



Kurt Leuenberger ist Geschäftsführer des Bereichs IT/Kommunikation bei IBG Engineering AG. Sein Team plante und begleitete die Einführung der Multimedia-Lösung in der JVA Realta sowie in der JVA Cazis Tigneز und richtet zurzeit rund 3500 Zellen in sieben Justizvollzugsanstalten im Bundesland Berlin ein.

Der Vollzug von Freiheitsstrafen soll die Insassen befähigen, künftig straffrei zu leben und sich wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Da die Digitalisierung in allen Bereichen der Gesellschaft in grossem Tempo voranschreitet, müssen sich auch Institutionen des Freiheitsentzugs vermehrt mit dem digitalen Wandel auseinandersetzen. Ähnlich wie bei der Erziehung von Kindern gilt es auch in diesem Kontext, ein für alle Parteien vorteilhaftes Mass der Nutzung digitaler Medien zu ermöglichen. Dabei hat das Modell von zentralen und nur eingeschränkt nutzbaren Computerräumen ausgedient. Mit einer modernen Multimedia-Lösung, die vorwiegend in den Zellen der Insassen zum Tragen kommt, gelingt der Spagat zwischen dem Anschluss an die digitale Welt und der Gewährleistung der betrieblichen Sicherheitsanforderungen.

Trendsetter Graubünden

Unser Team von IBG Engineering hat zwischen 2016 und 2019 in einem ersten Schritt die Einführung der Multimedia-Lösung in der offenen Anstalt Realta geplant und begleitet. Die in diesem Pilotprojekt gewonnenen Erkenntnisse konnten wir anschliessend bei der

Einführung der Multimedia-Lösung in der 2020 in Betrieb genommenen geschlossenen Anstalt Cazis Tigneز einbringen. Dabei zeigte sich, dass sich diese Digitalisierungslösung für bestehende Bauten sowie für Neubauten gleichermaßen gut eignet. Zudem entfaltete die zukunftsorientierte Lösung eine Strahlkraft über die Landesgrenze hinaus: Eine Delegation der Justizbehörden des Bundeslandes Berlin war bei einem Besuch in Realta und Cazis Tigneز dermassen inspiriert, dass sie sich mit den verantwortlichen Ingenieuren in Verbindung setzten.

Grossauftrag des Bundeslandes Berlin

Der rege Austausch führte zur Erteilung eines Grossauftrags des Bundeslandes Berlin an IBG Engineering. Nach der Abklärung der spezifischen Bedürfnisse und der Erarbeitung der entsprechenden technischen Lösungen – die angebotene Multimedia-Lösung ist keine Standardlösung – und einer europaweiten Ausschreibung kann unser Team zwischen Juni 2022 und März 2023 in sieben Berliner Justizvollzugsanstalten mit insgesamt rund 3500 Zellen den Rollout begleiten. Damit wird Berlin als erstes Bundesland in Deutschland den Insassen in allen Anstalten einen derart breiten Zugang zur digitalen Welt gewähren. Das in dieser Grössenordnung in Europa einzigartige Digitalisierungs-Projekt dürfte wie die beiden Bündner Anstalten einen Leuchtturmeffekt haben.

Flexible und individualisierte Lösungen

Die in Graubünden und in Berlin eingesetzten digitalen Lösungen sind äusserst flexibel und können individuell an die betrieblichen Bedürfnisse der jeweiligen Anstalt bzw. an



Die Bedienung des Medienterminals ist einfach und intuitiv gestaltet, und die mehrsprachige Menüführung vereinfacht spürbar die Kommunikation.

Foto: Peter Schulthess, 2021

die einzelnen Vollzugsstufen angepasst werden. Darüber hinaus können die zur Verfügung stehenden Funktionen an bestimmte Personengruppen oder gar an Einzelpersonen angepasst werden. Die Bedienung ist einfach und intuitiv gestaltet, und die mehrsprachige Menüführung vereinfacht spürbar die Kommunikation und den Informationsaustausch. Die Insassen verbessern dank der Nutzung nicht nur ihre technischen und methodischen Fähigkeiten in der digitalen Welt, sondern trainieren auch den Umgang mit Geld. Die Accounts der Insassen sind an ihr persönliches Geld-Konto gekoppelt, womit digitale Dienste gekauft oder in einem Onlineshop Waren erworben werden können. Diese finanziellen Funktionalitäten tragen dazu bei, dem Normalitätsprinzip gerecht zu werden.

Externe Kommunikation

Ein Webbrowser ermöglicht den Insassen, im Internet zu surfen. Zusätzlich bietet die Multimedia-Lösung einen E-Mail-Service mit verschiedenen Zusatzfunktionen an, wie zum Beispiel einen automatischen Übersetzungsdienst für Kontroll-Instanzen. Das Surfen wie das Mailen werden mit sogenannten Weiss-Listen für Insassen-Gruppen oder für einzelne Personen eingeschränkt bzw. explizit freigeschaltet. Die externen Kommunikationskanäle werden durch eine Telefonfunktion ergänzt, die den Verantwortlichen der Anstalt ermöglicht, Gespräche zu Sicherheitszwecken zu überprüfen.

Interne Kommunikation

Auf betrieblicher Ebene ermöglicht die Multimedia-Lösung eine einfache und umfassende Kommunikation mit den Insassen. Pinnwände und schwarze Bretter mit unzähligen Papieraushängen, die oft in verschiedenen Sprachen angebracht oder zwecks Aktualisierung periodisch ausgewechselt werden, gehören damit der Vergangenheit an. Die digitale Variante schafft eine bessere Übersicht und erhöht die Verfügbarkeit der relevanten Informationen. Eine weitere mögliche betriebsinterne Funktion bildet der Online-

shop, wo die Insassen im Gefängnis erhältliche Produkte wie Hygiene-Artikel oder Lebensmittel erwerben können.

Digitale Anträge und Unterhaltung

Das digitale Antragswesen stellt eine weitere und weitreichende Vereinfachung eines wichtigen betrieblichen Prozesses dar. So können die Insassen ihre Anträge für einen Urlaub oder Besuch direkt digital einreichen. Das System erhöht die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Prozesse enorm, was beiden Parteien zugutekommt. Auch für die Unterhaltung stehen den Insassen verschiedene Kanäle zur Verfügung. So können sie etwa digitale Spiele nutzen, Radio hören, fernsehen sowie Sendungen aufnehmen.

Administration

Die Benutzer-Accounts für die Insassen können über vordefinierte Nutzergruppen dank einem differenzierten Rollen- und Berechtigungskonzept einfach eröffnet werden. Die zugeteilten Dienste und Rechte können auch individuell angepasst werden. Bei der Eröffnung des Accounts kann zudem gleichzeitig ein Geldkonto eröffnet werden. Die verschiedenen Dienste werden in der Regel pro Wochentag nach einem festgelegten Zeitprogramm freigeschaltet bzw. gesperrt. Bei Verstößen gegen die Vollzugsvorschriften können als Disziplinarmaßnahme für den Insassen punktuell Dienste gesperrt oder weiter zeitlich eingeschränkt werden. Für Kontrollzwecke bietet das System die Möglichkeit, verschiedene Reports zu generieren, wie Kontoauszüge, Verbindungsnachweise

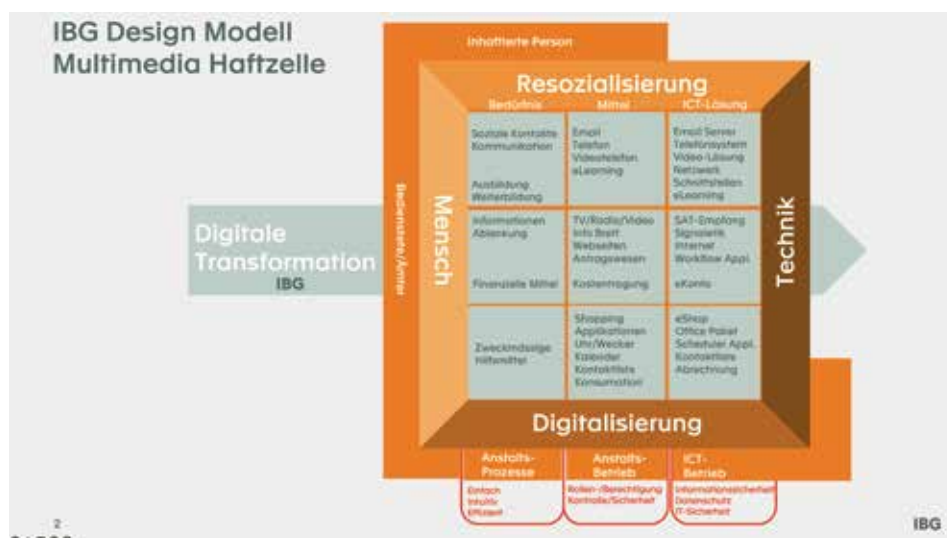
oder Hinweise auf missbräuchliche Manipulation der Endgeräte. Kritische Vorkommnisse werden vom System sofort gemeldet.

Mit einem PC vergleichbar

In den Zellen kommen oft Haftraum-Medienterminals zum Einsatz, die mit einem PC vergleichbar sind. In Gruppen- oder Personalräumen können mit Set-Top-Boxen Fernsehgeräte oder Beamer als Ausgabegeräte verwendet werden. Auch einfache Telefonapparate können an das System angebunden werden. So lassen sich sämtliche Multimedia-Anwendungen in einem System integrieren, was sinnvoll ist und oft den Anforderungen des Betriebes entspricht. Die Software in den Haftraum-Medienterminals stellt sicher, dass keine Fremdgeräte angeschlossen werden können, und meldet fehlgeschlagene Versuche.

Resozialisierung durch Digitalisierung

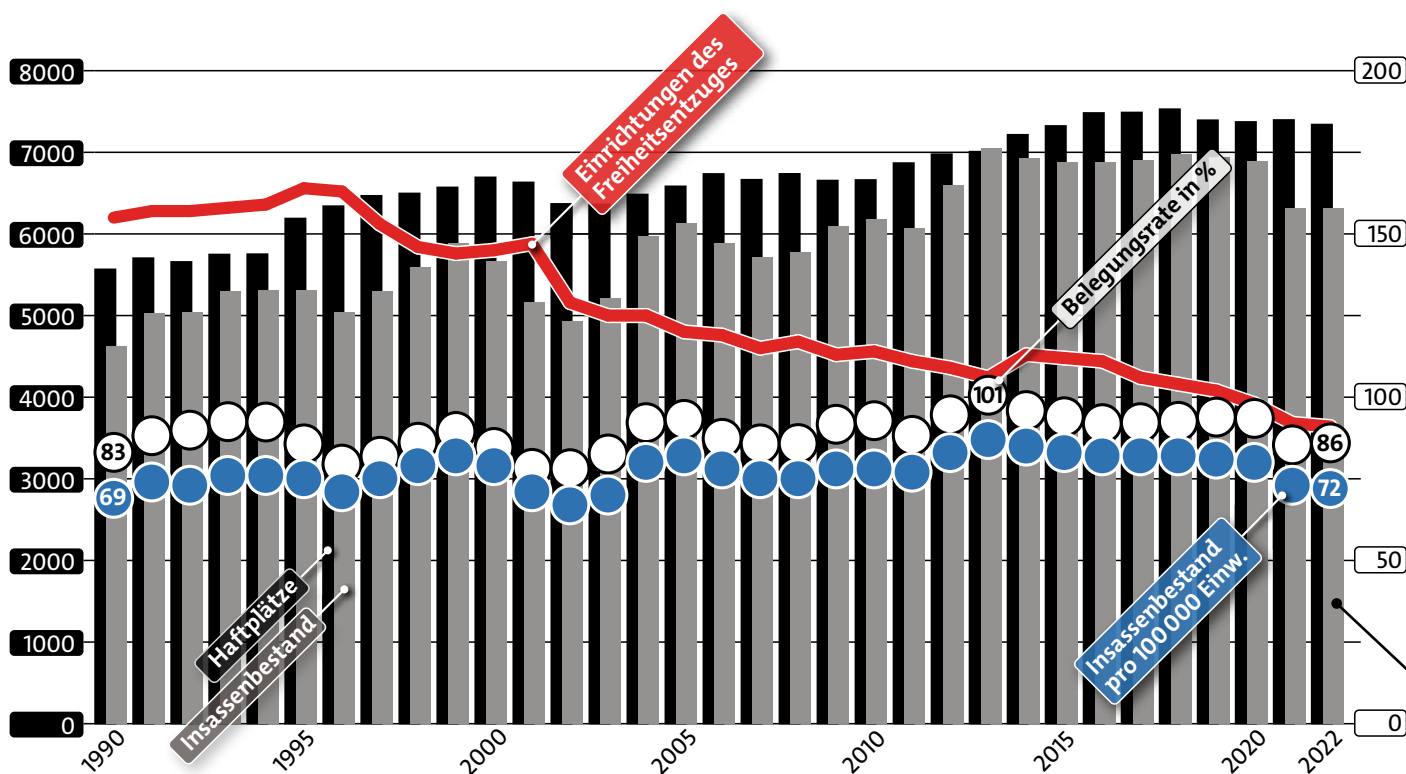
Die Eignung der Multimedia-Lösung wird von der Forschung bestätigt. Das im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung in der Justizvollzugsanstalt Heidering von 2018 bis 2021 durchgeführte Forschungsprojekt «Resozialisierung durch Digitalisierung» ist zum Schluss gekommen, dass digitale Medien im Strafvollzug sicher eingesetzt werden können und dass sie die Vorbereitung auf das Leben nach der Entlassung unterstützen. Auch die in diesem Forschungsprojekt gewonnenen Erkenntnisse fließen in die Digitalisierung der sieben Berliner Justizvollzugsanstalten ein.



Die Multimedia-Lösung verbindet Mensch und Technik und fördert durch die Digitalisierung die Resozialisierung. Sie stellt für die verschiedenen Bedürfnisse die geeigneten Mittel sowie die erforderliche ICT-Lösung zur Verfügung.

Wandel und Stabilität

Erhebung zum Freiheitsentzug des BFS



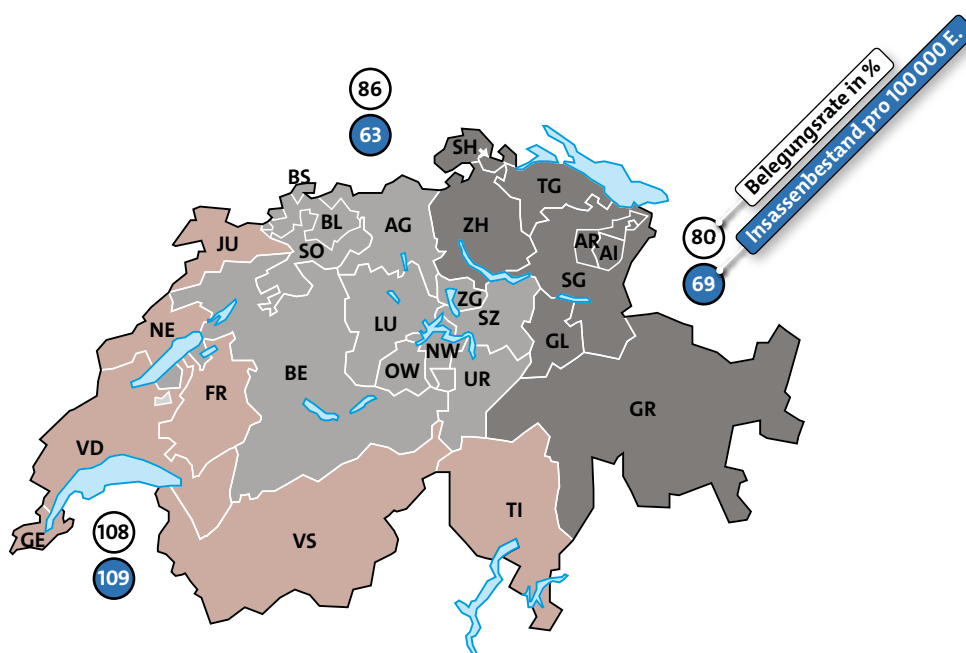
Grafiken: Peter Schultheiss / Piktogramme: vecteezy.com / Daten: bfs.admin.ch und prisonstudies.org

Am 31. Januar 2022 waren in der Schweiz **6310 Personen inhaftiert** ■. Das waren 6 Personen weniger als am gleichen Stichtag 2021, wie aus der Erhebung zum Freiheitsentzug des Bundesamtes für Statistik (BFS) hervorgeht. **Pro 100 000 Einwohner/innen** waren **72 Personen** inhaftiert.

In den drei letzten Jahrzehnten stieg die Zahl der inhaftierten Personen stark von 4625 auf 6310 an. Die auf 100 000 Einwohner/innen bezogene Insassenrate blieb allerdings im gleichen Zeitraum weitgehend stabil ●.

Von den insgesamt **7341 Haftplätzen** ■ in 91 Einrichtungen des Freiheitsentzugs waren **86% belegt** ○. Damit stieg die Belegungsrate im Vergleich zum Vorjahr leicht um **0,6%** an, liegt aber immer noch deutlich unter jener der 12 vorangegangenen Jahre. Im Langzeitvergleich blieb sie ebenfalls weitgehend stabil.

Die Zahl der **Einrichtungen des Freiheitsentzugs** ▼ nahm in den drei letzten Jahrzehnten nahezu kontinuierlich von 155 auf 91 ab. Da der Trend hin zur Schliessung kleinerer Einrichtungen zugunsten von grösseren Einrichtungen ging, nahm gleichzeitig ihre Gesamtkapazität von 5567 auf 7341 Haftplätze zu.



Beim Insassenbestand sowie bei der Belegungsrate zeigen sich deutliche **Unterschiede** zwischen den beiden Deutschschweizer Strafvollzugskonkordaten und jenem der lateinischen Schweiz.

● Am 31. Januar 2022 waren in der **Nordwestschweiz** 2112 Personen inhaftiert bzw. 63 pro 100 000 Einwohner/innen, in der **Ostschweiz** 1662 bzw. 60 und in der **lateinischen Schweiz** 2536 bzw. 97.

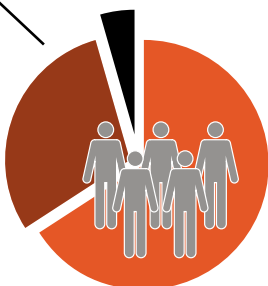
○ Die Belegungsrate betrug in der **Nordwestschweiz** 86,4 %, in der **Ostschweiz** 72,7 % und in der **lateinischen Schweiz** 97,2 %.

Die auf 100 000 Einwohner/innen bezogene Insassenrate und die Belegungsrate ermöglichen gestützt auf die Datenbank World Prison Brief auch **Vergleiche zwischen Staaten**. Die Staaten mit den weltweit höchsten Raten sind die USA bzw. die Republik Kongo.

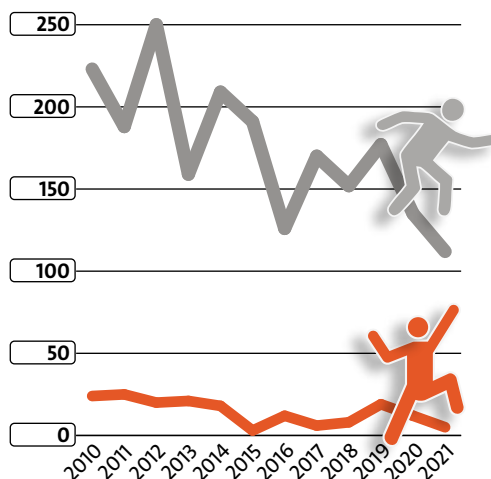
Insassenrate ●	Belegungsrate ○
USA: 629	Republik Kongo: 617 %
Polen: 190	Frankreich: 114 %
Frankreich: 119	USA: 96 %
Schweiz: 72	Schweiz: 86 %
Deutschland: 70	Deutschland: 82 %
Finnland: 50	Niederlande: 73 %



Am Stichtag waren in der Schweiz **380 Frauen** inhaftiert, was **6 %** des Gesamtbestands entspricht. Ein solcher Wert wurde zuletzt 2009 verzeichnet (6,2 %).



- Am Stichtag befand sich die Mehrheit der Inhaftierten (4166 bzw. **66 %**) im **Straf- oder Massnahmenvollzug** (in kl. vorzeitigem Strafantritt),
- 1872 (**30 %**) sassen in **Untersuchungs- oder Sicherheitshaft** und
- 272 (**4 %**) waren aus **anderen Gründen** inhaftiert.



2021 waren **5 Ausbrüche** aus geschlossenen Einrichtungen und **112 Fluchten** aus offenen Einrichtungen zu verzeichnen. Mit einer Ausnahme (3 Ausbrüche im Jahr 2015) handelt es sich um die tiefsten Zahlen, seitdem die Erhebung zum Freiheitsentzug 2010 erstmals die Ausbrüche und Fluchten erfasst hat.

Die Perspektiven- und Rückkehrberatung ist zunehmend gefragt

Das SRK Kanton Bern hat bisher 3600 inhaftierte Personen beraten

Die Perspektiven- und Rückkehrberatung (Programm Detention) des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) Kanton Bern hilft inhaftierten Personen, die nach ihrer Entlassung die Schweiz verlassen müssen, ihre Situation besser zu verstehen und Zukunftsperspektiven zu erarbeiten. Die Beratung ist zunehmend gefragt und wirkt sich auch positiv auf den Vollzugsalltag aus.



Rahel Zbinden: «Sich möglichst frühzeitig mit der Zukunft und der Rückkehr in das Herkunftsland auseinandersetzen»

Nach den 2005 vom Parlament verabschiedeten Verschärfungen des Ausländerrechts hat das Schweizerische Rote Kreuz die Perspektiven- und Rückkehrberatung (Programm Detention) konzipiert. Das SRK Kanton Bern hat seit 2008 rund 3600 inhaftierte Personen in 8740 Beratungen begleitet. Eine Person erhält durchschnittlich zwei Beratungen. In gewissen Fällen genügt ein einziges Beratungsgespräch, in anderen Fällen können hingegen bis zu einem Dutzend Beratungen erforderlich sein. Die Beratungen sind unparteilich, ergebnisoffen und vertraulich.

Zu Beginn der Pilotphase boten auch einige andere Kantonalverbände die neue Dienstleistung an, konnten sie aber aus verschiedenen Gründen nicht mehr weiterführen. Das SRK Kanton Bern finanziert die Beratungen von Personen, für deren Ausreise der Kanton Bern zuständig ist, seit 2011 über einen Leistungsvertrag mit dem Kanton. Die Dienstleistungen des Programms Detention werden in ähnlicher Form auch von den Kantonalverbänden Freiburg, Wallis und Genf erbracht. «Die Nachfrage nach Beratungen für Personen aus anderen Kantonen nimmt immer mehr zu», sagt Rahel Zbinden, die Leiterin der Perspektiven- und Rückkehrberatung SRK. Gestützt auf eine Kostengutsprache berät das Beratungsteam auch Personen in anderen Kantonen. Mehr noch: «Wir sind gerne bereit, unser Know-how zu teilen und beim Aufbau von Beratungsstellen in anderen Kantonen mitzuhelfen.»

Zusammenarbeit und Vernetzung

Das Beratungsteam arbeitet mit verschiedenen Behörden zusammen, namentlich mit Migrationsämtern, Bewährungs- und Vollzugsdiensten sowie Sozialdiensten und Bezugspersonen in Hafteinrichtungen. Rahel Zbinden bezeichnet die Zusammenarbeit mit den Behörden als konstruktiv. Die Kompetenzen sind klar festgelegt: «Wir haben keinen Einfluss auf den Entscheid, dass die

Person die Schweiz verlassen muss. Wir versuchen die Person im vorgegebenen Rahmen möglichst gut zu begleiten und stellen ihre Bedürfnisse ins Zentrum der Beratungsarbeit. Unser Ziel ist es, dass sie in Würde in ihr Herkunftsland zurückkehren oder in ein Drittland ausreisen kann.» Die Beratung soll zudem die Kommunikation zwischen den inhaftierten Personen und den Behörden erleichtern und das gegenseitige Verständnis fördern.

Wichtig ist auch die Vernetzung, und zwar nicht nur mit Partnerorganisationen wie dem nationalen SRK und dem Internationalen Sozialdienst (ISS) in Genf. «Wir gehen in unseren Beratungen immer von der Vernetzung der ratsuchenden Person aus und motivieren sie, so viel wie möglich selber zu unternehmen», betont Rahel Zbinden. «Hat sie Angehörige oder kennt sie Personen oder Organisationen in der Schweiz oder im Herkunftsland, die ihr helfen könnten?»

Unterschiedliche Schwerpunkte der Beratung

Zwei Drittel der ratsuchenden Personen befinden sich in Ausschaffungshaft. Davon sind viele Personen mit einem negativen Asylentscheid in der Schweiz, die ins Herkunftsland, oft aber auch in einen anderen Dublin-Staat ausgeschafft werden. In den Gesprächen mit diesen Personen ist die Standortbestimmung besonders wichtig. Wie ist ihre Situation? Wohin werden sie ausgeschafft? Kann das Beratungsteam ihnen Anlaufstellen oder sonstige Adressen mitgeben?

Die Gruppe der Personen im Strafvollzug ist heterogener: Darunter sind sowohl Personen, die während eines kurzen Aufenthalts in der Schweiz straffällig geworden sind, als auch Personen, die schon seit vielen Jahren in der Schweiz leben oder sogar hier geboren wurden, jedoch wegen einer Straftat die Schweiz verlassen müssen. In den Gesprächen mit diesen Personen sind der

Perspektivenaufbau und die Vorbereitung der Rückkehr sowie die Vernetzung im Herkunftsland zentral. Es geht auch darum, sie zu befähigen und zu motivieren, sich aktiv ihrer Zukunft anzunehmen und selbst Abklärungen und Vorbereitungen zu tätigen. «Die Auseinandersetzung mit der Rückkehr und die getroffenen Vorbereitungen erleichtern es den Ratsuchenden», so Rahel Zbinden, «in ihrem Herkunftsland wieder Fuss zu fassen und eine legale Berufstätigkeit zu finden, um nicht wieder in delinquente Muster zurückzufallen».

Möglichst frühzeitig

Wie kann der Strafvollzug seinen Resozialisierungsauftrag gegenüber jenen Personen erfüllen, welche die Schweiz nach ihrer Entlassung verlassen müssen? «Wir sehen ein grosses Potenzial darin, wenn sich inhaftierte Personen möglichst frühzeitig mit ihrer Zukunft und der Rückkehr in ihr Herkunftsland auseinandersetzen können, am besten bereits ab Haftbeginn», antwortet Rahel Zbinden. «Sie sollten ihre Zeit in der Haft ressourcen- und zukunftsorientiert nutzen können.» So könnte eine Person während der Haft zum Beispiel eine Ausbildung absolvieren, dank der sie im Herkunftsland einen guten Job findet. Oder sie könnte bestimmte Arbeitserfahrungen sammeln, die ihr bei der Umsetzung eines Projektes helfen.

In Kontakt bleiben

Zudem sollten die inhaftierten Personen – zum Beispiel per Skype oder Telefon – in Kontakt mit ihrer Familie und ihren Freunden im Herkunftsland bleiben können, denn deren Unterstützung ist bei der Resozialisierung besonders wichtig. «Oft weiss die Familie im Herkunftsland gar nicht, dass der Vater oder Sohn inhaftiert ist und ausgeschafft werden wird», unterstreicht Rahel Zbinden. «Deshalb brauchen sie viel Zeit, um die Familie darauf vorbereiten zu können und sie zur Unterstützung bei der Wiedereingliederung zu gewinnen – mit einem viertelstündigen Telefonat pro Woche ist dies nicht machbar.»

Drei Elemente der Beratung

Bei der Standortbestimmung geht es darum, die Auseinandersetzung mit der aktuellen Situation in der Schweiz zu fördern. Dazu vermittelt das Beratungsteam der ratsuchenden Person namentlich Informationen über ihren Aufenthaltsstatus, das Ausschaffungsverfahren sowie über ihre Rechte und Pflichten. Häufig bedeutet dies, ihr die Hoffnung zu nehmen, dass sie doch noch in der Schweiz bleiben kann. Die Perspektivenberatung fördert die Auseinandersetzung mit der Situation, welche die inhaftierte Person in ihrem Herkunftsland oder in einem Drittstaat erwartet. Zur Sprache kommen dabei namentlich die Familie, die soziale Einbettung und die Unterkunft sowie Erwerbsmöglichkeiten.

Die Vorbereitung der Rückkehr umfasst namentlich die Unterstützung der inhaftierten Person bei der Organisation von Reisedokumenten, die Beschaffung von Informationen über medizinische Behandlungsmöglichkeiten sowie über die Bewältigung des Alltags und nach Möglichkeit die Vernetzung mit Anlaufstellen im Herkunftsland. Das Beratungsteam unterstützt sie überdies bei Abklärungen bezüglich der Auszahlung von AHV- und Pensionskassengeldern oder wie der Kontakt mit den in der Schweiz bleibenden Kindern aufrechterhalten werden kann. Zuweilen organisiert es

auch jemanden, der die rückkehrende Person in ihrem Herkunftsland am Flughafen abholt.

Nur vereinzelte Rückmeldungen

Das Beratungsteam kann nach der Rückkehr kein umfassendes Follow-up gewährleisten. «Es ist schwierig, mit den zurückgekehrten Personen in Kontakt zu bleiben. Oft möchten die Personen nach der Ausschaffung mit ihrem Leben in der Schweiz abschliessen und sich ihrem neuen Leben widmen», sagt Rahel Zbinden. Deshalb erhält das Beratungsteam nur vereinzelte Rückmeldungen.

Eine Rückmeldung ist kürzlich von Herrn F. aus Liberia eingegangen, der als Kind mit seiner Mutter und Schwester in die Schweiz gekommen war und wegen einer Straftat seine Aufenthaltsgenehmigung verlor. Obwohl er Vater von zwei Kindern ist, akzeptierte er nach der Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel, in sein Herkunftsland zurückzukehren und unterschrieb eine Freiwilligkeitserklärung, welche die Papierbeschaffung erleichterte. Das Beratungsteam trug insbesondere zur Vernetzung und zu direkten Absprachen der verschiedenen Akteure bei, sodass Herr F. schliesslich bedingt entlassen wurde. In seiner Rückmeldung schilderte er, wie er dank seiner Haarschneidemaschine, die er von der Schweiz mitnehmen konnte, heute in Liberia seinen Lebensunterhalt verdient.



Zusammenarbeit mit dem ISS

In gewissen Fällen kann das Beratungsteam beim ISS Anträge für Reintegrationsprojekte stellen. Der ISS unterstützt die zurückgekehrten Personen mit einem kleinen Startkapital und begleitet sie vor Ort bei der Planung und Umsetzung eines Berufs- oder Ausbildungsprojekts (siehe Kästchen: Von der Straftäterin zur Arbeitgeberin). Zudem führt der ISS seit 2019 in Zusammenarbeit mit dem Amt für Justizvollzug des Kantons Genf und dem SRK Kanton Genf das Programm Restart durch, um den inhaftierten Personen eine Rückkehr in ihr Herkunftsland

mit dauerhaften Zukunftsperspektiven zu ermöglichen.

«Ein Lächeln ins Gesicht gezaubert»

Die meisten Ratsuchenden schätzen die Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern einer neutralen Organisation. «Oft bedanken sie sich bei uns, dass wir ihnen mit Würde und auf Augenhöhe begegnen. Dank unseren Beratungen werden sie sich ihrer Situation besser bewusst, was zur Akzeptanz der Wegweisung führen kann und den Anstoss gibt, sich mit den Perspektiven im Herkunftsland auseinanderzusetzen», stellt Rahel Zbinden

fest. Wie tief die Dankbarkeit sein kann, verdeutlichen die Worte einer ratsuchenden Frau: «Ich bin dem Roten Kreuz so dankbar, dass es mir die Chance gegeben hat, wieder zu leben, dass es mir gezeigt hat, dass ich nach dem Gefängnis immer noch ein Leben habe. Worte reichen nicht aus, um zu sagen, wie viel mir dies bedeutet [...] Danke, dass Sie mir und anderen, die wie ich die Hoffnung verloren hatten, ein Lächeln ins Gesicht gezaubert haben.»

Ein Mehrwert für alle Beteiligten

Die positive Wirkung der Perspektiven- und Rückkehrberatung SRK wird auch vom Vollzugspersonal mehrheitlich bestätigt: In einer Umfrage im Jahr 2016 stellten die Mitarbeitenden insbesondere fest, dass die inhaftierten Personen dank der Beratung ihre Situation besser verstehen und sich ernst genommen fühlen. Sie sind besser informiert und ruhiger und entlasten dadurch die Mitarbeitenden der Hafteinrichtungen. «Im Idealfall haben unsere Beratungen einen beruhigenden Effekt auf den Vollzugsalltag. Die inhaftierten Personen kennen ihre Situation und konfrontieren deshalb das Vollzugspersonal weniger mit Fragen. Sie fokussieren sich auf ihre Zukunft», fasst Rahel Zbinden zusammen und fährt fort: «Wir erhalten immer wieder positive Rückmeldungen von den Hafteinrichtungen und planen nächstes Jahr eine neue Umfrage. Denn wir wollen unser Angebot laufend verbessern und weiterentwickeln und für alle Beteiligten einen Mehrwert schaffen.» (gal)

Von der Straftäterin zur Arbeitgeberin

Frau R. lebte 27 Jahre in der Schweiz. Wegen einer Haftstrafe wurde ihre Aufenthaltsbewilligung nicht mehr verlängert und sie wurde in ihr Herkunftsland Kamerun ausgewiesen. Das Beratungsteam Detention unterstützte Frau R. bei der Auseinandersetzung mit möglichen Zukunftsperspektiven und reichte beim Internationalen Sozialdienst (ISS) einen Antrag um Projektunterstützung im Herkunftsland ein. Zudem veranlasste das Beratungsteam die Auszahlung ihrer AHV- und Pensionskassengelder und konnte die Weiterführung der medizinischen Behandlung im Herkunftsland sicherstellen.

Frau R. kehrte im Alter von 47 Jahren zu ihrer Mutter und ihrer Schwester nach Kamerun zurück. Dank der Unterstützung des ISS konnte sie eine Bar eröffnen,

die sie erfolgreich betreibt. Mittlerweile kann sie auch Familienangehörige beschäftigen, was ihnen ein regelmässiges Einkommen und ein würdiges Leben ermöglicht. Trotz ihrer Unterstützung war sie nach ihrer Rückkehr immer wieder auch mit herausfordernden Situationen und Vorurteilen konfrontiert. Dennoch zieht sie eine durchwegs positive Bilanz: «Ich bin stolz und dem SRK sowie dem ISS dankbar, denn ich weiss nicht, was ohne diese beiden Organisationen aus mir geworden wäre. Die schönste Erinnerung bei der Realisierung meines Projekts ist, dass ich die Arbeiten Schritt für Schritt verfolgen konnte und ich durch grossartige Menschen begleitet wurde. Ich blicke optimistisch in die Zukunft, denn meine Bar läuft sehr gut.»



Link

Weitere Informationen zur Perspektiven- und Rückkehrberatung (Programm Detention) sind auf der Website des Schweizerischen Roten Kreuzes Kanton Bern (www.srk-bern.ch) abrufbar.

Dank ihrer Bar kann Frau R. optimistisch in die Zukunft blicken. Foto: ISS

Eine Statistik über ausserfamiliär untergebrachte Kinder schaffen

Entscheid des Bundesrates

Der Bundesrat will eine nationale Statistik über ausserfamiliär untergebrachte Kinder schaffen. Er hat am 23. Februar 2022 das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) beauftragt, zusammen mit dem Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) und den betroffenen interkantonalen Konferenzen die nötigen Arbeiten an die Hand zu nehmen.

In der Schweiz ist wegen fehlender Statistiken wenig über die Anzahl und die Situation von ausserfamiliär untergebrachten Kindern und Jugendlichen bekannt. Für die Weiterentwicklung von Angeboten für Kinder, Jugendliche und Familien in schwierigen Lebenslagen sind jedoch einheitliche statistische Daten notwendig.

Aufgrund einer Empfehlung des UNO-Ausschusses über die Rechte der Kinder hat der Bundesrat zunächst das EJPD und das EDI beauftragt zu prüfen, ob die Datenbank Casadata des Bundesamtes für Justiz (BJ)

zu einer nationalen Statistik über ausserfamiliär untergebrachte Kinder weiterentwickelt werden könnte. Die Datenbank wird vom BJ im Rahmen der Subventionierung der Erziehungseinrichtungen geführt. Die Situationsanalyse hat ergeben, dass die aktuelle Datenlage in den Kantonen für eine Zusammenführung auf nationaler Ebene zu heterogen ist und dass die Kantone eine Weiterentwicklung von Casadata als zu aufwändig und zu kostspielig beurteilen.

Der Bundesrat hat deshalb das EJPD beauftragt, zusammen mit dem EDI, der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektoren (SODK) sowie der Konferenz des Kindes- und Erwachsenenschutzes (KOKES) die Datenlage in den Kantonen vertieft zu analysieren und gestützt darauf Grundlagen und Vorgaben für die einheitliche Datenerfassung in den Kantonen zu definieren. Nach Abschluss dieser Vorarbeiten wird das EDI zusammen mit dem EJPD und den Kantonen mit der

Planung und Schaffung einer nationalen Statistik über ausserfamiliär untergebrachte Kinder beginnen.

Einbettung in die neue Statistik

Casadata wird vom BJ vorerst weitergeführt und für die nächsten Jahre die einzige überregionale Datenbank bleiben. Das BJ wird sicherstellen, dass Casadata in die neue, vom Bundesamt für Statistik (BFS) geführte Statistik eingebettet wird.

Eine nationale Statistik über ausserfamiliär untergebrachte Kinder (Bild: Esssaal einer Abteilung im Bürgerlichen Waisenhaus Basel) ist notwendig, um die Angebote bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und deren Wirksamkeit zu evaluieren.
Foto: Peter Schulthess, 2017



Stationäre Jugendhilfe aus der Perspektive von jungen Menschen

Das Forschungsprojekt StePLife will Impulse für die Praxis gewinnen

Das Forschungsprojekt StePLife untersucht, wie Jugendliche im Alter von 12 bis 17 Jahren ihr persönliches Leben aufgrund einer stationären Unterbringung verändern. Im Fokus der vierjährigen Untersuchung steht das Veränderungspotenzial von Beziehungen zu Menschen sowie zu Orten, die Identität, Zugehörigkeit und Verbundenheit vermitteln.

Stefan Köngeter, Dorothee Schaffner, Lukas Fellmann, Tobias Kindler und Jana Osswald

Pädagogik aus der Perspektive von jungen Menschen zu denken, ist ein Anspruch, den wir seit über 100 Jahren kennen. Er zeigt sich heute vor allem in der Stärkung der Kinderrechte und in der Forderung nach mehr Partizipation für Kinder und Jugendliche. Dennoch stellen wir immer wieder fest, dass pädagogische Massnahmen durch Erwachsene bestimmt werden, während Kinder und Jugendliche noch immer zu wenig in wichtige Entscheidungen einbezogen werden. Dies gilt auch für Interventionen, die das persönliche Leben tiefgreifend berühren, wie z. B. die Unterbringung in einem Kinder- und Jugendheim oder in einer Pflegefamilie. Zahlreiche Studien zu den Erfahrungen von stationär untergebrachten jungen Menschen zeigen, dass die Versuche, die jungen Menschen in Hilfeplanungen oder Entscheidungen einzubeziehen, bislang wenig Veränderung bewirkt haben. Das liegt auch daran, dass sich am zugrundeliegenden Hilfeverständnis und den daraus resultierenden Handlungsmustern noch zu wenig verändert hat.

Das Konzept des persönlichen Lebens

Das Konzept «Personal Life» von Carol Smart bietet einen inspirierenden Ansatz, um Familien und Beziehungen – und damit auch das Verhältnis zwischen Jugendlichen, deren Familien und dem Heim – neu zu denken. Wir verstehen das persönliche Leben nach Smart als einen Zusammenhang von sozialen Beziehungen und Orten, in dem ein Gefühl von Identität, Zugehörigkeit und Verbundenheit hergestellt wird. Die Perspektive des persönlichen Lebens einzunehmen, heisst darauf zu achten, wie Menschen ihre unterschiedlichen Lebensbereiche selbst verstehen, wie sie sie integrieren, wie sie darin handlungsfähig sind und Entscheidungen treffen.

Dabei sind sie jedoch nicht autonom. Smart versteht den Menschen fundamental als soziales Wesen. Das bedeutet, dass dessen Handeln und Entscheiden immer in Verbindung mit anderen zu denken ist. Oder anders gefasst: Unser Handeln entsteht reflexiv im Austausch mit den jeweiligen sozialen und

gesellschaftlichen Kontexten, in denen wir leben. Entscheidend ist daher, in welchen Kontexten wir uns bewegen, wie wir diese gestalten, welche bedeutsamen Beziehungen uns zur Verfügung stehen und wie wir diese in unsere Biografie integrieren.

Grundbedürfnis nach Zugehörigkeit ...

Da Menschen nach Smart grundsätzlich nur in Bezug zu anderen und in bestimmten Kontexten zu verstehen sind, fokussiert das Konzept auf die Verbundenheit bzw. die Bindungen zwischen Personen und das Gefühl des Eingebettet-Seins. Bedeutsame Beziehungen sind nach Smart vielfältig und nicht nur auf die Familie beschränkt. Daher werden nicht nur biologische Formen der Beziehung beachtet, sondern auch selbstgewählte Beziehungen zu Menschen, Gegenständen, Tieren und Orten. Erst durch die Bedeutsamkeit, die diesen Beziehungen beigemessen wird, kann ein Gefühl der Zugehörigkeit entstehen. Zugehörigkeit erscheint so als soziale



Praxis und als menschliches Grundbedürfnis, aus dem sich ein ethischer Anspruch an die Gesellschaft ableiten lässt: Dann wird die Frage zentral, was getan werden kann, damit Menschen ihr Grundbedürfnis nach Zugehörigkeit ausleben und sich zugehörig fühlen können. Dieser Anspruch sollte auch an die stationäre Jugendhilfe gestellt werden.

... in der stationären Jugendhilfe ermöglichen

Aus der Perspektive vieler junger Menschen stellen stationäre Unterbringungsformen zunächst keine unmittelbaren Angebote zur Entwicklung von Zugehörigkeit dar. Im Gegenteil, das Gefühl von Zugehörigkeit im bisherigen persönlichen Leben wird durch die Unterbringung zunächst mehr oder weniger radikal in Frage gestellt. Das gilt umso mehr, je stärker die stationäre Unterbringung darauf abzielt, die bisherige Zugehörigkeit – z. B. durch geschlossene Settings – zu unterbinden und eine alternative Zugehörigkeit anzubieten. Fassen junge Menschen die stationäre Massnahme als Zumutung auf, vor der sie ihr persönliches Leben schützen möchten, sind Widerstände, Loyalitätskonflikte oder Rückzugsverhalten zu erwarten.

Das kann dazu führen, dass stationäre Unterbringungen früh scheitern und sich in der Folge für die betroffenen Kinder und Jugendlichen sogenannte «Massnahmenkarrieren» entwickeln, die durch häufige Beziehungs- und Wohnortwechsel und wiederholte Erfahrungen der Diskontinuität geprägt sind. Es gibt aber auch junge Menschen, die vor dem Hintergrund der Kontinuitätssicherung dauerhaft an Orten und in sozialen Umgebungen leben, ohne dass sie sich zugehörig, verbunden und zu Hause zu fühlen. Die stationäre Jugendhilfe sollte sich daher mit den Bedingungen und Möglichkeiten auseinandersetzen, wie junge Menschen ihr persönliches Leben gestalten können.

Mehrfachzugehörigkeiten

Betrachten wir den biografischen Einschnitt einer stationären Unterbringung aus der Perspektive des persönlichen Lebens, ist zunächst auf sozialer und räumlicher Ebene zu fragen, welche Zugehörigkeiten durch die Unterbringung bedroht sind. Und weiter: Wie können Kinder und Jugendliche weiterhin ein Gefühl der Verbundenheit mit den ihnen wichtigen Bezugspersonen und ein Gefühl des Willkommens- und Zuhause-Seins

erleben und aufbauen? Nach dem Konzept des persönlichen Lebens sollte von klassischen Familienvorstellungen – insbesondere der unhinterfragten Vormachtstellung der Kernfamilie – Abstand genommen werden.

Die Bedeutung der Kernfamilie kann zwar nicht gänzlich in Abrede gestellt werden, aber es gilt zu bedenken, dass die Familie nur einen von mehreren Sozialisationskontexten darstellt, in denen junge Menschen ihr persönliches Leben gestalten und Zugehörigkeit herstellen. Die Schule, der Freundeskreis oder auch eine stationäre Einrichtung oder Pflegefamilie sind weitere Kontexte, die für die Herstellung von Zugehörigkeit wichtig sind. Das persönliche Leben von Kindern und Jugendlichen, insbesondere in den stationären Erziehungshilfen, ist folglich von einer Vielfalt sozialer und räumlicher Kontexte geprägt und damit durch Mehrfachzugehörigkeiten gekennzeichnet.

Jugendhilfe als Angebot denken

Stationäre Unterbringungen aus der Perspektive des persönlichen Lebens zu denken, bedeutet, sie als ein Angebot zu betrachten, das es jungen Menschen ermöglicht, Zugehörigkeit, Identität und Verbundenheit über alle Lebensbereiche hinweg aufzubauen. Dieses Angebot kann angenommen oder abgelehnt werden. Das mag aus Sicht der Jugendlichen zunächst zynisch klingen, gerade wenn die Unterbringung angeordnet wurde. Aber selbst eine solch starke Intervention ist immer auch ein Angebot, das innerlich abgelehnt werden kann.

Dies lässt sich tatsächlich in Praxis und Forschung beobachten: So sind Kinder und Jugendliche eben nicht immer gewillt, die stationäre Jugendhilfe in ihr persönliches Leben zu integrieren. Vielmehr scheinen einige junge Menschen alles daran zu setzen, dass die Massnahme eben keine Bedeutung für ihr persönliches Leben erhält, insbesondere wenn sie das Gefühl haben, dass sie anders sind, wenn ihre Herkunft nicht respektiert wird oder wenn sie glauben, keine Kontrolle über ihr Leben zu haben. Dann werden sie gewissermassen resilient gegenüber allen wohlgemeinten Angeboten.

Wie von der Erziehungshilfe profitieren?

Stationäre Erziehungshilfen vom persönlichen Leben der jungen Menschen aus zu denken, bedeutet auch, Abstand von gut gemeinten Intentionen, Interventionsorientie-

rungen und Wirkungsannahmen zu nehmen. Stattdessen rückt die Frage ins Zentrum: Unter welchen Bedingungen können junge Menschen die Veränderung ihres Wohnortes und die angebotenen sozialen Beziehungen nutzen und inwiefern gelingt es ihnen, Mehrfachzugehörigkeiten in ihr persönliches Leben zu integrieren? Mit diesem Fokus auf die Nutzung der als Angebot verstandenen Erziehungshilfe lässt sich also neu fragen, wie die stationäre Jugendhilfe zu einem Angebot für die jungen Menschen werden kann, in dem sie sich wohl fühlen und von dem sie langfristig profitieren können.

Impulse für die Praxis

An diesem Punkt setzt das vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) finanzierte Forschungsprojekt «Stationäre Erziehungshilfen im persönlichen Leben» (StePLife) der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW und der OST – Ostschweizer Fachhochschule an. Im Rahmen einer Längsschnittuntersuchung werden von 2021 bis 2025 die Bedingungen und Veränderungen im persönlichen Leben von Jugendlichen untersucht, die in Einrichtungen der stationären Jugendhilfe leben. Die Ergebnisse werden genutzt, um wichtige Impulse für die Praxisentwicklung unter dem Aspekt der Zugehörigkeit zu gewinnen. Der in diesem Beitrag aufgezeigte Denkansatz des persönlichen Lebens bildet dafür das theoretische Fundament.

Das Forschungsprojekt StePLife wird von Stefan Köngeter, Professor an der OST – Ostschweizer Fachhochschule, und von Dorothee Schaffner, Professorin an der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW, geleitet. Lukas Fellmann, Jana Osswald sowie Tobias Kindler sind wissenschaftliche Mitarbeitende an der FHNW bzw. an der OST und gehören zum Forschungsteam.

Literatur

Carol Smart: *Personal Life*. Cambridge, Polity Press, 2007.

Weitere Informationen zum Forschungsprojekt sind abrufbar auf: www.steplife.ch

Haftschäden reduzieren und die Wiedereingliederung fördern

Ein Modellversuch will die Ressourcen der Personen in Untersuchungshaft erhalten und stärken

Haftschäden reduzieren oder im Idealfall vermeiden sowie mittel- und langfristig zur besseren Wiedereingliederung der inhaftierten Personen beitragen: Dieses Ziel verfolgt der fünfjährige Modellversuch «Ressourcenorientierte Betreuung und Sozialarbeit in der Untersuchungshaft», der im Sommer in elf Gefängnissen in den Kantonen Zürich und Bern beginnt.

Dem Modellversuch liegt die Hypothese zugrunde, dass sich der Erhalt und die Stärkung der Ressourcen der inhaftierten Personen positiv auf deren persönliches Wohlbefinden und soziales Verhalten sowie mittel- und langfristig auch auf deren Wiedereingliederung auswirkt. Daher sollen in elf Gefängnissen in den Kantonen Zürich und Bern ein Ausbildungskonzept für eine ressourcenorientierte Betreuung und Aufsicht sowie ressourcenerhaltende Interventionen des Sozial- und Gesundheitsdienst eingeführt und getestet werden. Letztere beinhalten ein standardisiertes Eintrittsgespräch, eine interdisziplinäre Fallführung, den Einbezug der Angehörigen, eine niederschwellige Intervention bei psychischen Belastungen sowie das Übergangsmanagement in den Straf- und Massnahmenvollzug oder in die Freiheit. Vom Modellversuch sind rund 550 Mitarbeitende und 6500 inhaftierte Personen betroffen.

Ein bewährter Ansatz in einem neuen Kontext

Die Ressourcenorientierung ist ein bewährter Ansatz in der Sozialen Arbeit, Psychologie, Psychiatrie und Sozialpädagogik. Die Einführung und Erprobung dieser bekannten Interventionen im Kontext der Untersuchungshaft ist für die Schweiz innovativ. Das Regime in Untersuchungshaft ist noch immer restriktiv und sicherheitszentriert ausgestaltet, was seit einigen Jahren aus

menschen- und grundrechtlicher Sicht kritisiert wird.

Die Untersuchungshaft neu ausrichten

Personen in Untersuchungshaft befinden sich in einer Ausnahmesituation und sind fragil, verunsichert und stark isoliert. Nach der Verhaftung herrscht zudem grosses Misstrauen. Gleichzeitig haben diese Personen ein grosses Bedürfnis nach Unterstützung. Ressourcenorientierte Interventionen können eine erfolgversprechende Antwort auf die zentrale Frage sein, wie diese Personen abgeholt und aufgefangen werden können.

Bisher beginnt die eigentliche «Arbeit» mit den inhaftierten Personen erst im Strafvollzug. Der Modellversuch schlägt einen Paradigmenwechsel vor: Die Untersuchungshaft soll in Zukunft nicht mehr nur ein «Hüttesystem» sein. Bereits nach der Verhaftung sollen die inhaftierte Person und ihre Entwicklung im Zentrum stehen. Die Untersuchungshaft und der Strafvollzug sollen als ein Prozess angesehen werden.

Interventionen lohnen sich

Wenn der Modellversuch aufzeigt, dass sich die ressourcenorientierten Interventionen positiv auf die allgemeine Befindlichkeit der inhaftierten Personen und deren Wiedereingliederung auswirken, ist dies für alle Betroffenen von Nutzen: für die Inhaftierten und deren Umfeld, für das Personal in der Untersuchungshaft und im Vollzug sowie letztlich für die ganze Gesellschaft. Wenn zudem alle Folgekosten von Haftschäden aufgerechnet werden, lohnen sich diese Investitionen – gerade auch für weniger finanzkräftige Kantone – auch in finanzieller Hinsicht.

Die Kosten des fünfjährigen Modellversuchs (inklusive Wirkungs- und Prozessevaluierung durch ein Konsortium der ETH Zürich und der Universität Zürich bzw. durch die Firma socialdesign.ch) belaufen sich auf

12,8 Millionen Franken. Die Finanzierung erfolgt mehrheitlich durch die Kantone Zürich und Bern, die rund 6 bzw. 3 Millionen Franken beitragen. Das Bundesamt für Justiz (BJ) übernimmt die restlichen 30 Prozent der Kosten. (gal)



Im Rahmen des Modellversuchs werden ressourcenorientierte Interventionen getestet, welche die Personen in Untersuchungshaft und ihre Entwicklung ins Zentrum stellen. Foto: Gefängnis Pfäffikon (Peter Schulthess, 2019)

Das soziale Klima messen und weiter fördern

Start eines vierjährigen Modellversuchs

Im Rahmen eines vierjährigen Modellversuchs wird mit einem neuartigen Instrument das soziale Klima in den Justizvollzugsanstalten Hindelbank und St. Johannsen gemessen. Gestützt auf die Ergebnisse werden in einem zweiten Schritt Massnahmen erarbeitet, um das soziale Klima in den beiden Anstalten weiter zu fördern.

Die britische Kriminologin Alison Lieblich hat am Prisons Research Centre der Universität Cambridge das weltweit umfassendste Instrument entwickelt, um die vielfältigen Dimensionen des sozialen Klimas im Justizvollzug zu messen. Studien aus anderen europäischen Ländern zeigen, dass das Instrument MQPL+ (Measuring the Quality of Prison Life) auf andere Kontexte und Rechtssysteme übertragbar ist. Im Rahmen des

am 1. April 2022 gestarteten Modellversuchs «Soziales Klima im Justizvollzug» testet ein Forschungsteam des Instituts für Strafrecht und Kriminologie der Universität Bern in den Justizvollzugsanstalten Hindelbank und St. Johannsen eine auf die Schweiz adaptierte Version von MQPL+.

Ein innovativer Weg

Das Instrument MQPL+ ist ein innovativer Weg, um das soziale Klima in Justizvollzugsanstalten zu erforschen. Es kombiniert quantitative Methoden (je ein spezifischer Fragebogen für das Vollzugspersonal und für die inhaftierten Personen) und qualitative Methoden (persönliche Einzel- und Gruppeninterviews sowie sog. teilnehmende Beobachtungen). So kann das neuartige Instrument differenziertere Ergebnisse als die bisherigen, einzig auf quantitative Methoden

basierenden Instrumente liefern und überdies das Veränderungspotenzial in einer Anstalt aufzeigen.

Übertragbar und nützlich

In den Modellversuch sind je rund 200 Mitarbeitende und inhaftierte Personen involviert. Gestützt auf die Messergebnisse werden in einem zweiten Schritt Massnahmen im Bereich der Organisationsentwicklung und des Qualitätsmanagements erarbeitet, um das soziale Klima in den beiden Anstalten weiter zu fördern. Die Erkenntnisse und Erfahrungen des Modellversuchs werden in einem Handbuch zusammengefasst und als einfach übertragbare «gute Praxis» beschrieben. So kann das Handbuch künftig in allen Justizvollzugsanstalten in der Schweiz angewendet werden.

Sozial- und kriminalpolitisch relevant

Die aktuelle Forschung misst dem sozialen Klima eine grosse Bedeutung zu. Gemäss verschiedenen Studien erhöht ein positives Anstaltsklima die Wahrscheinlichkeit, dass Behandlungen erfolgreich sind. Es fördert zudem die Zufriedenheit der Gefangenen sowie des Personals und dient der Gewaltprävention. Auch in der Praxis stösst dieses Thema zunehmend auf Interesse. Der Modellversuch ist sozial- und kriminalpolitisch relevant. Denn das soziale Klima ist für das Vollzugspersonal sowie für die Inhaftierten bedeutungsvoll und kann sich überdies positiv auf die Resozialisierung auswirken.

Die Kosten des vierjährigen Modellversuchs (inklusive Evaluierung durch die Hochschule für Soziale Arbeit Wallis) belaufen sich auf rund 875 000 Franken. Das Bundesamt für Justiz (BJ) übernimmt 70 Prozent der Kosten. Für die restlichen Kosten kommen der Kanton Bern, die Universität Bern und das Schweizerische Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV) auf. (gal)



Im Modellversuch wird in den Justizvollzugsanstalten von Hindelbank und von St. Johannsen (Bild: Arbeitsplatz in der JVA St. Johannsen) ein neuartiges Instrument zur Messung des sozialen Klimas erprobt. Gestützt auf die Ergebnisse werden anschliessend Massnahmen erarbeitet, um das soziale Klima weiter zu fördern. Foto: Peter Schulthess, 2015

Kinder und Jugendliche in ihrem sozialen Umfeld unterstützen

Start des Modellversuchs «Una famiglia per una famiglia»

Kinder und Jugendliche in schwierigen familiären Situationen sollen durch andere Familien in ihrem angestammten sozialen Umfeld unterstützt werden. Diese neuartige Methode der Unterstützung, die Kinderschutzmassnahmen oder jugendstrafrechtliche Sanktionen verhindern soll, wird im Rahmen eines fünfjährigen Modellversuchs im Kanton Tessin erprobt.

Der Anfang Januar 2022 im Kanton Tessin gestartete Modellversuch «Una famiglia per una famiglia» basiert auf einem in Italien entwickelten und erfolgreich angewandten Modell für die Begleitung und Unterstützung von Familien in schwierigen Situationen. Der gemeinnützige Verein L'ORA will das Modell im Rahmen des Modellversuchs an Schweizer Verhältnisse anpassen. Diese neue Methode der Unterstützung verfolgt einen präventiven Ansatz und soll zum Tragen kommen, bevor die familiäre Situation zu schwierig wird und Kinderschutzmassnahmen oder jugendstrafrechtliche Sanktionen angeordnet werden müssen.

Auf ehrenamtlicher Basis

Das Konzept des Modellversuchs sieht vor, dass eine Familie während mindestens eines Jahres eine Familie in einer Krise oder schwierigen Situation unterstützt. Beide Familien mit etwa gleichaltrigen Kindern werden von einem Tutor oder einer Tutorin begleitet. Diese Person mit einem sozialen oder erzieherischen Berufshintergrund ist bei Fragen oder Schwierigkeiten die erste Ansprechperson und arbeitet wie die unterstützende Familie ehrenamtlich. Die Abmachungen betreffend die Art und Dauer der Unterstützung werden in einer Vereinbarung festgehalten. Interventionen können beispielsweise die Integration der Kinder oder Jugendlichen in die Gemeinde, die Freizeitgestaltung, die Lehrstellensuche oder die Hilfe bei schulischen Herausforderungen betreffen.



Das Konzept des Modellversuchs sieht vor, dass eine Familie eine andere Familie in einer schwierigen Situation unterstützt. Beide Familien legen in einer Vereinbarung die Art der Unterstützung fest und verpflichten sich, während einer bestimmten Dauer einen gemeinsamen Weg zu gehen. Zeichnung: L'ORA

Im Rahmen des Modellversuchs ist die Betreuung von 60 Familien im Kanton Tessin vorgesehen. Die in ihrer sozialen Entwicklung gefährdeten Kinder und Jugendlichen werden über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB), regionalen Sozialdienste und Jugendgerichte eruiert. Die unterstützenden Familien werden insbesondere über Gemeinden, Vereine und Kirchen rekrutiert. Anschliessend werden die Familien sowie die Tutoren und Tutorinnen ausgewählt, jeweils zwei Familien zusammengeführt und die Vereinbarung zwischen den beiden Familien ausgearbeitet. Dabei sind die Partizipation und das Einverständnis der Kinder und Jugendlichen zentral.

Die Gesellschaft in die Verantwortung nehmen

Die Neuerung des Projekts besteht darin, dass gefährdete Kinder und Jugendliche in ihrem sozialen Umfeld durch eine Familie unterstützt werden. Das Unterstützungsangebot ist zudem aufgrund seines niederschweligen Ansatzes relevant. Es zielt darauf hin, die Gesellschaft in die Verantwortung zu

nehmen und frühzeitig die Unterstützung vor Ort zu fördern. Es ermöglicht den betroffenen Kindern und Jugendlichen, in ihrem sozialen Umfeld neue Bezugspersonen zu finden und tragfähige Beziehungen aufzubauen, die über eine professionelle Begleitung hinausgehen. Solche niederschweligen Angebote können weder das Jugendgericht noch die Institutionen des Kinderschutzes machen.

Das unbürokratische Unterstützungsangebot sollte aufgrund seiner einfachen Grundidee auf andere Kantone übertragbar sein. Zudem ist sein Nutzen für die Praxis offenkundig, denn die Sekundärprävention, d. h. ein frühzeitiges Intervenieren und die Stärkung der familiären Kompetenzen, ist in der Kinder- und Jugendhilfe zentral.

Die Kosten des fünfjährigen Modellversuchs (inklusive Evaluierung durch die Non-Profit-Organisation cenpro) belaufen sich auf 2,7 Millionen Franken. Das Bundesamt für Justiz (BJ) übernimmt 80 Prozent der Kosten. Für die restlichen Kosten kommen der Kanton Tessin sowie Gemeinden und Stiftungen auf. (gal)

Der Sicherheitsreflex überträgt sich auf das Jugendstrafrecht

Ein Strafrechtler plädiert dafür, die Ressourcen junger Menschen in eine für die Gesellschaft positive Richtung zu lenken

Professor Nicolas Queloz hat seine Karriere dem Strafrecht und der Kriminologie gewidmet. Zu seinen Spezialgebieten gehören das Jugendstrafrecht und die Jugendstrafjustiz. Er widmete dem Thema rund vierzig Jahre wissenschaftlicher Forschung. Nicolas Queloz begleitete die Entstehung dieses im Wesentlichen erzieherischen Rechts. Heute ist er über die Verschärfung des Jugendstrafrechts besorgt.

#prison-info: Ist es eine Praxis der jüngsten Zeit, mit dem Finger auf die von der Norm abweichende Jugend zu zeigen, oder besteht dieses Problem «seit Anbeginn der Welt»?

Nicolas Queloz: Das ist eine Art Leitmotiv, das sich durch die Jahrtausende zieht. Jede erwachsene Generation beschwert sich über das Verhalten der nachfolgenden jungen Generation. Schon Sokrates fürchtete im fünften vorchristlichen Jahrhundert um die Zukunft, weil die Jugendlichen respektlos waren. Im Laufe der Zeit hat sich die gesellschaftliche Vorstellung von den abweichenden oder straffälligen Minderjährigen nicht viel geändert.

Ist ein eigenes Strafrecht für die Minderjährigen ebenfalls uralte?

Nein, erst im 19. Jahrhundert wurde anerkannt, dass es ein Jugendstrafrecht braucht. Zu dieser Zeit war das Strafrecht in der Schweiz kantonal geregelt. Bei der Ausarbeitung eines einheitlichen Strafgesetzbuches wurde die Belange der Minderjährigen von Anfang an berücksichtigt. So enthielt das 1937 vom Parlament verabschiedete Schweizerische Strafgesetzbuch (StGB) bereits Bestimmungen für Kinder und Jugendliche von 6 Jahren bis zum 18. Lebensjahr, die eher erzieherisch als strafend wirken sollten. Und 2007 bzw. 2011 wurden

das Jugendstrafgesetz (JStG) sowie die Jugendstrafprozessordnung (JStPO) als eigenständige Gesetze erlassen.

Das Sanktionenrecht, die Wirtschaftskriminalität und das Jugendstrafrecht waren ihre drei Hauptforschungsgebiete. Inwiefern interessiert Sie das Thema der jugendlichen Straftäter?

Das Jugendstrafrecht und die Jugendstrafjustiz gründen auf zwei wichtigen Grundsätzen: den Schutz und die Erziehung der Minderjährigen. Wenn ein Jugendlicher eine strafbare Handlung begeht, wird seine persönliche Situation untersucht. Die verhängte Strafe berücksichtigt in erster Linie die Person des Minderjährigen. Und ich bin davon überzeugt, dass der Jugendliche, der sich gesetzeswidrig verhalten hat, wieder auf den richtigen Weg gebracht werden kann, wenn alles dafür getan wird. Was mich bei den Jugendlichen fasziniert, sind ihre Ressourcen. Man muss einen Weg finden, um diese Ressourcen in eine für die Gesellschaft konstruktive Richtung zu lenken. In diesem jungen Alter kann sich die Situation eines Minderjährigen schnell vom Schlimmsten zum Besten wenden. Ein Arbeitgeber, der ihm ein Praktikum anbietet, oder eine emotionale Bindung können den Verlauf seines Lebens verändern. Bei erwachsenen Straftätern ist dieses Phänomen weniger bekannt.

Die Jugendkriminalität hat Ihr Interesse geweckt, als Sie noch Student waren, und es ist auch jetzt, kurz nach ihrer Pensionierung, ungebrochen. Wie lässt es sich erklären, dass Sie dieses Thema so lange gefesselt hat?

Die grundlegenden Rechtstexte wie das Internationale Übereinkommen über die Rechte des Kindes, die Beijing-Regeln oder die Havanna-Regeln entstanden in den

1980er bis 1990er Jahren. Zu dieser Zeit war ich als Postdoc am Interregionalen Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für Kriminalität und Rechtspflege in Rom tätig und hatte die Aufgabe, die neuen UNO-Texte zur Jugendjustiz analysieren. Ich hatte das Glück, dass ich diese wichtigen Texte gleich nach ihrem Erlass in den Mittelpunkt meiner Forschung stellen konnte. Zudem wurde ich während des grössten Teils meines Berufslebens von drei Vorbildern inspiriert. Drei grossartige Männer hielten meine Motivation aufrecht, indem sie mich in ihre Arbeit einbezogen. Es handelt sich um Jean Zermatten, damals Jugendrichter, später Präsident des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes; um Michel Lachat, einen Jugendrichter, der in diesem Bereich Pionierarbeit geleistet hat; und um Martin Stettler, der den Vorentwurf für ein Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht verfasst hat und als Vater des JStG angesehen werden kann. Dank ihnen hatte ich die Chance, bei der Gesetzgebung im Bereich des Jugendstrafrechts mitzuwirken.

Sie sind akademischer Leiter des CAS in Jugendjustiz an der Universität Freiburg – einer Weiterbildung, die sich an Fachleute der Jugendstraf- und -zivilgerichte, des Kinderschutzes oder der Bildung. Besteht heute ein verstärktes Interesse am Jugendstrafrecht?

Absolut. Das wachsende Interesse ist auf das Inkrafttreten des JStG im Jahr 2007, der JStPO im Jahr 2011 und der Revision des Kinderschutzes im Jahr 2014 zurückzuführen. Die Jugendjustiz hat sich namentlich für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte geöffnet, die sich nun auch auf diesen Bereich spezialisieren und sich für die persönliche Situation der Minderjährigen und das Kindeswohl einsetzen. Und die Welt der Bildung braucht eine zusammenhängende



«Das Spektrum der Massnahmen und Strafen des JStG scheint mir ausreichend, um mit jugendlichen Straftätern umzugehen», betont Nicolas Queloz. «Voraussetzung ist natürlich, dass die Infrastruktur für die ordnungsgemässe Umsetzung der Erziehungsmassnahmen in geschlossenen Einrichtungen vorhanden ist und dass ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht.» Foto: Massnahmenzentrum Uitikon ZH

(Peter Schulthess, 2018)

Sicht der Kinderschutzmassnahmen rund um diese gesetzlichen Pfeiler.

Ist das Interesse auf wissenschaftlicher Ebene ebenfalls gestiegen?

Nein, nicht wirklich. Es gibt zwar einige Doktorarbeiten zu diesem Thema, eine Evaluation der Wirksamkeit des JStG und ein wenig Lehre. Aber das wissenschaftliche Interesse bleibt leider ziemlich gering.

Haben die Politiker ein grösseres Interesse an der Jugendkriminalität und an möglichen Lösungen?

Die Politik – insbesondere das Bundesparlament – hat mit der Ausarbeitung des JStG und der JStPO ihr Interesse an der Jugendjustiz gezeigt. In den 1990er Jahren hat das Parlament trotz der auf die Zunahme der Gewalt unter Minderjährigen gründenden Befürchtungen verdienstvollerweise das JStG erlassen, das mehr erzieherisch als repressiv ist. Seit 2015 stelle ich jedoch fest, dass das repressive Erwachsenenstrafrecht verschiedentlich in das erzieherisch ausgerichtete Jugendstrafrecht eingeflossen ist.

Sie haben sich im September 2021 in einem Vortrag auf der Jahrestagung der Schweizerischen Vereinigung für Jugendstrafrechtspflege zu diesem Thema geäussert. Welche Bedenken haben Sie angebracht?

Das Streben nach Sicherheit, das sich im Erwachsenenstrafrecht immer stärker durchsetzt, ist dabei, sich auf das Jugendstrafrecht zu übertragen. Ich kann dies an mindestens drei Beispielen verdeutlichen. Da sind zunächst die Tätigkeits-, Kontakt- und Rayonverbote zu nennen, die durch Artikel 16a in das JStG eingeführt wurden, der seit dem 1. Januar 2015 in Kraft ist. Dann sieht das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus Zwangsmassnahmen gegenüber Minderjährigen ab zwölf Jahren vor! Dieses Gesetz soll im Sommer 2022 in Kraft treten. Schliesslich sieht der Vorentwurf zur Revision des JStG, der die Motion «Sicherheitslücke im Jugendstrafrecht schliessen» (16.3142) konkretisiert, unter anderem einen

Gefährlichkeitsvorbehalt (oder Sicherheitsvorbehalt) vor, wonach eine minderjährige Person bereits ab dem Alter von zehn Jahren verfolgt werden kann. Dahinter steht folgende Idee: Wenn gegenüber einer minderjährigen Person ab zehn Jahren eine Unterbringung in einer geschlossenen Einrichtung (im Sinne des JStG) angeordnet wurde und diese bei Beendigung des Vollzugs der Unterbringung (spätestens mit 25 Jahren) in den Augen der Strafbehörde immer noch eine Gefahr darstellt, kann der Vollzug in Form einer stationären Massnahme nach dem Strafgesetzbuch (Art. 59, 60, 61, 64 Abs. 1 StGB) weitergeführt werden, d. h. sogar in Form einer ordentlichen Verwahrung!

Aber ein Minderjähriger, dessen Unterbringung nach dem JStG in Form einer Massnahme nach dem Strafgesetzbuch weitergeführt wird, ist zwangsläufig gefährlich. Muss man nicht an den Schutz der Gesellschaft denken?

Ich bestreite nicht, dass es einige sehr schwerwiegende Fälle gibt. Sie sind jedoch so selten, dass es nicht gerechtfertigt ist, dafür ein Gesetz auszuarbeiten. Für seltene Fälle findet man immer Lösungen. Ein solcher Sicherheitsvorbehalt wäre meiner Meinung nach ein Schlag ins Wasser. Ich glaube nämlich nicht, dass ein Jugendrichter es wagen würde, einen so belastenden und stigmatisierenden Vorbehalt anzubringen. Andererseits scheint mir das Spektrum der Massnahmen und Strafen des JStG ausreichend, um mit jugendlichen Straftätern umzugehen, selbst wenn sie als gefährlich eingestuft werden. Voraussetzung ist natürlich, dass die Infrastruktur für die ordnungsgemässe Umsetzung der Erziehungsmassnahmen in geschlossenen Einrichtungen vorhanden ist – was insbesondere in der Westschweiz nicht der Fall ist – und dass ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht.

Funktioniert die Jugendjustiz?

Ja, zweifellos. Sie funktioniert, sofern sie die angemessenen Mittel erhält. Und im Bereich der Jugendjustiz, das möchte ich

noch einmal betonen, sind die angemessenen Mittel auf den Schutz und die Erziehung ausgerichtet.

Muss man auf lange Sicht befürchten, dass das Jugendstrafrecht verschwindet?

In vielen Ländern ist das Jugendstrafrecht auf ein trauriges Minimum reduziert worden. In der Schweiz deutet glücklicherweise nichts darauf hin, dass das JStG verschwindet. Aber es werden aus dem Erwachsenenstrafrecht abgeleitete Sicherheitsvorstellungen darauf übertragen.

Interview: Patricia Meylan

Biografie



Nicolas Queloz ist Jurist, Soziologe und Kriminologe. Er verfasste eine Doktorarbeit im Jugendstrafrecht (Universität Neuenburg, 1986) zum Thema der institutionellen Reaktion der Gesellschaft auf die Jugenddelinquenz und eine Habilitationsschrift (Universität Freiburg, 2002) in Strafrecht und Kriminologie zu den Herausforderungen der Wirtschafts- und Finanzkriminalität. Nicolas Queloz lehrte 32 Jahre lang an der Universität Freiburg. Zunächst als Oberassistent am Lehrstuhl für Sozialarbeit und Lehrbeauftragter für Kriminologie (1988–1994); dann als ausserordentlicher Professor und später als ordentlicher Professor am Lehrstuhl für Strafrecht und Kriminologie der Rechtswissenschaftlichen Fakultät (1994–2020). Seit 2020 ist er emeritierter Professor und derzeit Leiter des CAS in Jugendjustiz an der Universität Freiburg. Nicolas Queloz ist ferner Vizepräsident der Internationalen Vereinigung der französischsprachigen Kriminologen.

Kurzinformationen

Die restaurative Justiz fördern

Die Justizministerkonferenz des Europarates hat sich in ihrer am 14. Dezember 2021 verabschiedeten Erklärung von Venedig für eine stärkere Verbreitung der restaurativen Justiz ausgesprochen. Die Mitgliedsstaaten sollten entsprechende Aktionspläne oder politische Massnahmen ergreifen und namentlich erwägen, allen interessierten Parteien, «sofern sie freiwillig zustimmen», ein Recht auf Zugang zu restaurativen Verfahren einzuräumen.

Die Mitgliedsstaaten sollten laut Erklärung «als Ergänzung oder gegebenenfalls als Alternative zu oder im Rahmen von Strafverfahren» eine breite Umsetzung der Grundsätze und Methoden der restaurativen Justiz anregen – mit dem «Ziel des Ausstiegs aus der Kriminalität, der Wiedereingliederung der Straftäter und der Wiederherstellung der Opfer». Sie sollten zudem eine möglichst breite Anwendung der restaurativen Justiz bei straffälligen Jugendlichen fördern und sie als wichtigen Teil der juristischen Ausbildung betrachten. Die Erklärung lädt ferner den Europarat ein, eine Studie über bereits umgesetzte Modelle restaurativer Justiz durchzuführen, um den Austausch von Wissen und bewährten Praktiken unter den Mitgliedsstaaten zu erleichtern.

Das geltende Recht der Schweiz regelt Verfahren der restaurativen Justiz in Strafverfahren gegen Erwachsene nur punktuell. Die restaurative Justiz während des Strafvollzugs erlangt dagegen zunehmend Bedeutung. Das Parlament hat den Bundesrat beauftragt zu prüfen, wie Instrumente der restaurativen Justiz in unsere Rechtsordnung integriert werden könnten (Postulat 18.4063) bzw. die restaurative Justiz in der Strafprozessordnung zu verankern (Motion 21.4336).

Die Erklärung von Venedig ist auf der Website des Europarates (www.coe.int) abrufbar.

Neue Plätze in Königsfelden

Mitte Dezember 2021 ist der Erweiterungsbau der Klinik für Forensische Psychiatrie (KFP) der Psychiatrischen Dienste Aargau (PDAG) in Betrieb genommen worden. Dank der drei zusätzlichen Stationen sind laut Medienmitteilung der PDAG insgesamt 26 neue Behandlungsplätze für psychisch kranke Straftäter geschaffen worden.

Im Neubau, der an die bestehende Infrastruktur der Forensischen Psychiatrie auf dem Areal Königsfelden in Windisch angeschlossen ist, arbeiten täglich über 50 Fachpersonen. Um trotz des Fachkräftemangels die Versorgung auf Dauer sicherzustellen, bilden die PDAG in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) seit 2019 Mitarbeitende in einem jährlich stattfindenden CAS-Studiengang für die Arbeit in der forensischen Psychiatrie aus.

Die KFP behandelt schwer psychisch kranke Menschen, die in einer akuten Krankheitsphase eine Straftat begangen haben und aufgrund verminderter oder aufgehobener Schuldfähigkeit von einem Gericht zu einer Therapiemassnahme gemäss Art. 59 StGB verurteilt worden sind. Mit einem von Grund auf neu entwickelten Betriebs- und Sicherheitskonzept ist die Sicherheit bei der Behandlung psychisch kranker Straftäterinnen und Straftäter erhöht worden: «Mit dem Neubau verfügen die PDAG jetzt über das für eine forensische Psychiatrie in der Schweiz wohl modernste Sicherheitssystem», wird Klinikleiter Peter Wermuth in der Medienmitteilung zitiert. Mit der neuen Infrastruktur sei es insbesondere möglich, psychiatrische Notfälle aus den Strafanstalten unter besser gesicherten Bedingungen zu behandeln.

SO: Neues Zentralgefängnis ist auf Kurs



Das Projekt Walddach der IPAS Architekten und Planer AG aus Solothurn hat den Projektwettbewerb für den Neubau des Zentralgefängnisses in Flumenthal SO gewonnen. Das Zentralgefängnis wird die veralteten Untersuchungsgefängnisse in Solothurn und Olten ersetzen.

Das Projekt Walddach mit einer Länge von 195 Metern und einer Breite von 27 Metern überzeugte die Jury insbesondere aufgrund seiner funktionalen betrieblichen und gestalterischen Qualität sowie aufgrund seiner Wirtschaftlichkeit, heisst es in der Medienmitteilung der Staatskanzlei Solothurn. Es setze in einem schlanken, langgezogenen Baukörper die lineare Disposition der Justizvollzugsanstalt Solothurn fort und verteile geschickt die rund 12 600 Quadratmeter Nutzfläche auf die einzelnen Stockwerke. Im Erdgeschoss und dem ersten Obergeschoss sind vorwiegend allgemeine Räume untergebracht. Im zweiten und dritten Obergeschoss sind die Zellentakte und im Dachgeschoss die Spazierhöfe sowie Freizeit- und Sportaktivitäten vorgesehen.

Die Kosten für den Neubau belaufen sich auf rund 120 Millionen Franken. Wird dem Projekt an der Urne zugestimmt, soll der Bau im Jahr 2026 in Angriff genommen werden. Die Inbetriebnahme ist auf Ende 2028 terminiert.

La Stampa: elf Zellen für Frauen



Im Herbst 2023 ist die Eröffnung einer Frauenabteilung mit elf Zellen (davon eine Zelle für Mutter und Kind) in der Tessiner Strafanstalt La Stampa vorgesehen, hat Staatsrat Norman Gobbi am 24. Januar 2022 im Grossen Rat angekündigt. Für den Betrieb der neuen Abteilung, der die in den Bangkok-Regeln festgelegten Standards für die Behandlung inhaftierter Frauen berücksichtigt, sind 13,5 Stellen erforderlich.

Heute verbüssen die im Kanton Tessin verurteilten Frauen kurze Freiheitsstrafen im Gefängnis La Farera unter dem strengen Regime der Untersuchungshaft. Laut Staatsrat Gobbi werden Anstrengungen unternommen, um ihnen mehr Bildung und Begegnungen zu ermöglichen. Die grossrätliche Aufsichtskommission über die Haftbedingungen hielt jedoch in ihrem Geschäftsbericht fest, dass es für die betroffenen Frauen immer noch eine Benachteiligung darstellt, ihre Strafe nicht in einer angemessenen, ausschliesslich für sie bestimmten Struktur verbüssen zu können. Lange Freiheitsstrafen verbüssen die Frauen in der JVA Hindelbank oder in der Strafanstalt La Tuilière VD – mit all den damit verbundenen Problemen, namentlich der Distanz zu ihren Angehörigen und sprachlichen Schwierigkeiten.

Das Monitoring Justizvollzug ist online

Das vom Schweizerischen Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV) zusammen mit den Strafvollzugskonkordaten, der Konferenz der Kantonalen Leitenden Justizvollzug und dem Bundesamt für Statistik entwickelte Monitoring Justizvollzug (MJV) ist im Februar 2022 online gegangen. Die neu einheitlich für die gesamte Schweiz und monatlich erhobenen Kennzahlen ermöglichen einen aktuellen und differenzierten Einblick in die Justizvollzugslandschaft.

Da der Justizvollzug eine hoheitliche Aufgabe der Kantone ist und die bisherigen Statistiken nicht einheitlich erhoben wurden, war es früher nur schwer möglich, sich einen genauen Überblick über die Kapazitäten und Belegung der Justizvollzugsanstalten zu verschaffen. Für eine effiziente Planung des Justizvollzugs ist aber eine gute Datengrundlage unentbehrlich. Das MJV zeigt auf einen Klick die Kapazitäten der Justizvollzugsanstalten sowie deren Belegung am letzten Tag des Monats. Die Ergebnisse können nach Anstalt, Kanton, Konkordat und Stichtag gefiltert werden. Das MJV gibt überdies Auskunft über die Einweisungsgründe und zeigt die Entwicklung der Belegungsquote auf. Über die Zeit können mit dem MJV laut SKJV strukturelle Veränderungen der Justizvollzugslandschaft sichtbar gemacht und analysiert werden, was für strategische Entscheidungen unerlässlich ist.

Das Monitoring Justizvollzug (MJV) ist auf der Website des SKJV (www.skjv.ch) aufgeschaltet.

Neue Anstalt in Witzwil

Auf dem Gelände der offenen Justizvollzugsanstalt in Witzwil soll eine neue, zusätzliche Vollzugseinrichtung mit 250 Haftplätzen entstehen. Der Regierungsrat des Kantons Bern hat nach einer zweijährigen Evaluation am 3. März 2022 den Standortentscheid gefällt. Die neue Einrichtung ersetzt das Regionalgefängnis Biel und schafft weitere Haftplätze für den geschlossenen Vollzug. Sie soll nach heutiger Planung 2032 in Betrieb genommen werden.

In Witzwil lässt sich die neue Anlage neben der bestehenden Anstalt auf vorhandenen, kantonseigenen Baulandreserven innerhalb der bestehenden Bauzone umsetzen. Weiter ist das Areal verkehrsmässig gut erschlossen, was auch bei der Rekrutierung von Mitarbeitenden bedeutend ist. Weil sich das Areal in einem Wasser- und Zugvogelreservat von nationaler Bedeutung und am Rand eines Wildtierkorridors befindet, sollen gemäss Medienmitteilung des Regierungsrates bei der Planung des Neubaus die speziellen Bedürfnisse von Fauna und Flora berücksichtigt werden. Auch wenn der offene und der geschlossene Vollzug baulich klar zu trennen sind, lassen sich Synergien zwischen der bestehenden und der neuen Anlage nutzen, etwa bei der Energieversorgung, Entsorgung, Logistik oder beim Sicherheits- und Gesundheitsdienst.

Für die Nutzung des ehemaligen Jugendheims Prêles, das in der Standortevaluation als letzte Variante zu Witzwil übrigblieb, werden verschiedene Optionen abgeklärt. So prüft das Westschweizer Strafvollzugskonkordat eine Teilnutzung zur Unterbringung von 20 bis 30 Jugendlichen aus der Westschweiz. Aufgrund des Kantonswechsels von Moutier prüft der Kanton Bern die Verlegung der Administrativhaft vom Regionalgefängnis Moutier nach Prêles.

Audit über Suizidrisiko

Staatsrat Frédéric Favre, Vorsteher des Departements für Sicherheit, Institutionen und Sport (DSIS), hat einen Audit in Auftrag gegeben, um das Suizidrisiko in den Walliser Strafvollzugsanstalten und mögliche Verbesserungen zu analysieren. Laut einer Medienmitteilung der Dienststelle für den Straf- und Massnahmenvollzug vom 25. März 2022 traf er diese Entscheidung, nachdem sich im Jahr 2021 drei Todesfälle in den Gefängnissen von Sitten und von Brig ereignet hatten. Das Mandat wurde Maurizio Albisetti, Mitglied der Berufungskammer des Bundesstrafgerichts und Mitglied der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF), anvertraut.

Das DSIS hat beschlossen, sich auf die Untersuchungsgefängnisse zu konzentrieren, da sich die drei verstorbenen Personen nicht im Straf- oder Massnahmenvollzug befanden. Die Empfehlungen des Audits können jedoch auf alle Walliser Strafvollzugsanstalten angewendet werden.

Mehr als 30 300 digitale Straftaten

Im Jahr 2021 sind von der Polizei 30 351 Straftaten mit einer digitalen Komponente registriert worden, was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme um 24 % entspricht. Am stärksten zugenommen hat gemäss der jüngsten Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) des Bundesamtes für Statistik (BFS) der Cyberbetrug, wobei zwei Arten von Betrug besonders stark vertreten sind: Am häufigsten wurde bereits bezahlte Ware auf Kleinanzeigenplattformen nicht geliefert (6884 Straftaten), am zweithäufigsten wurden Online-Zahlungssysteme oder eine fremde Identität bzw. sämtliche Personenidentifizierungsdaten missbraucht, um einen Betrug zu begehen (6670 Straftaten).

2021 wurden ferner vollendete 42 Tötungsdelikte polizeilich registriert, was einen der tiefsten Werte seit Beginn der Erhebung im Jahr 1982 darstellt. 23 Tötungsdelikte (54,8 %) wurden im häuslichen Bereich verübt. 15 Frauen und ein Mann wurden innerhalb einer aktuellen oder ehemaligen Partnerschaft getötet. Drei Todesopfer waren Kinder, die von einem Elternteil getötet wurden. Die Zahl der im Jahr 2021 verzeigten schweren Gewaltdelikte blieb mit 1665 Straftaten weitgehend stabil. Während die vollendeten und versuchten Tötungsdelikte sowie die schweren Körperverletzungen zurückgingen, nahmen die Vergewaltigungen um 44 auf insgesamt 757 zu.

2021 wurden insgesamt 82 284 Personen wegen Widerhandlungen gegen das Strafgesetzbuch (StGB) polizeilich registriert. Davon waren 13,2 % Minderjährige, 15,9 % junge Erwachsene zwischen 18 und 24 Jahren und 70,9 % Erwachsene.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik 2021 ist auf der Website des BFS (www.bfs.admin.ch) abrufbar.

Erweiterung von Bellechasse

Am 4. April 2022 haben die Bauarbeiten für die Erweiterung der Freiburger Strafanstalt Bellechasse begonnen. Das Projekt gehört zur ersten Etappe der Vollzugsplanung 2016-2026 und trägt dazu bei, den Bedürfnissen eines modernen Strafvollzugs gerecht zu werden. Es umfasst laut Medienmitteilung der Direktion für Raumentwicklung, Infrastruktur, Mobilität und Umwelt zunächst eine Erweiterung des sogenannten «Pavillons» um 66 neue Zellen für den offenen Vollzug. Auf diese Weise können der offene und geschlossene Vollzug besser getrennt werden, was die Sicherheit erhöht. Zudem wird der Zellentrakt von 1900 renoviert, damit er den heutigen Standards entspricht. Nach Abschluss der Arbeiten wird Bellechasse über je 100 Haftplätze im offenen und geschlossenen Vollzug verfügen.

Zudem wird ein neues Gebäude erstellt, in dem der Essraum, der Empfang und die Besuchsräume für die Gefangenen im offenen Vollzug untergebracht werden. Weiter entsteht ein Gesundheitszentrum, das eine angemessene somatische und psychiatrische Versorgung der Gefangenen erlaubt. Schliesslich wird ein Neubau mit gesicherten Werkstätten erstellt, damit genügend Arbeitsplätze für die Gefangenen im geschlossenen Vollzug und für jene im vorzeitigen Strafvollzug zur Verfügung stehen. Auf den Dächern sind Solarzellen geplant. Damit fügt sich der Standort Bellechasse in die Klimastrategie des Kantons Freiburg ein.

Diese Arbeiten dürften nach aktuellem Plan zwei Jahre dauern. In der zweiten Baustappe wird ein neues Gebäude für die Untersuchungshaft erstellt, welches das Zentralgefängnis in der Altstadt von Freiburg ersetzen wird. Die Planungsarbeiten dafür laufen.

LU: Neuer Leiter der Dienststelle MZJ

Am 1. Mai 2022 hat Gregor Bättig die Leitung der Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug des Kantons Luzern übernommen. Er folgt auf Stefan Weiss, der per Anfang 2022 eine neue Stelle als Leiter Aus- und Weiterbildung in der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch angetreten hat.



Bättig hat eine breite Erfahrung im Sicherheitsbereich. Von 1995 bis 2010 war er Berufsoffizier der Schweizer Armee und erlangte einen Abschluss der Militärischen Führungsschule an der ETH Zürich sowie einen Masterabschluss in Global Security der Cranfield University (UK). Danach war er in verschiedenen Funktionen bei der Kantonspolizei Bern und der Zuger Polizei und ab 2021 als Stabschef und Leiter Massnahmen Covid-19 für die Gesundheitsdirektion des Kantons Zug tätig.

Den Vergewaltigungs-Tatbestand ausdehnen

Der Vergewaltigungs-Tatbestand im Strafbuch soll ausgedehnt werden. Der Bundesrat begrüsst in seiner Stellungnahme vom 13. April 2022 den entsprechenden Vorschlag der Rechtskommission des Ständerats (RK-S). Neu soll wegen Vergewaltigung bestraft werden, wer gegen den Willen des Opfers handelt, auch wenn keine Nötigung des Opfers durch Gewalt oder Drohung vorliegt.

Der Vorschlag der RK-S dehnt den Tatbestand der Vergewaltigung aus. Er erfasst neu alle Fälle, in denen ein Täter oder eine Täterin vorsätzlich gegen den Willen des Opfers handelt (Ablehnungslösung oder «Nein heisst Nein»). Künftig soll also eine Täterin oder ein Täter auch dann wegen Vergewaltigung bestraft werden können, wenn er oder sie das Opfer nicht nötigt, sei es durch Gewalt, Drohung oder psychischen Druck. Es genügt, dass der Täter oder die Täterin vorsätzlich den verbal oder nonverbal geäusserten Willen des Opfers missachtet. Künftig sollen auch männliche Opfer von diesem Tatbestand erfasst werden. Der Grundsatz «Nein heisst Nein» soll auch für den neuen Tatbestand des sexuellen Übergriffs und der sexuellen Nötigung gelten.

Mit den von der RK-S vorgeschlagenen Verschärfungen wird das Sexualstrafrecht laut Bundesrat an die gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst. Insbesondere die Tatsache, dass eine Vergewaltigung gemäss Wortlaut des Gesetzes heute zwingend eine Nötigung des Opfers voraussetzt, stosse in der Gesellschaft auf breites Unverständnis.

Neuer Delegierter für den SVS

Martin von Muralt ist vom Bundesrat zum Delegierten von Bund und Kantonen für den Sicherheitsverbund Schweiz SVS ernannt worden. Er übernimmt per 1. August 2022 die Funktion von André Duvillard, der Ende Juli in den Ruhestand treten wird.



Martin von Muralt studierte an der Universität Genf Politikwissenschaften und absolvierte die Höhere Fachprüfung für Polizist sowie Weiterbildungen in den Bereichen Projektleitung, Führung, Risk Management und Cybersecurity. Er begann seine Laufbahn bei der Kriminalpolizei in Genf, war anschliessend bei fedpol tätig und wurde schliesslich Kommandant der Polizei der Region Morges. Von 2019 bis 2021 leitete er das Gefängnis Champ-Dollon. «Mit seiner Aus- und Weiterbildung und langjährigen Erfahrung in verschiedenen für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit relevanten Bereichen (Polizei und Strafvollzug) bei Bund und Kantonen ist Martin von Muralt eine ideale Besetzung», heisst es in der Medienmitteilung des VBS.

Leichter Rückgang der Verurteilungen

Mit 97 386 Verurteilungen ist die Anzahl Strafregistereinträge im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen (–1%). Den abnehmenden Zahlen bei den Verstössen gemäss Strafgesetzbuch (StGB) und Betäubungsmittelgesetz (BetmG) steht ein Anstieg bei den Verstössen gemäss Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) gegenüber, wie aus der Strafurteilsstatistik des Bundesamtes für Statistik (BFS) hervorgeht.

Die Gesamtzahl der Urteile aufgrund des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) ist im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben; hingegen dauert der jahrelange Abwärtstrend bei den Geschwindigkeitsübertretungen und bei den Fahrten in fahruntüchtigem Zustand weiter an. Bei diesen Massendelikten ist der langjährige rückläufige Trend mit –22% respektive –36% besonders ausgeprägt. Eine Entwicklung in einem solchen Ausmass ist bei Massendelikten laut BFS sehr selten zu beobachten. Diese Tendenz wurde im Jahr 2020 durch die Massnahmen zur Pandemiebekämpfung verstärkt und setzte sich auch im Jahr 2021 weiter fort.

Im Jahr 2021 wurden 1895 Landesverweisungen ausgesprochen (–5,8% weniger als im Vorjahr). Davon waren 90% obligatorische Landesverweisungen. Mehr als die Hälfte wurde für eine Dauer von mehr als fünf Jahren verhängt.

Die Statistik der Erwachsenenstrafurteile ist auf der Website des BFS (www.bfs.admin.ch) abrufbar.

Neuer Leiter des Gefängnisses Altstätten

Silvio Fausch übernimmt auf den 1. August 2022 die Leitung des Regionalgefängnisses Altstätten. Er folgt auf Hans Eggenberger, der in den Ruhestand tritt.



Mit seinen Ausbildungen und seiner Berufserfahrung ist Silvio Fausch bestens für seine neue Aufgabe qualifiziert, schreibt das Sicherheits- und Justizdepartement des Kantons St. Gallen in einer Medienmitteilung. Silvio Fausch ist seit 2017 als Gruppenleiter in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies in Regensdorf tätig. Er erlernte ursprünglich den Beruf des Polymechanikers und war in verschiedenen Funktionen in der Finanz- und Sicherheitsbranche tätig. Daneben absolvierte er verschiedene Ausbildungen im Militär, in der Feuerwehr und im Justizvollzug.

Im Regionalgefängnis Altstätten sind 45 Gefangene in Untersuchungs-, Sicherheits- und ausländerrechtlicher Haft sowie im Strafvollzug untergebracht. Bis ins Jahr 2028 soll das Gefängnis auf 126 Plätze erweitert werden.

VD: Neuer Leiter des Amtes für Justizvollzug

Am 1. Juli 2022 übernimmt Raphaël Brossard die Leitung des Amtes für Justizvollzug (Service pénitentiaire, SPEN) des Kantons Waadt. Er folgt auf Sylvie Bula, die auf den gleichen Zeitpunkt ihre neue Stelle als Kommandantin der Kantonspolizei Waadt antritt.



Raphaël Brossard hat einen Bachelor in Rechtswissenschaften sowie einen Master in Kriminologie und verfügt über eine 13-jährige Erfahrung in Führungspositionen im Justizvollzug. Er war stellvertretender Direktor der Strafanstalt La Promenade in La-Chaux-de-Fonds, Direktor der Strafanstalt Bellevue in Gorgier NE und interimistischer Direktor der Etablissements de la Plaine de l'Orbe (EPO). Seit 2013 ist er in verschiedenen Funktionen beim SPEN tätig. Raphaël Brossard verfügt über eine «klare strategische Vision der Justizvollzugspolitik», heisst es in der Medienmitteilung des Staatsrats des Kantons Waadt. In diesem Rahmen habe er sich für eine moderne Betreuung der inhaftierten Personen eingesetzt, die den aktuellen Herausforderungen der Wiedereingliederung und der öffentlichen Sicherheit gerecht wird.

Veranstaltungen

Von der alternativen Sanktion zur alternativen Kriminologie

Die Strafjustiz wird immer wieder in Frage gestellt: Für die einen ist sie zu mild, für die anderen nicht in der Lage, ihre Ziele zu erreichen (Verbrechensverhütung, Resozialisierung der Verurteilten usw.). Für andere wiederum ist sie kontraproduktiv, weil sie die Angeklagten eher zur Lüge als zum Eingeständnis ihrer Taten verleitet und dies zum Nachteil der Opfer. Und schliesslich sei sie nicht in der Lage, die Öffentlichkeit zu überzeugen. Ihre Kritiker sind also zahlreich; aber was schlagen sie als Alternativen vor?

Die Fragen rund um die Alternativen führen uns zu einer Debatte über die Alternativen zum Gefängnis, dann allgemeiner über die Alternativen zu strafrechtlichen Sanktionen und schliesslich über die Alternativen zum Strafsystem selbst. Am Ende steht auch die Auseinandersetzung mit alternativen Formen zur traditionellen Kriminologie auf dem Programm. Diese beziehen sich einerseits auf die Erforschung noch nicht kriminalisierter Formen abweichenden Verhaltens (Devianz), u. a. mit dem Ziel, neue Straftatbestände zu schaffen (wie z. B. Ökozid). Andererseits ziehen diese alternativen Formen der Kriminologie fundamental alternative Rechtssysteme in Betracht, in denen es kein Strafrecht mehr braucht.

Veranstalter: Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie
Datum: 24. / 25. August 2022
Ort: Congress Centre Kursaal Interlaken
Sprachen: Deutsch und Französisch
Weitere Informationen:
www.kriminologie.ch

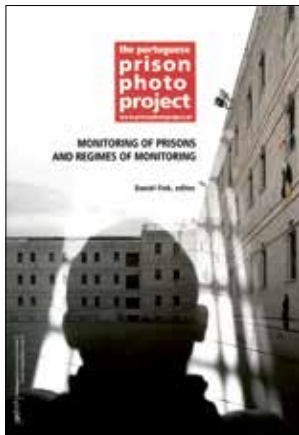
Gemeinsam Sicherheit schaffen

Das fünfte Forum Justizvollzug ist dem Thema der Sicherheit gewidmet. Im Fokus stehen die vielfältigen Massnahmen, die für das Schaffen verlässlicher Sicherheit innerhalb und ausserhalb der Institutionen wesentlich sind: Neben dem Stellenwert von baulich-technischen Mitteln sowie organisatorischen Strukturen und Abläufen steht hierbei die professionelle Beziehung zwischen Mitarbeitenden und inhaftierten bzw. strafverurteilten Personen im Vordergrund: Auf was kommt es bei dieser Beziehung an, wie kann man sie entwickeln? Welche Fachpersonen tragen dazu bei und wie arbeiten sie zusammen? Wie sind aus Führungssicht die Rahmenbedingungen auszugestalten, damit dynamische Sicherheit entstehen kann?

Am Forum Justizvollzug diskutieren Expertinnen und Experten über das Thema der Sicherheit im Justizvollzug aus unterschiedlicher Warte; sie beleuchten den Wandel von Sicherheitsvorstellungen und loten das spannungsvolle Verhältnis zu weiteren Vollzugsprinzipien aus, insbesondere im Hinblick auf den gesetzlichen Auftrag der Wiedereingliederung. Im Anschluss an das Forum Justizvollzug findet die diesjährige Tagung zum Thema der elektronischen Überwachung in der Schweiz (EM-Intervision) statt.

Veranstalter: Schweizerisches Kompetenzzentrum für den Justizvollzug
Datum: 23. / 24. November 2021
Ort: Centre Loewenberg, Murten
Sprachen: Deutsch und Französisch
Weitere Informationen: www.skjv.ch

Neuerscheinungen



Daniel Fink (editor)

Monitoring of Prisons and Regimes of Monitoring

151 Seiten

ISBN 978-989-746-305-1

Das Buch kann für 10 CHF beim
Herausgeber (daniel.fink@unil.ch)
bestellt werden.



Irene Marti

Leben in der Verwahrung

80 Seiten

Die Broschüre fasst die Resultate
der Dissertation Living the prison:
An ethnographic study of indefi-
nite incarceration in Switzerland
zusammen und kann kostenlos
bei der Autorin (irene.marti@krim.unibe.ch) bestellt werden.

Psychotherapie und Seelsorge im Strafvollzug

Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Eine von gegenseitiger Wertschätzung geprägte Zusammenarbeit zwischen Psychotherapie und Seelsorge kann im Straf- und Massnahmenvollzug für die Arbeit mit den Eingewiesenen fruchtbar gemacht werden und allen Beteiligten zugutekommen. Dabei ist spezifisches Wissen über die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der beiden Disziplinen wichtig.

Samuel Buser



Samuel Buser arbeitet als Gefängnisseelsorger in der JVA Witzwil sowie als forensischer Psychotherapeut beim Forensisch-Psychiatrischen Dienst der Universität Bern, wo er die Funktion des Leitenden Psychologen im Forensischen-Ambulatorium innehat. In seinem Buch *Psychotherapie und Seelsorge im Strafvollzug. Unterschiede und Gemeinsamkeiten* (ISBN 978-3-03911-268-5) hat er ausführlich dargelegt, wie sich beide Berufsgruppen voneinander abgrenzen und ergänzen können.

Die enge interdisziplinäre Zusammenarbeit mit dem Personal der Justizvollzugsanstalten inklusive der Massnahmenkliniken sowie der einweisenden Behörden, kurz, die enge Verzahnung zwischen Justiz und psychotherapeutischer Behandlung ist anspruchsvoll. Es gilt einerseits dem psychischen Wohl der eingewiesenen Menschen gerecht zu werden, andererseits müssen im Sinne des Risikoorientierten Sanktionenvollzugs (ROS) Sicherheitsaspekte beachtet werden.

Als Gefängnisseelsorger und forensischer Psychotherapeut erlebe ich in meinem Berufsalltag die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Seelsorge und Psychotherapie. Sie lassen sich gut am folgenden Fallbeispiel aufzeigen: Ein ca. 40-jähriger Mann berichtet in der Gefängnisseelsorge, dass er zwei Mädchen eines befreundeten Ehepaars sexuell missbraucht habe. Wie zuvor von einer Suchtstörung habe Gott ihn auch von seiner pädophilen Neigung geheilt. Er verspüre keine sexuelle Lust mehr gegenüber Kindern und habe auch keine pädosexuellen Fantasien. Deshalb brauche er keine forensische Therapie. Zwar besuche er die gerichtlich angeordnete Therapie, doch auf die deliktorientierten Themen gehe er nicht ein. Dies hat zur Folge, dass die Behörden ihm keine weiteren Vollzugslockerungen gewähren und dass er sich durch sie ungerecht behandelt empfindet.

Freiwillig – obligatorisch

Der Eingewiesene kommt *freiwillig* in die Seelsorge, die *Psychotherapie ist obligatorisch*. Wie der Patient in der Therapie mitarbeitet, hat einen Einfluss auf Vollzugslockerungen. Sein Verhalten in der Therapie wird in Therapieberichten beschrieben. Ob er das Angebot zu seelsorgerlichen Gesprächen annimmt und was er sich inhaltlich erarbeitet, fliesst in keine Berichte. Die Gespräche bleiben im geschützten Raum, der mit einer – im Vergleich

zur Psychotherapie – erweiterten seelsorgerlichen Schweigepflicht belegt ist. Dieser Raum kann dem Eingewiesenen ermöglichen, für ihn scham- und schuldbehaftete Themen anzusprechen, die auch sogenannte deliktrelevant sein können. In der Seelsorge können und müssen nicht deliktorientierte Themen auf Wunsch des Gesprächspartners aufgenommen sowie die Konsequenzen des deliktischen Handelns erörtert werden.

Diagnostizieren – beobachten

Die *forensische Psychotherapie diagnostiziert* und arbeitet mit der im Gutachten genannten Störung – in diesem Fall einer nicht ausschliesslichen Pädophilie – und berücksichtigt legalprognostische Einschätzungen. Die *Seelsorge diagnostiziert nicht*, ist jedoch wach für eventuelle Suizidalität, Fremdgefährdung, Depressivität etc. Im Einverständnis des Gefangenen geben die Seelsorgerinnen und Seelsorger solche bedeutenden Beobachtungen z. B. an den Gesundheitsdienst der Justizvollzugsanstalt weiter.

Religiöses Verständnis ist bedeutsam

Das *religiöse Verständnis* des genannten Mannes ist in beiden Disziplinen von Bedeutung. In der Seelsorge kann spezifisch am religiösen Verständnis z. B. mit Bibeltexten, Beten und Segnen gearbeitet werden. Die Seelsorge rechnet mit dem Heiligen und Göttlichen in der Beziehung. «Denn wo zwei oder drei versammelt sind in meinem Namen (Jesu Namen), da bin ich (Jesus) mitten unter euch» (Matthäus 18,20). In der Psychotherapie kann besprochen werden, ob seine Religiosität eine Ressource für seinen Lebensalltag ist oder allenfalls im Kontext seiner Delinquenz auch kritisch betrachtet werden muss.

Wahrheitsfrage

Ein weiteres wichtiges Thema ist die sogenannte *Wahrheitsfrage*. In der Seelsorge wie in der Psychotherapie gehe ich grundsätzlich

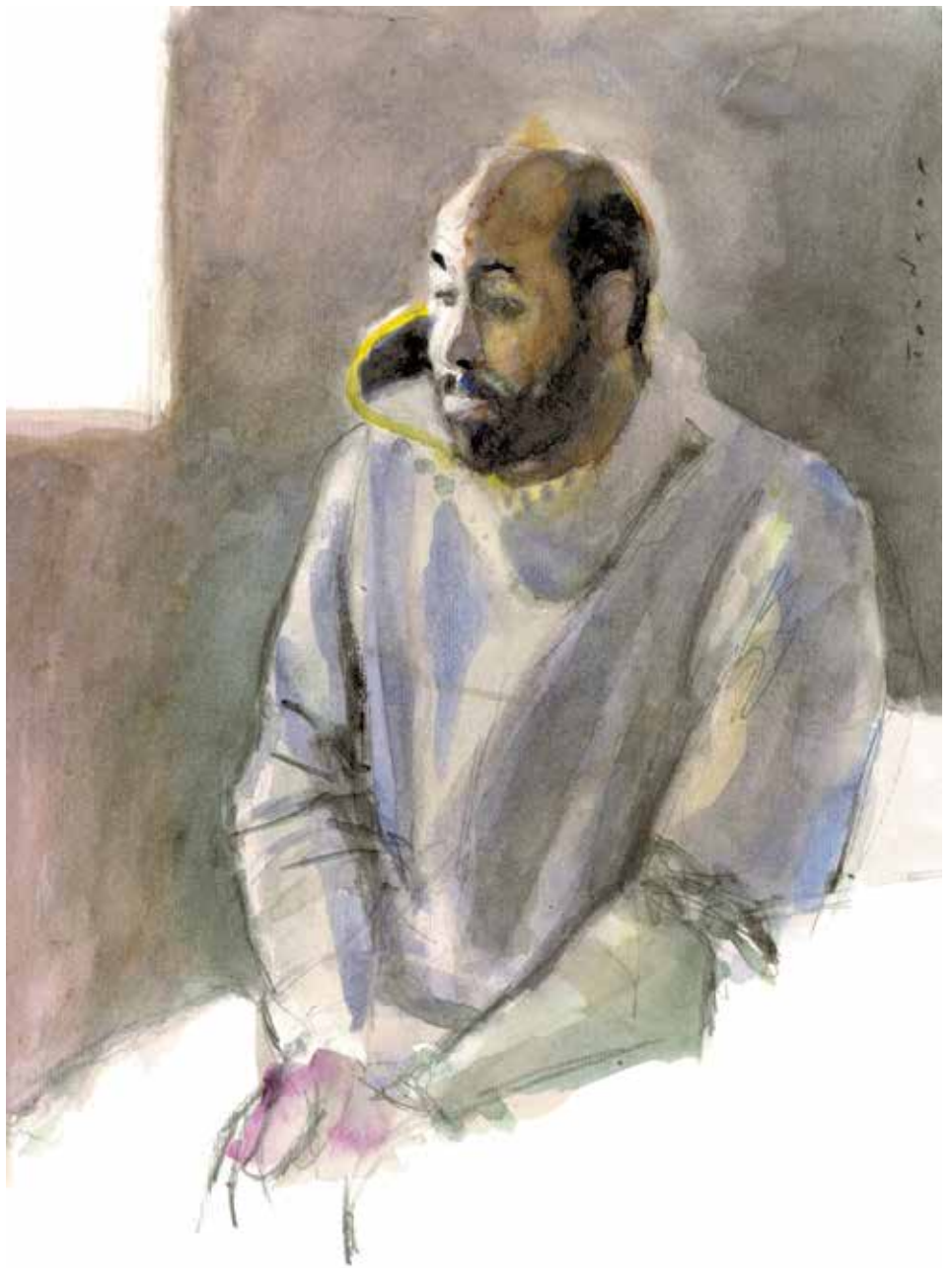
davon aus, dass mein Gegenüber mir die Wahrheit berichtet – und zwar im Sinne, dass es für den im Fallbeispiel genannten Mann in diesem Raum zu diesem Zeitpunkt wichtig ist, mir seine spezifische Situation auf diese Weise zu schildern, wie er es gerade tut. Der Grund, weshalb er diese Aussage macht, ist wichtiger, als ob er die Wahrheit sagt oder nicht. Seine Schilderungen eines Sachverhaltes können sich im Verlauf des psychotherapeutischen oder seelsorgerischen Prozesses ändern.

Zwischen Person und Delikt trennen

Weitere Gemeinsamkeiten der beiden Disziplinen sehe ich darin, dass sich der Mensch verändern kann und es daher zwischen *Person und Delikt* zu trennen gilt. Den genannten Mann bezeichne ich nicht als Sexualstraftäter, sondern als Herr XY, der ein Sexualdelikt begangen hat. Dieses Verständnis ist auch für das Selbstverständnis der Eingewiesenen wichtig und hat mit dem Menschenbild der Vertreter der beiden Disziplinen zu tun. Es gibt Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, für welche Religiosität wichtig ist, andere stützen sich eher auf ein humanistisches Menschenbild, wonach jeder Mensch einzigartig ist, ein Recht auf ein würdiges Leben hat und von Grund auf gut ist. Für mich als Seelsorger hat jeder Mensch etwas Göttliches in sich (Menschen als Kinder Gottes).

Schuld aufarbeiten und Verantwortung übernehmen

Menschen tragen Verantwortung gegenüber anderen Menschen. Damit ist die *Schuldfrage* angesprochen, die in der Psychotherapie und Seelsorge zum Tragen kommen kann. Da ist der *juristische Schuldspruch* mit den Konsequenzen auf das Leben der Gefangenen. Da ist die *zwischenmenschliche Schuld* des Täters gegenüber dem Opfer und die nicht selten in der Seelsorge von den Insassen thematisierte *Schuld vor Gott* und dessen Vergebung.



Der geschützte Raum und die seelsorgerliche Schweigepflicht erleichtern es dem Eingewiesenen, scham- und schuldbehaftete Themen anzusprechen. Zeichnung: Patrick Tondeux

Der im Fallbeispiel genannte Mann empfindet seine Schuld gegenüber Gott als vergeben. Da Kinder durch sein Handeln geschädigt worden sind, habe ich im seelsorgerlichen Gespräch die Opferfrage und damit seine Verantwortung gegenüber Menschen thematisiert. Auch wenn Gott ihn von seiner Pädophilie geheilt hat, schliesst das nicht aus, dass er therapeutisch etwas für sich und seine Mitmenschen tun kann, dass er z. B. in der Therapie Strategien ent-

wickelt, um sich Sicherheit im Verhalten gegenüber Kindern anzueignen, damit keine Kinder mehr durch ihn verletzt werden. Dadurch übernimmt er Verantwortung für sein Handeln. In der Psychotherapie gilt es, sorgfältig mit der Religiosität des Patienten umzugehen, um ihn für eine therapeutische Mitarbeit im Sinne einer Verantwortungsübernahme im Hinblick auf sein zukünftiges Verhalten gegenüber Kindern gewinnen zu können.

«Es macht mir wirklich Freude, das Wissen über den Beruf weiterzugeben. ...Es wird einem warm ums Herz zu sehen, dass das, was man bestimmten Inhaftierten beigebracht hat, klappen kann.»

Olivier Bourgeois, Chef der Bäckerei der Strafanstalt Bochuz (Mise au point, 9. Januar 2022)

Die Hunderte Kilo frisches Brot, die täglich die Patienten des Waadtländer Universitätsspitals CHUV ernähren, werden hinter den Mauern der Waadtländer Strafanstalt Bochuz gebacken. Trotz der anstrengenden Arbeitszeiten ist der Beruf bei den Gefangenen sehr gefragt. Aber es ist auch eine grosse Verantwortung für den Bäckereifachmann, der sie ausbildet und betreut. – Die Reportage Le pain des prisonniers ist abrufbar auf www.rts.ch.

Impressum

Herausgeber: Bundesamt für Justiz, Fachbereich Straf- und Massnahmenvollzug, Ronald Gramigna (ronald.gramigna@bj.admin.ch)

Redaktion:

Folco Galli (folco.galli@bj.admin.ch), Christine Brand (brandschreibe@gmail.com), Patricia Meylan (patricia.meylan@unifr.ch)

Übersetzung: Raffaella Marra, Evelyne Carrel, Jérôme Zumstein

Administration und Logistik: Marie-Lys Erard (marie-lys.erard@bj.admin.ch)

Layout, Druck und Versand: BBL, Produktion

Bestellung, Anfragen und Adressänderungen Printversion:

Bundesamt für Justiz, Fachbereich Straf- und Massnahmenvollzug, CH-3003 Bern, +41 58 462 41 46, marie-lys.erard@bj.admin.ch

Internetversion: www.prison-info.ch

Copyright/Abdruck: © Bundesamt für Justiz (Abdruck unter Quellenangabe erwünscht mit der Bitte um Zustellung eines Belegexemplars.)

Titelbild: Schulzimmer in der JVA Wauwilermoos; Foto: Peter Schulthess, 2016

47. Jahrgang, 2022 / ISSN 2571-5119



Perfekt ausbalanciert auf einer eigens konstruierten Tragevorrichtung werden im veralteten Regionalgefängnis Biel die Mahlzeiten für die rund 40 Gefangenen dreimal am Tag von Hand bzw. zu Fuss über die Treppe in die Obergeschosse transportiert. Das 1886 in Betrieb genommene Gefängnis soll nach heutiger Planung im Jahr 2032 durch die neue Vollzugseinrichtung in Witzwil ersetzt werden. Foto: Peter Schulthess, 2021

#prison-info

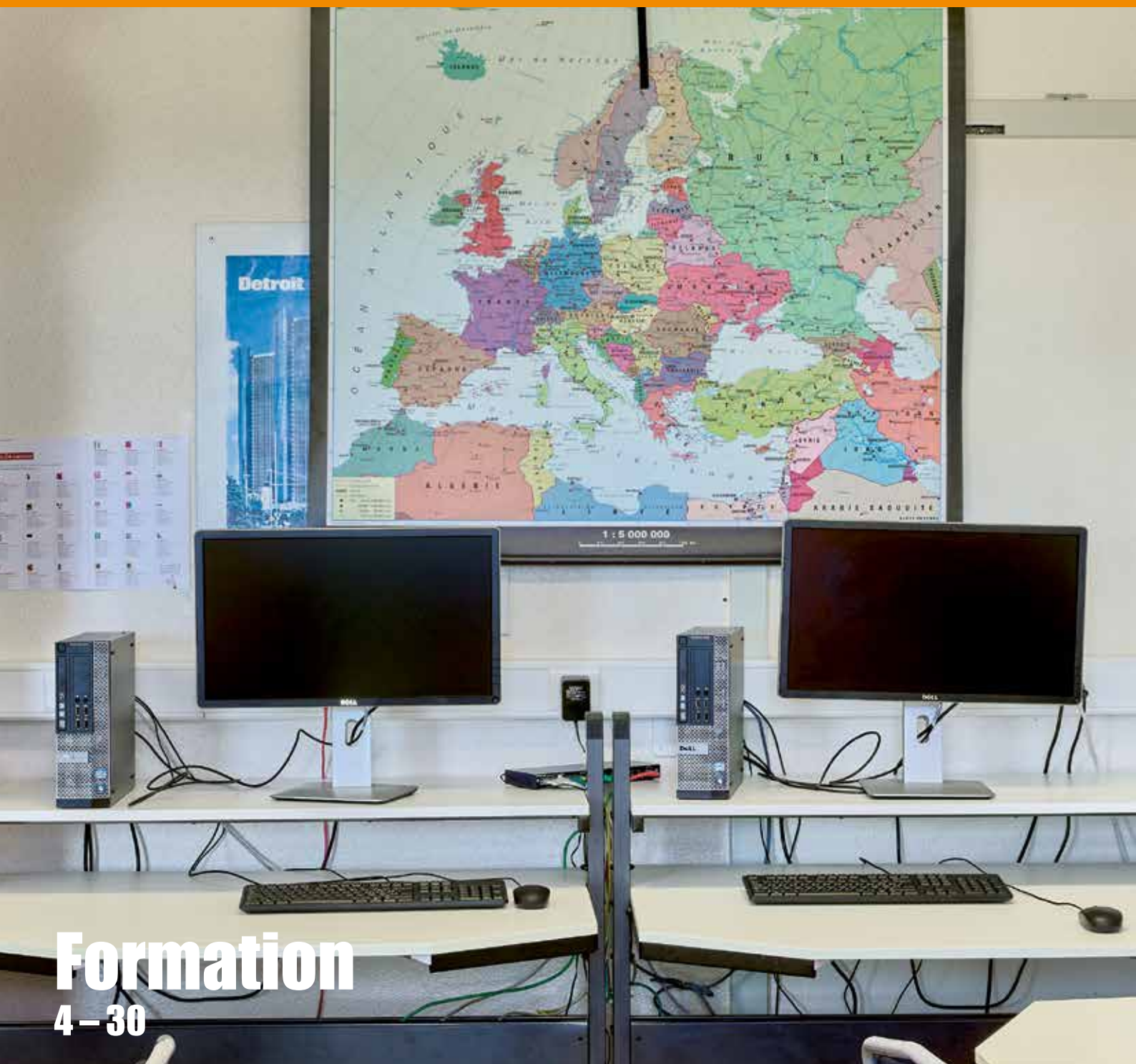
Die letzte Seite

Blick über die Grenze. Pinheiro da Cruz ist mit 645 Plätzen die fünfgrößte Justizvollzugsanstalt in Portugal. Die Anlage wurde in den 1970er-Jahren gebaut, zusammen mit Wohnhäusern, einer Schule, einem Kindergarten und einer Kantine für das Personal und deren Familien. Von der Gefangenenspopulation in Portugal verfügen 74% über eine Schulbildung von 9 Jahren, 46% von maximal 6 Jahren und 22% von maximal 4 Jahren. Der Unterricht in den Justizvollzugsanstalten ist gut besucht, was nicht nur am Bildungsbedarf liegt, sondern auch an der Monotonie des Vollzugsalltags mit wenig Arbeitsmöglichkeiten und an der Enge der Zellen. Foto: Peter Schulthess, 2020.



#prison-info

La revue de l'exécution des peines et mesures 1/2022



Formation
4 – 30

**Perspectives et
préparation au retour**
44

**Nouveaux
projets pilotes**
50



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Office fédéral de la justice OFJ



Folco Galli,
rédacteur #prison-info

Dès 1989, le **Conseil de l'Europe** a recommandé que tous les détenus aient accès à une offre en matière éducative qui soit la plus large possible. En 2006, il a réitéré sa recommandation dans les **règles pénitentiaires européennes**, précisant notamment que la « priorité doit être donnée aux détenus qui ne savent pas lire ou compter et à ceux qui n'ont pas d'instruction élémentaire ou de formation professionnelle ». En 2007, le droit à la formation a été inscrit dans le **code pénal suisse** : « Le détenu doit, autant que possible, pouvoir acquérir une formation et une formation continue correspondant à ses capacités.

On accorde, à juste titre, une grande importance à la formation en milieu carcéral. L'impact que cette dernière peut avoir a été largement présenté, à l'occasion du quatrième Forum de la détention et de la probation, sur la base d'expériences pratiques et de résultats de travaux de recherche. La formation contribue, d'une part, à une **atmosphère plus détendue au quotidien** au sein des établissements, car les cours de langue, notamment, facilitent considérablement la communication entre les détenus et le personnel pénitentiaire. Elle permet, d'autre part, de transmettre des connaissances et des compétences et donc de renforcer la confiance en soi, jetant ainsi les bases d'une **réinsertion professionnelle et sociale** réussie. En favorisant la réinsertion, la formation joue également un rôle significatif dans la **diminution de la récidive**. Des travaux de recherche ont ainsi démontré qu'investir davantage dans la formation pourrait permettre de réduire les coûts engendrés par la criminalité et d'éviter des souffrances.

Ces dernières années, le secteur de l'exécution des peines a connu une profonde évolution due à des changements au sein de la population carcérale, au renforcement des préoccupations en matière de sécurité, à une individualisation croissante des exigences et des offres, à la numérisation mais aussi à d'autres facteurs. Il est donc également primordial que le **personnel pénitentiaire se forme et se perfectionne** en permanence afin de pouvoir exécuter correctement ses tâches, qui se sont complexifiées et diversifiées. Cela implique également d'exploiter les possibilités offertes par l'apprentissage en ligne. Le personnel doit développer ses compétences numériques afin de pouvoir aider les détenus dans leur processus d'« alphabétisation numérique » et de rester lui-même en phase avec l'évolution technologique.

Dans son discours de clôture du forum, la conseillère d'Etat Béatrice Métraux a souligné que « la formation n'est **pas un luxe, mais une nécessité** », raison pour laquelle elle a exigé que « le pouvoir transformateur de la formation [soit] au cœur des efforts de réintégration ou de réinsertion des personnes détenues, et ce dès leur mise en détention ».

Version en ligne :



Coup de projecteur: Formation

Le quatrième Forum de la détention et de la probation était dédié au thème «Formation – Transformation». La formation (continue) est essentielle non seulement pour permettre aux personnes condamnées de ne plus commettre d'infractions une fois remises en liberté mais aussi pour s'assurer que le personnel pénitentiaire arrive à effectuer la difficile tâche qui lui incombe.

- 4 Le système d'exécution des peines est bien inspiré de miser sur la formation
- 9 Exploiter pleinement le potentiel de l'apprentissage numérique
- 12 La formation, condition préalable à une réinsertion durable
- 16 Construire et développer des relations positives
- 19 Un des rares endroits où l'on peut choisir librement ce que l'on veut
- 23 Le récit de vie comme mode de transformation
- 27 Etablissements d'éducation : « Röstigraben » dans le domaine de la formation
- 31 Cinq questions à Sylvie Bula
- 32 Mise en service de la prison de Zurich-Ouest
- 34 « Une exécution judiciaire sur mesure » à Thorberg
- 35 Des améliorations restent nécessaires selon le CPT
- 36 Prise en charge psychiatrique : encore des améliorations à apporter
- 38 Entretenir de solides relations sociales est essentiel

Connexion au monde numérique

La solution multimédia choisie dans les deux établissements pénitentiaires de Realta et de Cazis Tigne permet aux détenus de se connecter au monde numérique afin de se préparer au mieux à leur vie après leur libération. Le Land de Berlin mise désormais, lui aussi, sur cette solution.

- 40 Solution multimédia: un investissement dans la réinsertion sociale qui en vaut la peine
- 42 Relevé sur la privation de liberté: du changement et de la stabilité
- 44 Perspectives et préparation au retour : un service toujours plus sollicité
- 47 Établissement d'une statistique sur la prise en charge extrafamiliale d'enfants
- 48 Le placement en institution dans la perspective des jeunes
- 50 Réduire les effets néfastes de la détention et favoriser la réinsertion
- 52 Mesurer et promouvoir le climat social
- 53 Soutenir les enfants et les adolescents dans leur environnement social
- 54 Le réflexe sécuritaire contamine le droit pénal des mineurs
- 57 Brèves
- 62 Manifestations
- 63 Nouveautés
- 64 Carte blanche: Psychothérapie et aumônerie dans le contexte de l'exécution des sanctions pénales



Photo: Peter Schulthess

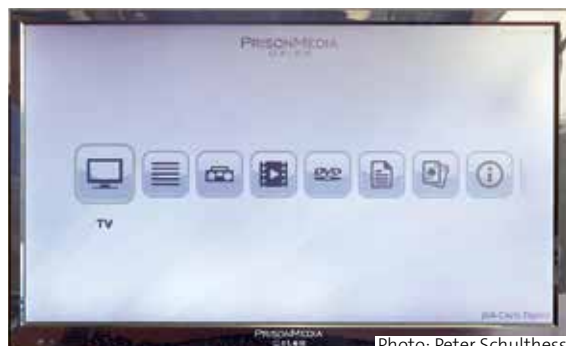


Photo: Peter Schulthess

Le système d'exécution des peines est bien inspiré de miser sur la formation

Résultats de travaux de recherche

Il existe, à plusieurs égards, une corrélation entre l'éducation et l'exécution des peines. C'est pour les détenus que se posent des questions sur le lien entre éducation et délinquance, c'est-à-dire sur l'entrée dans le système pénitentiaire, et sur celui entre éducation et réhabilitation, c'est-à-dire sur la sortie de ce système et les moyens mis en œuvre pour prévenir la récidive. En outre, l'éducation est un droit fondamental, même si elle sert uniquement à l'édification personnelle pendant l'exécution de la peine.

Ueli Hostettler



Ueli Hostettler est directeur du groupe Prison Research et chargé de cours à l'Institut de droit pénal et de criminologie de l'Université de Berne.

En allemand, on fait généralement une distinction entre « Bildung » et « Erziehung », termes qui signifient tous deux « éducation » en français. Même dans la littérature spécialisée, la définition n'est pas claire. On peut néanmoins dégager les caractéristiques suivantes :

- L'éducation est un processus social dans lequel un lien est établi entre un sujet enseignant, un contenu et un sujet apprenant.
- Elle a pour objet les expériences, les pratiques ainsi que les connaissances qui ont fait leurs preuves par le passé et qui sont supposées pouvoir aider à gérer le présent et l'avenir.
- En règle générale, il existe un déséquilibre des forces entre le sujet enseignant et le sujet apprenant ; son contenu véhicule, en outre, les normes sociales en vigueur.
- C'est pourquoi non seulement l'éducation joue un rôle d'autonomisation mais elle est aussi un vecteur de discipline : si elle rend le sujet apprenant capable de s'épanouir et de se développer personnellement, elle le contraint aussi à s'adapter aux normes en vigueur dans la société.

Un acquis majeur

En tant que caractéristique essentielle de la culture, l'éducation traite donc toujours d'individualisation et de socialisation. La capacité de réflexion et de communication permet aux personnes de conserver, de partager et de développer des connaissances à travers les générations. En tant qu'institution – par exemple en tant qu'école publique –, l'éducation

fournit un bien public qui influe considérablement sur les opportunités de vie des individus membres de la société. Elle est un acquis majeur dans l'histoire de l'humanité. Dans le processus de socialisation, elle définit le rapport à la société de chaque individu tout en promouvant son potentiel individuel. Ainsi, l'éducation est à la fois un processus et un résultat, l'enseignement renvoyant à la transmission d'expériences, de connaissances et de valeurs, et l'apprentissage à l'appropriation du monde ainsi qu'à l'émancipation et au développement personnels. Ces processus visent à rendre une personne apte à vivre en société et à lui permettre d'acquérir une maturité politique et sociale ainsi qu'une autonomie financière.

Evolutions intervenues dans l'exécution des peines

En Suisse, le secteur de l'exécution des peines a profondément évolué au cours des dernières années. Ainsi, la population carcérale s'est modifiée en termes d'origine, d'âge, d'état psychique général et de condition psychique, mais elle s'est aussi accrue. De plus, les préoccupations liées à la sécurité et aux risques sont devenues omniprésentes, et on assiste à une individualisation de plus en plus importante des exigences, des offres et des prestations dans de nombreux domaines de la vie quotidienne des détenus. Ce processus est également stimulé par un processus majeur de numérisation, qui représente un défi important pour l'exécution des peines à tous les niveaux (exploitation, sécurité, interdis-

ciplinarité, impératif de normalisation, gestion de la transition).

Face à cette pression pour une plus grande individualisation, les institutions s'efforcent de proposer des offres plus spécialisées. On observe, par ailleurs, une différenciation des professions et des métiers exercés dans le domaine de l'exécution des peines. En outre, l'intérêt de l'opinion publique, des médias et du monde politique pour ce dernier ainsi que l'attention qu'ils lui portent se sont accrus. De manière générale, l'exécution des sanctions pénales s'est complexifiée à tous points de vue au cours des 30 dernières années. Il devient de plus en plus difficile de concilier les impératifs de sécurité et de réinsertion, et les attentes en matière de collaboration interdisciplinaire, de coordination intercantonale et nationale et de flux d'informations sont revues à la hausse, obligeant le système à évoluer. L'ensemble des acteurs du système doit répondre à des exigences plus élevées en matière de qualification, ce qui requiert des efforts clairs dans le domaine de la formation de base et de la formation continue.

Un risque moins élevé de tomber dans la délinquance

L'effet préventif de l'éducation sur la criminalité ne fait aucun doute. Il n'est pas si simple, d'un point de vue méthodologique, de déterminer comment cet effet se produit et comment le mesurer. Alors que de telles études font défaut pour la Suisse, des liens de causalité entre l'éducation et la délinquance ont été établis dans d'autres pays. C'est le cas aux Etats-Unis, où une étude très sérieuse a été publiée par les économistes Lance Lochner et Enrico Moretti. Sur la base de données exhaustives concernant la population et la criminalité, ces derniers sont parvenus à la conclusion que, si l'âge moyen auquel les Américains quittent l'école augmentait d'un an, le taux d'incarcération diminuerait de 0,1 point de pourcentage chez les Américains blancs et passerait de 0,8 % à 0,7 %, et de 0,37 point de pourcentage chez les Afro-Américains, ce qui le ferait passer de 3,6 % à 3,23 %. Le taux d'arrestation diminuerait, quant à lui, de près de 13 % pour les premiers et de 10 % pour les seconds. Une augmentation de 1 % du taux de diplômés du secondaire chez les jeunes hommes permettrait à elle seule à la société d'économiser 1,4 milliard de dollars par an. Des études menées en Grande-Bretagne, aux Pays-Bas, en Suède, en Italie et en Allemagne ont abouti à des résultats tout aussi probants.

Une économie de 590 millions de francs

Si nous supposons qu'en Suisse aussi, des investissements du même ordre dans l'éducation conduiraient, comme le montre l'étude américaine, à une

baisse de 10 % des coûts causés par la criminalité, on obtiendrait à peu près le tableau suivant en se fondant sur les chiffres dont on dispose concernant les délits, les coûts par cas pour la police et la justice, les dommages matériels, les coûts de santé et la perte en temps de travail chez les victimes : selon l'institut suisse de recherche économique BAK Economics, les quelque 34 000 infractions de violence et 360 000 infractions contre la propriété commises par an en Suisse entre 2014 et 2016 ont engendré des coûts de l'ordre de 5,9 milliards de francs. Une économie de 10 % correspondrait donc à une baisse de 590 millions de francs par an. Selon l'Office fédéral de la justice (OFJ), l'exécution des peines et des mesures a coûté, à elle seule, environ 1 milliard de francs par an durant cette même période.

Dans la littérature spécialisée, il est démontré que l'éducation contribue de manière significative à faire baisser la criminalité : investir davantage dans l'éducation permet bel et bien de réaliser des économies sur les coûts occasionnés par la délinquance. En outre, ces économies sont aussi importantes parce qu'elles sont le reflet de meilleurs choix de vie et de moins de souffrance.

Formation dans l'exécution des peines (Fep)

Ces constats ont conduit à la mise en place en Suisse, à partir de 2007, de la formation dans l'exécution

« L'effet préventif de l'éducation sur la criminalité ne fait aucun doute. Il n'est pas si simple, d'un point de vue méthodologique, de déterminer comment cet effet se produit et comment le mesurer. »

Investir dans la formation pendant le séjour en prison (photo : salle de classe au sein de l'établissement pénitentiaire de Saxerriet SG) contribue à une réinsertion sociale réussie. Photo : Peter Schulthess, 2019



« Ce n'est que depuis l'entrée en vigueur du code pénal révisé en 2007 et la mise sur un pied d'égalité du travail et de la formation que la formation de base a été mise en avant en Suisse. »

des peines (Fep). La formation de base s'adresse aux détenus, qui présentent souvent des lacunes scolaires et un manque de qualifications professionnelles mais aussi un problème de dépendance ainsi qu'un comportement asocial et des traits de personnalité correspondants. Alors qu'on utilise depuis un certain temps déjà, avec succès, les thérapies pour traiter les problèmes de dépendance et l'associabilité des détenus, la formation scolaire mais aussi et surtout la formation professionnelle, si importante en Suisse, n'ont dans un premier temps joué qu'un rôle secondaire dans l'exécution des peines, et ce pour différentes raisons. C'est seulement depuis l'entrée en vigueur du CP révisé en 2007 et la mise sur un pied d'égalité du travail et de la formation que la formation de base a été mise en avant dans le pays. Au niveau national, a vu le jour, dans le cadre de la Fep, un programme de formation professionnelle uniforme pour les détenus, qui respecte les normes applicables à « l'extérieur », s'appuie sur un plan d'études harmonisé et est dispensé par une équipe de professionnels.

Les effets documentés par une évaluation

Des membres du groupe Prison Research ont suivi, en tant qu'évaluateurs externes, la phase pilote du programme Fep pendant quatre ans. Si leur évaluation n'a pas permis de tirer de conclusions concernant l'impact de ce programme sur la récidive, elle a documenté ses effets sur le quotidien carcéral et les participants.

Sur les huit sites pilotes, le programme Fep a clairement permis d'améliorer la qualité de l'offre proposée, qui était jusque-là essentiellement tournée vers les activités de loisirs. Sur tous les sites, les enseignants ont dispensé un enseignement de qualité, ont participé activement à la planification individuelle de l'exécution et ont été associés au travail en matière d'exécution des peines réalisé par les établissements. Le service spécialisé Fep a veillé à la coordination et à la cohérence sur le plan du contenu de la formation de base, mais s'est aussi impliqué dans l'assurance qualité ainsi que l'accompagnement et la formation continue des enseignants. Les réserves émises au départ, par exemple en ce qui concerne la sécurité ou le manque de motivation et de persévérance attendu des participants, ont pu être dissipées ou levées. La Fep a bien été acceptée et est toujours appréciée en tant qu'organisation et programme de formation intra-muros.

Des participants motivés

L'évaluation des aspects scolaires a révélé que les participants ont été encouragés dans leurs apprentissages et qu'ils étaient dans l'ensemble très motivés. Ils ont reconnu les bénéfices que peut ap-

porter la formation de base pour leur avenir, et en particulier pour leur intégration professionnelle, mais aussi pour la durée de leur séjour en prison (notamment grâce à une amélioration de leurs compétences linguistiques). Une majorité d'entre eux souhaitaient avoir deux fois plus d'heures de cours. Les collaborateurs des établissements ont noté des progrès dans le comportement des participants au quotidien, notamment une meilleure communication orale et écrite.

Créer des conditions-cadres favorables

L'observation et l'évaluation des cours ont montré que les participants faisaient preuve de respect et que les cours se déroulaient dans un climat propice à l'apprentissage. Les enseignants s'étaient bien intégrés dans les établissements et proposaient un enseignement adapté, bien rythmé et au contenu attrayant, qu'ils amélioraient constamment ensemble. Les directions et les responsables de la formation au sein des établissements ont reconnu que la Fep offrait une solution globale efficace pour mettre en œuvre le mandat de formation inscrit dans la loi, et ont eux-mêmes activement contribué à créer des conditions-cadres favorables. Ils ont admis son utilité institutionnelle et ont également perçu ses effets positifs sur les participants. L'offre est désormais proposée dans 38 établissements.

Une étude de référence aux Etats-Unis

En Suisse, il n'existe pas de données concernant l'impact des programmes de formation en milieu carcéral sur la récidive. Il faut impérativement qu'une telle étude soit réalisée à l'avenir. Des données ont en effet été collectées au moins pour les premières années du programme Fep et permettraient à présent, avec le recul nécessaire, de tirer des conclusions fondées sur son impact à long terme. Ces corrélations ont été étudiées aux Etats-Unis afin d'apporter des réponses fiables à la question suivante : en quoi l'éducation peut-elle contribuer aux effets à long terme de l'exécution des peines ? Stephen J. Steurer, Linda Smith et Alice Tracy ont examiné, sur mandat de l'autorité fédérale compétente en matière d'éducation, si les programmes de formation en milieu carcéral ont, indépendamment des autres programmes, une influence significative sur le comportement des participants après leur remise en liberté.

Dans leur étude longitudinale portant sur un échantillon de 3200 détenus libérés en 1997 et 1998 de prisons situées dans les Etats du Maryland, du Minnesota et de l'Ohio, des données relatives à plus de 500 variables ont été collectées à partir d'entretiens avec les détenus et de sources provenant des autorités de placement, des prisons, des services

« Les réserves émises au départ...ont pu être dissipées ou levées. La Fep a bien été acceptée et est toujours appréciée en tant qu'organisation et programme de formation intra-muros. »



Non seulement l'éducation permet d'accroître le nombre d'instruments et de ressources dont dispose le système d'exécution des peines pour remplir sa mission sociale, mais elle a aussi des effets positifs sur le quotidien carcéral. Photo : salle de classe au sein de l'établissement pénitentiaire de Gmünden AR

(Peter Schulthess, 2016)

de probation et des offices du travail. Les détenus ont ainsi été interrogés avant leur remise en liberté sur leurs caractéristiques socio-économiques, leur trajectoire criminelle et l'infraction commise, leur environnement familial ainsi que leur parcours éducatif et professionnel. Ont également été analysés les dossiers tenus par les établissements et contenant des informations sur la trajectoire criminelle ainsi que l'infraction commise, la conduite pendant le séjour en prison et les formations suivies pendant la détention. Des données supplémentaires sur les infractions commises après la remise en liberté, la réinsertion dans le monde du travail et les nouvelles formations initiales ou continues acquises provenaient des dossiers des services de probation et des casiers judiciaires. Des informations sur la nature de l'emploi exercé et la rémunération perçue ont été fournies par les offices de l'emploi.

Diminution de la récidive

Il s'agit de la première étude pour laquelle autant de données ont pu être directement collectées auprès des détenus et pour laquelle des informations aussi précises sur l'emploi exercé et la rémunération perçue ont pu être évaluées. Cette étude répond en ce sens à des exigences méthodologiques élevées et ses résultats ont une valeur très probante. Dans chaque Etat, on constate que le nombre de « nouvelles arrestations », de « nouvelles condamnations » et de « retours en prison » est, trois ans après la remise en liberté, beaucoup moins élevé chez les personnes ayant participé à des programmes de formation pendant leur détention que chez les autres (voir tableau relatif à la diminution des taux

de récidive), mais aussi que leurs salaires sont nettement supérieurs.

Diminution des taux de récidive en pourcentage

	Nouvelle arrestation	Nouvelle condamnation	Retour en prison	Moyenne
Maryland	-5	-14	-16	-12
Minnesota	-22	-29	-33	-28
Ohio	-14	-21	-23	-19

Ce qu'il y a de plus normal au monde

Ces exemples montrent qu'il existe, à plusieurs égards, une corrélation entre l'éducation et l'exécution des peines. L'éducation a un effet préventif sur la criminalité et donc sur l'entrée dans le système pénitentiaire. Elle permet d'accroître le nombre d'instruments et de ressources dont dispose ce dernier pour remplir sa mission sociale et a des effets positifs immédiats sur le quotidien carcéral. Investir dans la formation pendant le séjour en prison a aussi des effets bénéfiques à long terme car cela aide les détenus à sortir du système pénitentiaire et à se réinsérer avec succès dans la société. La formation favorise notamment l'intégration dans le marché du travail et contribue ainsi de manière décisive à la diminution de la récidive. En outre, le droit à l'éducation – même s'il sert uniquement à l'édification personnelle – est un droit fondamental que possède tout être humain et donc ce qu'il y a de plus « normal » au monde. Un système d'exécution des peines qui s'engage à respecter le principe de normalisation et à s'améliorer en permanence est bien inspiré de miser sur la formation.

« Le droit à l'éducation est un droit fondamental que possède tout être humain et donc ce qu'il y a de plus normal au monde. »

Liens

- Lance Lochner & Enrico Moretti (2004) : The Effect of Education on Crime : Evidence from Prison Inmates, Arrests, and Self-Reports. The American Economic Review, 94, 155-190 (<https://www.jstor.org/stable/3592774>).
- Horst Endorf & Philip Sieger (2010) : Unzureichende Bildung. Folgekosten durch Kriminalität. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh (https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Unzureichende_Bildung.pdf).
- BAK Economics SA (2020) : Modèle global économique pour l'analyse relative à la « politique de la petite enfance ». Rapport sur mandat de la Jacobs Foundation, Mai 2020, Bâle (étude disponible en allemand uniquement avec un résumé en français <https://www.bak-economics.com/fr/publication-fr/news/volkswirtschaftliches-gesamtmodell-fuer-die-analyse-zur-politik-der-fruehen-kindheit>).
- Ueli Hostettler, Roger Kirchhofer, Marina Richter & Christ Young (2010) : Bildung im Strafvollzug BiSt. Pilotprojekt, 1. Mai 2007 – 30. Juni 2010. Drosos-Stiftung / SAH Zentralschweiz. Externe Evaluation. Schlussbericht. Université de Fribourg (Sociologie, politique sociale et travail social), Fribourg (<https://dx.doi.org/10.7892/boris.70840>).
- Stephen J. Steurer, Linda Smith, Alice Tracy (2001). OCE/CEA Three State Recidivism Study. Correctional Education Association. Office of Vocational and Adult Education (ED). Washington, DC : Office of Correctional Education (<https://www.govinfo.gov/content/pkg/ERIC-ED465886/pdf/ERIC-ED465886.pdf>).
- Audrey Bazos & Jessica Hausman (2004). Correctional Education as a Crime Control Program. Los Angeles : UCLA School of Public Policy and Social Research (<https://www.dropbox.com/s/nvya4pyz18mz4w5/CorrEdVsMorePrisons.pdf>).

Exploiter pleinement le potentiel de l'apprentissage numérique

Des perspectives innovantes pour la formation dans l'exécution des peines

A travers le projet « New Learning », le CSCSP entend identifier et exploiter pleinement le potentiel offert par l'apprentissage numérique dans l'exécution des sanctions pénales, en étroite collaboration avec des acteurs de terrain. Florus Mulder, responsable du domaine Formation du CSCSP, nous présente ici un aperçu des changements rapides et profonds intervenus dans le paysage de la formation.

#prison-info : La pandémie a aussi marqué un tournant numérique pour la formation. Comment l'enseignement était-il auparavant dispensé dans le domaine de l'exécution des sanctions pénales ?

Florus Mulder : Avant la pandémie, la formation de base et la formation de cadres dispensées au CSCSP à Fribourg ainsi que les plus de 50 cours de formation continue organisés en différents endroits de Suisse avaient lieu principalement en présentiel. Nous avons toutefois déjà envisagé avant la pandémie, au moment de l'élaboration du manuel Sécurité dynamique, de proposer en complément de ce dernier une formation en ligne ou « Web Based Training » (WBT). Notre objectif était non seulement de permettre aux participants une acquisition des connaissances affranchie des contraintes de temps et de lieu, mais aussi de pouvoir rapidement mettre ce modèle de travail à la disposition d'un plus large public.

Quelle répercussion la pandémie a-t-elle eue sur la façon d'enseigner ?

La pandémie et le confinement temporaire ont contribué à faire beaucoup mieux accepter le WBT et à accélérer considérablement la transformation numérique, car nous avons été contraints de proposer de nombreuses unités d'enseignement en ligne. Nous avons fait un bond en avant de plusieurs années ! Sans la pandémie, une transition aussi rapide, d'un enseignement traditionnel à une forme d'apprentissage mixte, n'aurait pas été possible. Nous sommes en train de mettre en œuvre un concept fondé sur le « blended learning », qui combine cours

en présentiel, enseignement à distance et formats d'apprentissage numériques.

Quelles autres formations en ligne le CSCSP propose-t-il à l'heure actuelle ?

Depuis cette année, nous proposons sur notre site Internet, et rendons ainsi accessibles à tout le monde, deux nouvelles formations en ligne. La formation « Prévention du suicide » a pour but de permettre au personnel pénitentiaire de détecter les facteurs de risque suicidaire et de prendre les mesures de prévention appropriées. La formation « Protection contre les maladies infectieuses » vise, quant à elle, à transmettre des connaissances de base sur la tuberculose, le VIH, les hépatites A, B et C ainsi que sur le coronavirus, et montre, à l'aide d'exemples pratiques, comment éviter au quotidien les contaminations sur son lieu de travail. Les formations en ligne ont été bien accueillies par les collaborateurs. Nous travaillons actuellement sur deux autres formations qui seront consacrées, pour l'une, aux bases de l'exécution des sanctions pénales et, pour l'autre, à la gestion des conflits.

La réalité virtuelle est-elle à l'ordre du jour ?

La réalité virtuelle transforme un apprentissage théorique en un apprentissage pratique dans un environnement réaliste. En mettant des lunettes, les participants se retrouvent immergés dans une réalité simulée où ils peuvent accomplir certaines actions et même expérimenter des situations dangereuses. Le CSCSP veut aussi exploiter les possibilités offertes par cette technologie et a déjà mis au point une formation sur la fouille de cellules.



Florus Mulder est responsable du domaine Formations au CSCSP.

« La pandémie et le confinement temporaire ont contribué à accélérer considérablement la transformation numérique. »

«Les cours en présentiel sont complétés par des modules d'auto-apprentissage en ligne qui offrent une certaine flexibilité, permettant à chacun de préparer et revoir les contenus pédagogiques à son propre rythme. Ils ne sont cependant en aucun cas dépassés.»

La réalité virtuelle a fait son apparition dans l'enseignement : une nouvelle formation proposée par le CSCSP permet aux participants de procéder à la fouille d'une cellule virtuelle, leur permettant ainsi d'acquérir les compétences requises pour ce faire. Photo : Capture d'écran

Cette dernière permet aux participants de fouiller une cellule virtuelle, tout en étant confrontés à son occupant, matérialisé sous la forme d'un avatar. De cette façon, ils peuvent acquérir ou développer les compétences requises et revoir leur manière de mener un entretien.

A quoi ressemblera l'enseignement du futur ?

On peut partir du principe qu'on utilisera de manière plus systématique les outils et méthodes numériques en complément de l'enseignement présentiel. L'auto-apprentissage jouera un rôle encore plus important. Par conséquent, les enseignants seront de plus en plus amenés à faire du coaching, c'est-à-dire à accompagner et conseiller davantage les participants.

Les dispositifs de formation en présentiel ne sont donc pas dépassés ?

Les cours en présentiel sont complétés par des modules d'auto-apprentissage en ligne qui offrent une certaine flexibilité, permettant à chacun de préparer et revoir les contenus pédagogiques à son propre rythme. Ils ne sont cependant en aucun cas dépassés. Les interactions entre les enseignants et les participants sur place, tout comme le réseautage, jouent un rôle particulièrement important dans la formation de base et continue, et constituent des éléments irremplaçables des cursus de formation proposés par le CSCSP. Seuls les cours dispensés au CSCSP permettent des rencontres entre des participants de toute la Suisse. Ces échanges sont l'occasion pour eux de revoir leur propre pratique et d'identifier ensemble les pratiques qui font leurs preuves. Il est très difficile de proposer en ligne des contenus de plus en plus axés sur la pratique, qui permettent de concrétiser ce qu'on a appris.

Le recours à des coaches de la pratique pour accompagner les futurs agents de détention dans le cadre de leur formation de base montre l'importance de l'orientation pratique. Quel rôle ces coaches jouent-ils exactement ?

Le transfert de compétences est une tâche qui incombe à la fois au CSCSP, aux institutions de privation de liberté et aux cantons. Les près de 200 coaches de la pratique qui travaillent dans les établissements accompagnent les participants sur place, s'assurent qu'ils acquièrent les compétences requises et évaluent leurs progrès. Ils sont essentiels pour la formation de base car ce sont eux qui font le lien entre le CSCSP et les institutions. Ils sont en outre régulièrement en contact avec les responsables des cursus de formation et ont la possibilité d'échanger entre eux à l'occasion de la journée pour les coaches que le CSCSP organise chaque année. En bref, le recours aux coaches de la pratique se révèle une expérience très positive et enrichissante, qui profite à toutes les parties.

Quelles évolutions de la société sont particulièrement importantes pour la formation dans l'exécution des peines ?

La transformation numérique en est une. Une grande partie des tâches que nous effectuons encore récemment par procédé analogique sont peu à peu commandées et effectuées par différents appareils électroniques. Citons, par exemple, la recherche d'emploi, l'e-banking ou encore les services électroniques de la Poste ou des entreprises ferroviaires. Ces évolutions ne s'arrêtent pas aux portes des prisons. C'est pourquoi le comité de la CCDJP a chargé la CCSPC, en collaboration avec le CSCSP, de dresser un état des lieux des développements numériques intervenus dans le domaine de l'exécution des peines en Suisse, de mettre en évidence les besoins et d'élaborer une « stratégie numérique d'exécution des sanctions pénales 2030 ». L'individualisation de la société est une autre évolution importante : elle implique une plus grande prise en compte des besoins individuels des détenus par le système pénitentiaire.

Quelles sont les conséquences pour le personnel pénitentiaire ?

Le personnel pénitentiaire doit développer ses compétences numériques afin non seulement de pouvoir aider au mieux les détenus à utiliser les outils électroniques mais aussi de rester en phase avec l'évolution technologique (comprendre, p. ex., le fonctionnement des installations techniques pour les cellules). Pour ce faire, de nouvelles formes d'apprentissage numériques requérant une certaine capacité d'apprentissage en autonomie vont parfois



être mises en place. Je pars en outre du principe qu'une attention accrue sera à l'avenir portée aux compétences numériques dès le recrutement du personnel pénitentiaire.

Dans l'exécution des peines aussi donc, rien n'est permanent sauf le changement ?

La transformation et le changement perpétuel font de plus en plus partie de notre quotidien. Il nous faut donc, aussi dans le domaine de l'exécution des peines, mettre encore plus l'accent sur la gestion du changement et développer davantage les compétences pour y faire face, que ce soit dans les formations ou les institutions. Les cadres ont, à cet égard, un rôle prépondérant à jouer, car il leur incombe d'entraîner les collaborateurs avec eux dans cette voie.

Et quelles sont les conséquences pour les personnes détenues ?

L'« alphabétisation numérique » constitue désormais une condition supplémentaire essentielle à une réinsertion réussie des détenus dans la société. Nous devons activer le levier au niveau de la formation en milieu pénitentiaire et prendre davantage en compte la transformation numérique. Nous devons mettre à disposition les moyens nécessaires et assurer l'accompagnement des détenus afin qu'ils puissent acquérir les compétences numériques requises et les utiliser. En élargissant l'offre de formations en ligne, nous pourrions par ailleurs leur permettre de se former davantage en s'affranchissant des contraintes de temps et de lieu, ce qui favoriserait également leur réinsertion. Le potentiel dans ce domaine semble considérable : de nouvelles formes d'apprentissage numériques viennent continuellement s'ajouter à celles qui existent déjà.

Comment se présente la feuille de route du CSCSP pour le développement de la formation ?

A travers le projet « New Learning », nous avons pour objectif d'évaluer le potentiel que représentent les formes d'apprentissage numériques pour nos prestations de formation et d'adapter les nouvelles prestations aux besoins du système pénitentiaire. Nous souhaitons également examiner quels en seraient les effets pour les institutions et le personnel, proposer, à partir de là, des mesures pour l'introduction de nouveaux moyens d'enseignement ainsi que pour l'utilisation qui doit en être faite par tous les collaborateurs, et mettre en œuvre ces mesures en collaboration avec les cantons. Nous avons commencé par élaborer, l'année dernière, le modèle cible « New Learning » en collaboration avec un vaste groupe de suivi composé de représentants de l'exécution des peines de tous les niveaux hiérarchiques et de

toutes les régions linguistiques. Ce modèle cible montre à quoi devra ressembler la formation dans l'exécution des peines en 2024.

Pouvez-vous nous en dire plus sur ce modèle cible ?

Le modèle cible comprend huit éléments ou, pour être plus précis, répond à huit questions : quelle attitude souhaitons-nous adopter vis-à-vis de l'apprentissage ? Quelles compétences sont nécessaires et doivent être développées ? Quelles prestations doivent être proposées dans le domaine de l'exécution des peines (portefeuille de prestations) ? Quels instruments sont nécessaires à leur mise en œuvre et quelle infrastructure pédagogique est requise pour ce faire ? Enfin, le modèle cible répond également à des questions concernant la structure informatique (gouvernance informatique), les processus de prestations et les ressources nécessaires. La position ou l'attitude à l'égard des nouvelles formes d'apprentissage est déterminante. Cela signifie notamment qu'il faut être ouvert à la transformation numérique et aux changements en général, continuer à se perfectionner par l'innovation, s'intéresser à des formes, des temps et des lieux d'apprentissage flexibles et prendre ses responsabilités en matière de développement professionnel.

Dans quel délai la feuille de route doit-elle être mise en œuvre ?

Après l'élaboration du modèle cible, nous avons, avec le groupe de suivi, proposé et mis en consultation une série de mesures s'inscrivant dans le cadre d'une stratégie de mise en œuvre. Les retours du terrain que nous avons reçus des membres du groupe de suivi et des cantons ont été d'une importance capitale. Nous nous efforcerons de continuer à travailler en étroite collaboration avec des acteurs du terrain pendant la phase de mise en œuvre, car ce n'est qu'ensemble que nous nous améliorerons !

L'innovation et la transmission de l'éducation sont une tâche commune. Quels sont les autres acteurs qui participent à cette collaboration ?

Il faut mettre en commun les connaissances spécialisées disponibles et les utiliser au mieux. C'est pourquoi le CSCSP collabore également avec plusieurs hautes écoles et universités, notamment l'Université de Berne, la Haute école des sciences appliquées de Zurich (ZHAW) et la Haute école de travail social et de la santé (HETSL) de Lausanne. Nous cherchons en outre à multiplier les partenariats avec d'autres institutions du même type, comme par exemple l'Institut suisse de police (ISP) ou l'Ecole nationale d'administration pénitentiaire (ENAP) en France. (gal)

« L'alphabétisation numérique » constitue désormais une condition supplémentaire essentielle à une réinsertion réussie des détenus dans la société. »

La formation, condition préalable à une réinsertion durable

La formation dans l'exécution des peines connaît un fort engouement

Introduite en 2007 sous la forme d'un projet pilote, la formation dans l'exécution des peines est institutionnalisée depuis longtemps maintenant et proposée dans un nombre croissant d'établissements pénitentiaires en Suisse alémanique et en Suisse romande. Elle vise à favoriser la réinsertion des détenus et à améliorer le quotidien au sein des prisons. Le canton du Tessin a pris les devants en 2005 en créant l'école « InOltre », qui est destinée aux détenus.



Daniel Engel : « La formation dans l'exécution des peines connaît un véritable succès. »

Mis sur pied en 2007 par l'Œuvre suisse d'entraide ouvrière (OSEO) de Suisse centrale, le projet « Formation dans l'exécution des peines » (Fep) a été financé par la Fondation Drosos durant sa phase pilote, puis par la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP) à partir de 2010. C'est le Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP) qui a pris le relais depuis 2020. La formation de base a un double objectif. Comme l'explique Daniel Engel, responsable du service spécialisé Fep au CSCSP, elle contribue, au sein de l'établissement, à « améliorer la gestion du quotidien carcéral, à optimiser la structure journalière et hebdomadaire, à accroître la qualité du travail, à induire un changement de comportement et à préserver la santé mentale, en particulier chez les détenus plus âgés ». Dans la perspective de la libération, elle vise, en outre, à « augmenter les chances de réinsertion dans le monde du travail et dans la société et donc à réduire le taux de récidive ».

La formation Fep est dispensée à raison d'une demi-journée par semaine. « Ce n'est pas beaucoup, mais c'est extrêmement important », souligne Daniel Engel. Les détenus peuvent acquérir des compétences en allemand ou en français, en mathématiques, en culture générale ainsi qu'en technologies de l'information et de la communication. Grâce au serveur Fep central, ils peuvent en outre créer des documents simples à l'aide de programmes Office et acquérir des compétences de base dans l'utilisation d'Internet. Les détenus n'ont accès qu'à certains sites Web afin d'éviter des contacts non contrôlés avec l'extérieur et de garantir le niveau de sécurité requis. L'offre de formation s'appuie sur un plan d'études harmonisé au niveau national, ce qui

permet de poursuivre sans problème la formation de base en cas de transfert dans un autre établissement. Quelque 1800 détenus originaires de 80 pays différents, dont environ 92 % d'hommes et 8 % de femmes, en bénéficient chaque année.

Un véritable succès

« La formation dans l'exécution des peines connaît un véritable succès », constate Daniel Engel, qui ne cache pas sa satisfaction : « A son lancement en 2007, on comptait 29 groupes de formation, un chiffre qui n'a cessé d'augmenter pour atteindre 157 grâce à la collaboration efficace mise en place avec les établissements pénitentiaires ». Aujourd'hui, une cinquantaine d'enseignants dispensent des cours à 157 groupes de 4 à 6 détenus dans 38 établissements pénitentiaires de Suisse alémanique et de Suisse romande. Parmi eux figure la prison de Pfäffikon, qui est le premier établissement de détention avant jugement à avoir introduit l'an dernier l'offre Fep et qui pourrait bien être suivi par d'autres. En effet, les détenus peuvent ainsi déjà mettre à profit le temps passé en détention provisoire pour combler leurs lacunes en matière de formation et développer leur culture générale.

Le succès de la formation dans l'exécution des peines se mesure également à la satisfaction élevée des participants. Une enquête menée à l'automne 2021 révèle en effet que 92 % des personnes interrogées aimeraient suivre la formation plus d'une fois par semaine. 78 % d'entre elles ont par ailleurs fait savoir qu'elles appréciaient beaucoup la suivre et 19 % qu'elles appréciaient la suivre. Les personnes interrogées ont, en outre, pu donner leur point de vue sur plusieurs affirmations. Celle ayant remporté la plus large adhésion est la suivante : « J'apprends



des choses importantes dans la formation Fep que je pourrai utiliser dans la vie après mon séjour en prison.» L'affirmation «Après la formation Fep, je me sens bien» a, elle aussi, reçu un écho très favorable.

Intégrer les enseignants

Si, dans certains établissements, les enseignants sont pleinement intégrés dans le fonctionnement quotidien, dans d'autres, ils sont plutôt considérés comme de simples intervenants externes. Ines E. Follador-Breitenmoser, qui a mis en place la formation Fep dans l'établissement pénitentiaire de Sennhof en 2012 peu de temps après en avoir pris la direction, a un avis tranché sur la question : «Pour faire de la Fep un élément à part entière de l'établissement, il était pour moi essentiel que l'enseignante fasse pleinement partie de l'équipe de collaborateurs». Elle pouvait donc participer à toutes les formations continues et à tous les ateliers proposés en interne et se déplacer à sa guise dans l'établissement, mais avait aussi accès à tous les dossiers et était invitée à tous les événements sociaux. La Fep était ainsi perçue par l'ensemble des collaborateurs comme faisant partie intégrante de la mission de resocialisation.

Après le transfert de l'établissement pénitentiaire de Sennhof, devenu trop exigu, dans celui plus moderne de Cazis Tigne, l'offre de formation Fep a été étendue. A l'heure actuelle, deux enseignantes donnent des cours à six groupes. «Dans cet établissement plus grand, elles restent libres de leurs déplacements, se concertent avec les sections concernées ainsi qu'avec l'assistante sociale et les chefs d'ateliers, et aident les détenus à organiser leur temps libre», fait savoir Mme Follador, qui constate par ailleurs que l'offre proposée profite à tout le monde : «Apprendre, par exemple, l'allemand, permet ensuite au détenu de lire le planning des menus tout seul, de rédiger lui-même une demande, de comprendre les émissions d'information, éventuellement de découvrir des ressources qui sommeillent en lui, de comprendre les instructions données par son chef d'atelier ou un compliment fait par le collaborateur de la section, ce qui contribue à détendre au quotidien l'atmosphère dans l'établissement.»

La relation, un élément clé

A Cazis Tigne, les enseignantes donnent leurs cours dans des salles de classe équipées de matériel der-

La plupart des participants aimeraient suivre la formation Fep plus d'une fois par semaine. Photo : Ces attestations de participation à la formation Fep et aux activités de loisirs (qui ne sont délivrées sous cette forme que dans l'établissement pénitentiaire de Lenzbourg) ont droit à une place de choix dans la cellule de ce détenu. (Peter Schulthess, 2019)



Ines E. Follador-Breitenmoser :
«L'offre de formation profite à tout le monde.»



Même dans des salles de classe équipées de matériel dernier cri, comme c'est le cas dans l'établissement pénitentiaire de Cazis Tigne, « la relation humaine et l'ouverture à l'autre restent des conditions indispensables à un cours réussi ». Photo : Etablissement pénitentiaire de Cazis Tigne

nier cri. « Une salle équipée correctement n'est cependant pas indispensable pour assurer l'enseignement et donc les cours », souligne Mme Follador. La mission de formation visée par l'art. 82 CP a, en effet, pu être remplie même dans l'établissement de Sennhof, « qui était trop petit pour abriter une salle de classe ». Si cela a toutefois été possible, c'est uniquement grâce à l'investissement considérable de l'enseignante, qui devait aménager entièrement la salle de repos des détenus en salle de classe (installation des ordinateurs comprise) après la pause du matin et tout remettre en place avant la pause de l'après-midi. Pour la directrice de l'établissement, il est clair que « la relation humaine et l'ouverture à l'autre restent des conditions indispensables à un cours réussi, qui permet à un individu de s'épanouir et contribue ainsi à améliorer sa qualité de vie ».

Un des fondements d'une vie réussie

La formation et la formation continue dans l'exécution des peines ont pour objectif de transmettre, de maintenir ou de promouvoir les compétences nécessaires à l'exercice d'une activité lucrative après la libération. Mais la formation est bien plus encore, selon Ines Follador : « Elle constitue l'un des fondements d'une vie réussie. Elle est une condition préalable à une réinsertion durable des détenus dans la société. Il s'agit aussi de réduire le risque de récidive en

remédiant aux problèmes de socialisation ». Pour la directrice, le travail pédagogique doit permettre de renforcer des compétences et de combler des lacunes mais aussi viser des objectifs réalistes. L'acquisition de qualifications clés constitue, selon elle, un objectif pédagogique important. Le renforcement des compétences personnelles, sociales, techniques et méthodologiques peut, en effet, permettre d'amorcer un processus de changement personnel.

Pendant les cours, les détenus font également des apprentissages sociaux. « Ils apprennent, dans un cadre « protégé », à gérer les échecs, à surmonter des crises, à vaincre leurs peurs, à supporter une situation, à faire face à des obstacles, à faire preuve de patience et, ce qui est très important », souligne Ines Follador, « à remporter de temps à autre des victoires plus ou moins importantes ». Pour la directrice, les détenus développent une personnalité plus forte et donc une saine confiance en eux qui leur permet d'avoir un regard critique, objectif sur leurs propres capacités et points forts. Ces capacités sont, selon elle, essentielles aussi bien pour leur vie professionnelle que pour une vie personnelle réussie hors des murs de la prison.

Améliorer la qualité de vie

Mme Follador considère que l'amélioration de la qualité de vie des personnes détenues est un objectif

qui découle du respect de la dignité humaine. A ses yeux, un détenu auquel on donne la possibilité de faire des choix de vie positifs aura, à sa libération, plus de facilités à s'intégrer ou se réintégrer dans la société, à exercer ses droits et à s'acquitter de ses obligations. « Suivre une formation donne aux détenus la possibilité de connaître leurs propres intérêts et besoins, de les exprimer et de participer activement à la vie en société ». Si le système pénitentiaire parvient à faire en sorte qu'ils acceptent de s'engager dans ce processus, il améliorera leur comportement social et leur permettra de vivre sans commettre d'infractions.

Le modèle tessinois de l'école InOltre

Le canton du Tessin a créé dès 2005 une école spéciale pour les détenus, à laquelle a été donné le nom évocateur d'« InOltre ». « Les cours sont donnés dans l'enceinte (« In ») de l'établissement pénitentiaire, mais sont axés sur la vie au-delà (« Oltre ») des murs qui attend les détenus une fois qu'ils auront purgé leur peine », explique Frida Andreotti, la directrice de la Division de la justice du canton du Tessin. Quant au symbole de l'école, un pissenlit sur lequel on a soufflé, il illustre bien son objectif, qui est « de garantir une formation pour tous ». L'offre proposée par l'école InOltre, qui est gérée par l'école professionnelle artisanale et industrielle du Centre professionnel technique de Lugano-Trevano, ne diffère guère de celle proposée par les écoles professionnelles en termes de calendrier et de contenu. Selon Frida Andreotti, « le défi consiste, compte tenu de l'hétérogénéité de la population carcérale, à proposer des cours et des modules qui soient utiles à tous ».

Une offre de formation variée

Les personnes concernées alternent entre cours et travail dans les ateliers. Elles ne peuvent par conséquent participer qu'à trois cours ou modules



au maximum. L'école propose des cours de culture générale, d'italien, d'anglais, de français, d'allemand, de médiation artistique, d'éducation physique et sportive et d'informatique. Sur demande, les détenus peuvent aussi se préparer au passage de certifications internationales en langue et en informatique. Des modules thématiques (par ex. sur les bases de l'alimentation, la pâtisserie ou la coiffure) ainsi que divers événements tels que des conférences, des concerts et des spectacles font également partie de la vaste offre proposée. Les détenus ont, par ailleurs, la possibilité d'effectuer des apprentissages en cuisine, en imprimerie, en reliure ou en menuiserie. Enfin, ils peuvent, depuis peu, aussi participer au module sur la communication consciente proposé par l'Université de la Suisse italienne.

A l'école InOltre, les activités créatives et culturelles jouent, elles aussi, un rôle important.
Photo : Ecole InOltre

Un partenariat efficace

Le nombre de participants est relativement stable depuis des années. Durant l'année scolaire 2020/21, 141 hommes et 32 femmes ont participé à 4127 heures d'enseignement au total. Au terme de leur formation reconnue et certifiée par le Département de l'éducation, les détenus se voient délivrer une attestation de présence qui représente, aux dires de Frida Andreotti, « une valeur ajoutée manifeste en vue de leur réinsertion dans la société ». Le fait que l'école les aide à développer et à renforcer leur estime d'eux-mêmes et leur confiance en eux est, selon elle, tout aussi important. Et Mme Andreotti de dresser le bilan suivant : « L'efficacité du partenariat entre l'établissement pénitentiaire et l'école dans le canton du Tessin tient au fait que celui-ci s'appuie sur les rôles, les connaissances et les spécificités de l'exécution des peines et de la formation ».



Frida Andreotti : « L'attestation de présence représente une valeur ajoutée manifeste pour les détenus en vue de leur réinsertion dans la société. »

Une éducation diversifiée pour tous

Selon la recommandation sur l'éducation en prison adoptée par le Conseil de l'Europe en 1989, l'éducation contribue à « rendre les prisons plus humaines et à améliorer les conditions de détention ». Elle est en outre un moyen important de faciliter le retour du détenu dans la société. Tous les détenus doivent avoir accès à l'éducation. L'éducation devant « viser à développer l'ensemble de la personne », l'offre devrait être la plus large possible et englober, outre l'instruction de base et la formation professionnelle, les activités créatrices et culturelles, l'éducation physique et les sports, l'éducation sociale et la possibilité de fréquenter une bibliothèque.

Construire et développer des relations positives

Une compétence clé que devrait posséder tout professionnel du secteur de l'exécution des peines

L'être humain est au cœur de l'exécution des sanctions pénales. Afin d'assurer un accompagnement réussi et une réinsertion durable des personnes ayant commis des infractions, il faut donc savoir construire et développer des relations de travail positives. Il ne s'agit pas là d'une tâche réservée aux spécialistes, mais d'une compétence clé que devrait posséder tout professionnel travaillant dans ce secteur.

Christoph Urwyler



Christoph Urwyler est collaborateur scientifique Connaissances spécialisées et Analyses au Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP).

« Le travail relationnel est un passe-partout qui permet d'ouvrir de nombreuses portes dans la vie professionnelle de tous les jours. »

En prison, il n'existe pas de passe-partout qui ouvre toutes les portes. Pour des raisons de sécurité, plusieurs clés, réparties entre différents lieux et personnes, sont nécessaires pour aller et venir dans l'établissement ou accéder aux espaces extérieurs. Ce dispositif est symbolique d'une exécution des peines qui repose sur une division du travail, une différenciation et une spécialisation professionnelle très fortes. A ces principes viennent aujourd'hui s'ajouter des « processus d'exécution continus », une « collaboration intégrative » et une « interdisciplinarité ». Des conceptions modernes partent du principe que toutes les autorités, institutions et professionnels impliqués dans l'exécution des sanctions pénales ont, en fin de compte, le même objectif et devraient par conséquent unir leurs forces au-delà des frontières institutionnelles et disciplinaires. Devant ce travail collectif de gestion des cas, des processus et des interfaces, on a tendance à oublier un élément qui est pourtant, lui aussi, déterminant dans le fonctionnement efficace de l'exécution des peines : la relation professionnelle avec les personnes condamnées.

Un passe-partout qui ouvre de nombreuses portes

Le présent article plaide en faveur de l'idée que le travail relationnel est un passe-partout qui permet d'ouvrir de nombreuses portes dans la vie professionnelle de tous les jours – que ce soit en prison ou à l'extérieur – et que l'ensemble du personnel de surveillance et d'encadrement, mais aussi des spécialistes, devrait donc avoir sur lui. Afin de montrer en quoi une telle compétence peut, indépendamment du lieu et de la situation, être utile et profiter à tous

les groupes professionnels, nous allons tout d'abord examiner les missions du système d'exécution des peines. Nous nous pencherons ensuite en détail sur cette compétence clé et étudierons les perspectives qui s'offrent pour la formation et la pratique en matière d'exécution des peines.

Une mission sociale

L'être humain est au cœur de l'exécution des sanctions pénales. Cette conception se reflète dans toutes les dimensions du mandat de prestations légal : pour que la sanction ordonnée par un juge puisse être exécutée, il faut, selon le Lehrbuch über den Straf- und Massnahmenvollzug an Erwachsenen in der Schweiz, une organisation qui soit en mesure d'assurer l'exécution des peines privatives de liberté sur le plan quantitatif et qualitatif. Une offre adaptée doit donc être proposée à toutes les personnes faisant l'objet d'une condamnation pénale, « quelles que soient leurs caractéristiques, leurs particularités et leur situation personnelles » [notre traduction]. Il y a également lieu de respecter l'individualité de chacun lors de l'exécution du mandat de sécurité : afin de pouvoir prendre des mesures adéquates dans le but de prévenir la commission d'infractions pendant l'exécution de la sanction, il convient d'évaluer minutieusement, dans chaque cas, le risque de violence et de fuite.

Un autre principe de base à appliquer est celui de la « normalisation » de la vie en prison, qui vise à combattre les effets négatifs de la privation de liberté. Pour ce faire, il convient de prendre les mesures nécessaires pour permettre aux détenus de conserver le plus d'autonomie possible, par exemple renoncer à planifier leurs journées dans le moindre détail ou



leur proposer une offre variée d'activités professionnelles et de loisirs. Le fait que l'exécution des sanctions pénales est une tâche sociale et humaine se reflète également dans la mission fondamentale qui est assignée non seulement aux « spécialistes des relations humaines » (par ex., les travailleurs sociaux) mais aussi à l'ensemble du personnel de surveillance et d'encadrement, et qui consiste à améliorer le comportement social du détenu, en particulier son aptitude à vivre sans commettre d'infractions non seulement pendant l'exécution de sa peine mais aussi après (art. 75, al. 1, CP). Les détenus ont, eux aussi, l'obligation de profiter des offres de soutien et de traitement prévues et de participer activement aux efforts de resocialisation (art. 75, al. 4, CP).

Les relations positives ont un impact important

« Le personnel joue sans aucun doute un rôle clé dans le quotidien carcéral », peut-on lire dans le manuel sur la sécurité dynamique dans le domaine de la privation de liberté. « Les collaboratrices et collaborateurs sont les premiers interlocuteurs des personnes détenues. La motivation, l'état d'esprit et la mentalité du personnel déterminent en grande partie la manière dont la personne perçoit et vit la

détention et, le cas échéant, la peine. » De ce fait, il n'est pas étonnant que le travail relationnel soit considéré comme le facteur qui influe le plus sur une prévention de la récidive et une réinsertion réussies, ce que confirment les études empiriques. Tous les autres facteurs, tels que les attentes de la personne condamnée ainsi que les procédés et techniques utilisés dans le cadre de l'exécution de la sanction pénale, ne jouent qu'un rôle secondaire. De récents travaux de recherche ont révélé que de bonnes relations entre le personnel pénitentiaire et les détenus favorisent le succès du traitement, mais contribuent aussi à un climat social favorable au sein de l'établissement, ce qui peut également avoir un effet positif sur la satisfaction au travail, la santé et la prévention de la violence.

Le fait de trouver ou non un moyen d'accéder aux détenus dépend, tout d'abord, de l'attitude fondamentale des professionnels, qui ne va pas de soi mais s'acquiert. Selon le psychologue humaniste Carl Rogers, il faut pour cela de l'authenticité (congruence entre les convictions intimes et le comportement extérieur), de l'acceptation (compréhension pour la personne, mais pas approbation de ses actes) et de l'empathie (compréhension empathique et ou-

De bonnes relations entre le personnel pénitentiaire et les détenus favorisent le succès du traitement, mais contribuent aussi à un climat social favorable au sein de l'établissement, ce qui peut également avoir un effet positif sur la satisfaction au travail, la santé et la prévention de la violence. Photo : Chef de cuisine et ses commis dans l'établissement pénitentiaire de La Promenade à La Chaux-de-Fonds (Peter Schulthess, 2018).

« Le travail relationnel devrait être reconnu comme une compétence clé à posséder par tous les professionnels du secteur de l'exécution des peines, et être encouragé. »

« Le développement de relations positives suppose une certaine proximité avec les détenus tandis que la sécurité requiert de la distance avec ces derniers. »

verture à l'autre). Viennent s'ajouter des stratégies et des techniques fondamentales, telles qu'une conduite d'entretiens centrée sur la personne et un sujet en particulier, qui permet de convaincre l'interlocuteur de réfléchir à son attitude et à son comportement, et de vouloir changer.

Les conditions-cadres internes sont également déterminantes dans l'acquisition et le développement de ces attitudes et compétences. On pense ici à une charte qui définit des valeurs et des attitudes prosociales, à des mesures de recrutement et de qualification favorisant l'acquisition de compétences sociales par le personnel et à des cadres qui montrent l'exemple. En outre, il convient de s'assurer que les services compétents soient informés de tout changement dans le bien-être ou le comportement des détenus observé par le personnel pénitentiaire en première ligne. Enfin, la culture d'entreprise doit encourager le respect et la bonne entente entre collègues, les échanges interdisciplinaires et les possibilités d'apprentissage innovantes.

Une mission délicate

L'acquisition et la mise en œuvre de ces compétences sociales fondamentales ne sont pas une entreprise facile dans le contexte de l'exécution des peines. Cette difficulté s'explique, tout d'abord, par le mandat d'exécution des peines en lui-même qui, d'après le Lehrbuch susmentionné, ne forme pas un tout cohérent pouvant être exécuté dans son intégralité, mais comprend un ensemble de tâches qui nécessitent de trouver un juste équilibre entre surveillance et encadrement, sécurité et réinsertion sociale ainsi que confiance et contrôle, qui ne peuvent pas toutes être effectuées en même temps sans restrictions et parmi lesquelles, abstraction faite du principe de licéité à respecter impérativement, on ne peut établir des priorités. La construction et le développement de relations positives supposent notamment une certaine proximité avec les détenus tandis que la sécurité passive et procédurale requiert de la distance avec ces derniers.

La barrière de la langue, mais aussi les troubles psychiques ou physiques présentés par les personnes détenues, rendent par ailleurs souvent plus difficile l'établissement d'une relation individuelle. Dans les établissements fermés, notamment, la violence et le risque de fuite nécessitent des mesures de sécurité extrêmement drastiques, qui restreignent les possibilités de développer une relation positive.

Des approches intéressantes

Il existe dans la pratique des approches intéressantes qui montrent comment il est possible de développer des compétences relationnelles en milieu carcéral malgré le contexte de contrainte et les exigences

de sécurité. Le modèle de la « sécurité dynamique » constitue ainsi une base exhaustive qui explique comment accéder aux détenus en faisant attention à eux et en apprenant à les connaître, en exerçant son autorité de façon réfléchie, en se montrant coopératif et en faisant preuve de respect et d'empathie.

Les services d'exécution des sanctions pénales et de probation s'intéressent eux aussi de près aux approches en matière de travail relationnel. Ainsi, lors du Forum de la détention et de la probation 2021, qui était dédié au thème « Formation – Transformation », des discussions intenses ont eu lieu sur le bagage que chaque professionnel devrait avoir pour accompagner les personnes faisant l'objet d'une condamnation pénale. Le service de probation, notamment, dispose d'un riche savoir-faire et de connaissances pour motiver ses clients à changer dans le bon sens. À l'appui de publications récentes (par ex. Core Correctional Skills de Ioan Durnescu), il conviendrait de donner la priorité à des thèmes tels que la collaboration, la conduite d'entretiens motivants et les procédures de résolution de problèmes lors de la formation initiale et continue des collaborateurs.

Permettre des changements prosociaux

Au vu de l'importance qu'il revêt pour une cohabitation pacifique et respectueuse des détenus, mais aussi en tant que base d'une prévention durable de la récidive, le travail relationnel ne devrait pas être réservé aux spécialistes ayant suivi une formation en psychologie ou en travail social. Il devrait plutôt être reconnu comme une compétence clé à posséder par tous les professionnels du secteur de l'exécution des peines qui ont des contacts réguliers avec des délinquants, et être encouragé. Le fait que tous ces professionnels puissent s'identifier à une compétence permettrait d'intégrer plus facilement, dans le système, ce modèle de division du travail marqué par des visions divergentes des tâches et des rôles de chacun. Le travail relationnel contribuerait ainsi à une exécution des peines qui fonctionnerait de manière efficace.

Bibliographie

Andrea Baechtold, Jonas Weber & Ueli Hostettler : Strafvollzug. Straf- und Massnahmenvollzug an Erwachsenen in der Schweiz, Stämpfli Verlag, Berne, 2016.

Ioan Durnescu : Core Correctional Skills. The Training Kit, Ars Docendi, Bucarest, 2020.

Le manuel sur la sécurité dynamique dans le domaine de la privation de liberté est disponible sur le site Internet du Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (www.skjv.ch).

Un des rares endroits où l'on peut choisir librement ce que l'on veut

Les bibliothèques de prison, centres d'éducation, d'information et de détente

Les livres ouvrent de nouveaux mondes au lecteur et lui donnent accès à l'éducation. Ce constat est particulièrement vrai lorsque le lecteur en question est coupé de l'extérieur. C'est pour cette raison que les règles minima internationales prévoient la mise en place d'une bibliothèque à l'intention des détenus dans les établissements pénitentiaires.

Christine Brand

Par une froide soirée de septembre, je suis descendue du train à Lenzbourg pour une mission particulière. Sans exagérer, je peux affirmer que j'étais en route pour la lecture la plus spéciale de ma vie. Mais je vous dois quelques explications : je ne signe pas seulement régulièrement des articles pour ce magazine ; je gagne aussi ma vie en écrivant des romans policiers. Ce soir de septembre, j'étais donc invitée à présenter mon dernier livre dans une bibliothèque. Mais une bibliothèque pas comme les autres : celle de l'établissement pénitentiaire de Lenzbourg.

Une bibliothèque derrière les barreaux ? me suis-je étonnée lorsque le directeur, Marcel Ruf, m'a demandé de venir parler de mon roman au groupe de lecture de l'établissement. Il m'a assuré que tous les membres du groupe auraient lu mon livre au préalable et qu'ils auraient de nombreuses questions à me poser. Cette annonce m'a rendue quelque peu nerveuse ; mes auditeurs seraient de vrais experts du domaine cette fois : parmi ces lecteurs, certains étaient incarcérés pour les actes que je décris dans mon roman.

Si cette lecture revêtait un caractère exceptionnel pour moi, les bibliothèques de prison, elles, n'ont rien d'extraordinaire ni de nouveau. Depuis 1955 déjà, les livres figurent parmi l'offre des prisons, conformément à l'ensemble de règles minima des Nations Unies pour le traitement des détenus. La règle numéro 64 des règles Nelson Mandela adoptées en 2015 est libellée comme suit : « Chaque prison doit avoir une bibliothèque qui soit ouverte à toutes les catégories de détenus et dotée de suffisamment d'ouvrages instructifs et récréatifs, et

les détenus doivent être encouragés à l'utiliser pleinement. » Derrière ce principe, c'est le droit à l'éducation qui est visé.

Une longue tradition

De fait, les bibliothèques en milieu carcéral ou, du moins, les livres reposent sur une longue tradition. C'est en 1790 aux États-Unis qu'un « service d'approvisionnement en livres » a été organisé pour la première fois de façon systématique dans une prison. La Philadelphia Prison Society procurait des lectures aux détenus de la prison de Walnut Street ; il s'agissait toutefois uniquement de textes qui visaient « à les amender et à les éduquer ». En Suisse, la première mention d'une bibliothèque dans un règlement de prison remonte à 1841 ; l'établissement se trouvait dans le canton de Saint-Gall. « À cette époque, les seuls livres à disposition dans les prisons étaient des ouvrages religieux et des textes moralisateurs », raconte Thomas Sutter, directeur adjoint de la prison de Zurich-Ouest. Il a consacré sa thèse de doctorat *Lesen und Gefangen-Sein* (Lecture en détention) aux bibliothèques de prison. « Il faut attendre le milieu du XIX^e siècle pour que les prisons s'ouvrent progressivement aux textes éducatifs et récréatifs. »

Comme dans une bibliothèque de village ordinaire

De vastes locaux lumineux, des rangées de livres, de livres audio, de DVD et de blu-rays sur des rayonnages blancs : en pénétrant dans la bibliothèque de l'établissement pénitentiaire de Lenzbourg aujourd'hui, on se croirait dans une bibliothèque de village tout à fait ordinaire. Derrière le bibliothécaire et son bureau d'accueil coloré, des livres volants

« Chaque prison doit avoir une bibliothèque ouverte à toutes les catégories de détenus. »

« Le manque de livres en langues étrangères est un point qu'il faudrait améliorer de manière générale. »

« Quand je lis beaucoup, je ne pense pas à ma situation ici en prison. »

sont peints sur le mur. Un trois-mâts s'échappe de l'un d'eux, promesse d'aventure. C'est seulement en y regardant de plus près que l'on voit les barreaux derrière les hautes fenêtres. Le fait que la bibliothèque se différencie clairement des autres locaux de l'établissement fait partie du concept. « Une bibliothèque de prison doit offrir un environnement différent aux détenus », explique Thomas Sutter. « C'est le seul endroit où ils échappent aux multiples contraintes inhérentes à la prison, un des rares endroits où l'on peut choisir librement ce que l'on veut. »

Distraction et sujet de discussion

Branko (nom d'emprunt), un habitué de la bibliothèque de la prison, sait exactement ce qu'il veut lire... et ce qu'il écarte d'emblée : « Je ne veux surtout pas de ces bestsellers, polars, thrillers ou romans d'amour », dit-il. « Je ne lis que ce qui m'intéresse. » Tout en haut de sa liste, il place ce qui a trait à l'histoire, notamment les romans historiques classiques. Parfois, il lit cinq à six heures par jour. Il a déjà lu six fois Anna Karénine, de Tolstoï. Branko est très heureux qu'il y ait une bibliothèque dans l'établissement. « Quand je lis beaucoup, je ne pense pas à ma situation ici en prison. » Il y trouve une distraction non seulement pendant la lecture même, mais aussi après, durant le travail, quand il réfléchit aux histoires. « Je peux apprendre une foule de choses dans les romans historiques. J'y trouve des réponses à de nombreuses questions ; tout cela me distrait du monde dans lequel je vis ici. »

Les livres permettent au lecteur de faire partie d'une histoire ; ils l'emmènent dans un autre univers, surtout lorsqu'il n'a pas accès à l'extérieur. Ils lui permettent de s'évader de la réalité quotidienne et peut-être même de la prison – du moins en pensée. Dans le cas de Branko, les livres ne lui apportent pas seulement une distraction ; ils lui donnent aussi un sujet de discussion dans un lieu où les conversations tournent souvent autour des mêmes thèmes. « J'ai deux, trois camarades ici qui lisent aussi », dit-il. « L'un d'eux s'intéresse à la psychologie ; nous nous racontons nos lectures et nous discutons de ce que nous en pensons. »

Branko lit en serbe. Pour offrir cette possibilité, la bibliothèque de Lenzbourg a conclu un abonnement avec le service Bibliomedia, qui propose des livres en douze langues que l'on peut changer tous les six à douze mois. En dépit de cela, les ouvrages disponibles dans les langues parlées par les détenus sont souvent défaut. Dans son étude sur les bibliothèques de prison, Thomas Sutter a calculé qu'en moyenne, 27 % des livres proposés sont en langue étrangère, alors que la part des étrangers parmi les détenus atteint 75 %. Les livres en lan-

gues exotiques sont une denrée rare, et il est pratiquement impossible de les obtenir. « Le manque de livres en langues étrangères est un point qu'il faudrait améliorer de manière générale », constate Thomas Sutter.

Un large éventail de solutions

En s'appuyant sur l'étude qu'il a menée en 2015, Thomas Sutter arrive néanmoins à la conclusion que la situation est globalement satisfaisante dans les prisons helvétiques en ce qui concerne l'accès aux livres. « La remise de livres est généralement ancrée sous une forme ou une autre dans les établissements », dit-il. Mais l'éventail de solutions est large. « La façon d'organiser le prêt varie sensiblement d'une institution à l'autre et dépend dans une large mesure de la taille de la prison. » Dans certains petits établissements, il y a juste une armoire ou un chariot avec une poignée de livres. « En Suisse, la question qui se pose n'est pas de savoir s'il y a une offre, mais si cette offre est de qualité. » Et la qualité, poursuit-il, est fonction de l'importance que la direction de l'établissement attache aux livres.

De la cellule transformée ...

Jusqu'en 2016, l'établissement pénitentiaire de Lenzbourg ne disposait lui aussi que d'une cellule transformée pour proposer des livres. Un détenu s'occupait du prêt, mais il n'avait aucune vue d'ensemble du stock et des ouvrages empruntés. « Quand nous avons réorganisé la bibliothèque de la prison en 2016, je suis allé visiter la bibliothèque de mon village et j'ai étudié comment le prêt fonctionnait », explique Andreas Ramseier, responsable de l'éducation et des loisirs dans l'établissement pénitentiaire de Lenzbourg. « Je suis allé trouver notre informaticien avec mes idées et nous avons regardé comment créer une base de données qui fonctionne sans Internet. »

... à la bibliothèque professionnelle

Aujourd'hui, le prêt est organisé de manière professionnelle. Le détenu qui officie comme bibliothécaire équipe chaque livre d'un code-barres et le classe en fonction du genre auquel il appartient. Chaque détenu qui fréquente la bibliothèque dispose d'une carte munie elle aussi d'un code-barres. Il a également accès à la base de données, où il peut chercher des livres ou s'inscrire sur la liste d'attente lorsque l'ouvrage souhaité n'est pas en rayon. L'offre comprend entre 7000 et 8000 livres, 400 livres audio et jusqu'à 3000 DVD et blu-rays, de même que quatre jeux d'échecs électroniques. Quelques livres sont offerts à l'établissement, mais la prison procède également à de nouvelles acquisitions,



De vastes locaux lumineux, des rangées de livres, de livres audio, de DVD et de blu-rays sur des rayonnages blancs : en pénétrant dans la bibliothèque de l'établissement pénitentiaire de Lenzbourg aujourd'hui, on se croirait dans une bibliothèque de village tout à fait ordinaire.

Photo: Peter Schulthess, 2019



« Les bibliothèques de prison favorisent une occupation constructive et soutiennent le processus de resocialisation. »

qui sont financées par une fondation ; le directeur, Marcel Ruf, passe commande lui-même. « Il n'y a pas de restrictions », souligne Andreas Ramseier. « Ni de censure. »

Andreas Ramseier estime que 80 % environ des 185 détenus utilisent la bibliothèque ; 20 à 30 % empruntent des livres, 50 à 70 % viennent pour les films. Les détenus qui purgent leur peine sous le régime de l'exécution ordinaire peuvent accéder librement à la bibliothèque durant le temps prévu pour faire des achats au kiosque de la prison ou durant les heures de lessive. Seuls ceux du quartier de haute sécurité ne peuvent pas s'y rendre ; ils ont une armoire avec des livres à disposition. « Ce n'est pas comme si nous prêtions 200 livres chaque semaine », avoue Andreas Ramseier. « Les films, en revanche, marchent très bien. » Alors que le téléviseur fait partie du mobilier standard de la cellule, les détenus doivent acheter eux-mêmes le lecteur de DVD ou de blu-rays. Les films n'en sont pas moins tellement demandés que la bibliothèque doit en limiter le prêt à trois à cinq à la fois.

La bibliothèque est l'un des rares endroits de la prison où l'on peut choisir librement ce que l'on veut.
Photo : Peter Schulthess, 2019

Ne pas perdre le contact avec l'extérieur

Pour ce qui est des livres, les ouvrages illustrés avec des photos de paysages, les guides de randonnée et de voyage ou les magazines comme GEO sont les plus demandés, selon Andreas Ramseier. Ils permettent aux détenus de contempler les images dont ils sont privés derrière les barreaux. « Les dictionnaires ont aussi la cote, nous en avons trop peu. » Lorsqu'un détenu exprime le souhait de se perfectionner dans un domaine – la technique ou l'architecture, par exemple – ou encore de s'informer sur les camping-cars – un autre domaine très populaire –, il peut s'adresser à Andreas Ramseier, qui commande les ouvrages souhaités. « Les détenus doivent avoir la possibilité de continuer à se former grâce aux livres et de ne pas perdre complètement le contact avec le monde extérieur dans cet environnement qui les prive de leur liberté. »

Thomas Sutter voit lui aussi la bibliothèque de prison comme un centre d'éducation et d'information, mais aussi de détente. « L'accès à l'information augmente les chances de se former et les bibliothèques contribuent à développer les compétences en matière de lecture et d'écriture », dit-il. « Elles favorisent une occupation constructive et soutiennent le processus de resocialisation. » L'Unesco s'est également intéressé au rôle des bibliothèques de prison dans la brochure Lire derrière les barreaux. Avoir librement accès à des livres revêt une importance capitale pour le développement personnel, le bien-être et, finalement, la resocialisation des détenus, écrit l'auteure, Lisa Krolak. La lecture permet aux détenus « de réfléchir sur leur vie, d'éliminer l'anxiété, le stress et la dépression ; [elle leur donne] les moyens de s'engager et de se responsabiliser, d'accroître leur empathie, d'améliorer la communication et leur amour-propre, et d'élargir leur horizon. »

En prenant place ce soir-là dans la bibliothèque de l'établissement pénitentiaire de Lenzbourg et en discutant de mon roman avec les cinq membres du groupe de lecture, j'ai vite compris que je n'avais aucune raison d'être nerveuse. Nous nous sommes plongés ensemble dans l'univers et dans l'histoire des personnages du roman, nous avons discuté de leurs traits de caractère, de leurs aventures et de tout ce qui pourrait encore leur arriver dans les livres suivants. La discussion a été stimulante, avec des critiques constructives. En parlant de mon roman, j'ai complètement oublié où je me trouvais, et je pense et espère qu'il en a été de même pour les détenus l'espace d'un instant.

Le récit de vie comme mode de transformation

Donner du sens à son vécu

Le récit de vie est une méthode d'intervention orientée vers la désistance. Il demande au délinquant d'identifier son passé pour le comprendre. Une fois les chaînes brisées, il peut alors saisir les rênes de son avenir. Explications avec le Dr Baptiste Brodard, chercheur et praticien.

Patricia Meylan

« On ne peut pas changer le passé. Le visualiser est un exercice de mémoire. On peut en revanche agir sur le futur. L'envisager est exercice de construction. Le récit de vie est le lien entre ces deux exercices. Il demande à une personne de se tourner vers ses actes passés afin de lui permettre de devenir sujet de ses actes à venir. Le récit de vie, précise Baptiste Brodard, permet de donner du sens à une trajectoire individuelle ».

Entre prisons et bibliothèques

Seul son nom trahit ses origines fribourgeoises, pour le solde, Baptiste Brodard se fonde dans toutes les sociétés, surtout si elles sont marginalisées. Il séjourne de préférence dans les quartiers défavorisés, les cités et les prisons. Quand il quitte la Gruyère à la fin de l'adolescence, il va vivre dans les banlieues parisiennes. Quand il revient en Suisse, il travaille en milieu carcéral. Quand il quitte l'Europe, c'est pour s'entretenir avec des prisonniers en Algérie, en Colombie, au Mexique, au Liban ou encore aux États-Unis.

Baptiste Brodard, chercheur en sciences sociales et docteur en études religieuses de l'Université de Fribourg, poursuit actuellement un post-doc au Mexique (Universidad Veracruzana). Cette carrière académique a été précédée d'expériences acquises sur le terrain : intervenant social en milieu carcéral (en Suisse), chargé de projet pour le Programme des Nations Unies pour le Développement (en Algérie) ou encore visiteur de prison (notamment en Grande-Bretagne et en Colombie).

Entretiens avec des détenus

À l'évidence, le thème de la détention le suit. Il y a la prison stricto sensu dans laquelle il a procédé à d'innombrables entretiens. Il y a aussi la prison comme cadre de vie : « J'ai vécu ou séjourné

dans différents milieux qui connaissent une omniprésence de l'incarcération comme certains quartiers de la banlieue parisienne, de Brooklyn à New York ou des « ghettos » de Philadelphie. Dans ces endroits, il est en effet ordinaire de côtoyer des familles dont un membre est concerné par la prison ; soit parce qu'il y a été enfermé, soit parce qu'il en est sorti, soit parce qu'il lutte pour ne pas y aller ou ne pas y retourner. Le sort de ce membre imprègne toute la famille ».

Ces expériences en relation avec le milieu carcéral ont nourri la réflexion de Baptiste Brodard. Il a cherché, et cherche encore, à identifier les causes de la fréquence de la délinquance dans certains milieux ainsi que les conditions d'un retour à la société. « Et parfois, dit-il, il n'est même plus question de réinsertion, seulement de survie. Il arrive que le détenu, ou l'ex-détenu, se trouve dans un tel état de détresse, qu'il faut trouver des moyens pour qu'il ne sombre pas, voire qu'il ne se suicide pas ».

Tant le risque de récidive que le sentiment d'impasse lié à un passé carcéral demandent de trouver de nouveaux modes d'intervention. Le Dr Brodard estime que l'intervention par le récit de vie présente un haut potentiel dans la désistance et la réinsertion des détenus et des probationnaires. « Avec ce mode d'intervention, l'idée minimale est de permettre à la personne de maintenir ses acquis, l'idée générale et de lui permettre de se réinsérer dans la société, mais l'objectif final est qu'elle se sente bien dans sa vie ».

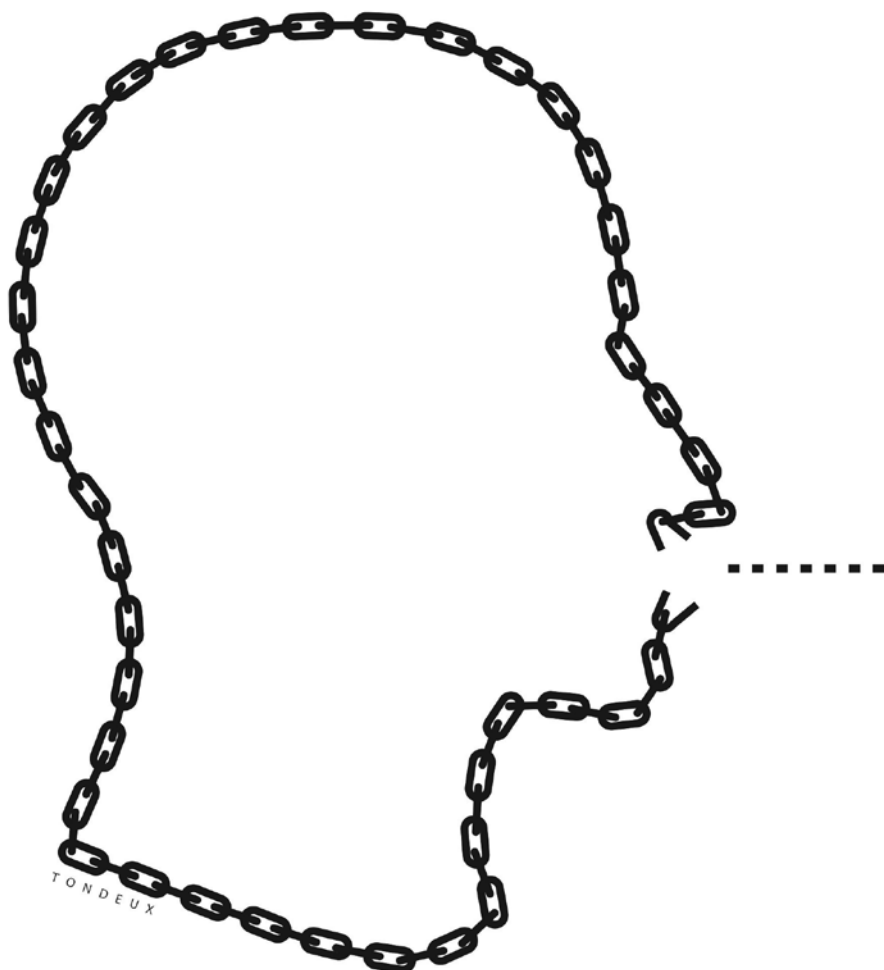
Parcours de vie

Le récit de vie est un outil issu de la sociologie clinique, il ne relève pas de l'analyse psychanalytique. L'approche consiste pour une personne à retracer son parcours global, pour comprendre



Baptiste Brodard, chercheur et praticien, est spécialiste de l'approche par le récit de vie.

« L'objectif final est que la personne se sente bien dans sa vie. »



Une fois les chaînes brisées, le délinquant peut alors saisir les rênes de son avenir.
Dessins: Patrick Tondeux

« Il n'est pas rare qu'une personne ne parvienne pas à verbaliser ses actes. »

« Le récit de vie est un outil de transformation qui permet de sortir du fatalisme. »

ses actes passés dans le but de maîtriser ses actes futurs. Quand la personne concernée est délinquante, il s'agit d'abord de lui permettre d'identifier les actes qui l'ont amenée à développer une carrière criminelle. « Le passage à l'acte s'explique en partie par les expériences de vie, précise Baptiste Brodard. Mais le constat ne va pas de soi. En effet, chaque personne oublie de nombreuses étapes de son parcours de vie ». Il poursuit : « De surcroît, il n'est pas rare qu'une personne ne parvienne pas à verbaliser ses actes. Quand on lui demande pourquoi elle a adopté un comportement, souvent, elle l'ignore. Soit parce qu'elle n'en était pas consciente au moment de l'acte, soit parce qu'elle a oublié. Or, plusieurs décennies d'expérience de vie, c'est autant de décisions, de choix qui expliquent des actes, notamment des actes criminels ».

Comprendre pour intervenir

L'approche consiste donc en priorité à identifier les comportements passés. Il s'agit ensuite d'en faire quelque chose. « Afin de comprendre sa dé-

linquance persistante, son mal-être, son état émotionnel, une personne doit déterminer comment elle en est arrivée là où elle se trouve. Souvent, elle l'ignore. Il est toutefois indispensable de porter un regard sur son parcours, car on ne peut pas intervenir sans comprendre », explique Baptiste Brodard. L'objectif est ensuite d'aider cette personne à ne plus subir les expériences de vie, mais au contraire à en devenir le maître. « Lorsqu'une personne devient sujet de sa vie, elle devient responsable, et elle peut faire les bons choix », précise Baptiste Brodard.

Le processus d'identification des événements est complété par l'approche « thérapeutique ». Elle implique d'abord pour l'accompagnant de poser au détenu, ou au probationnaire, des questions de cet ordre : si vous pouviez changer quelque chose dans votre vie, que changeriez-vous ? Quel est le jour de votre vie que vous aimeriez changer ? Pourquoi changeriez-vous ce jour spécifiquement ? Et que feriez-vous différemment ? Les opérations de questions-réponses doivent amener l'intéressé à comprendre que chaque situation vécue pouvait l'être de différentes manières ; qu'il y avait différents choix possibles. L'intéressé apprend ainsi à identifier les choix possibles et à ne plus faire le choix des actes délictueux.

Stopper les réflexes fatalistes

« Il arrive fréquemment, renchérit Baptiste Brodard, qu'une personne condamnée explique sa délinquance par le fatalisme. Elle dira : « si je suis violent, c'est parce que je suis né comme ça ». « Si je suis délinquant, c'est la faute à mon passé ». « De toute manière, je ne changerai jamais parce que je suis comme ça ». Le récit de vie est un outil de transformation qui permet de sortir du fatalisme. Il permet de stopper un engrenage. Cet outil ne permet pas à une personne de refaire le passé, mais elle lui permet de choisir son avenir ».

Deux approches

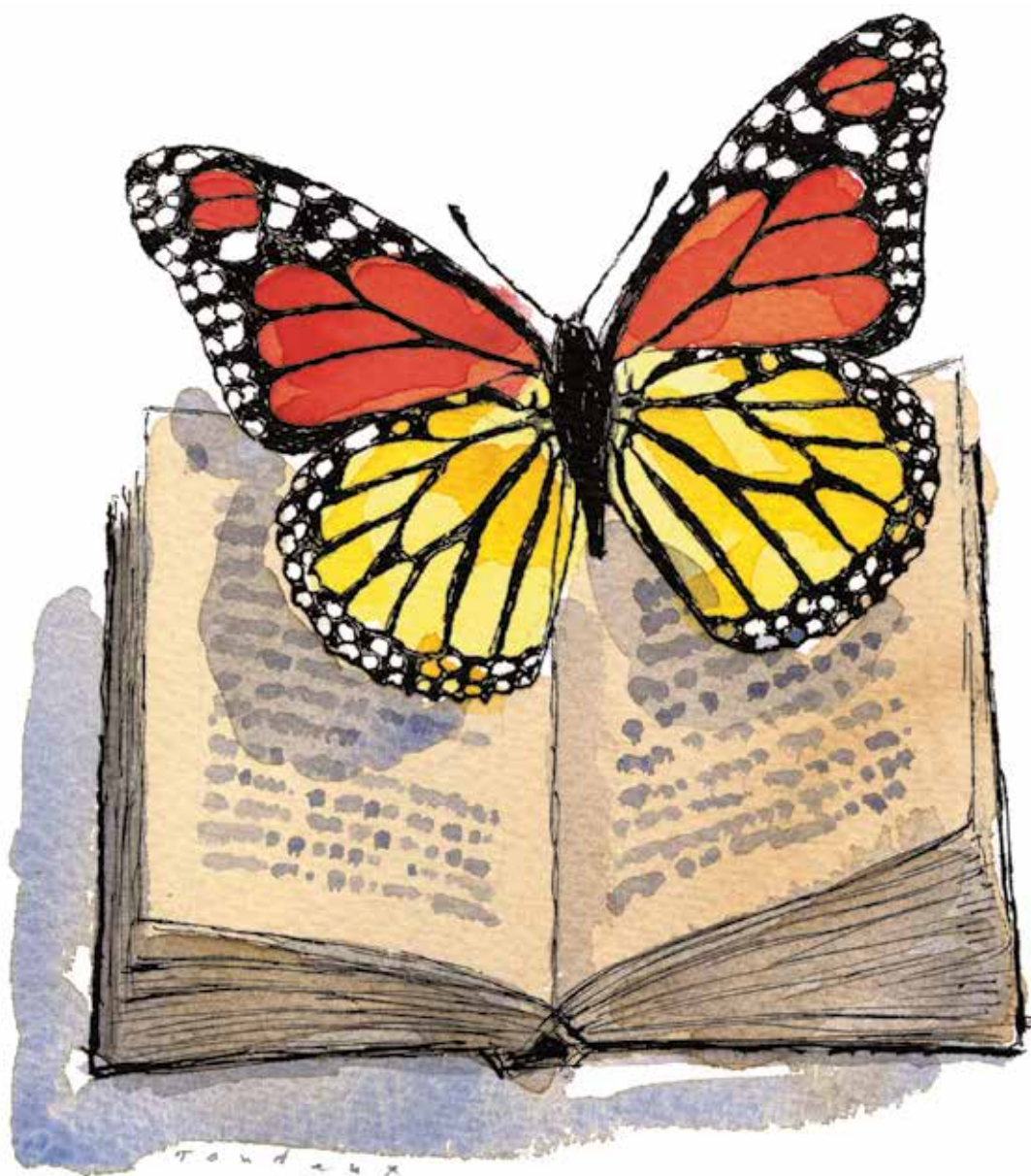
L'intervention par le récit de vie se décline principalement sous deux formes : un accompagnement à l'introspection personnelle lors duquel les interactions entre la personne suivie et l'intervenant resteront confidentielles, et une approche qui

visé à exprimer, ou à restituer, les « produits » de ce travail d'introspection à un public plus large. L'intervention peut s'adapter au contexte de la détention, de la probation ou encore d'un suivi social hors murs.

Accompagnement à l'introspection personnelle

Les projets d'introspection personnelle s'inscrivent dans une approche d'accompagnement entre les intervenants et les personnes suivies sans qu'il n'y ait de projet d'en faire un « produit » dans le cadre d'un témoignage au-delà de ce cercle. L'introspection est en principe opérée par le biais d'entretiens individuels ou de réunions de groupe.

Lors d'entretiens individuels, l'intervenant accompagne l'intéressé dans la réflexion et la prise de conscience. L'introspection reste purement personnelle, elle n'est donc pas partagée avec les tiers, si ce n'est avec les autres membres présents dans le cadre d'un travail de groupe. Le récit de vie en groupe peut ici prendre la forme d'un groupe de parole ou d'un atelier d'écriture. L'accompagnant invite les participants à se prononcer sur un thème. Les interventions effectuées en groupe permettent notamment une reconnaissance de problèmes et de traumatismes communs. Cette reconnaissance mutuelle permet à l'individu de sortir de son isolement et d'établir des liens, parfois forts, avec les autres.



Le récit de vie d'une personne peut être publié sous forme de livre.

« L'approche par le récit de vie ne peut donc pas convenir à tout le monde. »

« Il faut s'interroger sur les facteurs de risque et le poids de traumatismes non résolus dans le passage à la délinquance. »

« Changer une personne est une manière de changer le monde. »

Le Compassion Prison Project mené aux États-Unis est une illustration de l'usage du récit de vie dans une approche de groupe. Intitulé *Step inside the circle*, ce mode d'intervention fonctionne de la manière suivante : les détenus forment un cercle dans la cour de leur établissement ; l'intervenant pose des questions ; chaque détenu avance d'un pas quand sa réponse est affirmative. Les questions posées aux détenus relèvent de traumatismes vécus durant les premières années d'existence. Des questions telles que « durant les 18 premières années de votre vie, un adulte au moins vous a-t-il fréquemment rabaisé ? Avez-vous porté des marques de violences corporelles ? Avez-vous eu le sentiment de ne pas être aimé ? ». À chaque « oui », les détenus – ils sont parfois plusieurs dizaines – avancent d'un pas. À la fin de l'exercice, ils se retrouvent quasiment toujours tous au centre du cercle ! « Quand une personne a été traumatisée durant son enfance et qu'elle devient délinquante, cela peut rester anecdotique. Mais quand un grand nombre de victimes deviennent des criminels, il n'y a plus de hasard. Il faut s'interroger sur les facteurs de risque et le poids de traumatismes non résolus dans le passage à la délinquance », relève Baptiste Brodard.

Projets de restitution

Les projets d'expression (on parle aussi de projets de restitution) sont concrétisés sur un support. Le récit de vie d'une personne peut être publié sous forme de livre, être édité sous forme de podcast, ou encore être présenté sous forme de pièce de théâtre. Dès le départ, la personne en cause a le désir de partager. Elle commence par prendre conscience de ses dérives, ensuite elle les surmonte, finalement elle en témoigne par exemple à travers un livre. Son expérience de vie devient alors un enseignement. Un ex-délinquant peut ainsi à son tour orienter des détenus vers une sortie de la délinquance.

Qualités et limites

Le récit de vie s'inscrit dans un processus de développement et non pas dans un processus d'évalua-

tion du risque. L'intervention ne peut fonctionner qu'avec le consentement et la pleine participation de la personne détenue, ou probationnaire. Celle-ci doit adhérer à la démarche, être motivée, participative et volontaire. « Or, dans le milieu carcéral, ce sont les règles du silence et de la méfiance qui ont tendance à prévaloir. L'approche par le récit de vie ne peut donc pas convenir à tout le monde », précise Baptiste Brodard. Quant à l'accompagnant, il est attendu de lui qu'il respecte l'autre, qu'il accompagne plutôt qu'il ne dirige ; qu'il témoigne de l'empathie, et ne juge pas ; qu'il entretienne en permanence et durablement un climat de confiance.

Objectif Désistance

Lancé en 2019 par la Commission latine de probation, le projet pilote Objectif Désistance (voir #prison-info 1/2019) a pour objectif un modèle commun d'interventions visant à stopper les parcours délinquants. Le récit de vie s'inscrit pleinement dans ce projet. Baptiste Brodard est du reste l'un des experts externes d'Objectif Désistance. En tant que spécialiste de cette approche, il est ponctuellement appelé à tenir des ateliers ou à donner des conférences.

Quitter la logique quantitative

Dès lors que l'intervention par le récit de vie est basée sur le volontariat, elle ne s'adresse pas à tous les délinquants. Dès lors qu'elle demande des compétences rares, elle ne s'adresse pas à tous les intervenants. Dès lors qu'elle peut être brisée par un transfert ou une sortie de prison, elle n'est pas généralisable. Ce nouveau mode d'intervention demande donc de sortir de la logique quantitative. Il ne peut profiter qu'à un nombre restreint de délinquants. Il est donc légitime de se demander s'il vaut la peine de conceptualiser le récit de vie pour en faire un outil de désistance à disposition des milieux pénitentiaires et probationnaires. Sans hésitation, Baptiste Brodard répond par l'affirmative, car « changer une personne est une manière de changer le monde ».

« Röstigraben » dans le domaine de la formation

Casadata : établissements d'éducation sous la loupe

Les données de la plateforme Casadata fournissent une vue d'ensemble des établissements d'éducation et des enfants placés en Suisse. En zoomant plus en détail, on remarque des différences entre régions linguistiques dans les secteurs de la formation : En Suisse alémanique on trouve presque deux fois plus de places d'occupation ou de formation disponibles au sein des établissements qu'en Suisse latine.

Giorgia Pancaldi

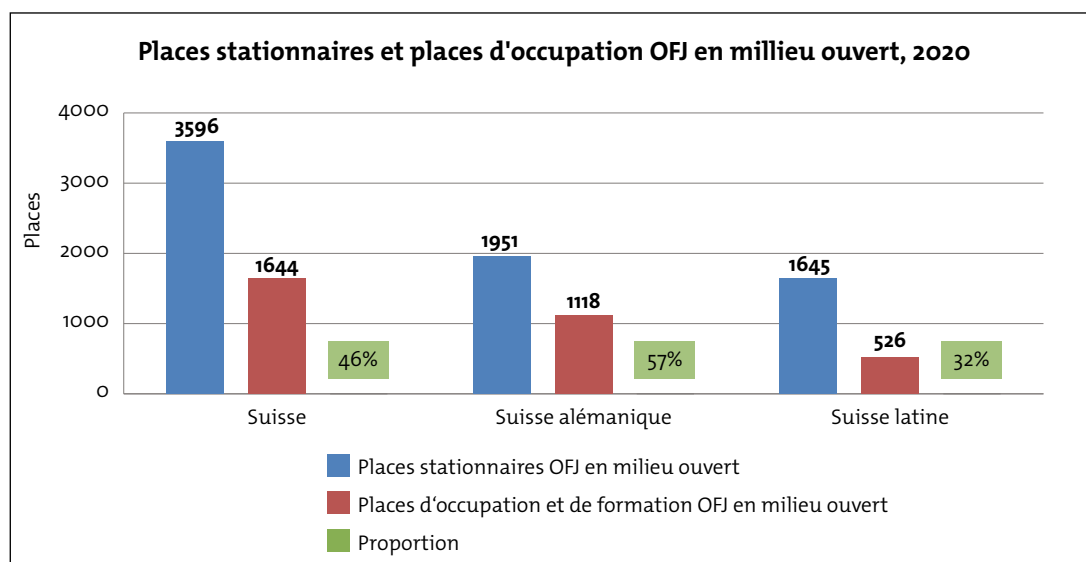
Chaque enfant et chaque jeune a le droit de suivre un enseignement et une formation professionnelle adaptés à ses capacités et à ses aspirations, également dans le cadre d'un placement extrafamilial. L'école, la formation et l'insertion dans le monde professionnel sont des éléments cruciaux dans le parcours de vie des jeunes et constituent par conséquent un élément très important du projet éducatif individualisé qui sert de guide aux différentes procédures de placement. Quels types d'offres de formation existent au sein des établissements d'éducation ? Les jeunes placés en institution fréquentent-ils les écoles et les différentes formations disponibles sur le territoire ou suivent-ils des programmes et des formations au sein de leur foyer ? Les différentes régions suisses présentent-elles des différences en termes d'offre ?

La plateforme Casadata, qui a été mise en ligne en 2017 et qui collecte les données sur l'offre et l'utilisation des institutions reconnues par l'Office fédéral de la justice (OFJ), permet de répondre à ces questions. La Confédération verse chaque année près de 79 millions de francs de subventions d'exploitation à quelque 190 établissements d'éducation pour mineurs en Suisse. Au fil du temps Casadata est devenu un instrument essentiel à l'analyse des besoins et à l'établissement d'une planification cantonale et régionale. Cette tâche, bien que requise pour la reconnaissance et la subvention des institutions, était difficile à réaliser avant l'existence de cette plateforme.

Les données de Casadata montrent que en 2020, 5127 enfants et jeunes ont été placés dans des établissements en milieu ouvert reconnus par l'OFJ. Ces



Giorgia Pancaldi est collaboratrice de l'unité Exécution des peines et mesures à l'Office fédéral de la justice et chargée des questions relatives aux mineurs.



« Alors que durant les décennies précédentes presque tous les enfants placés dans ce type d'institution étaient scolarisés au sein du foyer, aujourd'hui une approche individualisée est de plus en plus privilégiée. »

institutions ont une capacité de 3554 places stationnaires en milieu ouvert. Pour la même année, le recensement concernant les secteurs de la formation de Casadata relève que 2088 jeunes ont bénéficié d'une place de formation, d'école ou d'occupation en milieu ouvert au sein des établissements reconnus par l'OFJ. Les institutions reconnues par l'OFJ disposent d'une capacité de 1644 places pour ce type de prestation. (Suite à des admissions et des sorties en cours d'année, les places disponibles sont parfois utilisées plusieurs fois de manière consécutive.) Les chiffres montrent donc qu'un enfant sur trois placés dans un établissement reconnu par l'OFJ en milieu ouvert suit un programme de formation ou d'occupation au sein de l'établissement dans lequel il est placé. Cette moyenne est-elle représentative de toutes les régions de Suisse ? Les enfants placés ont-ils les mêmes possibilités, en termes d'offre, en fonction de la région de Suisse dans laquelle ils sont placés ?

Le graphique ci-dessous montre le nombre de places d'occupation et de formation offertes par les institutions reconnues par l'OFJ selon la région, en relation avec le nombre total de places stationnaires reconnues par l'OFJ dans la même région, en milieu ouvert, pour l'année 2020 (dénommé dans le graphique : « proportion »). Les données montrent qu'en Suisse alémanique on trouve presque deux fois plus de places d'occupation ou de formation disponibles au sein des établissements qu'en Suisse latine, en relation avec le nombre de places stationnaires reconnues par l'OFJ.

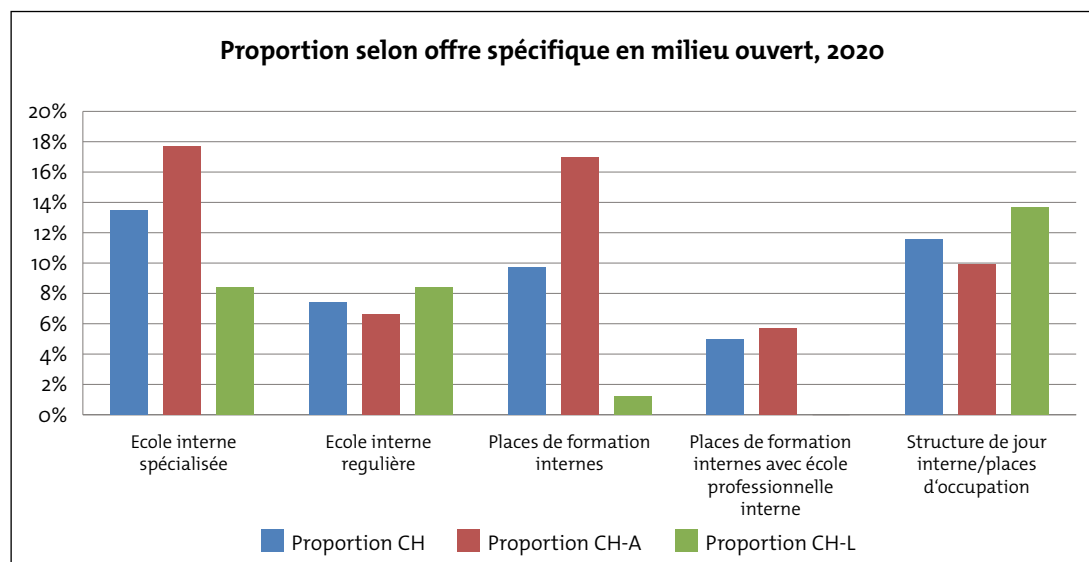
Grâce à la collecte des données de Casadata, qui recense les données de manière spécifique pour chaque type d'offre, il est possible d'analyser en détail les offres spécifiques d'occupation et de formation en milieu ouvert (voir graphique ci-dessous).

Ecoles internes : différences politiques et culturelles

Par rapport au nombre de places stationnaires reconnues par l'OFJ, la Suisse alémanique dispose davantage de places d'enseignement scolaire spécialisé à l'interne dans les foyers en milieu ouvert que la Suisse latine. Un examen plus approfondi des données montre que si la Suisse alémanique propose ce type d'offre dans plusieurs cantons germanophones (AG, BE, LU, OW, SH et ZH), en Suisse latine seul un canton dispose de ce type de prestation (VD). En revanche les écoles internes avec enseignement régulier à l'interne dans les foyers sont présentes dans les deux régions (suisse latine : GE, NE et VS ; suisse alémanique : BL, BS, GR).

Face à ces différences il est primordial d'évoquer l'importance des politiques cantonales notamment en termes d'intégration et d'inclusion scolaire et en matière de gestion de l'hétérogénéité des élèves et des approches de l'éducation spécialisée. Ces différences politiques et culturelles peuvent effectivement entraîner des différences entre les régions, mais aussi entre les cantons d'une même région linguistique. Par exemple, les données Casadata montrent que certains cantons germanophones favorisent les écoles spécialisées dans les foyers, tandis que d'autres cantons germanophones privilégient les écoles avec enseignement régulier.

De plus, même les institutions avec école interne présentent des approches de base très différentes entre elles ; approches qui sont également en pleine évolution. Alors que durant les décennies précédentes presque tous les enfants placés dans ce type d'institution étaient scolarisés au sein du foyer, aujourd'hui une approche individualisée est de plus en plus privilégiée. L'enfant placé a donc la possibilité de fréquenter l'école à l'intérieur ou à





L'enfant placé a la possibilité de fréquenter l'école à l'intérieur (photo : salle de classe au sein de la Fondation Borel à Dombresson NE) ou à l'extérieur de l'institution selon ses ressources et ses besoins spécifiques. Photo : Peter Schulthess, 2017

l'extérieur de l'institution selon ses ressources et ses besoins spécifiques.

Quittons un instant les statistiques de Casadata et penchons-nous sur la description de ces institutions proposant des écoles internes. Il est intéressant de relever que la plupart de ces institutions témoignent d'un très long passé. Par exemple, le Schulheim Elgg (AG) débute son histoire en 1863, le Schulheim Röserental (BL) et Le Châtelard (VD) en 1884 et le Schulheim Effingen (AG) en 1867. On peut donc émettre l'hypothèse que ce n'est pas seulement la politique scolaire actuelle qui explique les différences entre les régions (et les cantons) en matière d'écoles internes, mais aussi l'existence d'institutions historiques, soutenues par des fondations bien établies, qui continuent encore aujourd'hui à

travailler dans le domaine de la protection de l'enfance et de la jeunesse.

Formation interne : quasi exclusivement en Suisse alémanique

Certains établissements d'éducation proposent des places de formation internes selon le système classique de type dual composé à la fois d'une formation pratique à un métier dans l'institution et d'une partie de formation théorique également au sein de l'institution ou auprès d'une école professionnelle externe. Il s'agit souvent d'institutions qui existent depuis plusieurs décennies, voire plusieurs siècles, et qui se caractérisent fortement par leurs objectifs de soutien et d'accompagnement des jeunes placés dans le processus d'intégration profession-

« La différence importante entre la Suisse alémanique et la Suisse latine quant aux offres de formation disponibles auprès des institutions soulève des questions importantes qui mériteraient d'être étudiées et approfondies. »

nelle. Dans ce domaine, nous pouvons par exemple citer le Landheim Brüttisellen (ZH) qui débute son histoire durant la seconde moitié du 19^{ème} siècle, le Neuhaus in Birr (AG) en 1914, Albisbrunn (ZH) en 1924, le Zentrum Erlenhof (BL) en 1929 et Gfellergut (ZH) en 1957.

Les types de formation proposés varient d'une institution à l'autre. Nous pouvons citer à titre d'exemple les métiers techniques de la métallurgie, de l'horticulture, de la peinture et de la restauration. Ces institutions constituent de véritables petites entreprises proposant divers produits sur le marché. Ces formations permettent aux jeunes de s'insérer dans le monde professionnel tout en bénéficiant d'un environnement protégé et d'une prise en charge socioéducative individualisée. Comme le montre le deuxième graphique, ce type d'offre est quasi exclusivement présent en Suisse alémanique.

Structure de jour : réponse aux besoins spécifiques

Le nombre de places dans les structures de jour disponibles dans les établissements d'éducation en milieu ouvert – comme par exemple les programmes d'occupation, de rattrapage scolaire ou d'observation – est comparable dans les deux régions linguistiques (toujours en relation avec le nombre de places stationnaires). Le rapport comparatif de Casadata montre une augmentation du nombre de ces places. Ceci correspond aux observations

faites sur le terrain qui montrent que de plus en plus d'institutions essaient de trouver des réponses au sein de l'établissement aux besoins spécifiques des jeunes en situation de décrochage scolaire ou de rupture de formation.

Défis à relever en matière de formation

Ce bref aperçu des données Casadata sur le thème de la formation, permet d'observer une différence importante entre la Suisse alémanique et la Suisse latine quant aux offres de formation disponibles auprès des institutions reconnues par l'OFJ. Cette observation soulève des questions importantes qui mériteraient d'être étudiées et approfondies. Le fait d'avoir des écoles ou des places de formation internes aux établissements permet-il de mieux préparer les jeunes à l'intégration au monde extérieur, ou cela conduit-il à les prendre en charge de manière isolée dans une « bulle » protégée, rendant la suite du placement plus difficile ? Le type et la variété des offres disponibles sur le territoire en milieu stationnaire ont-ils un impact sur la réussite dans le processus d'autonomie et d'intégration dans le monde du travail ? Les jeunes placés en Suisse latine ou en Suisse alémanique ont-ils les mêmes chances de succès de la prise en charge en milieu stationnaire ? Voici quelques questions encore ouvertes qui laissent présager de nouveaux défis en matière de recherche.



Les formations internes (photo : menuiserie du centre d'exécution des mesures d'Arxhof BL) permettent aux jeunes de s'insérer dans le monde professionnel tout en bénéficiant d'un environnement protégé et d'une prise en charge socioéducative individualisée. Photo : Peter Schulthess, 2016

Cinq questions à Sylvie Bula

« Je pense que la collaboration intercantonale doit être encore renforcée, notamment entre la Suisse latine et la Suisse alémanique. »

Après avoir effectué une première partie de son parcours professionnel dans de grands cabinets de consulting, Sylvie Bula a dirigé, de 2011 à 2022, le Service pénitentiaire (SPEN) du canton de Vaud. En parallèle, elle a été très active au sein de la Conférence des chefs de services pénitentiaires cantonaux dont elle a assuré la présidence entre juillet 2017 et mars 2022. Le 1^{er} juillet 2022, elle a pris la fonction de Commandante de la Police cantonale vaudoise.



#prison-info: Quelles sont les principales raisons qui vous ont poussée à quitter le domaine pénitentiaire pour celui des forces de l'ordre ? Voyez-vous une continuité dans ces deux activités ?

Sylvie Bula : J'ai toujours considéré que la mobilité professionnelle devait être promue, dans un souci d'évolution et de saine remise en question. Le domaine pénitentiaire est passionnant et j'aurais pu y développer des projets durant des années encore. Toutefois, la reprise du commandement de la Police cantonale vaudoise était une réelle opportunité et je me réjouis de découvrir plus en profondeur cette institution qui a été un partenaire durant les dix dernières années. Dans mes nouvelles fonctions, j'aurai à cœur de poursuivre cette collaboration et de continuer à contribuer à faire reconnaître les enjeux et les particularités du monde pénitentiaire.

Pendant les dix ans passés au SPEN vous avez mené de nombreuses réformes. Quelles sont celles qui vous paraissent les plus importantes ou qui vous tiennent le plus à cœur ?

En dix ans, nous avons traversé des moments parfois compliqués, émaillés de plusieurs événements, mais nous avons également atteint de nombreux objectifs. Je suis fière du travail accompli avec mes équipes, notamment l'élaboration d'une politique pénitentiaire avec comme point central une stratégie de développement des infrastructures dans un contexte de surpopulation carcérale chronique, de même

que le développement des prestations en matière de réinsertion. Ce sont toutefois les collaboratrices et collaborateurs qui composent ce service qui me tiennent le plus à cœur. La mission du SPEN ne peut s'exercer qu'en disposant d'une dotation adéquate en collaboratrices et collaborateurs disposant de la bonne formation. Je me suis engagée pour développer ces aspects-là et je souhaite que mon successeur puisse poursuivre sur cette voie-là.

Comment caractérisez-vous votre style de management, qui vous a permis de faire évoluer votre service avec l'adhésion de vos cadres et de vos collaboratrices et collaborateurs ?

J'ai eu la chance de pouvoir constituer une équipe dotée de grandes compétences et avec laquelle nous avons pu, ensemble, développer le SPEN. J'ai toujours laissé une place importante à l'échange et à la communication, notamment avec les représentants du personnel. J'ai essayé de rester aussi proche que possible du terrain, afin de pouvoir comprendre, voire anticiper les problématiques en restant disponible pour les échanges lors des nombreuses rencontres que j'ai pu faire avec toutes les fonctions œuvrant au sein du SPEN. Enfin, j'ai essayé d'agir au quotidien dans le respect des valeurs du SPEN et de toutes les personnes qui le composent ou qui y séjournent.

Au cours des dernières années, vous vous êtes également fortement investie sur le plan intercantonal, notamment en qualité

de présidente de la Conférence des chefs de service pénitentiaire depuis 2017. Qu'en reprenez-vous ?

J'ai eu énormément de plaisir à collaborer avec les représentants de tous les cantons. Il y a de bonnes idées et des pratiques qui méritent d'être partagées, quelle que soit la taille ou les particularités organisationnelles des cantons. Je pense que la collaboration intercantonale doit être encore renforcée, notamment entre la Suisse latine et la Suisse alémanique. Les moyens sont difficiles à obtenir et l'évolution passe par les partenariats et la mise en commun d'idées ou de ressources.

Le milieu pénitentiaire, notamment le domaine carcéral, est en constante évolution. Quels sont, à votre avis, les grands défis et les innovations majeures auxquels nous pouvons nous attendre ces prochaines années ?

Le milieu carcéral doit s'adapter à l'évolution de la société, afin que la prise en charge facilite réellement la réinsertion au moment de la libération. Cela pose de grandes questions, notamment au niveau de l'introduction du numérique à l'intérieur des établissements pénitentiaires. L'évolution des prises en charge et l'adaptation à certaines populations spécifiques, comme les personnes vieillissantes et les personnes souffrant de troubles psychiques restent également un défi.

Mise en service de la prison de Zurich-Ouest

Le test de fonctionnement effectué avec des volontaires a fourni de précieuses indications

Après le succès du test de fonctionnement, auquel ont participé 170 volontaires, l'unité d'arrestation provisoire de la nouvelle prison de Zurich-Ouest (GZW) est entrée en service le 4 avril 2022. L'unité de détention provisoire ouvrira dans un second temps.

L'Office de l'exécution judiciaire et de la réinsertion du canton de Zurich (Justizvollzug und Wiedereingliederung ; JuWe) est sorti des sentiers battus pour tester le fonctionnement de la GZW. Fin mars, quelque 170 personnes se

sont portées volontaires pour tester, pendant quatre jours, avec 90 collaborateurs, les processus complexes de l'arrestation provisoire avant la mise en service définitive de l'unité de 124 places créée à cet effet. « Un test de ce type et de cette ampleur n'avait encore jamais été effectué en Suisse pour une prison », a constaté le JuWe dans un communiqué de presse, avant d'ajouter que ce test avait permis de mettre en évidence les processus qui fonctionnaient déjà correctement et ceux qui devaient être adaptés.

Une cellule double de la prison de Zurich-Ouest.
Photo : Till Forrer



La présidente du gouvernement zurichois, Jacqueline Fehr, s'est elle aussi laissée enfermer une nuit durant le test. Citée dans le communiqué, elle a déclaré avoir été impressionnée par le professionnalisme avec lequel les collaborateurs ont mené ce dernier : « Je félicite et remercie les collaborateurs, ainsi que la direction de la nouvelle prison, pour la planification rigoureuse de ce test mais aussi de l'ensemble de la mise en service de la GZW. » Parmi les volontaires se trouvaient par ailleurs de nombreux journalistes, qui ont ainsi pu donner au public un aperçu du fonctionnement d'une prison et des tâches qui incombent au personnel.

« Un véritable exploit »

Interrogé, le JuWe se déclare satisfait de l'expérience acquise à ce jour dans le fonctionnement de la GZW et cite l'exemple de l'équipe en charge de la gestion de l'exploitation. Cette équipe gère la centrale de sécurité, surveille l'ensemble des allées et venues au sein de l'établissement et s'occupe de toutes les admissions et sorties. Cette dernière tâche comporte une partie administrative, mais comprend aussi les fouilles corporelles ainsi que le contrôle des effets personnels. « Il est déjà arrivé à plusieurs reprises que l'équipe doive procéder à une trentaine, voire à une quarantaine, d'admissions en l'espace de trois à cinq heures, tout en devant gérer en même temps de nombreuses libérations. Y parvenir sans faire d'erreur relève d'un véritable exploit. »

Une proportion élevée de femmes...

Disposant de 241 places pour des personnes faisant l'objet d'une arrestation provisoire ou placées en détention provisoire, la GZW fait partie du centre de police et justice situé sur le site de l'ancienne gare de marchandises à Zurich. Elle emploiera à terme plus de 140 collaborateurs, dont une centaine se verra principalement confier des tâches de surveillance et d'encadrement. Environ 40 % du personnel de surveillance et d'encadrement sont des femmes, ce que le JuWe considère comme une réussite, car les hommes sont toujours beaucoup plus nombreux à travailler dans le secteur de l'exécution des peines.

...et une prise en charge multiple

Selon le JuWe, tous les postes vacants ne sont pas encore pourvus. Outre le personnel d'encadrement et de surveillance, des assistants



sociaux et des aumôniers travaillent aussi dans la nouvelle prison. Il est en outre prévu que des enseignants du service spécialisé Formation dans l'exécution des peines (Fep) dispensent la formation de base. Ouvert 24 heures sur 24, le service médical peut également accueillir quatre détenus ayant besoin d'une prise en charge plus intensive. Son activité est comparable à celle d'un centre médical de petite taille. A l'avenir, il sera par exemple possible de faire des radiographies ou de prodiguer des soins plus basiques, pour lesquels les détenus étaient jusqu'à présent obligés de quitter la prison sous surveillance.

Une planification des ressources difficile

L'unité de détention provisoire sera mise en service dans un second temps. « Pour la prison de Zurich-Ouest, il n'existe pas de plan sur lequel nous aurions pu nous appuyer », explique le JuWe pour décrire le défi que représente la planification des ressources. Certes, les taux d'occupation des autres établissements de détention avant jugement et le nombre d'admissions dans l'ancienne prison de la police cantonale étaient connus mais, comme les premières semaines l'ont clairement montré, ces chiffres n'étaient pas suffisants pour planifier les ressources. « On ne disposait d'aucun chiffre exploitable concernant la charge de travail induite notamment

La proportion de femmes parmi le personnel de surveillance et d'encadrement de la GZW est exceptionnellement élevée (40 %). Photo : Keystone-ATS

par les déplacements des détenus, qui sont nombreux et ne peuvent à aucun moment être planifiés dans un établissement fonctionnant 24 heures sur 24 et 7 jours sur 7 ». Il convient de l'évaluer pour pouvoir établir une planification des ressources qui soit la plus efficace possible. (gal)

Deux unités pour deux régimes de détention

Le personnel de la GZW prend en charge des personnes directement après leur arrestation par la police. Pendant l'arrestation provisoire (ou garde à vue), les autorités de poursuite pénale procèdent, dans un délai de 48 heures, aux investigations nécessaires pour confirmer ou écarter les soupçons et les motifs de détention. S'il ressort de ces investigations qu'il n'y a pas ou plus de motifs de détention, la personne arrêtée est libérée. Dans le cas contraire, une demande de mise en détention provisoire est adressée au tribunal des mesures de contrainte, qui doit statuer dans un délai de 48 heures.

« Une exécution judiciaire sur mesure » à Thorberg

Cibler les ressources individuelles des détenus

Après deux ans de conception, les dispositifs et les processus nécessaires à une « exécution judiciaire sur mesure » ont été mis en place le 1^{er} mai 2022 dans l'établissement pénitentiaire de Thorberg. Il reste maintenant à désigner la personne qui succèdera à l'actuel directeur, Hans-Rudolf Schwarz, d'ici l'automne.

Hans-Rudolf Schwarz a pris la direction de l'établissement pénitentiaire de Thorberg il y a deux ans et demi. Après une analyse approfondie, il a présenté son concept d'« exécution judiciaire sur mesure » : il s'agit de cibler les ressources individuelles des détenus afin de mettre en place les meilleures conditions possibles pour leur réinsertion », peut-on lire dans le communiqué de presse publié par la Direction de la sécurité du canton de Berne.

L'établissement a procédé aux adaptations nécessaires pour mener à bien cette réorientation. Il s'est ainsi doté d'un service qui évalue les détenus à leur arrivée, de places de travail offrant un encadrement socio-professionnel, d'un éventail élargi de prestations de resocialisation et de loisirs

ou encore d'une salle de sport. La structure de conduite de Thorberg a également été adaptée afin de renforcer et de standardiser la collaboration interdisciplinaire entre les différents groupes professionnels impliqués dans l'exécution judiciaire.

D'autres évolutions sont prévues, notamment la création d'ateliers de travail permettant de faire une formation professionnelle initiale, l'ouverture d'un centre de visite avec une pièce familiale et, pour le personnel, l'aménagement de locaux de bureau et de restauration adaptés.

D'avantage d'autonomie pour les détenus

Il y a également un grand nombre de nouveautés dans l'encadrement et l'accompagnement des détenus, qui visent à développer leur autonomie. Les détenus suivent des programmes de resocialisation adaptés à leurs besoins et sont évalués sur la base d'objectifs de développement. Le nouveau conseil des détenus leur permet d'apporter des idées, de faire connaître leurs besoins et de proposer des améliorations dans le fonctionnement de l'établissement. Ces nouveautés constituent un défi, à la fois pour le personnel et pour les

détenus. C'est pourquoi des investissements sont réalisés pour proposer au personnel une formation continue ciblée.

Une situation apaisée et un nouveau positionnement

L'introduction et la consolidation à venir du nouveau fonctionnement donnent, selon le communiqué, le signal du départ à l'actuel directeur. Celui-ci assurera la transition avec sa successeuse ou son successeur d'ici l'automne. Hans-Rudolf Schwarz avait accepté la mission de repositionner Thorberg à l'automne 2019, en plus de son poste à la tête de l'établissement pénitentiaire de Witzwil, en se mettant à disposition après l'âge de la retraite. Le directeur de la sécurité du canton de Berne Philippe Müller lui a rendu hommage, déclarant que sa longue expérience dans le domaine de l'exécution judiciaire lui avait permis d'apaiser la situation à Thorberg et de réorienter l'établissement.

La sécurité reste prioritaire

L'établissement pénitentiaire de Thorberg assure l'exécution en milieu fermé des peines et mesures par plus de 170 hommes venant des onze cantons du concordat de la Suisse du Nord-Ouest et de la Suisse centrale. La sécurité est l'une de ses spécialisations car les détenus peuvent présenter un risque d'évasion et, pour certains, un risque de récidive d'infractions graves. C'est pourquoi, après sa réorientation, l'établissement continue de mettre l'accent sur la sécurité. Ainsi, lorsque les détenus sont évalués à leur arrivée, ils sont soumis à des processus standardisés pour estimer le risque d'évasion ou le risque d'agression sur le personnel ou les codétenus. (Red.)



Le nouveau positionnement de l'établissement pénitentiaire de Thorberg doit permettre de mettre en place les meilleures conditions possibles pour la réinsertion des détenus. Photo : Peter Schulthess, 2017

Des améliorations restent nécessaires selon le CPT

Plusieurs de ses recommandations ont déjà été mises en œuvre ou sont en voie de l'être

En Suisse, les personnes privées de liberté sont dans l'ensemble bien traitées. C'est ce que retient le Comité européen pour la prévention de la torture et des peines ou traitement inhumains ou dégradants (CPT) dans son rapport d'octobre 2021. Des améliorations restent toutefois nécessaires selon lui dans différents domaines. Plusieurs de ses recommandations ont déjà été mises en œuvre ou sont en voie de l'être depuis la publication de son rapport, comme le relate la réponse du Conseil fédéral du 18 mai 2022.

Lors de sa visite du 22 mars au 1^{er} avril 2021, une délégation du CPT a inspecté divers établissements de privation de liberté en Suisse, notamment la prison de Champ-Dollon et l'établissement fermé Curabilis à Genève, différents lieux de détention de la police cantonale genevoise, la prison du Bois-Mermet à Lausanne, la clinique de psychiatrie forensique de Königsfelden en Argovie, l'établissement d'exécution des sanctions pénales de Soleure et celui de Thorberg dans le canton de Berne, et le centre d'exécution des mesures d'Uitikon dans le canton de Zurich. Elle s'est entretenue avec des personnes privées de liberté en application du droit pénal, du droit de la procédure pénale, du droit civil ou du droit administratif. Elle s'est particulièrement intéressée au traitement des personnes placées en garde à vue policière ou dans un établissement pénitentiaire, des personnes souffrant de troubles psychiques et des personnes se trouvant en détention administrative en vertu du droit des étrangers.

Une surpopulation carcérale persistante

L'essentiel des personnes placées en garde à vue ou dans un établissement de privation de liberté en Suisse sont bien traitées selon le rapport du CPT. Dans les cantons de Genève et Zurich, le Comité a cependant reçu diverses indications laissant croire à un usage excessif de



Le rapport du CPT dénonce une surpopulation carcérale persistante dans certains établissements de Suisse romande.
Photo : cellule dans la prison de Champ-Dollon (Peter Schulthess, 2019)

la force lors des arrestations. Il s'inquiète également de ce que les médicaments sont parfois remis aux détenus par du personnel non médical. Le rapport du CPT dénonce par ailleurs une surpopulation carcérale persistante dans certains établissements de Suisse romande.

Mauvais traitements : tolérance zéro

Le Conseil fédéral prend acte des critiques du CPT et reconnaît le besoin d'apporter des améliorations au travail de la police. Dans la réponse qu'il a élaborée en concertation avec les autorités cantonales concernées, il souligne notamment l'attention accordée à la prévention de la violence policière aux stades mêmes du recrutement et de la formation du personnel. Ce sujet, de même que l'importance d'une action proportionnée, occupent aussi une place importante dans la formation continue. Les corps de police suisses ne tolèrent pas les mauvais traitements commis par leurs membres. En cas d'indices en ce sens, ils examinent les faits en interne et

les éclairent avec les collaborateurs impliqués et, le cas échéant, transmettent le dossier au ministère public afin qu'il puisse mener une enquête indépendante.

Dans sa réponse, le Conseil fédéral détaille les mesures visant à mettre en œuvre les recommandations du CPT ; certaines ont déjà été mises en œuvre, d'autres sont en voie de l'être. Des standards relatifs à l'administration de médicaments aux personnes détenues ont par exemple été élaborés et une base de données a été mise au point pour assurer la surveillance des places disponibles dans les établissements d'exécution des sanctions pénales. (Réd.)

Lien

Le rapport du CPT ainsi que la réponse du Conseil fédéral sont disponibles sur le site Internet de l'Office fédéral de la justice (www.bj.admin.ch).

Prise en charge psychiatrique : encore des améliorations à apporter

Rapport de la CNPT sur les soins de santé dans les établissements de privation de liberté

La Commission nationale de prévention de la torture (CNPT) estime que des améliorations sont encore nécessaires pour assurer une prise en charge psychiatrique adéquate dans les établissements de privation de liberté. L'accès aux soins psychiatriques et les interventions psychothérapeutiques de crise devraient être développés.

Le rapport thématique sur la prise en charge médicale dans les établissements de privation de liberté en Suisse (2019 – 2021), publié le 17 février dernier, reprend les constatations faites dans le premier rapport sur le sujet, qui couvrait les années 2018 et 2019. Il se concentre sur la prise en charge psychiatrique de base, les soins de santé sexospécifiques et la mise en œuvre de la législation sur les épidémies. La CNPT considère que, dans l'ensemble, la prise en charge médicale est assurée dans les établissements de privation de liberté. Elle juge positifs les efforts déployés par les établissements pour améliorer constamment les soins aux détenus. Elle estime cependant que des progrès sont encore possibles dans les trois domaines susmentionnés, en particulier dans les établissements mixtes de petite taille pour ce qui est de la prise en charge des détenues.

Davantage de troubles psychiques en détention

Les personnes détenues présentent souvent et plus fréquemment que la population générale des troubles psychiques. Elles ont donc besoin de soins psychiatriques adéquats, en particulier d'offres d'entretiens et de thérapie. L'accès aux soins psychiatriques doit en outre être régulier, rapide et à bas seuil. La CNPT estime que ces conditions ne sont que partiellement remplies. L'accès aux soins psychiatriques et les interventions psychothérapeutiques de crise doivent être développés.

Des améliorations nécessaires chez les femmes

La prise en charge gynécologique des détenues est, dans l'ensemble, assurée. La CNPT considère qu'il existe un potentiel d'amélioration en ce qui concerne l'évaluation de l'état de santé des femmes lors de leur entrée dans un établissement. Un examen devrait être systématique, notamment pour les séjours de longue durée. La CNPT déplore par ailleurs l'absence de prise en charge psychiatrique sexospécifique.

Elle considère également que des améliorations sont nécessaires pour les femmes détenues dans des établissements de privation de liberté de petite taille accueillant aussi bien des femmes que des hommes. En raison du principe de la séparation des sexes en détention, certaines femmes se retrouvent

parfois isolées pendant de longues périodes et disposent de moins de possibilités d'occupation. La CNPT recommande dès lors de placer les femmes dans des établissements appropriés ou d'examiner des alternatives à la détention.

Constatant encore des divergences dans l'application des dispositions en matière de lutte contre les épidémies, elle suggère d'harmoniser leur mise en œuvre dans toute la Suisse. (Réd.)

Le rapport complet sur la prise en charge médicale dans les établissements de privation de liberté en Suisse (2019 – 2021) est disponible sur le site internet de la Commission nationale de prévention de la torture (www.nkvf.admin.ch).

Manuel du CSCSP pour la prise en charge psychiatrique

Le Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP) a élaboré, en étroite collaboration avec les praticiens du domaine, un manuel pour la prise en charge psychiatrique dans le cadre de la privation de liberté. Cet ouvrage vise à donner des bases solides aux établissements de détention pour leur travail avec les personnes détenues qui souffrent de troubles psychiques ou qui risquent de développer une maladie psychique derrière les barreaux. Il tient compte des critiques répétées du Comité européen pour la prévention de la torture et des peines ou traitements inhumains ou dégradants (CPT) concernant la prise en charge psychiatrique des personnes détenues.

Étant donné la complexité de la problématique et les ressources humaines généralement très limitées dans ce domaine, la prise en charge psychiatrique représente souvent un défi de taille pour les établissements de privation de liberté. Le système pénitentiaire doit, compte tenu du devoir

d'assistance qui lui incombe, écarter à temps les risques de suicide et, par conséquent, prendre des mesures de prévention afin de préserver la santé psychique des personnes détenues. Le manuel fournit des explications et des recommandations concernant l'organisation des soins psychiatriques, les principes de la prise en charge psychiatrique ambulatoire et stationnaire, la prévention, l'admission, le séjour et la sortie, ainsi que les groupes de personnes ayant des besoins particuliers (femmes, mineurs, personnes présentant des troubles liés à la consommation de substances). Les conseils pour la mise en œuvre concrète des recommandations permettent des solutions adaptées aux spécificités locales. Le manuel entend également donner l'impulsion nécessaire à une amélioration de la collaboration interdisciplinaire entre la justice et les soins psychiatriques.

Le manuel Prise en charge psychiatrique dans le cadre de la privation de liberté est disponible sur le site internet du CSCSP (www.skjv.ch).



Pour la CNPT, des améliorations sont encore nécessaires pour assurer une prise en charge psychiatrique adéquate dans les établissements de privation de liberté, notamment au niveau des offres d'entretien et de thérapie.
Photo : art-thérapie dans l'établissement pénitentiaire de Soleure (Peter Schulthess, 2019)

Entretenir de solides relations sociales est essentiel

Gros plan sur un projet de recherche qui s'est intéressé à la réinsertion des anciens détenus

La réinsertion des personnes condamnées pour des infractions pénales repose sur des processus complexes et interdépendants, dans lesquels les relations sociales jouent un rôle clé. Selon une étude longitudinale menée pendant neuf ans par l'Université de Zurich, la continuité et la fiabilité d'une relation, mais aussi la volonté mutuelle des intéressés de s'impliquer dans cette relation, sont primordiales.

Dans le cadre du projet de recherche « Wege aus der Straffälligkeit – Reintegration ehemaliger Strafgefangener » (Quitter la voie de la délinquance – réinsertion des anciens détenus), porté par l'Université de Zurich et financé par le Fonds national suisse, cinq sessions d'entretiens ont été menées entre 2013 et 2022 avec des hommes condamnés pour des infractions pénales. Jakob Humm, qui a collaboré à ce projet, évoque, dans un article paru dans la Nouvelle revue de criminologie et de politique pénale (1/2022), trois facteurs essentiels pouvant avoir un effet durable sur la réinsertion sociale des anciens détenus, à savoir l'intégration sur le marché du travail, la gestion des contraintes ainsi que le développement et l'entretien de relations sociales.

Un très grand nombre de personnes interrogées s'efforcent d'avoir une occupation ou un emploi régulier. Une large majorité d'entre elles accordent en outre une importance considérable à l'épanouissement professionnel. L'espoir de devenir autonome financièrement et l'envie de retrouver une forme de normalité sociale grâce à un emploi régulier sont autant de raisons qui les motivent à s'insérer sur le marché du travail. La santé physique et mentale est une charge souvent citée par les personnes interrogées. Des années après leur libération, nombre d'entre elles faisaient encore face aux conséquences de leurs longues années de dépendance à des substances nocives, subissaient des reproches ou étaient

rejetées en raison de leur passé criminel. Les dettes et les lourdes conséquences qu'elles peuvent parfois engendrer, telles qu'une saisie de salaire ou une insolvabilité, constituent une autre charge importante.

Les relations sociales au cœur de l'étude

Dans son article, Jakob Humm s'est intéressé aux relations sociales, dont l'importance est incontestée dans les travaux de recherche sur la sortie de la délinquance (désistance). L'étude confirme ainsi que le fait notamment d'être marié ou d'avoir un partenaire, ou encore d'être socialement intégré sur son lieu de travail, favorise la réinsertion dans la société. Bénéficier de l'aide de professionnels, en particulier au moment du retour à la liberté, est également fondamental. En résumé, on peut affirmer, selon Jakob Humm, que « les relations sociales revêtent, pour de nombreuses personnes interrogées, une importance considérable, que ce soit dans le domaine privé ou professionnel ». A la sortie de prison, les parents jouent pour beaucoup un rôle capital par « le soutien à la fois pragmatique et émotionnel » qu'ils apportent. Leur place devient de moins en moins importante au fil du temps, les époux ou les partenaires venant prendre le relais.

Les professionnels semblent, eux aussi, jouer à long terme un rôle essentiel pour de nombreuses personnes interrogées. Selon Jakob Humm, « cela pourrait être dû aux difficultés que rencontrent les anciens délinquants pour nouer de nouvelles amitiés dans leur cercle privé ou pour trouver un partenaire ». L'étude a cependant aussi permis de constater qu'un suivi ou un accompagnement institutionnel peut parfois être perçu comme un moyen de contrôle et d'assujettissement.

Point de vue d'une personne concernée

Partant d'un cas isolé, Jakob Humm explique en détail l'importance que les personnes concernées accordent aux relations sociales.

Reconnu coupable de plusieurs délits, Noah a été condamné à une mesure applicable aux jeunes adultes, durant l'exécution de laquelle il a effectué un apprentissage de menuisier. Il fait partie des personnes interrogées qui ont su accepter l'aide de professionnels et s'adapter au système carcéral. Pendant qu'il exécutait sa mesure, il a par ailleurs pu maintenir des contacts avec des personnes à l'extérieur. S'il a réussi à sortir de la délinquance, c'est parce qu'il a pu compter sur un réseau relationnel solide après sa libération et trouver du travail grâce à la formation professionnelle suivie. De plus, alors qu'il était confronté à une situation de crise, il a été capable, grâce au soutien de sa compagne, d'accepter de manière proactive l'aide de professionnels et de trouver une solution pour sortir de l'endettement.

Des solutions concrètes et tournées vers l'avenir

Ce cas particulier montre clairement, selon Jakob Humm, « que l'aide de professionnels est immédiatement bien acceptée si des solutions ou des mesures de soutien concrètes et tournées vers l'avenir peuvent être proposées ». Grâce à la formation professionnelle qu'il a suivie, Noah a pu s'insérer sur le marché du travail et acquérir une certaine autonomie financière. Le service de conseil en matière de dettes lui a apporté une aide concrète qui lui a permis de réduire son surendettement de manière ciblée. Pour Noah, les effets de ces aides étaient évidents, salutaires et atteignables. Il avait par contre plus de mal à comprendre l'intérêt des interventions pédagogiques et thérapeutiques. Elles lui semblaient avoir peu de sens et être en grande partie inutiles, ce qui pourrait être lié au fait que « les mesures pédagogiques et thérapeutiques ont un caractère plutôt correctif, qu'elles peuvent être tournées vers le passé et donc aussi avoir un côté douloureux pour les clients ».



Prise de conscience et volonté

La coopération avec les professionnels ne peut par ailleurs fonctionner que si le client finit par admettre la nécessité d'agir et s'il est prêt à accepter une prise en charge socio-pédagogique dans un cadre hiérarchisé. Noah a réussi à franchir ces étapes, notamment parce qu'il disposait de solides relations sociales à l'extérieur et qu'il a pu suivre une formation professionnelle pendant l'exécution de sa mesure. Ces deux facteurs combinés pourraient expliquer le bon déroulement dans l'ensemble de la phase de transition pour lui : il avait un poste à sa sortie ainsi qu'un foyer et il est parvenu, selon ses propres termes, à sortir de la délinquance. De plus, Noah semble être en mesure d'accepter

les fractures dans son parcours de vie et, si nécessaire, d'en parler.

Reconnaissance de l'utilité et effets tardifs

Ce qui est frappant dans le récit de Noah, c'est le poids qu'il accorde à l'authenticité : il considère que seuls les éducateurs spécialisés ayant connu des fractures dans leur parcours de vie peuvent se mettre à la place des personnes ayant le même vécu et instaurer une relation de confiance solide. « Dans notre échantillon, nombreux sont ceux à qui il a fallu du temps pour reconnaître l'utilité des mesures pédagogiques et thérapeutiques », constate Jakob Humm. Pendant l'exécution de sa mesure, Noah avait plutôt une attitude

Le fait de suivre une formation professionnelle pendant l'exécution d'une sanction (photo : menuiserie du centre d'exécution des mesures d'Uitikon ZH) donne la possibilité de s'insérer sur le marché du travail et de devenir autonome financièrement. Photo : Peter Schulthess, 2018

de réserve à l'égard des spécialistes. Ce n'est que plus tard que les effets de la stratégie apprise se sont fait sentir et qu'il s'est montré prêt à accepter l'aide de professionnels. Il est clairement apparu, notamment pendant la période de surendettement, que ses relations aussi bien professionnelles que privées l'avaient grandement aidé à surmonter son sentiment de honte et à faire un premier pas pour résoudre ce problème. (gal)

Un investissement dans la réinsertion sociale qui en vaut la peine

Une solution multimédia grisonne fait école dans le Land de Berlin

La solution multimédia choisie dans les deux établissements pénitentiaires grisons de Realta et de Cazis Tigne permet aux détenus de se connecter au monde numérique afin de se préparer au mieux à leur vie après leur libération. Cet investissement dans une réinsertion sociale effective porte ses fruits et a d'ailleurs fait des émules en Allemagne, où le Land de Berlin a repris cette solution.

Kurt Leuenberger



Kurt Leuenberger dirige le département IT/Communication d'IBG Engineering SA. Son équipe a planifié et accompagné le déploiement de la solution multimédia dans les établissements pénitentiaires de Realta et de Cazis Tigne. Elle équipe actuellement quelque 3500 cellules dans sept établissements pénitentiaires du Land de Berlin.

L'exécution des peines privatives de liberté doit permettre à l'avenir aux détenus de vivre sans commettre d'infractions et de se réinsérer dans la société. La numérisation progressant à grands pas dans tous les domaines de cette dernière, les institutions de privation de liberté sont, elles aussi, contraintes d'aborder le virage numérique. Comme dans l'éducation des enfants, il convient, dans ce cadre-là aussi, de permettre une utilisation des médias numériques qui profite à tous. Le modèle des salles informatiques centralisées à l'accès limité est révolu. Une solution multimédia moderne, principalement utilisée dans les cellules de prison, permet aujourd'hui de concilier connexion au monde numérique et respect des exigences de sécurité de l'établissement.

Les Grisons à l'avant-garde

Entre 2016 et 2019, notre équipe d'IBG Engineering a, dans une première étape, planifié et accompagné le déploiement de la solution multimédia dans l'établissement pénitentiaire ouvert de Realta. Elle a ensuite pu mettre à profit l'expérience acquise dans le cadre de ce projet pilote lors de la mise en place de cette solution dans l'établissement fermé de Cazis Tigne, qui est en service depuis 2020. Il est

alors apparu que cette solution de numérisation convenait aussi bien pour les constructions existantes que pour les nouvelles. Elle a par ailleurs suscité l'intérêt à l'étranger : une délégation des autorités du Land de Berlin compétentes en matière d'exécution des sanctions pénales a tellement été enthousiasmée par cette solution d'avenir lors d'une visite à Realta et à Cazis Tigne qu'elle a pris contact avec les ingénieurs responsables.

Importante commande du Land de Berlin

De nombreux échanges ont eu lieu, suite à quoi le Land de Berlin a passé une importante commande à IBG Engineering. Après avoir défini les besoins de chaque établissement, mis au point les solutions techniques adaptées – il ne s'agit pas d'une solution standard – et lancé un appel d'offres à l'échelle européenne, notre équipe pourra, entre juin 2022 et mars 2023, suivre le déploiement de ces solutions dans quelque 3500 cellules de sept établissements pénitentiaires berlinois. Berlin sera ainsi le premier Land allemand à offrir un accès aussi large au monde numérique aux détenus séjournant dans tous ces établissements. Ce projet de numérisation d'une ampleur sans précédent en Europe devrait servir de modèle, au même titre que le projet mené dans les deux établissements grisons.

Des solutions flexibles et sur mesure

Les solutions numériques déployées dans le canton des Grisons et le Land de Berlin se révèlent extrêmement flexibles, pouvant être adaptées aux besoins spécifiques des établissements ou aux différentes étapes de progression dans l'exécution des sanctions. En outre, les fonctionnalités proposées peuvent être pa-



La solution mise en place offre une expérience d'utilisation simple et intuitive, et son menu, qui se décline en plusieurs langues, simplifie considérablement la communication. Photo : Peter Schulthess, 2021

ramétrées pour certains groupes ou certaines personnes en particulier. La solution offre une expérience d'utilisation simple et intuitive, et son menu, qui se décline en plusieurs langues, simplifie considérablement la communication et l'échange d'informations. En l'utilisant, non seulement les détenus améliorent leurs compétences techniques et méthodologiques dans le monde numérique, mais ils s'entraînent aussi à gérer leur argent. Les comptes d'utilisateurs des détenus sont en effet associés à leur compte en espèces personnel, leur permettant ainsi d'acheter des services numériques ou de se procurer des articles sur une boutique en ligne. Ces fonctionnalités contribuent au respect du principe de normalité.

Communication externe

Un navigateur Web permet par ailleurs aux détenus de surfer sur Internet. La solution dispose, en outre, d'un service de messagerie électronique doté de plusieurs fonctionnalités, comme par exemple un outil de traduction automatique destiné aux instances chargées des contrôles. Des listes blanches permettent de restreindre ou d'autoriser explicitement la navigation sur Internet et l'envoi de courriers électroniques pour certains groupes de détenus ou certaines personnes. Vient s'ajouter une fonction téléphone qui permet aux responsables de l'établissement de surveiller les conversations à des fins de sécurité.

Communication interne

Au niveau interne, la solution multimédia mise en place permet une communication simple et totale avec les détenus. Fini les panneaux d'affichage sur lesquels on accroche un nombre incalculable de feuilles souvent rédigées dans plusieurs langues ou qu'il faut remplacer régulièrement pour mettre à jour leur contenu. La solution numérique à laquelle ils ont laissé place offre une meilleure vue d'ensemble et améliore la disponibilité des informations importantes. La boutique en ligne, sur laquelle les détenus peuvent acheter des articles disponibles dans la prison, comme des produits d'hygiène ou des denrées alimentaires, constitue une autre possibilité d'utilisation interne.

La solution multimédia met en lien l'homme et la technique, et favorise la réinsertion sociale par la numérisation. Elle met à disposition les outils adaptés aux différents besoins ainsi que la solution TIC requise.

Demandes et canaux de divertissement numériques

Le système de demande en ligne vient, lui aussi, simplifier grandement un important processus interne. Les détenus peuvent ainsi directement soumettre leurs demandes de congés ou de visites par voie numérique, ce qui améliore considérablement la transparence ainsi que la traçabilité des processus et profite aux deux parties. Les détenus ont également à leur disposition plusieurs canaux de divertissement. Ils peuvent, par exemple, jouer à des jeux en ligne, écouter la radio, regarder la télévision et enregistrer des émissions.

Administration

Grâce à un modèle différencié de rôles et de droits d'accès, il est facile d'ouvrir des comptes pour les détenus via des groupes d'utilisateurs prédéfinis. Les services et droits attribués peuvent également être personnalisés. Un compte en espèces peut, par ailleurs, être ouvert en même temps que le compte d'utilisateur. En règle générale, les différents services sont activés ou bloqués selon des plages horaires fixées pour chaque jour de la semaine. Lorsqu'un détenu enfreint les prescriptions d'exécution, il est possible de bloquer ponctuellement certains services ou de restreindre davantage l'accès à ces derniers, à titre de sanction disciplinaire. À des fins de contrôle, le système permet de générer des extraits de compte, le détail des connexions ou des éléments attestant d'une manipulation abusive des terminaux. Il signale par ailleurs immédiatement tout incident grave.

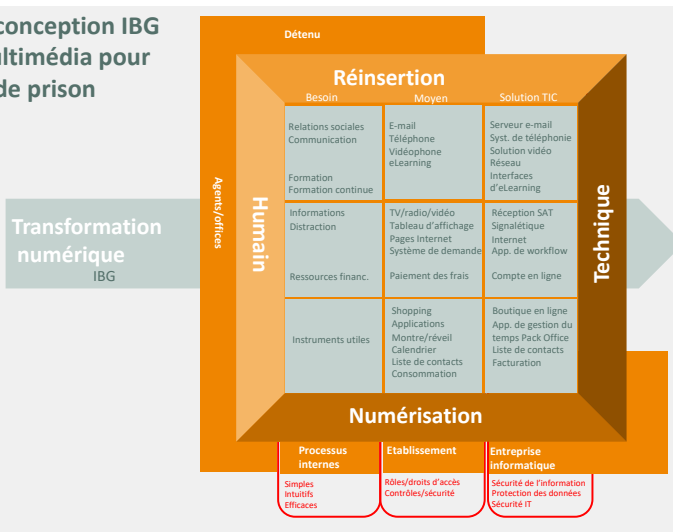
Des installations comparables à des ordinateurs

Les cellules sont souvent équipées d'installations techniques comparables à des ordinateurs, qui ont été spécialement conçues pour les établissements pénitentiaires. Dans les salles communes ou les salles réservées au personnel, des terminaux numériques permettent d'utiliser des téléviseurs ou des vidéoprojecteurs comme périphériques de sortie. Il est également possible de raccorder des appareils téléphoniques simples au système. Toutes les applications multimédias peuvent ainsi être intégrées dans ce dernier, ce qui se révèle judicieux et répond souvent aux exigences de l'établissement. Le logiciel des installations techniques veille à ce qu'aucun appareil tiers ne se connecte et signale toute tentative avortée.

La réinsertion sociale par la numérisation

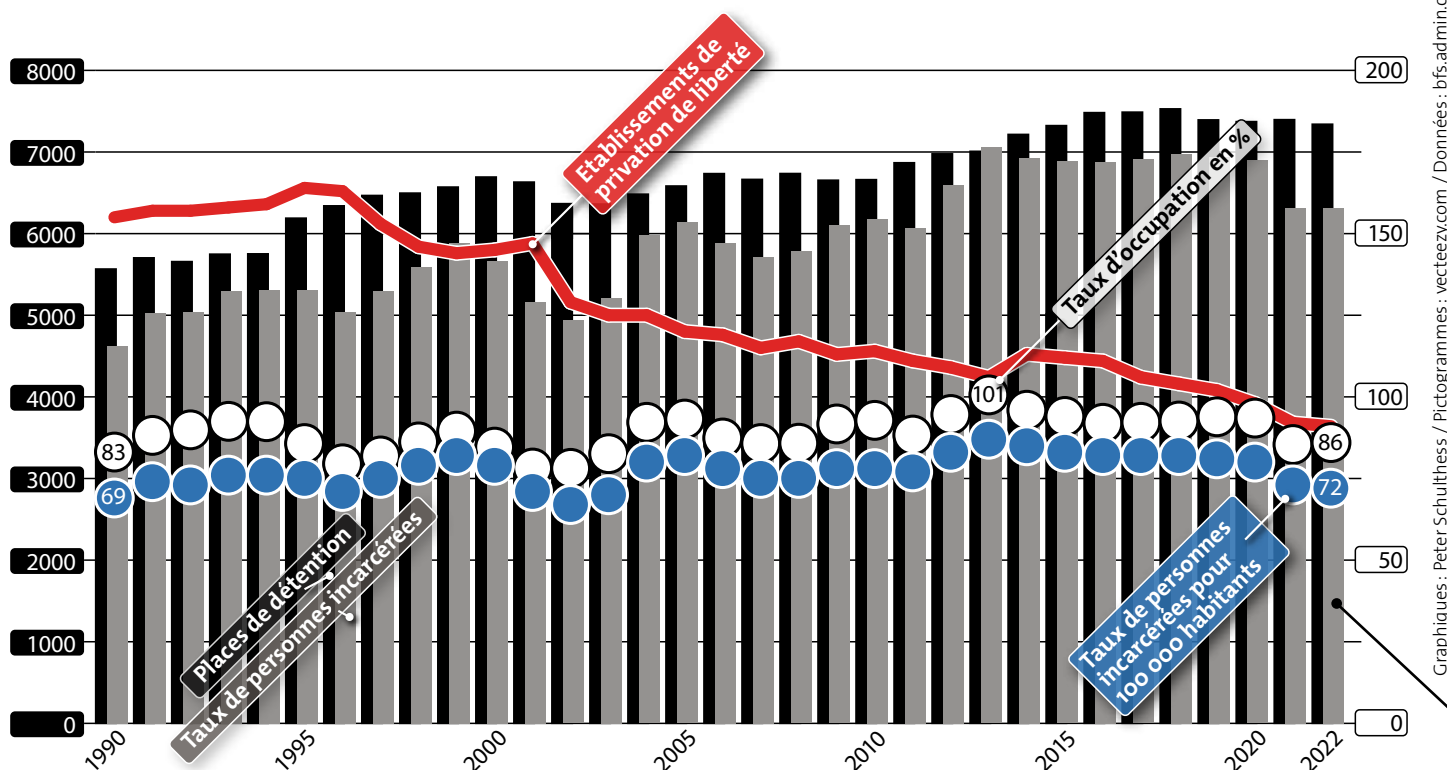
Des travaux de recherche confirment que l'utilisation d'outils multimédias est une solution adéquate. Le projet « Resozialisierung durch Digitalisierung » (La réinsertion sociale par la numérisation), qui a été mené de 2018 à 2021 dans l'établissement pénitentiaire de Heidering sur mandat du Département de la justice, de la diversité et de la lutte contre la discrimination du Land de Berlin (Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung), révèle ainsi que les médias numériques peuvent être utilisés en toute sécurité lors de l'exécution d'une sanction pénale et qu'ils aident à préparer la vie après la libération. Les enseignements tirés dans le cadre de ce projet de recherche ont, eux aussi, été pris en compte lors du passage au numérique des sept établissements pénitentiaires du Land de Berlin.

Modèle de conception IBG Solution multimédia pour les cellules de prison



Du changement et de la stabilité

Relevé de l'OFS sur la privation de liberté

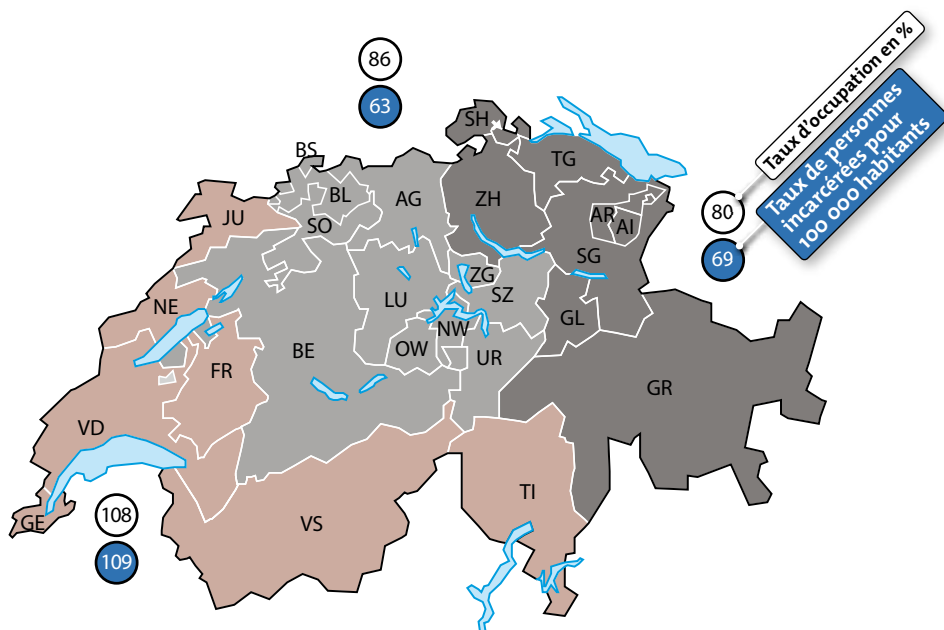


Selon le relevé de l'Office fédéral de la statistique (OFS) sur la privation de liberté, la Suisse comptait **6310 personnes détenues** au 31 janvier 2022, soit une très légère diminution (6 personnes) par rapport au même jour de référence en 2021. Il y avait donc **72 personnes détenues pour 100 000 habitants**.

Au cours des trente dernières années, le nombre de personnes incarcérées a connu une forte augmentation, passant de 4625 à 6310. Leur effectif pour 100 000 habitants est, quant à lui, resté globalement stable durant cette période.

Sur un total de **7341 places** disponibles dans les 91 établissements de privation de liberté, **86 % étaient occupées**. Le taux d'occupation était donc en légère hausse de **0,6 %** par rapport à l'année précédente mais restait nettement inférieur à celui enregistré au cours des douze années précédentes. En comparaison à long terme, il était aussi globalement stable.

Le nombre d'**établissements de privation de liberté** a diminué de manière quasi continue ces trente dernières années, passant de 155 à 91. La tendance étant à la fermeture des établissements de petite taille au profit d'établissements plus grands, leur capacité totale a augmenté durant cette période, de 5567 à 7341 places de détention.



En ce qui concerne l'effectif des détenus et le taux d'occupation, il existait des **différences** significatives entre les deux concordats alémaniques d'exécution des peines et le concordat latin.

● Au 31 janvier 2022, la **Suisse du Nord-Ouest** comptait 2112 détenus (soit 63 pour 100 000 habitants), la **Suisse orientale** 1662 (soit 60 pour 100 000 habitants) et la **Suisse latine** 2536 (soit 97 pour 100 000 habitants).

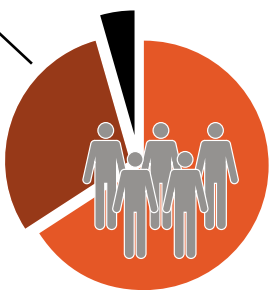
○ Le taux d'occupation s'élevait à 86,4 % en **Suisse du Nord-Ouest**, à 72,7 % en **Suisse orientale** et à 97,2 % en **Suisse latine**.

Le taux de personnes incarcérées pour 100 000 habitants et le taux d'occupation permettent également d'établir des **comparaisons entre pays** sur la base des données compilées par le World Prison Brief. Les pays qui présentent les taux les plus élevés au monde sont les Etats-Unis et la République démocratique du Congo.

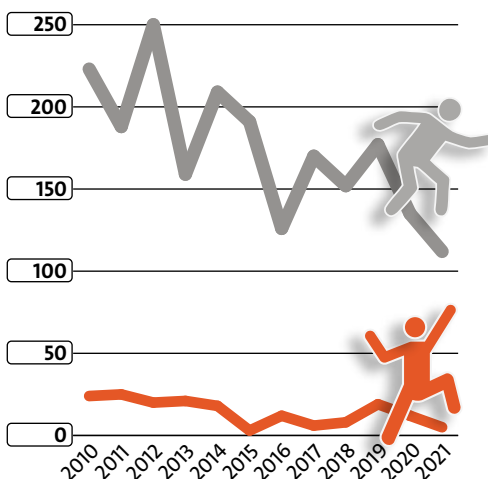
Taux de personnes incarcérées	Taux d'occupation
Etats-Unis (629)	RDC (617 %)
Pologne (190)	France (114 %)
France (119)	Etats-Unis (96 %)
Suisse (72)	Suisse (86 %)
Allemagne (70)	Allemagne (82 %)
Finlande (50)	Pays-Bas (73 %)



Au jour de référence, **380 femmes** étaient détenues en Suisse, ce qui représentait 6 % ↑ de l'effectif total. Il s'agit du taux le plus élevé enregistré depuis 2009 (6,2 %).



- Au jour de référence, la majorité des personnes détenues (4166, soit **66 %**) se trouvaient en **exécution de peine ou de mesure** (y compris en exécution anticipée de peine),
- 1872 (**30 %**) étaient en détention avant jugement ou en **détention pour des motifs de sûreté** et
- 272 (**4 %**) étaient détenues pour d'**autres motifs**.



En 2021, **5 évasions** ⚡ d'établissements fermés et **112 fuites** ⚡ d'établissements ouverts ont été recensées. A une exception près (3 évasions en 2015), ces chiffres étaient les plus bas enregistrés depuis 2010, année où les évasions et les fuites ont été prises en compte pour la première fois.

Perspectives et préparation au retour : un service toujours plus sollicité

La Croix-Rouge suisse Canton de Berne a déjà conseillé 3600 personnes en détention

Le service de conseil en matière de perspectives et de préparation au retour (programme Détention) de la Croix-Rouge suisse Canton de Berne aide les personnes qui doivent quitter la Suisse au terme de leur détention à mieux comprendre leur situation et à élaborer des perspectives dans leur pays d'origine. De plus en plus sollicité, il a également des effets bénéfiques sur le climat de détention.



Rahel Zbinden : « Réfléchir le plus tôt possible à l'avenir et au retour dans le pays d'origine. »

Le service de conseil en matière de perspectives et de préparation au retour (programme Détention) a été mis en place par la Croix-Rouge suisse (CRS) à la suite du durcissement du droit des étrangers accepté par le parlement en 2005. Depuis 2008, la CRS Canton de Berne a apporté un soutien à quelque 3600 personnes détenues dans le cadre de 8740 consultations. En moyenne, on compte deux consultations par personne ; dans certains cas, une seule suffit, alors que dans d'autres, il en faut jusqu'à une douzaine. Les conseils sont neutres et confidentiels ; aucun objectif précis n'est fixé d'emblée.

Au début de la phase pilote, quelques autres associations cantonales ont elles aussi proposé la nouvelle offre, mais pour différentes raisons, elles n'ont pas réussi à la maintenir. La CRS Canton de Berne prend en charge le coût des consultations pour les personnes dont le départ est du ressort du canton de Berne ; un contrat de prestations a été signé avec celui-ci en 2011. Les prestations du programme Détention sont fournies sous une forme similaire par les sections fribourgeoise, valaisanne et genevoise de la Croix-Rouge. « Nous recevons de plus en plus de demandes de consultations pour des personnes détenues dans d'autres cantons », déclare Rahel Zbinden, responsable du service de conseil en matière de perspectives et de préparation au retour de la CRS. Moyennant une garantie de prise en charge des coûts, l'équipe assure également ces consultations. Elle est même prête à faire un pas supplémentaire : « Nous sommes disposés à partager notre savoir-faire et à collaborer à la mise en place de services de conseil dans d'autres cantons ».

Collaboration et contacts

L'équipe de conseil collabore avec diverses autorités : offices des migrations, services d'exécution et de probation, services sociaux et référents dans les établissements de détention. Rahel Zbinden qualifie cette collabo-

ration de constructive. Les compétences sont clairement définies : « Nous n'avons aucune influence sur la décision de renvoi. Nous essayons de soutenir la personne concernée le mieux possible dans le cadre donné, en mettant ses besoins au centre de notre travail de conseil. Notre objectif est de lui permettre de retourner dans son pays d'origine ou dans un pays tiers la tête haute. » Les conseils prodigués visent en outre à faciliter la communication entre la personne détenue et les autorités et à favoriser la compréhension mutuelle.

L'établissement de contacts constitue un autre élément important. Il ne se limite pas aux organisations partenaires comme la Croix-Rouge suisse et le Service social international (SSI) à Genève. « Nous nous appuyons toujours sur le réseau des personnes que nous conseillons et nous les encourageons à entreprendre un maximum de démarches par elles-mêmes », souligne Rahel Zbinden. « La personne en question a-t-elle des proches ou connaît-elle, en Suisse ou dans son pays, des personnes ou des organisations qui pourraient l'aider ? »

Des priorités différentes

Deux tiers des personnes conseillées se trouvent en détention en vue du renvoi ou de l'expulsion. Un grand nombre d'entre elles ont reçu une réponse négative à leur demande d'asile en Suisse et sont en attente d'un renvoi dans leur pays d'origine ou dans un autre État Dublin. Dans les discussions avec ces personnes, il est particulièrement important de faire le point : comment se présente leur situation ? Où seront-elles renvoyées ? L'équipe de conseil peut-elle leur fournir des adresses de centres d'accueil ou autres ?

Le groupe des personnes en exécution de peine est hétérogène. On y trouve aussi bien des individus qui ont commis une infraction lors d'un court séjour en Suisse que

des personnes qui vivent dans notre pays depuis de nombreuses années, voire qui y sont nées, mais qui doivent quitter la Suisse à la suite d'un acte punissable. Dans les discussions avec ces personnes, l'élaboration de perspectives, la préparation au retour et la mobilisation du réseau dans le pays d'origine revêtent une importance fondamentale. Il s'agit également de leur donner les outils et la motivation nécessaires pour prendre leur avenir en main et engager elles-mêmes des recherches et des préparatifs. Selon Rahel Zbinden, « la réflexion sur le retour et les préparatifs entrepris aident les personnes conseillées à reprendre pied dans leur pays, à trouver une activité professionnelle légale et à ne pas retomber dans la délinquance ».

Le plus tôt possible

Comment la mission de resocialisation peut-elle être menée à bien dans le cadre de l'exécution de la sanction lorsqu'une personne doit quitter la Suisse après avoir purgé sa peine ? « Le fait que la personne détenue réfléchisse le plus tôt possible à son avenir et au retour dans son pays, de préférence dès le début de la détention, ouvre des possibilités intéressantes », estime Rahel Zbinden. « Elle doit mettre à profit le temps passé en détention pour développer ses ressources et préparer son avenir. » Durant sa détention, elle pourrait par exemple suivre une formation qui lui permette de trouver un emploi approprié dans son pays ou engranger des expériences professionnelles utiles pour la mise en œuvre d'un projet.

Garder le contact

En outre, la personne en détention devrait pouvoir rester en contact – par exemple via Skype ou par téléphone – avec sa famille et ses amis dans son pays d'origine, le soutien des proches étant particulièrement important pour la resocialisation. « Bien souvent, la famille dans le pays d'origine ignore que le père ou le fils est en détention et va être renvoyé », souligne Rahel Zbinden. « De ce fait, il faut beaucoup de temps pour la pré-

parer à ce retour et s'assurer son soutien en vue de la réinsertion ; une discussion d'un quart d'heure par semaine au téléphone ne suffit pas. »

Les trois éléments clés du conseil

L'analyse de situation vise à encourager la personne détenue à réfléchir à sa situation actuelle en Suisse. Pour ce faire, l'équipe de conseil lui transmet des informations sur son statut de séjour, sur la procédure de renvoi ainsi que sur ses droits et obligations. Souvent, cela revient à lui enlever l'espoir de rester en Suisse. Le conseil en matière de perspectives l'invite à se pencher sur la situation qui l'attend dans son pays d'origine ou dans un État tiers. La question de la famille, l'insertion sociale et les possibilités d'emploi et de logement sont notamment abordées.

La préparation au retour englobe, entre autres, un soutien pour obtenir les documents de voyage, la transmission d'informations sur les possibilités de traitement médical et les questions pratiques et, si possible, la mise en contact avec des centres d'accueil dans le pays de retour. L'équipe de conseil apporte en outre son soutien pour les démarches auprès de l'AVS et de la caisse de pension ou pour clarifier les possibilités à

disposition pour maintenir le contact avec les enfants qui restent en Suisse. Elle se charge parfois aussi de trouver quelqu'un qui viendra accueillir la personne à l'aéroport à son retour au pays.

Peu de feed-back

L'équipe de conseil ne peut pas assurer de suivi approfondi après le retour. « Il est difficile de garder le contact. Après son renvoi, la personne veut généralement tirer un trait sur sa vie en Suisse et se consacrer à sa nouvelle existence », explique Rahel Zbinden. De ce fait, les feed-back sont rares.

Monsieur F. lui a récemment donné de ses nouvelles après être rentré au Libéria. Arrivé en Suisse encore enfant avec sa mère et sa sœur, il a perdu son autorisation de séjour à la suite d'une infraction. Père de deux enfants, il a pourtant accepté, après avoir épuisé toutes les voies de droit, de retourner dans son pays et a signé une déclaration de retour volontaire, ce qui a simplifié l'obtention des papiers. L'équipe de conseil a facilité les contacts et les échanges directs entre les différents acteurs, de sorte que Monsieur M. a finalement bénéficié d'une libération conditionnelle. Dans son feed-back, il décrit comment il gagne aujourd'hui sa vie au



Libéria grâce à la tondeuse à cheveux qu'il a pu ramener de Suisse.

Collaboration avec le SSI

Dans certains cas, l'équipe de conseil peut adresser une demande de soutien à la réintégration au Service social international (SSI). Celui-ci aide les personnes rentrées dans leur pays en leur allouant un petit capital de départ et les accompagne sur place dans la planification et la mise en œuvre d'un projet professionnel ou d'une formation (voir encadré : De la délinquante à la patronne). Par ailleurs, le SSI réalise depuis 2019, en collaboration avec l'Office cantonal de la déten-

tion de Genève et le service d'aide au retour de la Croix-Rouge genevoise, le programme Restart, qui vise à encourager les personnes détenues à se projeter dans la construction de perspectives de réintégration dans leur pays d'origine.

« Vous m'avez redonné le sourire »

La plupart des personnes conseillées apprécient de pouvoir discuter avec des représentants d'une organisation neutre. « Souvent, elles nous remercient de les accueillir avec dignité et de les traiter d'égal à égal. Grâce à nos conseils, elles comprennent mieux leur situation, ce qui peut les amener à accepter

le renvoi et les inciter à réfléchir aux perspectives possibles dans leur pays », constate Rahel Zbinden. Elles éprouvent souvent une immense gratitude, comme en témoignent ces quelques mots d'une femme qui a bénéficié des conseils : « Je suis tellement reconnaissante à la Croix-Rouge de m'avoir donné la chance de revivre, de m'avoir montré qu'il y a encore une vie pour moi après la prison. Je n'ai pas assez de mots pour décrire ce que cela signifie pour moi [...] Merci de nous avoir redonné le sourire, à moi et à d'autres personnes qui avaient elles aussi perdu espoir. »

Une plus-value pour toutes les parties impliquées

Globalement, l'effet positif des conseils prodigués par la CRS est aussi confirmé par le personnel des établissements de détention. Lors d'une enquête réalisée en 2016, celui-ci a notamment relevé que les personnes détenues comprenaient mieux leur situation grâce aux conseils reçus et qu'elles se sentaient prises au sérieux. Elles étaient mieux informées et plus calmes, ce qui déchargeait le personnel des établissements. « Dans l'idéal, nos consultations ont un effet bénéfique sur le climat de détention. Les personnes conseillées connaissent leur situation et posent donc moins de questions au personnel. Elles se concentrent sur leur avenir », résume Rahel Zbinden. « Nous recevons régulièrement des échos positifs des établissements de détention et nous prévoyons de mener une nouvelle enquête l'an prochain. Nous voulons continuer à améliorer et étoffer notre offre pour apporter une plus-value à toutes les parties impliquées », ajoute-t-elle. (gal)

De la délinquante à la patronne

Madame R. a vécu en Suisse pendant 27 ans. À la suite d'une peine d'emprisonnement, son autorisation de séjour n'a plus été prolongée et elle a été renvoyée au Cameroun, son pays d'origine. L'équipe du programme Détention l'a aidée à réfléchir à des perspectives possibles et a déposé auprès du Service social international (SSI) une demande de soutien pour un projet dans son pays. Par ailleurs, elle s'est occupée des démarches auprès de l'AVS et de la caisse de pension et a pu garantir la poursuite du traitement médical au Cameroun.

À 47 ans, Madame R. est donc retournée chez sa mère et sa sœur. Grâce au soutien du SSI, elle a pu

ouvrir un bar, qu'elle gère avec succès. Aujourd'hui, elle emploie même des membres de sa famille, ce qui leur assure un revenu régulier et une vie digne. Malgré le soutien dont elle a bénéficié, elle a régulièrement été confrontée à des situations difficiles et à des préjugés après son retour. Elle n'en tire pas moins un bilan positif : « Je suis fière et reconnaissante à la Croix-Rouge et au SSI, car sans ces deux organisations, je ne sais pas ce que je serais devenue. Le plus beau souvenir que je garde de la réalisation de mon projet est d'avoir pu suivre les travaux pas à pas et d'être accompagnée par des personnes formidables. Je reste optimiste pour l'avenir, car mon bar marche très bien. »



Lien

De plus amples informations sur le service de conseil en matière de perspectives et de préparation au retour (programme Détention) figurent sur le site internet de la Croix-Rouge suisse Canton de Berne (www.srk-bern.ch).

Grâce à son bar, Madame R. peut envisager l'avenir avec optimisme. Photo : SSI

Établissement d'une statistique sur la prise en charge extrafamiliale d'enfants

Décision du Conseil fédéral

Lors de sa séance du 23 février, le Conseil fédéral a chargé le Département fédéral de justice et police (DFJP), le Département fédéral de l'intérieur (DFI) et les conférences intercantionales concernées d'effectuer les travaux nécessaires en vue de l'établissement d'une statistique nationale sur la prise en charge extrafamiliale d'enfants.

En Suisse, il y a peu d'informations sur le nombre d'enfants et d'adolescents pris en charge en dehors de leur famille et sur leur situation ; il n'existe pas de statistique dans ce domaine. Des données uniformes sont pourtant nécessaires pour développer les possibilités d'aide pour les jeunes et les familles en difficulté.

En réponse à une recommandation du Comité des droits de l'enfant des Nations Unies, le Conseil fédéral a chargé le DFJP et le DFI d'examiner, dans un premier temps, si la

banque de données Casadata, gérée par l'Office fédéral de la justice (OFJ) dans le cadre du subventionnement des établissements d'éducation, pourrait être transformée en une statistique nationale sur la prise en charge extrafamiliale d'enfants. L'analyse a montré que les données actuelles dans les cantons sont trop disparates pour être réunies dans une base nationale ; par ailleurs, les cantons estiment qu'un développement de Casadata serait trop coûteux en temps et en argent.

En conséquence, le Conseil fédéral a chargé le DFJP d'entreprendre, en collaboration avec le DFI, la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS) et la Conférence en matière de protection des mineurs et des adultes (COPMA), une analyse approfondie des informations disponibles dans les cantons et, en s'appuyant sur cet état des lieux, de définir les bases et les exigences pour une saisie unifiée des don-

nées dans les cantons. Le DFI s'attellera à la mise en place d'une statistique nationale sur les enfants pris en charge en dehors de leur famille avec le DFJP et les cantons au terme de ces travaux préparatoires.

Intégration de Casadata dans la nouvelle statistique

L'OFJ continuera dans un premier temps de gérer Casadata, qui restera la seule base de données suprarégionale ces prochaines années. Il veillera à l'intégration de celle-ci dans la nouvelle statistique, qui sera tenue par l'Office fédéral de la statistique (OFS).

Une statistique nationale des enfants pris en charge en dehors de leur famille (photo : réfectoire dans une unité du Bürgerliches Waisenhaus à Bâle) est nécessaire pour développer des possibilités d'aide en adéquation avec les besoins et pour évaluer l'efficacité des offres. Photo : Peter Schulthess, 2017



Le placement en institution dans la perspective des jeunes

Le projet de recherche StePLife vise à recueillir des idées pour la pratique

Le projet de recherche StePLife s'intéresse aux changements que les jeunes de 12 à 17 ans introduisent dans leur vie personnelle lors d'un placement en institution. L'étude, d'une durée de quatre ans, se concentre sur les changements possibles dans les liens avec des personnes et des lieux qui procurent un sentiment d'identité, d'appartenance et d'attachement.

Stefan Köngeter, Dorothee Schaffner, Lukas Fellmann, Tobias Kindler et Jana Osswald

La nécessité d'une pédagogie axée sur le point de vue de l'enfant ou du jeune est apparue il y a plus d'un siècle. À l'heure actuelle, elle se traduit avant tout par le renforcement des droits de l'enfant et l'appel à une plus grande participation des enfants et des adolescents. Force est cependant de constater que les mesures pédagogiques sont souvent définies par des adultes et que les jeunes sont encore trop peu associés aux décisions importantes. Ce constat vaut également pour les interventions qui affectent en profondeur leur vie personnelle, comme le placement en foyer ou en famille d'accueil. Un grand nombre d'études sur les expériences faites par des jeunes placés en institution montrent que les tentatives visant à les impliquer dans la planification de l'aide ou les décisions n'ont guère abouti à des changements jusqu'ici. Cela tient notamment au fait que la conception de l'aide et les schémas d'action qui en découlent ont encore trop peu évolué.

Le concept de vie personnelle

Le concept de vie personnelle défini par Carol Smart propose une approche intéressante pour repenser la famille et les relations et, par

là même, le lien entre les jeunes, leur famille et l'institution. La vie personnelle telle que la conçoit la sociologue britannique recouvre un ensemble de relations sociales et de lieux dans lesquels un sentiment d'identité, d'appartenance et d'attachement se crée. Adopter la perspective de la vie personnelle, c'est être attentif à la façon dont l'individu comprend ses divers espaces de vie, à la manière dont il les intègre et dont il peut agir et prendre des décisions à l'intérieur de ceux-ci.

Ce faisant, il ne jouit toutefois pas d'une totale indépendance. Pour Carol Smart, en effet, l'individu est, fondamentalement, un être social. Cela signifie que ses actions et ses décisions doivent toujours être considérées en relation avec d'autres. Autrement dit, nos actions naissent des échanges avec le milieu social et sociétal dans lequel nous vivons. Les contextes dans lesquels nous

évoluons, la façon dont nous les organisons, les relations importantes sur lesquelles nous pouvons nous appuyer et la manière dont nous les intégrons dans notre parcours de vie constituent donc l'élément déterminant.

Satisfaire le besoin fondamental d'appartenance ...

Étant donné que l'être humain ne peut, selon la sociologue, être compris que dans sa relation aux autres et dans des contextes bien précis, le concept se concentre sur l'attachement, les liens entre les personnes et le sentiment d'intégration. D'après Carol Smart, les relations importantes peuvent prendre des formes variées et ne se limitent pas à la famille. Elles n'englobent pas seulement les liens biologiques, mais aussi les relations que l'individu a lui-même choisies avec des



personnes, des objets, des animaux et des lieux. C'est seulement à travers l'importance accordée à ces relations qu'un sentiment d'appartenance peut naître. L'appartenance apparaît ainsi comme une pratique sociale et un besoin fondamental de l'être humain, ce qui place la société face à une exigence morale, la question centrale étant de savoir ce qui peut être fait pour que l'individu puisse satisfaire pleinement son besoin fondamental d'appartenance et sentir qu'il fait partie d'un tout. L'aide à la jeunesse en milieu institutionnel devrait elle aussi remplir cette exigence.

... lors du placement en institution

Dans l'optique de bien des jeunes, un placement en institution n'offre pas, de prime abord, la possibilité de développer un sentiment d'appartenance immédiat, au contraire : dans un premier temps, le placement remet plus ou moins radicalement en question le sentiment d'appartenance construit jusque-là dans la vie personnelle. C'est d'autant plus vrai que le placement en institution vise à mettre fin à l'appartenance antérieure – à travers un placement en milieu fermé, par exemple – et à proposer une autre appartenance à la place. Lorsque les jeunes considèrent la mesure de placement comme une exigence inacceptable contre laquelle ils veulent protéger leur vie personnelle, il faut s'attendre à des résistances, des conflits de loyauté ou des comportements de repli.

Une telle attitude peut rapidement entraîner l'échec du placement et conduire les enfants et les adolescents concernés à enchaîner les mesures les unes après les autres, ce qui entraîne des changements fréquents dans les relations et les lieux de résidence et des ruptures répétées. On trouve toutefois aussi des jeunes qui vivent durablement dans un endroit et un milieu social qui garantissent la continuité sans développer de sentiment d'appartenance et d'attachement et sans se sentir chez eux. Lors d'un placement en institution, il faudrait par conséquent réfléchir aux conditions et aux possibilités à aménager pour que les jeunes puissent organiser leur vie personnelle.

Des appartenances multiples

Si on considère la césure qu'un placement en institution entraîne dans le parcours de vie sous l'angle de la vie personnelle, il faut commencer par se demander quelles ap-

partenances cette mesure menace sur le plan social et spatial, puis comment faire pour que l'enfant ou l'adolescent continue d'éprouver et de développer un sentiment d'attachement aux personnes de référence qui comptent pour lui et pour qu'il ait le sentiment d'être le bienvenu et d'être chez lui. Selon le concept de vie personnelle, il faudrait laisser de côté les représentations classiques de la famille, en particulier celle de la supériorité de la famille nucléaire acceptée sans se poser de questions.

Si l'importance de la famille nucléaire ne saurait être niée complètement, il ne faut pas oublier que la famille n'est que l'un des nombreux contextes de socialisation dans lesquels les jeunes organisent leur vie personnelle et développent un sentiment d'appartenance. L'école, le cercle d'amis, de même que l'institution éducative ou la famille d'accueil, sont autant d'autres contextes importants pour créer une appartenance. La vie personnelle des enfants et des jeunes, en particulier dans les établissements d'éducation, se caractérise par conséquent par une multitude de contextes sociaux et spatiaux et, dès lors, par des appartenances multiples.

Concevoir l'aide à la jeunesse comme une offre

Concevoir le placement en institution sous l'angle de la vie personnelle, c'est le considérer comme une offre qui permet aux jeunes de développer une appartenance, une identité et un attachement dans tous les domaines de l'existence. Cette offre peut être acceptée ou refusée. Si cette affirmation peut sembler cynique dans l'optique des jeunes, en particulier lorsque le placement a été ordonné, une intervention aussi radicale constitue elle aussi toujours une offre qu'il est possible de refuser intérieurement.

C'est effectivement là une attitude que les praticiens et les chercheurs peuvent observer : les enfants et les adolescents ne sont pas toujours disposés à intégrer le placement dans leur vie personnelle, bien au contraire. Certains jeunes semblent faire tout leur possible pour que la mesure n'affecte en rien leur vie personnelle, notamment s'ils ont le sentiment d'être différents, s'ils considèrent que leur origine n'est pas respectée ou s'ils estiment ne pas avoir de contrôle sur leur existence. Ils développent alors en quelque sorte une résistance à toutes les offres, même si elles partent d'une bonne intention.

Comment tirer profit de l'assistance éducative ?

Concevoir l'assistance éducative sous l'angle de la vie personnelle des jeunes, c'est aussi laisser de côté les bonnes intentions et les mesures orientées vers l'intervention et leur efficacité supposée. Au lieu de cela, la question centrale est la suivante : dans quelles conditions les jeunes peuvent-ils tirer profit du changement de leur lieu de résidence et des relations sociales qui leur sont proposées, et dans quelle mesure parviennent-ils à intégrer des appartenances multiples dans leur vie personnelle ? En portant l'attention sur la façon d'exploiter l'assistance éducative vue comme une offre, on peut aborder avec un regard neuf la question de savoir comment faire du placement une possibilité qui permette aux jeunes de se sentir bien et dont ils peuvent tirer profit à long terme.

Des idées pour la pratique

C'est là l'objectif du projet « Stationäre Erziehungshilfen im persönlichen Leben » (StePLife, mesures d'assistance éducative stationnaires dans la vie personnelle). Financée par le Fonds national de la recherche (FNS) et par les hautes écoles spécialisées de la Suisse du Nord-Ouest (FHNW) et de la Suisse orientale (FH-OST), cette étude longitudinale menée de 2021 à 2025 examine la situation de jeunes placés en institution et les changements qui en découlent dans leur vie personnelle. Elle permettra de recueillir de précieuses idées pour développer la pratique sous l'angle de l'appartenance. Le concept de vie personnelle tel que nous l'avons décrit dans cet article en constitue le fondement théorique.

Le projet est placé sous la direction de Stefan Köngeter et de Dorothee Schaffner, professeurs à la FH-OST pour le premier et à la FHNW pour la seconde. L'équipe est complétée par Lukas Fellmann, Jana Osswald et Tobias Kindler, collaborateurs scientifiques dans ces deux écoles.

Bibliographie

Carol Smart : *Personal Life*. Cambridge, Polity Press, 2007.

De plus amples informations sur le projet de recherche sont disponibles sur www.steplife.ch (en allemand).

Réduire les effets néfastes de la détention et favoriser la réinsertion

Un projet pilote visant à maintenir et à renforcer les ressources des personnes placées en détention provisoire va être lancé

Réduire les effets néfastes de la détention et, idéalement, les prévenir, mais aussi contribuer, à moyen et long terme, à une meilleure réinsertion des détenus : tels sont les objectifs du projet pilote « Ressourcensorientierte Betreuung und Sozialarbeit in der Untersuchungshaft » (prise en charge et travail social axés sur les ressources en détention provisoire), qui sera mené à partir de cet été, pour une durée de cinq ans, dans onze prisons du canton de Zurich et de Berne.

Le projet pilote repose sur l'hypothèse que le maintien et le renforcement des ressources des personnes détenues ont un effet positif non seulement sur leur bien-être personnel et leur comportement social mais aussi, à moyen et long terme, sur leur réinsertion. Aussi est-il prévu d'introduire et d'expérimenter dans onze prisons des cantons de Zurich et de Berne un programme de formation consistant à mettre en place une prise en charge et une supervision axées sur les ressources et comprenant des interventions du service social et du service de santé destinées à maintenir les ressources des personnes détenues. Ces interventions reposent sur un entretien d'admission standardisé, une gestion interdisciplinaire des cas, l'implication des proches, une intervention à bas seuil en cas de charges psychiques ainsi que la gestion de la transition lors de l'entrée dans le système pénal ou lors de la remise en liberté. Quelque 550 collaborateurs et 6500 détenus sont concernés par ce projet pilote.

Un nouveau contexte pour une approche éprouvée

L'orientation vers les ressources est une approche qui fait ses preuves dans les domaines du travail social, de la psychologie, de la psychiatrie et de la pédagogie so-

ciale. L'expérimentation de ces interventions connues dans le contexte de la détention provisoire est quelque chose de nouveau en Suisse. La pratique en matière de détention provisoire est encore très restrictive et axée sur la sécurité, ce qui est critiqué depuis quelques années du point de vue des droits de l'homme et des droits fondamentaux.

Repenser la détention provisoire

Les personnes placées en détention provisoire se trouvent dans une situation exceptionnelle et sont fragiles, déstabilisées et fortement isolées. Après leur arrestation, elles font en outre preuve d'une grande méfiance, mais ont, en même temps, un grand besoin de soutien. Les interventions axées sur les ressources peuvent être une réponse prometteuse à la question centrale de savoir comment aller vers elles et les soutenir.

Jusqu'à présent, le véritable « travail » avec ces personnes ne commençait qu'une fois que celles-ci commençaient à exécuter leur peine ou leur mesure. Le projet pilote propose un changement de paradigme : la détention provisoire ne sera à l'avenir plus un simple « système de gardiennage ». Dès l'arrestation, la personne et son évolution figureront au centre des préoccupations, la détention provisoire et l'exécution de la peine devant être considérées comme un seul et même processus.

Des interventions qui en valent la peine

Si le projet pilote démontre que les interventions axées sur les ressources ont un effet positif sur l'état de santé général des détenus et leur réinsertion, toutes les personnes concernées en profiteront : les détenus et leur entourage, le personnel des établissements de détention avant jugement et d'exécution des peines et, en fin de compte, la société tout entière. En outre, si l'on calcule le montant total des coûts engendrés

par les effets néfastes de la détention, ces investissements sont – en particulier pour les cantons disposant de moyens plus limités – également rentables du point de vue financier.

Les coûts de ce projet pilote d'une durée de cinq ans (y compris de l'évaluation d'impact par une équipe de chercheurs de l'EPFZ et de l'Université de Zurich ainsi que de l'évaluation des processus par la société socialdesign.ch) s'élèvent à 12,8 millions de francs. Le financement est assuré, dans sa majeure partie, par les cantons de Zurich et de Berne, qui participent aux coûts respectivement à hauteur de 6 millions et de 3 millions de francs environ. L'Office fédéral de la justice (OFJ) prend en charge les 30 % restants. (gal)



Dans le cadre de ce projet pilote seront expérimentées des interventions axées sur les ressources, qui placeront les personnes en détention provisoire et leur évolution au centre des préoccupations. Photo : prison de Pfäffikon (Peter Schulthess, 2019)

Mesurer et promouvoir le climat social

Lancement d'un projet pilote de quatre ans

Dans le cadre d'un projet pilote de quatre ans, le climat social sera mesuré à l'aide d'un instrument innovant dans les établissements pénitentiaires de Hindelbank et de St-Jean. Dans un deuxième temps, des mesures seront élaborées sur la base de cette évaluation afin d'apporter des améliorations dans les deux institutions.

Au Prisons Research Centre de l'Université de Cambridge, la criminologue britannique Alison Liebling a développé l'instrument le plus complet à ce jour pour mesurer les multiples dimensions du climat social en détention. Des études menées dans d'autres pays d'Europe montrent que l'outil MQPL+ (Measuring the Quality of Prison Life) peut tout à fait être utilisé dans d'autres contextes et systèmes juridiques. Dans le cadre du

projet pilote « Soziales Klima im Justizvollzug » (climat social en milieu carcéral), qui a démarré le 1^{er} avril dernier, un groupe de recherche de l'Institut de droit pénal et de criminologie de l'Université de Berne teste une version de MQPL+ adaptée à la Suisse dans les établissements pénitentiaires de Hindelbank et de St-Jean.

Un outil innovant

MQPL+ est un instrument innovant pour étudier le climat social dans les établissements pénitentiaires. Il associe des méthodes quantitatives (un questionnaire spécifique pour le personnel pénitentiaire et un autre pour les détenus) et qualitatives (des entretiens individuels et collectifs ainsi que des observations dites participantes). Cette combinaison permet d'obtenir des résultats

plus nuancés que les instruments utilisés jusqu'ici, qui se fondent uniquement sur des méthodes quantitatives, et de mettre en lumière les changements possibles dans un établissement.

Reproductible et utile

200 collaborateurs et collaboratrices et autant de personnes détenues participent au projet pilote. Sur la base des résultats de l'évaluation, des mesures de développement de l'organisation et de gestion de la qualité seront élaborées dans un deuxième temps afin de promouvoir un meilleur climat dans les deux établissements. Les connaissances acquises et les expériences faites dans le cadre du projet pilote seront réunies dans un manuel sous forme de « bonnes pratiques » facilement reproductibles. Ce manuel pourra être utilisé dans tous les établissements pénitentiaires du pays à l'avenir.

Pertinent en termes de politique sociale et criminelle

La recherche accorde une grande importance au climat social à l'heure actuelle. Différentes études montrent qu'un climat positif dans l'établissement augmente la probabilité d'un traitement réussi ; il améliore en outre la satisfaction des détenus et du personnel et contribue à prévenir la violence. Cette thématique suscite un intérêt croissant dans la pratique. Le projet pilote est pertinent en termes de politique sociale et criminelle. Le climat social est en effet important aussi bien pour le personnel pénitentiaire que pour les détenus et peut avoir des effets positifs sur la resocialisation.

Les coûts de ce projet pilote de quatre ans (y compris l'évaluation externe par la Haute école de travail social de la HES-SO Valais se montent à 875 000 francs environ. 70 % des frais sont couverts par l'Office fédéral de la justice (OFJ) ; le solde est pris en charge par le canton de Berne, l'Université de Berne et le Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP). (gal)



Le projet pilote vise à tester un nouvel instrument dans les établissements pénitentiaires de Hindelbank et de St-Jean (photo : atelier au sein de l'établissement de St-Jean) pour évaluer le climat social. Des mesures seront ensuite élaborées sur la base des résultats obtenus afin d'apporter des améliorations. Photo : Peter Schulthess, 2015

Soutenir les enfants et les adolescents dans leur environnement social

Lancement du projet pilote « Una famiglia per una famiglia »

Au Tessin, des enfants et des adolescents qui connaissent des difficultés familiales seront épaulés par d'autres familles dans l'environnement social dans lequel ils vivent. Cette méthode de soutien innovante, qui sera testée dans le cadre d'un projet pilote de cinq ans, vise à éviter les mesures de protection de l'enfance ou les sanctions du droit pénal des mineurs.

Le projet pilote « Una famiglia per una famiglia » (une famille pour une famille), qui a démarré au début du mois de janvier au Tessin, se fonde sur un modèle développé et appliqué avec succès en Italie pour accompagner et soutenir des familles en difficulté. Ce modèle sera adapté aux spécificités helvétiques par l'association à but non lucratif L'ORA. Cette nouvelle méthode de soutien a une visée préventive : il s'agit d'intervenir avant que la situation familiale ne s'aggrave et que des mesures de protection de l'enfance ou des sanctions du droit pénal des mineurs ne soient ordonnées.

Un soutien bénévole

Selon le concept prévu dans le cadre du projet pilote, une famille soutient une autre famille en crise ou en difficulté pendant un an au moins. Les deux familles, qui ont des enfants à peu près du même âge, sont accompagnées par un tuteur ou une tutrice. Cette personne, issue du domaine social ou éducatif, est l'interlocutrice de référence en cas de questions ou de problèmes ; elle travaille bénévolement, comme la famille qui apporte son soutien. Les accords passés concernant la nature du soutien et sa durée sont consignés dans une convention. Les interventions peuvent porter par exemple sur l'intégration des enfants ou des adolescents dans la commune, l'organisation des loisirs, la recherche d'une place d'apprentissage ou une aide lors de difficultés scolaires.



Le projet pilote repose sur l'idée qu'une famille soutient une autre famille en difficulté. Les deux familles fixent la nature du soutien dans une convention et s'engagent à cheminer ensemble pendant une durée déterminée. Dessin : L'ORA

Le projet pilote prévoit l'accompagnement de 60 familles au Tessin. Les enfants et les adolescents menacés dans leur développement social sont repérés par les autorités de protection de l'enfant et de l'adulte (APEA), les services sociaux régionaux et les tribunaux des mineurs ; les familles soutenant sont, quant à elles, recrutées par les communes, les associations et les Églises. Une fois les familles choisies, les tuteurs et tutrices sont sélectionnés, puis deux familles sont mises en relation et la convention est signée. La participation et l'accord des enfants et des adolescents jouent un rôle fondamental durant ce processus.

Donner davantage de responsabilités à la société

Le caractère innovant du projet réside dans le fait que les enfants et les adolescents vulnérables sont soutenus par une famille dans leur environnement social. L'offre de soutien est pertinente, car elle repose sur une approche à bas seuil. Elle vise à donner davantage de responsabilités à la société et à encourager un soutien rapide sur

place. Elle permet aux enfants et aux adolescents concernés de trouver de nouvelles personnes de référence dans leur environnement social et de construire des relations solides qui vont au-delà d'un accompagnement professionnel. Ni le tribunal des mineurs, ni les institutions de protection de l'enfance ne peuvent proposer des offres à bas seuil de ce type.

Compte tenu de l'idée simple sur laquelle elle repose, cette offre de soutien non bureaucratique devrait pouvoir être transposée dans d'autres cantons. Par ailleurs, son utilité pour la pratique est évidente, la prévention secondaire – c'est-à-dire l'intervention précoce et le renforcement des compétences familiales – jouant un rôle central dans l'aide à l'enfance et à la jeunesse.

Les coûts du projet pilote de cinq ans (y compris l'évaluation par l'organisation à but non lucratif cenpro) s'élèvent à 2,7 millions de francs. 80 % des frais sont couverts par l'Office fédéral de la justice (OFJ) ; le solde est pris en charge par le canton du Tessin ainsi que par des communes et fondations. (gal)

Le réflexe sécuritaire contamine le droit pénal des mineurs

Un professeur de droit préconise de canaliser les ressources des jeunes dans un sens positif pour la société.

Le Professeur Nicolas Queloz a voué sa carrière au droit pénal et à la criminologie. Parmi ses domaines de prédilection figurent le droit pénal des mineurs et la justice pénale des mineurs. Il y a consacré quelque 40 ans de recherche scientifique. Nicolas Queloz a accompagné l'avènement de ce droit essentiellement éducatif. Aujourd'hui, il s'inquiète du durcissement, dans la loi, de la condition pénale des mineurs.

#prison-info: Pointer du doigt la jeunesse déviante est-ce une pratique des temps modernes ou un problème « vieux comme le monde » ?

Nicolas Queloz: C'est une sorte de leitmotiv qui traverse les millénaires. Chaque génération adulte se plaint du comportement de la jeune génération qui suit. Socrate déjà – en 400 av. J.C. – craignait pour l'avenir parce que les jeunes étaient irrespectueux. Au fil du temps, les choses n'ont pas beaucoup changé du point de vue de la représentation sociale des mineurs déviants ou délinquants.

Un droit pénal réservé aux mineurs est-il lui aussi ancestral ?

Non, la reconnaissance d'un droit pénal propre aux mineurs date du 19^e siècle. A cette époque en Suisse, le droit pénal était cantonal. Quand il s'est agi d'élaborer un code pénal unifié, la cause des mineurs a d'emblée été prise en compte. Ainsi, le Code pénal suisse (adopté par le législateur fédéral en 1937) contenait déjà des dispositions applicables aux enfants et aux adolescents de 6 ans à 18 ans non révolus. Cette réglementation se voulait plus éducative que punitive. Et en 2007, respectivement en 2011, le droit pénal des mineurs (DPMIn) ainsi que la procédure pénale des mineurs (PPMin) sont devenus des lois autonomes.

Le droit des sanctions pénales, la criminalité économique et la condition pénale des mineurs ont été les trois grands domaines de vos recherches. En quoi la question des mineurs délinquants vous intéresse-t-elle ?

Deux principes majeurs guident le droit pénal et la justice des mineurs : la protection et l'éducation du mineur. Quand un jeune commet un acte de délinquance, il fait l'objet d'une enquête sur sa situation personnelle. La sanction prononcée est avant tout fonction de la personne du mineur. Et je suis convaincu, que si tout est mis en œuvre, le jeune qui s'est mis hors la loi peut être replacé sur le bon chemin. Ce qui me fascine chez les mineurs, ce sont leurs ressources. Il faut trouver le moyen de canaliser ces ressources dans un sens constructif pour la société. À ce jeune âge en effet, la situation du mineur peut virer rapidement du pire vers le meilleur. Un patron qui accepte de le prendre en stage par exemple, ou une attache affective, peut changer le cours de sa vie. On connaît moins ce phénomène chez les adultes délinquants.

La délinquance juvénile a capté votre intérêt alors que vous étiez étudiant, c'est toujours le cas alors que vous êtes jeune retraité. Comment cette thématique parvient-elle à vous captiver sur la durée ?

Les textes fondateurs du droit des mineurs, comme la Convention internationale relative aux droits de l'enfant, les règles de Beijing ou les règles de La Havane, ont émergé dans les années 1980 à 1990. Or, à cette époque, je faisais un postdoc à l'Institut interrégional de recherche des Nations Unies sur la criminalité et la justice à Rome. En tant que boursier FNRS, je devais analyser ces nouveaux textes de l'ONU relatifs à la justice des mineurs. J'ai eu la chance de pouvoir mettre ces grands textes au centre de mes recherches dès leur adoption.

D'autre part, durant la grande partie de ma vie professionnelle, j'ai été inspiré par trois modèles. Trois hommes formidables qui ont entretenu ma motivation en m'associant à leurs propres travaux. Il s'agit de Jean Zermatten, alors juge des mineurs, puis Président du Comité des droits de l'enfant de l'ONU ; de Michel Lachat, un juge des mineurs qui a fait œuvre de pionnier dans le domaine ; et du professeur de droit Martin Stettler qui a rédigé l'avant-projet de loi fédérale régissant la condition pénale des mineurs, et qui, à ce titre, peut être considéré comme le père du DPMIn. Grâce à eux, j'ai eu la chance d'assister et de participer à l'élaboration des lois fédérales autonomes en matière de droit pénal des mineurs.

Vous êtes directeur académique du CAS en justice des mineurs de l'Université de Fribourg ; une formation continue qui s'adresse aux professionnels des tribunaux (pénaux et civils) des mineurs, de la protection de l'enfant ou encore des milieux éducatifs. Existe-t-il aujourd'hui un intérêt accru pour le droit pénal des mineurs ?

Absolument oui. L'intérêt est croissant en raison de l'entrée en vigueur du DPMIn en 2007, de la PPMIn en 2011 et de la révision du droit civil de protection de l'enfant en 2014. La justice des mineurs s'est notamment ouverte aux avocats. Il y a désormais des avocats spécialisés dans ce domaine qui plaident la situation personnelle du mineur et l'intérêt supérieur de l'enfant. Et puis le monde éducatif a besoin d'une vision cohérente des interventions de protection de l'enfant autour de ces piliers légaux.

L'intérêt au niveau scientifique s'est-il accru également ?

Non, pas vraiment. Il existe bien quelques thèses de doctorat en la matière, une recherche d'évaluation sur l'efficacité du DPMIn



« L'éventail des mesures et des peines du DPMin me semble suffisant pour faire face aux mineurs délinquants », souligne Nicolas Queloz. « La condition étant évidemment qu'il existe les infrastructures nécessaires à la bonne application des mesures éducatives en milieu fermé et qu'elles soient dotées de suffisamment de personnel qualifié. » Photo : Centre éducatif fermé de Pramont VS (Peter Schulthess, 2018)

et un peu de doctrine. Mais l'intérêt scientifique reste assez faible malheureusement.

Et les politiques, font-ils preuve d'un intérêt accru pour la délinquance juvénile et pour les solutions à y apporter ?

Le monde politique – le Parlement fédéral en particulier – a montré son intérêt pour la justice des mineurs en élaborant le DPMin et la PPMIn. Dans les années 1990, malgré les craintes suscitées par l'augmentation de la violence chez les mineurs, le Parlement a eu le mérite d'édicter le DPMin qui est plus éducatif que répressif. Mais depuis 2015, je constate des incursions du droit pénal répressif des adultes dans le droit pénal des mineurs à vocation éducative.

Vous vous êtes du reste exprimé à ce sujet en septembre 2021 par le biais d'un exposé donné dans le cadre de la Journée annuelle de la Société suisse de droit pénal des mineurs. Quelles inquiétudes avez-vous émises ?

La volonté sécuritaire qui s'affirme avec toujours plus de fermeté en droit pénal des adultes est en train de contaminer le droit pénal des mineurs. Je peux l'illustrer par trois exemples au moins.

Il s'agit d'abord de l'insertion des mesures d'interdiction (interdiction d'exercer une activité, interdiction de contact, interdiction géographique) introduite dans le DPMin par un art. 16a en vigueur depuis le 1er janvier 2015.

Il s'agit ensuite de la loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme qui prévoit des interventions contraignantes pour des mineurs dès l'âge de 12 ans ! Cette loi doit entrer en vigueur en été 2022. Il s'agit enfin de la motion (16.3142) du conseiller aux États Andrea Caroni intitulée « Droit pénal des mineurs. Comblar une lacune en matière de sécurité » et de l'avant-projet de révision du DPMin qui la concrétise. L'avant-projet prévoit notamment une réserve de dangerosité (ou réserve de sécurité) qui permet de suivre un mineur dès l'âge de 10 ans. L'idée est la suivante : si un mineur, dès 10 ans, est condamné à une mesure de placement en établissement fermé (au sens du DPMin) et qu'à la fin de l'exécution de ce placement (à 25 ans

au plus tard), il présente toujours un danger aux yeux de l'autorité pénale, il sera possible de poursuivre l'exécution sous la forme d'une mesure institutionnelle du Code pénal (art. 59, 60, 61, 64 al. 1 CP), c'est-à-dire même sous la forme d'un internement ordinaire !

Mais le mineur dont la mesure de placement au sens du DPMin se poursuit sous la forme d'une mesure au sens du Code pénal est forcément un mineur dangereux. Il faut songer à la protection de la société, non ?

Je ne conteste pas qu'il existe certaines situations très lourdes. Mais elles sont à ce point rares qu'elles ne justifient pas l'élaboration d'une loi. On trouve toujours des solutions pour les cas rares. Une telle réserve de sécurité serait, selon moi, un coup d'épée dans l'eau. En effet, je ne pense pas qu'un juge des mineurs oserait prononcer une réserve aussi pesante et stigmatisante. D'autre part, l'éventail des mesures et des peines du DPMin me semble suffisant pour faire face aux mineurs délinquants, même qualifiés de « dangereux ». La condition étant évidemment qu'il existe les infrastructures nécessaires à la bonne application des mesures éducatives en milieu fermé – ce qui n'est pas le cas, notamment en Suisse romande – et qu'elles soient dotées de suffisamment de personnel qualifié.

Est-ce que la justice des mineurs est une justice qui fonctionne ?

Oui, indéniablement. Cette justice fonctionne pour autant qu'on lui donne les moyens adéquats. Et en matière de justice des mineurs, je le souligne une fois encore, les moyens adéquats sont orientés vers la protection et l'éducation.

Faut-il craindre à terme la disparition du droit pénal des mineurs ?

Dans de nombreux pays, le droit pénal des mineurs a été réduit à une peau de chagrin. En Suisse, on n'assiste heureusement pas à une disparition du DPMin, mais on constate sa contamination par des idées sécuritaires découlant du droit pénal des adultes.

Propos recueillis par Patricia Meylan

Biographie



Juriste, sociologue et criminologue, Nicolas Queloz a rédigé une thèse de doctorat en droit pénal des mineurs (Université de Neuchâtel, 1986) sur le thème de « La réaction sociale institutionnelle à la délinquance juvénile » et une thèse d'habilitation (Université de Fribourg, 2002) en droit pénal et criminologie, portant sur « Les défis posés par les criminalités économiques et financières ». Nicolas Queloz a enseigné durant 32 ans à l'Université de Fribourg. D'abord en tant que Maître-assistant à la Chaire de travail social et chargé de cours de criminologie (1988–1994) ; ensuite en tant que Professeur associé, puis Professeur ordinaire à la Chaire de droit pénal et de criminologie de la Faculté de droit (1994–2020). Professeur émérite depuis 2020, il est actuellement directeur du CAS en justice des mineurs de l'Université de Fribourg. Nicolas Queloz est encore vice-président de l'Association internationale des criminologues de langue française.

Brèves

Promouvoir la justice restaurative

Le 14 décembre 2021, la Conférence des ministres de la justice du Conseil de l'Europe a adopté la « Déclaration de Venise sur le rôle de la justice restaurative en matière pénale », qui vise à promouvoir une application plus large de cette pratique. Elle y encourage les Etats membres à élaborer des plans d'action ou des politiques dans ce but-là et à envisager de conférer à toutes les parties intéressées, « si elles y consentent librement », un droit d'accès à des services de justice restaurative.

Selon la déclaration, les Etats membres devraient stimuler une mise en œuvre à grande échelle de cette pratique, de ses principes et de ses méthodes, « en tant que complément ou, le cas échéant, en tant qu'alternative aux procédures pénales, ou dans le cadre de celles-ci, visant à la désistance de la criminalité, à la réinsertion des délinquants et au rétablissement des victimes ». Ils devraient, par ailleurs, promouvoir l'application la plus large possible de la justice restaurative pour les mineurs en conflit avec la loi et la considérer comme un élément essentiel des programmes de formation des professionnels du droit. Les ministres de la justice invitent en outre le Conseil de l'Europe à réaliser une étude des modèles de justice restaurative actuellement mis en œuvre, afin de faciliter l'échange de connaissances et de bonnes pratiques sur ce sujet entre les Etats membres.

Le droit suisse en vigueur ne règle que de façon ponctuelle la pratique de la justice restaurative lors des procédures pénales contre des adultes. Or on y recourt de plus en plus souvent pendant l'exécution de la peine. Le Parlement a par conséquent chargé le Conseil fédéral d'évaluer comment intégrer des outils de justice restaurative dans le corpus législatif (postulat 18.4063) et d'élaborer les bases légales qui permettront d'inscrire cette notion dans le CPP (motion 21.4336).

La déclaration de Venise est disponible sur le site Internet du Conseil de l'Europe (www.coe.int).

Des places supplémentaires à Königsfelden

Le nouveau bâtiment de la Clinique de psychiatrie légale des services psychiatriques du canton d'Argovie (PDAG) est entré en service à la mi-décembre 2021. Selon le communiqué de presse publié par les PDAG, les trois unités supplémentaires ont permis de créer au total 26 nouvelles places pour la prise en charge des auteurs d'infractions souffrant de troubles mentaux.

Plus de 50 spécialistes travaillent chaque jour dans ce nouveau bâtiment attenant à la clinique qui se trouve sur le site de Königsfelden à Windisch. Afin d'assurer la continuité des soins malgré la pénurie de main-d'œuvre qualifiée, les PDAG forment depuis 2019, en collaboration avec la Haute école spécialisée du Nord-Ouest de la Suisse (FHNW), des collaborateurs au travail en psychiatrie légale dans le cadre d'un CAS proposé chaque année.

La KFP prend en charge des personnes souffrant de graves troubles mentaux, qui ont commis une infraction pendant une phase aiguë de leur maladie et qui ont été condamnées à une mesure thérapeutique au sens de l'art. 59 CP car un juge a conclu à leur irresponsabilité ou leur responsabilité restreinte. Entièrement revu, le programme d'exploitation et de sécurité permet d'accroître la sécurité lors du traitement des auteurs d'infractions atteints de troubles mentaux : « Les PDAG disposent désormais d'une clinique de psychiatrie légale dotée du système de sécurité le plus moderne de Suisse », a fait savoir le directeur de la clinique, Peter Wermuth, cité dans le communiqué de presse. La nouvelle infrastructure permet notamment de traiter dans de meilleures conditions de sécurité les détenus se trouvant dans une situation d'urgence psychiatrique.

SO : La nouvelle prison centrale en bonne voie



Le projet Walddach d'IPAS architectes et planificateurs SA à Soleure est le lauréat du concours organisé pour la construction de la future prison centrale de Flumenthal (SO) qui viendra remplacer les établissements de détention avant jugement de Soleure et d'Olten, devenus trop vétustes.

Selon le communiqué de presse publié par la Chancellerie d'Etat du canton de Soleure, le projet Walddach, avec son bâtiment de 195 mètres de long sur 27 mètres de large, a notamment séduit le jury par ses qualités fonctionnelles, opérationnelles et conceptuelles ainsi que par sa rentabilité. De forme étroite et longitudinale, le nouveau bâtiment vient s'insérer dans le prolongement de l'établissement pénitentiaire de Soleure, et ses quelque 12 600 mètres carrés de surface utile seront répartis habilement entre les différents étages. Le rez-de-chaussée et le premier étage accueilleront principalement les espaces communs. Les deuxième et troisième étages abriteront, quant à eux, les blocs cellulaires. Enfin, au dernier étage, se trouveront les cours de promenade et les espaces dédiés aux activités sportives et de loisirs.

Les coûts de cette construction sont estimés à environ 120 millions de francs. Sous réserve de l'approbation du projet par le peuple, les travaux débiteront en 2026, la mise en service étant quant à elle prévue pour fin 2028.

La Stampa : onze cellules pour femmes



Le conseiller d'Etat Norman Gobbi a annoncé le 24 janvier 2022, devant le Grand Conseil du canton du Tessin, qu'une unité pour femmes de onze cellules (dont une cellule mère et enfant) serait mise en service à l'automne 2023 dans l'établissement pénitentiaire de La Stampa. 13,5 postes seront nécessaires au fonctionnement de cette nouvelle unité, qui répond aux normes fixées par les règles de Bangkok pour le traitement des femmes détenues.

A l'heure actuelle, les femmes faisant l'objet d'une condamnation dans le canton du Tessin purgent les courtes peines dans la prison de La Farera sous le régime strict de la détention avant jugement. Selon M. Gobbi, des efforts sont mis en œuvre pour leur offrir davantage de possibilités de formation et de rencontres. La commission du Grand Conseil chargée de la surveillance des lieux de détention a toutefois relevé dans son rapport de gestion que le fait pour les femmes concernées de ne pas pouvoir purger leur peine dans une structure adaptée et qui leur soit exclusivement réservée constitue toujours un traitement désavantageux. Les longues peines sont, quant à elles, exécutées dans les établissements pénitentiaires de Hindelbank (BE) ou de la Tuilière (VD), ce qui engendre de nombreux problèmes, liés notamment à l'éloignement des proches et aux difficultés linguistiques.

Le système de monitoring de la privation de liberté disponible en ligne

Développé par le Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP) en collaboration avec les concordats sur l'exécution des peines et des mesures, la Conférence des chefs des services pénitentiaires cantonaux et l'Office fédéral de la statistique, le système de monitoring de la privation de liberté (MPL) est disponible en ligne depuis février 2022. Les chiffres-clés collectés de manière uniforme tous les mois permettent d'avoir une vue d'ensemble actualisée et différenciée du paysage de l'exécution des sanctions pénales.

Comme la privation de liberté relève de la souveraineté des cantons et que les statistiques utilisées n'étaient jusqu'à présent pas collectées de manière uniforme, il était difficile de disposer d'une vue d'ensemble précise de la capacité d'accueil et de l'occupation des prisons. Une base de données solide est toutefois indispensable pour planifier de manière efficace la privation de liberté. Le MPL permet de voir en un coup d'œil la capacité d'accueil des établissements pénitentiaires et leur occupation à la date de référence (dernier jour du mois en question). Les résultats peuvent être triés par établissement, canton, concordat et date de référence. Le MPL fournit en outre des informations sur les motifs de détention et montre l'évolution du taux d'occupation. Au fil du temps, il permet, selon le CSCSP, de mettre en lumière et d'analyser les changements structurels du paysage de l'exécution des sanctions pénales, ce qui est essentiel pour prendre des décisions stratégiques.

Le système de monitoring de la privation de liberté (MPL) est disponible sur le site Internet du CSCSP (www.skjv.ch).

Nouvelle prison à Witzwil

Au terme d'une procédure d'évaluation qui aura duré deux ans, le Conseil-exécutif du canton de Berne a annoncé le 3 mars 2022 qu'il avait choisi le site de l'établissement pénitentiaire ouvert de Witzwil pour construire une nouvelle institution d'exécution judiciaire de 250 places. Cette dernière remplacera la prison régionale de Bienne et offrira des places pour l'exécution des peines en milieu fermé. En l'état actuel de la planification, la nouvelle institution devrait être mise en service en 2032.

A Witzwil, la nouvelle institution pourra être réalisée à côté de l'actuel établissement pénitentiaire, sur une réserve de terrain à bâtir appartenant au canton et située à l'intérieur de la zone à bâtir. De plus, le site est bien desservi par le réseau de transports, ce qui est important en particulier pour le recrutement du personnel. Le site se trouvant dans une réserve d'oiseaux d'eau et de migrateurs d'importance nationale et en bordure d'un corridor à faune, les besoins particuliers de la faune et de la flore occupent, selon le communiqué de presse du Conseil-exécutif, une place importante dans les travaux de planification. Même si les deux formes d'exécution judiciaire doivent avoir des locaux clairement séparés, il y a de multiples synergies à exploiter, par exemple dans l'approvisionnement en énergie, l'élimination des déchets, la logistique, le service de sécurité et le service de santé.

Parallèlement, plusieurs possibilités sont envisagées pour une future utilisation de l'ancien foyer d'éducation de Prêles, qui faisait partie, avec Witzwil, des deux derniers sites retenus à l'issue de la procédure d'évaluation. Le Concordat latin d'exécution des peines et mesures étudie ainsi l'utilisation d'une partie du site pour héberger 20 à 30 jeunes de Suisse romande. En raison du changement de canton de Moutier, le canton de Berne envisage en outre de transférer à Prêles les places de détention administrative actuellement localisées à la prison régionale de Moutier.

Audit sur les risques suicidaires

Le chef du Département de la sécurité, des institutions et du sport (DSIS) du canton du Valais, Frédéric Favre, a commandé un audit afin d'analyser les risques suicidaires dans les établissements pénitentiaires valaisans et les possibilités d'amélioration. Selon le communiqué de presse publié le 25 mars 2022 par le Service de l'application des peines et mesures, cette décision intervient après que trois décès sont survenus en 2021 dans les prisons de Sion et de Brigue. Le mandat a été confié à Maurizio Albisetti, membre de la cour d'appel du Tribunal pénal fédéral et de la Commission nationale de prévention de la torture (CNPT).

Le DSIS a décidé de se concentrer sur les établissements de détention avant jugement, les trois personnes décédées ne se trouvant pas en exécution de peine ou de mesure. Toutefois, les recommandations de l'audit pourront s'appliquer à tous les établissements pénitentiaires valaisans.

Plus de 30 000 infractions numériques

Selon la Statistique policière de la criminalité (SPC) de l'Office fédéral de la statistique (OFS), 30 351 infractions « numériques » ont été enregistrées par la police en 2021, soit une augmentation de 24 % par rapport à l'année précédente. Le domaine qui a enregistré la plus grande progression est celui des cyberescroqueries, où deux types d'infractions prédominent : la non-livraison de marchandises achetées sur des plateformes de petites annonces (6884 infractions) et l'utilisation abusive des systèmes de paiement ou l'usurpation de l'identité (voire de toutes les données d'identification personnelle) dans le but de commettre des fraudes (6670 infractions).

En 2021, 42 homicides ont été recensés par la police, ce qui représente l'une des valeurs les plus basses enregistrées depuis le début du relevé statistique en 1982. 23 homicides (54,8 %) ont été commis dans la sphère domestique. Quinze femmes et un homme ont été tués dans le cadre d'une relation de couple actuelle ou ancienne et trois enfants ont été tués par l'un des parents. Le nombre total d'actes de violence grave dénoncés est resté stable en 2021 avec 1665 cas recensés. Si les homicides, les tentatives d'homicide et les lésions corporelles graves ont connu une baisse, les viols ont, quant à eux, augmenté de 44 cas par rapport à l'année précédente pour atteindre 757.

En 2021, 82 284 personnes ont été prévenues pour des infractions au CP. Parmi elles, 13,3 % étaient des mineurs, 15,9 % des jeunes adultes (âgés de 18 à 24 ans) et 70,9 % des adultes.

La SPC 2021 est disponible sur le site Internet de l'OFS (www.bfs.admin.ch).

Extension de Bellechasse

Les travaux d'agrandissement de l'établissement pénitentiaire fribourgeois de Bellechasse ont débuté le 4 avril 2022. Le projet fait partie de la première étape de la planification pénitentiaire 2016-2026 et contribue à répondre aux besoins d'une exécution des peines moderne. Selon le communiqué de presse publié par la Direction du développement territorial, des infrastructures, de la mobilité et de l'environnement du canton de Fribourg, il prévoit l'agrandissement du « pavillon » afin de créer 66 nouvelles cellules pour l'exécution en milieu ouvert, ce qui permettra une meilleure séparation entre les régimes de détention ouvert et fermé et améliorera ainsi la sécurité. De plus, il est prévu de rénover le bloc cellulaire existant, qui date de 1900, afin de répondre aux normes actuelles. Une fois ces travaux terminés, Bellechasse disposera de 100 places de détention en milieu ouvert et de 100 autres en milieu fermé.

Un nouveau bâtiment d'accueil sera en outre construit pour abriter le réfectoire, la réception et les parloirs pour les détenus en régime ouvert. Par ailleurs, un centre médical sera construit pour permettre une prise en charge somatique et psychiatrique adéquate des détenus. Enfin, un nouveau bâtiment sera construit avec des ateliers sécurisés afin d'offrir suffisamment de places de travail aux détenus en régime fermé et à ceux en exécution anticipée de peine. Des panneaux solaires sont prévus sur les toits. Le site de Bellechasse s'inscrit ainsi dans la stratégie climatique du canton.

Selon le calendrier actuel, les travaux devraient durer environ deux ans. La deuxième étape consistera à construire un nouveau bâtiment pour le régime de détention avant jugement qui remplacera l'actuelle prison centrale de Fribourg. Les travaux de planification sont en cours.

LU : Un nouveau directeur à la tête du MZJ

Le 1^{er} mai 2022, Gregor Bättig a pris la direction du Service des affaires militaires, de la protection civile et de l'exécution des sanctions pénales (Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug ; MZJ) du canton de Lucerne. Il succède à Stefan Weiss, devenu directeur de la formation et de la formation continue à l'école intercantonale de police de Hitzkirch au début de l'année 2022.



M. Bättig possède une vaste expérience dans le domaine de la sécurité. De 1995 à 2010, il a été officier de carrière dans l'Armée suisse, puis a obtenu un diplôme de l'Ecole militaire supérieure de l'EPF de Zurich ainsi qu'un master en Global Security de l'Université de Cranfield (Royaume-Uni). Il a ensuite occupé différentes fonctions au sein des polices cantonales de Berne et de Zoug, avant de devenir en 2021 chef d'état-major et responsable des mesures liées au Covid-19 pour la Direction de la santé du canton de Zoug.

Extension de l'infraction de viol

Dans son avis du 13 avril 2022, le Conseil fédéral salue la proposition de la Commission des affaires juridiques du Conseil des Etats (CAJ-E) d'étendre l'infraction de viol figurant dans le CP. A l'avenir, quiconque passera outre la volonté de la victime, même sans recourir à la violence ou à des menaces, se rendra punissable de viol.

L'extension de l'infraction de viol est l'élément central de la proposition de la CAJ-E. La nouvelle définition englobe tous les cas dans lesquels l'auteur passe intentionnellement outre la volonté de la victime (principe du refus, solution dite « non, c'est non »). A l'avenir, le juge pourra prononcer une condamnation pour viol même si l'auteur n'exerce pas de contrainte – violence, menaces ou pression psychologique – sur la victime. Il suffira qu'il ait intentionnellement passé outre la volonté contraire que la victime aura exprimée verbalement ou non verbalement. Une personne de sexe masculin pourra également être reconnue victime de viol. Le principe « non, c'est non » s'appliquera aussi à la nouvelle infraction d'atteinte et contrainte sexuelles.

Avec les durcissements proposés par la CAJ-E, le droit pénal en matière sexuelle sera, selon le Conseil fédéral, en phase avec les évolutions intervenues dans la société. Le fait notamment que selon le droit en vigueur, le viol implique nécessairement l'exercice d'une contrainte sur la victime suscite aujourd'hui une large incompréhension.

Un nouveau délégué pour le RNS

Le Conseil fédéral a nommé Martin von Muralt au poste de délégué de la Confédération et des cantons pour le Réseau national de sécurité (RNS). Il reprendra au 1^{er} août 2022 les fonctions d'André Duvillard, qui partira à la retraite fin juillet.



Après des études de sciences politiques à l'Université de Genève, M. von Muralt a passé l'examen professionnel supérieur de policier. Il a en outre suivi des formations continues dans les domaines de la direction de projet, de la conduite, de la gestion des risques et de la cybersécurité. Il a débuté sa carrière dans la police judiciaire de Genève, puis a rejoint fedpol avant d'exercer la fonction de commandant de la police de la région de Morges. De 2019 à 2021, il a dirigé la prison de Champ-Dollon. « Par sa formation, son parcours professionnel et sa longue expérience dans différents domaines importants de la collaboration en matière de politique de sécurité (police et système pénitentiaire) auprès de la Confédération et des cantons, Martin von Muralt a le profil idéal pour occuper ce poste », peut-on lire dans le communiqué de presse publié par le DDPS.

Léger recul des condamnations

En 2021, avec 97 386 condamnations, le nombre d'inscriptions au casier judiciaire a légèrement diminué par rapport à l'année précédente (-1%). La baisse du nombre d'infractions au code pénal (CP) et à la loi sur les stupéfiants (LStup) fait face à une hausse de celles à la loi sur les étrangers et l'intégration (LEI). C'est ce que révèle la statistique des condamnations pénales de l'Office fédéral de la statistique (OFS).

Le nombre de jugements prononcés en vertu de la loi sur la circulation routière (LCR) est stable par rapport à l'année précédente. Cela étant, la tendance à la baisse des excès de vitesse et des cas de conduite en état d'incapacité, observée pendant des années, se poursuit. Elle est particulièrement significative pour ces deux infractions de masse, avec 22% pour la première et 36% pour la seconde. Selon l'OFS, une évolution de cette ampleur est très rare pour les délits de masse. Renforcée en 2020 par les mesures destinées à lutter contre la pandémie, cette tendance s'est poursuivie en 2021.

1895 expulsions ont été prononcées en 2021, ce qui représente une baisse de 5,8% par rapport à l'année précédente. Il s'agissait dans 90% des cas d'expulsions obligatoires. Plus de la moitié ont été prononcées pour une durée supérieure à cinq ans.

La statistique des condamnations pénales des adultes est disponible sur le site Internet de l'OFS (www.bfs.admin.ch).

Un nouveau directeur à la prison d'Altstätten

Silvio Fausch prendra la direction de la prison régionale d'Altstätten le 1^{er} août 2022. Il succèdera à Hans Eggenberger, qui part à la retraite.



Grâce aux formations qu'il a suivies et à son expérience professionnelle, Silvio Fausch est parfaitement qualifié pour remplir sa nouvelle mission, estime le Département de la sécurité et de la justice du canton de Saint-Gall dans son communiqué. Responsable de groupe au sein de l'établissement pénitentiaire de Pöschwies depuis 2017, ce polymécanicien de métier a exercé différentes fonctions dans les secteurs de la finance et de la sécurité. Il a parallèlement suivi plusieurs formations dans l'armée, chez les sapeurs-pompiers et dans le domaine de l'exécution des sanctions pénales.

La prison régionale d'Altstätten accueille 45 personnes en détention provisoire, en détention pour des motifs de sûreté, en détention en vue de leur extradition et en exécution de peine. Elle devrait être agrandie d'ici 2028, ce qui permettra une augmentation de sa capacité d'accueil à 126 places.

VD : Un nouveau chef à la tête du SPEN

Raphaël Brossard prendra la direction du Service pénitentiaire vaudois (SPEN) le 1^{er} juillet 2022. Il succèdera à Sylvie Bula, qui deviendra commandante de la Police cantonale vaudoise à la même date.



Titulaire d'une licence en droit et d'un master en criminologie, Raphaël Brossard possède treize ans d'expérience à des postes de direction dans le domaine pénitentiaire. Il a en effet été directeur adjoint de l'établissement de détention de la Promenade à La Chaux-de-Fonds, directeur de l'établissement d'exécution des peines de Bellevue à Gorgier (NE), et a assuré l'intérim en tant que directeur des Etablissements de la Plaine de l'Orbe (EPO). Arrivé au sein du SPEN en 2013, il y a occupé diverses fonctions. Selon le communiqué de presse publié par le Conseil d'Etat du canton de Vaud, il « dispose d'une vision stratégique claire de la politique pénitentiaire » et s'est, dans ce cadre, « engagé en faveur d'une prise en charge moderne des personnes détenues en phase avec les enjeux actuels de réinsertion et de sécurité publique ».

Manifestations

De la sanction alternative à la criminologie alternative

Le système de justice pénale est régulièrement remis en question: trop laxiste selon certains ; incapable d'atteindre les buts qu'il se fixe (prévention du crime, resocialisation des condamnés, etc.) pour d'autres ; contre-productif pour d'autres encore car il pousse les prévenus à mentir plutôt qu'à admettre ce qu'ils ont fait, ce au grand dam des victimes ; et finalement incapable de séduire le public. Ses détracteurs sont donc nombreux ; mais que proposent-ils comme alternatives ?

Ce questionnement autour des alternatives nous amènera dès lors à traiter successivement des alternatives à la prison, puis plus généralement des alternatives à la sanction pénale, avant d'envisager des alternatives au système pénal lui-même. Tout cela nous conduira donc également à envisager des formes alternatives à la criminologie traditionnelle, alternatives qui peuvent d'une part consister en l'étude de formes de déviances non encore criminalisées avec l'objectif de créer de nouvelles infractions pénales (telle que l'écocide par exemple) ou, d'autre part, envisager un système de justice totalement alternatif dans lequel il n'y aurait plus besoin de droit pénal.

Organisation : Groupe suisse de criminologie

Date : 24 et 28 août 2022

Lieu : Congress Centre Kursaal Interlaken

Langues : français et allemand

Informations complémentaires :

www.kriminologie.ch

Construire la sécurité ensemble

La sécurité dans toutes ses dimensions est le sujet de la cinquième édition du Forum de la détention et de la probation. L'accent sera mis sur les diverses mesures qui sont essentielles pour garantir une sécurité fiable à l'intérieur et à l'extérieur des institutions. Outre l'importance des moyens architecturaux, techniques, des structures et des processus organisationnels, la relation professionnelle entre le personnel et les personnes détenues ou condamnées, notamment, sera au centre de l'événement : de quoi dépend cette relation, et comment peut-on apprendre à l'établir ? Quels professionnels apportent une contribution à cet égard, et comment ces personnes collaborent-elles ? Quelles conditions opérationnelles et stratégiques définir afin de permettre l'instauration de la sécurité dynamique ?

Lors de ce Forum de la détention et de la probation, des experts discuteront du sujet de la sécurité en milieu fermé et en milieu ouvert à partir de différents points de vue. Les experts mettront en lumière les évolutions concernant les notions et les perceptions de la sécurité en explorant le champ de tension entre la sécurité et les autres principes régissant l'exécution des sanctions pénales, en particulier le principe légal de la réinsertion. A la suite du Forum aura lieu la conférence annuelle sur le thème de la surveillance électronique en Suisse (EM-Intervision).

Organisation : Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales

Date : 23 et 24 novembre 2022

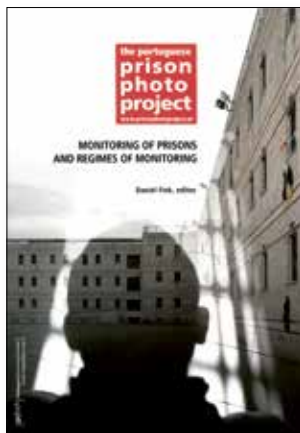
Lieu : Centre Loewenberg, à Morat

Langues : français et allemand

Informations complémentaires :

www.skjv.ch

Nouveautés



Daniel Fink (editor)

Monitoring of Prisons and Regimes of Monitoring

151 pages

ISBN 978-989-746-305-1

Le livre peut être commandé pour 10 CHF auprès de l'éditeur (daniel.fink@unil.ch).



Irene Marti

Leben in der Verwahrung

80 pages

La brochure résume les résultats de la thèse de doctorat Living the prison: An ethnographic study of indefinite incarceration in Switzerland et peut être commandé gratuitement auprès de l'auteur (irene.marti@krim.unibe.ch).

Psychothérapie et aumônerie dans le contexte de l'exécution des sanctions pénales

Différences et points communs

Une collaboration empreinte de respect mutuel entre la psychothérapie et l'aumônerie peut être utile pour le travail avec les détenus dans l'exécution des peines et mesures et profiter à toutes les personnes concernées. Cela suppose toutefois une connaissance spécifique des différences et des points communs entre les deux disciplines.

Samuel Buser



Samuel Buser travaille comme aumônier de prison auprès de l'établissement pénitentiaire de Witzwil et comme psychothérapeute forensique auprès du service de psychiatrie forensique de l'Université de Berne, où il assume la fonction de psychologue adjoint au service ambulatoire de médecine légale. Dans son livre *Psychotherapie und Seelsorge im Strafvollzug. Unterschiede und Gemeinsamkeiten** (ISBN 978-3-03911-268-5), il expose en détail en quoi les deux disciplines se différencient et en quoi elles peuvent se compléter.

*Psychothérapie et aumônerie dans le contexte de l'exécution des sanctions pénales. Différences et points communs.

L'étroite collaboration interdisciplinaire avec le personnel des établissements pénitentiaires, y compris avec les équipes des cliniques où les mesures sont exécutées et les autorités de placement – en clair, l'imbrication entre justice et traitement psychothérapeutique – soulève des problèmes complexes. Il s'agit en effet de tenir compte d'une part du bien-être psychique des détenus et, d'autre part, des aspects liés à la sécurité conformément au concept d'exécution des sanctions orientée vers les risques.

En tant qu'aumônier de prison et que psychothérapeute forensique, je vois les points communs et les différences entre ces deux disciplines dans le cadre de mon quotidien professionnel. L'exemple de cas ci-après le fait ressortir clairement : un homme âgé de 40 ans environ me confie, dans le cadre de l'aumônerie de prison, qu'il a abusé sexuellement de deux fillettes d'un couple d'amis. Il dit que Dieu l'a guéri de ses penchants pédophiles, comme il l'a déjà guéri d'une addiction par le passé ; il n'éprouve plus de désir sexuel pour les enfants et il n'a plus non plus de fantasmes pédosexuels. De ce fait, il estime qu'il n'a pas besoin d'une thérapie forensique. Il suit certes la thérapie ordonnée par le tribunal, mais il refuse d'aborder les thèmes axés sur l'infraction. En conséquence, les autorités ne lui accordent pas d'allègements dans l'exécution, ce qui fait qu'il se sent injustement traité.

Volontaire – obligatoire

Le recours à l'aumônier est volontaire, alors que la psychothérapie est obligatoire. La façon dont le patient collabore dans le cadre de la thérapie a une influence sur les allègements dans l'exécution. Son comportement durant la thérapie fait l'objet de rapports spécifiques, alors que le fait qu'il accepte l'offre de discussion avec l'aumônier n'est consigné nulle part,

pas plus que ce qu'il retire de ces entretiens. Les discussions restent dans un espace protégé, qui est soumis à un secret professionnel élargi par rapport à la psychothérapie. Cet espace peut permettre au détenu d'aborder des éléments qui suscitent chez lui de la honte et de la culpabilité et qui peuvent constituer un facteur de risque susceptible de favoriser la commission d'une infraction. À la demande de son interlocuteur, l'aumônier peut et doit aborder des thèmes qui ne sont pas axés sur l'infraction, mais aussi discuter des conséquences de celle-ci.

Diagnostiquer – observer

Le psychothérapeute forensique diagnostique et travaille en s'appuyant sur le trouble mentionné dans l'expertise – dans notre cas, une pédophilie non exclusive – et en tenant compte du pronostic légal formulé dans les évaluations. L'aumônier ne diagnostique pas, mais il est attentif à un éventuel risque suicidaire, à la mise en danger d'autrui et à des états dépressifs ou autres. Avec l'accord du détenu, il transmet les observations de ce type qui peuvent être importantes, par exemple au service de santé de l'établissement pénitentiaire.

La vision de la religion, un élément important

La façon dont l'homme de notre exemple conçoit la religion est importante dans les deux disciplines. Dans le cadre de l'aumônerie, il est possible de travailler de manière spécifique sur cet aspect, par exemple à travers des textes tirés de la Bible, des prières et des bénédictions. L'aumônerie tient compte du sacré et du divin dans la relation. « Car là où deux ou trois sont assemblés en mon nom (le nom de Jésus), je (Jésus) suis au milieu d'eux » (Matthieu 18 : 20). Dans le cadre de

la psychothérapie, une discussion peut être engagée pour déterminer si la foi du détenu constitue une ressource dans sa vie de tous les jours ou s'il convient de la considérer de façon critique dans le contexte de son acte délictueux.

La question de la vérité

Autre thème important, la question de la vérité. Dans mon travail d'aumônier comme dans le cadre de la psychothérapie, je pars du principe que mon vis-à-vis me dit la vérité, dans le sens où il est important, pour l'homme de notre exemple, de me décrire, dans cet espace et à ce moment précis, sa situation spécifique de la manière dont il le fait. La raison pour laquelle il tient ces propos est plus importante que le fait qu'il dise la vérité ou pas. La façon dont il décrit les faits peut évoluer au fil du processus psychothérapeutique ou des discussions avec l'aumônier.

Faire la différence entre la personne et l'infraction

Le fait que l'individu peut changer et qu'il convient par conséquent de faire la différence entre la personne et l'infraction constitue, selon moi, un autre élément commun aux deux disciplines. Quand je parle de l'homme de mon exemple, je ne dis pas « le délinquant sexuel », mais « Monsieur XY, qui a commis une infraction d'ordre sexuel ». Cette façon d'appréhender les choses est également importante pour l'image que le détenu a de lui-même ; elle est aussi liée à la façon dont les représentants des deux disciplines voient l'être humain. Certains psychothérapeutes attachent de l'importance à la dimension religieuse ; d'autres s'appuient plutôt sur une vision humaniste selon laquelle chaque individu est unique, a le droit de vivre dans la dignité et est fondamentalement bon. Pour moi en tant qu'aumônier, chaque homme a quelque chose de divin en lui (l'homme étant un enfant de Dieu).

Réfléchir à la culpabilité et assumer la responsabilité

Tout être humain assume une responsabilité vis-à-vis des autres. Cela nous amène à la question de la culpabilité, qui peut se poser dans le cadre de la psychothérapie comme dans celui de l'aumônerie. Il y a la culpabilité du point de vue juridique, avec les conséquences du jugement sur la vie du détenu. Il y a aussi la culpabilité vis-à-vis de l'autre,



L'espace protégé et le secret professionnel auquel l'aumônier est soumis permettent au détenu d'aborder plus facilement des éléments qui suscitent chez lui de la honte et de la culpabilité. Dessin : Patrick Tondeux

celle que l'auteur éprouve envers sa victime et, finalement, la culpabilité devant Dieu, qu'il n'est pas rare que les détenus abordent dans les discussions avec l'aumônier, et qui va de pair avec la question du pardon.

Pour ce qui est de la culpabilité devant Dieu, l'homme de notre exemple estime que sa faute est pardonnée. Comme ses actes ont porté atteinte à l'intégrité des enfants, j'ai abordé, dans le cadre de mon rôle d'aumônier, la question de la victime et, par là même, de la responsabilité de notre homme envers l'autre. Même si Dieu l'a guéri de sa pédophilie, cela

n'exclut pas qu'il puisse, dans une optique thérapeutique, faire quelque chose pour lui-même et pour son prochain, par exemple en élaborant pendant la thérapie des stratégies qui lui permettront de se comporter de façon sûre avec les enfants afin de ne plus leur nuire. Ce faisant, il assume la responsabilité de ses actes. Pour le psychothérapeute, il s'agit de gérer avec prudence le rapport du patient à la religion pour s'assurer qu'il collabore à la thérapie et qu'il assume sa responsabilité dans l'optique de son comportement futur vis-à-vis des enfants.

« J'aime vraiment transmettre le savoir du métier. ... Cela fait chaud au cœur de voir que ce qu'on a appris à certains détenus, ça peut fonctionner. »

Olivier Bourgeois, chef de la boulangerie de la prison de Bochuz (Mise au point, 9 janvier 2022)

Les centaines de kilos de pain frais qui nourrissent quotidiennement les patients du CHUV sont fabriqués derrière les murs de la prison vaudoise de Bochuz. Malgré des horaires astreignants, le métier est très demandé par les prisonniers. Mais c'est aussi une lourde responsabilité pour le professionnel de la boulangerie qui les forme et les encadre. – Le reportage Le pain des prisonniers est disponible sur www.rts.ch.

Impressum

Editeur : Office fédéral de la justice, Unité Exécution des peines et mesures Ronald Gramigna (ronald.gramigna@bj.admin.ch)

Rédaction :

Folco Galli (folco.galli@bj.admin.ch), Christine Brand (brandschreibe@gmail.com), Patricia Meylan (patricia.meylan@unifr.ch)

Traduction : Raffaella Marra, Evelyne Carrel, Jérôme Zumstein

Administration et logistique : Marie-Lys Erard (marie-lys.erard@bj.admin.ch)

Mise en page, impression et distribution : OFCL, Production

Commandes, questions et changements d'adresse sur papier :

Office fédéral de la justice, Unité Exécution des peines et mesures, CH-3003 Berne; +41 58 462 41 46, marie-lys.erard@bj.admin.ch

Version Internet : www.prison-info.ch

Copyright / Reproduction : © Office fédéral de la justice (Reproduction autorisée moyennant l'indication de la source et l'envoi d'un justificatif.)

Photo de couverture : Salle de classe au sein des Etablissements de la plaine de l'Orbe (EPO) ; Photo: Peter Schulthess, 2019



Parfaitement mis en équilibre sur un dispositif de portage spécialement conçu à cet effet, les repas des quelque 40 détenus de la prison régionale de Bienne sont montés trois fois par jour, par les escaliers, des cuisines jusqu'aux étages supérieurs. Cette prison devenue vétuste, qui a été mise en service en 1886, devrait, en l'état actuel de la planification, être remplacée en 2032 par le nouvel établissement pénitentiaire de Witzwil.

Photo: Peter Schulthess, 2021

#prison-info

Dernière page

Coup d'œil au-delà des frontières. Avec ses 645 places, Pinheiro da Cruz est la cinquième plus grande prison du Portugal. Elle a été construite dans les années 1970, en même temps que des logements, une école, un jardin d'enfants et une cantine pour les membres du personnel et leur famille. Parmi les personnes détenues dans le pays, 74 % ont été scolarisées pendant 9 ans, 46 % pendant 6 ans au plus et 22 % pendant 4 ans au plus. Les programmes de formation en milieu carcéral ont du succès, ce qui s'explique non seulement par les besoins en matière d'éducation des participants, mais aussi par la monotonie du quotidien en prison, caractérisé par des possibilités de travail limitées et l'exiguïté des cellules. Photo : Peter Schulthess, 2020.

